

Gefördert durch:



Bundesministerium
der Justiz

DEUTSCHE STIFTUNG FÜR
INTERNATIONALE RECHTLICHE
ZUSAMMENARBEIT E.V.



30 Jahre
IRZ 1992
2022
30 years

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Jahresbericht Annual Report 2022



2022

Gefördert durch:



Bundesministerium
der Justiz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

DEUTSCHE STIFTUNG FÜR
INTERNATIONALE RECHTLICHE
ZUSAMMENARBEIT E.V.



Jahresbericht Annual Report

2022

4	Geleitwort	4	Preface
6	Grußwort	6	Welcome address
8	Vorwort	8	Foreword
12	IRZ in Zahlen	12	IRZ in numbers
16	IRZ im Überblick	16	IRZ in brief
20	Finanzierungsarten	20	Financing methods
26	Medien – 2022-2021	26	Media – 2022-2021
28	Festakt „30 Jahre IRZ“	28	The 30 th anniversary celebration for IRZ
46	Eröffnung des Büros der IRZ in Berlin	46	Official opening of the IRZ Berlin office
60	Partnerstaaten der IRZ	60	Partner states of IRZ
62	Ägypten	62	Egypt
63	Albanien	63	Albania
68	Algerien	68	Algeria
69	Armenien	69	Armenia
76	Bosnien und Herzegowina	76	Bosnia and Herzegovina
78	Georgien	78	Georgia
81	Jordanien	81	Jordan
85	Kasachstan	85	Kazakhstan
88	Kirgisistan	88	Kyrgyzstan
90	Kosovo	90	Kosovo
96	Marokko	96	Morocco
99	Mauretanien	99	Mauritania
100	Moldau	100	Moldova
102	Montenegro	102	Montenegro
104	Nordmazedonien	104	North Macedonia
108	Russische Föderation	108	Russian Federation
108	Sambia	108	Zambia
110	Senegal	110	Senegal
112	Serbien	112	Serbia
117	Türkei	117	Turkey
119	Tunesien	119	Tunisia
122	Ukraine	122	Ukraine
125	Usbekistan	125	Uzbekistan
127	Vietnam	127	Vietnam
130	Multilaterale Programme	130	Multilateral Programmes
139	Das Vereinsjahr 2022	139	The 2022 Business Year
141	Kuratorium der IRZ	141	Board of Trustees of IRZ
142	Beirat	142	Advisory Council
143	Vorstand und Mitglieder	143	Board and Members
144	Organigramm	144	Organigramme
148	Satzung	148	Statutes
157	Impressum	157	Imprint

Das vergangene Jahr 2022 stand im Zeichen Ihres 30. Geburtstages – und zugleich im Zeichen eines neuen, fürchterlichen Beweises Ihrer Unverzichtbarkeit in dieser Welt. Wenn es die Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit nicht gäbe, dann hätten wir sie jetzt gründen müssen. Denn: Internationale rechtliche Zusammenarbeit ist Entwicklungszusammenarbeit mit dem Leitbild der liberalen Demokratie – die liberale Demokratie aber steht heute weltweit unter Druck. Die russische Aggression ist dafür das blutigste Symbol. Daraus folgt: Wir brauchen mehr von dieser Entwicklungszusammenarbeit und gerade deshalb ist die IRZ heute wichtiger als jemals zuvor.

Sie fördern rechtsstaatliche und demokratische Strukturen in Ihren Partnerstaaten. Sie tun das also in Staaten, die dies wollen. Sie helfen, Recht und Freiheit in der Welt zu verbreiten, nicht indem Sie Menschen etwas aufdrängen, sondern indem Sie Partner sind für andere Staaten, mit denen wir auf Augenhöhe zusammenarbeiten wollen. Sie haben sich – ob bei den EU-Beitrittskandidaten und den potentiellen Beitrittskandidaten des westlichen Balkans oder bei Ihren Partnern im Nahen Osten, in Afrika und in Asien – den guten Ruf erworben, Traditionen und Kulturen zu achten und mit großer Sensibilität in jeden neuen Dialog einzutreten. Die Art und Weise, wie sich die IRZ ihrer Aufgaben seit ihrer Gründung angenommen hat, ist für das Bundesministerium der Justiz, für die gesamte Bundesregierung, für unser Land und für die internationale Staatengemeinschaft von größtem Wert.

Sie haben auch der Ukraine in diesen 30 Jahren geholfen, rechtsstaatliche Strukturen zu entwickeln und zu stärken. Sie haben so das Land darin bestärkt, und es mit in die Lage versetzt, eine liberale Demokratie zu werden. Die IRZ hat geholfen, dass die Ukraine ein Dorn im Auge des Autokraten im Kreml wurde. Für den Weg zum EU-Beitritt braucht die Ukraine jetzt, wie Moldau, weiter unsere Unterstützung. Und die werden wir, die werden Sie auf der Grundlage des neuen Arbeitsprogramms mit dem ukrainischen Justizministerium leisten.

The year 2022 was marked by your 30th anniversary – and at the same time by new and terrible proof of your vital role in this world. If the German Foundation for International Legal Cooperation, IRZ, had not been founded yet, then this would be a task for us today. For international legal cooperation is development cooperation centred on the principles of liberal democracy – but liberal democracy is currently under threat around the world. The Russian aggression is the bloodiest symbol of this. We therefore need more development cooperation and that is why IRZ is now more important than ever.

You promote the development of democratic structures and the rule of law in your partner states. In other words, you help to spread freedom and the rule of law globally, not by imposing ideas on people who do not accept them, but by acting as a partner. A partner for countries with which we are seeking a collaborative relationship. Whether with the EU candidate countries and potential candidate countries in the western Balkans or with your partners in the Middle East, Africa and Asia, you have earned a reputation for respecting traditions and cultures and for entering into any new dialogue with great sensitivity. The way in which IRZ has set about its work ever since its foundation is of huge value to the Federal Ministry of Justice, to the entire Federal Government, to our country as a whole and to the international community.

Over the past thirty years, IRZ has been part of helping Ukraine to put in place and reinforce structures that promote the rule of law. You have thus helped to strengthen the country and enable it to become a liberal democracy. IRZ has helped to make Ukraine a thorn in the side of an autocratic regime. Like Moldova, Ukraine needs our continuing support on its route to accession, and we and you are going to provide this support on the basis of the new work programme with the Ukrainian Ministry of Justice.

Geleitwort

Auch die Russische Föderation war bis zum 24. Februar 2022 viele Jahre Partnerstaat der IRZ. Die russische Seite wollte es; russische Amtsträgerinnen und Amtsträger wollten lernen; russische Stellen wollten sich beim Aufbau rechtlicher Strukturen beraten lassen. Und wir müssen auch für die Zukunft hier bereit bleiben. Russland wird in einer Weise regiert, die nichts mehr mit Rechtsstaatlichkeit zu tun hat. Aber es gibt ein anderes Russland – auch gegenwärtig, auch im Krieg, und auch gegen diesen Krieg. Und es wird ein anderes Russland geben. Die Vision eines demokratischen Russlands, mit dem gemeinsam wir in Zukunft Recht durchsetzen können, ist nicht naive Illusion. Dem Autoritarismus gehört nicht die Zukunft – auch das hat dieses Jahr 2022 gezeigt. Die liberalen Demokratien stehen fest zusammen – und zugleich begehren und begehren auch in autoritären Staaten wie in Iran oder China Menschen mutig auf.

In all den Schrecken dieser Zeit geben wir die Zuversicht nicht auf: Die Freiheit hat den längeren Atem! Die Menschen werden immer Freiheit und Recht suchen, nicht Unterdrückung und Willkür. Und deshalb werden sich der IRZ immer neue Möglichkeiten eröffnen, in der Welt Recht und Freiheit zu befördern. Sie werden diese Möglichkeiten auch in den kommenden 30 Jahren beherzt nutzen!



Dr. Marco Buschmann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundesminister der Justiz

Preface



Up until 24 February 2022, the Russian Federation was also an IRZ partner state, and had been for many years. The country wanted that partnership; Russian officials wanted to learn; and Russian authorities wanted advice on the development of legal structures. Here, too, we have to stay prepared for the future. Yes, Russia is being governed in a way that has nothing to do with the rule of law. But there is another Russia. Even now, even in the midst of the war, and indeed even in opposition to the war. And there will be another Russia in the future. The vision of a democratic Russia that will work with us to establish the rule of law in the future is not a mere illusion. Authoritarianism will not define the future – 2022 has also shown us this. Liberal democracies are standing together, and at the same time, men and women in authoritarian states such as Iran and China have been protesting courageously.

Despite the horrors of these times, we refuse to give up hope: freedom will ultimately prevail. People will always seek freedom and justice, not oppression and despotism. And that is why there will always be new opportunities for IRZ to promote justice and freedom in the world. You will, I know, continue to make full use of these opportunities in the next thirty years!



Dr Marco Buschmann,
Member of the German Bundestag
Federal Minister of Justice

2022 war ein Jahr voller Herausforderungen weltweit, vor allem aber mit Herausforderungen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, mit Bedrohungen für die internationale Staatengemeinschaft und das friedliche Miteinander. Wir haben durch den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine erkennen müssen, dass Stabilität und Frieden nicht einmal mitten in Europa selbstverständlich sind. Der bestimmende Konflikt in dieser Zeit des Umbruchs ist der zwischen Demokratie und Autoritarismus, zwischen Rechtsstaatlichkeit und Gewalt. Wir dürfen und werden daher nicht in unseren Bemühungen nachlassen, die Partnerstaaten der IRZ zu unterstützen beim Aufbau und bei der Konsolidierung rechtsstaatlicher Strukturen, beim Kampf gegen die Korruption und damit bei der Verbesserung von Lebens- und Rahmenbedingungen für internationale Investitionen – Rechtsstaat, Wirtschaft und Wohlstand sind untrennbar miteinander verbunden und bedingen einander.

2022 war zudem das Jahr des 30-jährigen Bestehens der IRZ. Gerade jetzt wird uns mit erschreckender Deutlichkeit vor Augen geführt, dass die Arbeit der IRZ wichtiger denn je ist. Wir sehen, was für eine herausragende Arbeit in den vergangenen 30 Jahren durch die IRZ und ihre in- und ausländischen Partnerinnen und Partner geleistet worden ist. Wir sehen aber auch, wie fragil Reformbemühungen und Reformerfolge sein können, wie volatil und hart der Kampf um Rechtsstaatlichkeit oftmals ist – Rückschläge eingeschlossen. Und wir sehen sehr deutlich, dass die Anstrengung um rechtsstaatliche und friedenssichernde Reformen eine generationenübergreifende Aufgabe ist. Wirtschaftliche Not und gesellschaftliche Verunsicherung gefährden oftmals Freiheit und Rechtsstaat in einzelnen Staaten und darüber hinaus. Daher ist die IRZ auch in Zukunft und umso mehr gefordert, an dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe mitzuwirken. Dies wurde auch im Rahmen des Festakts klar zum Ausdruck gebracht, den wir zum 30-jährigen Jubiläum der IRZ im Bundesministerium der Justiz in Anwesenheit des Bundesministers der Justiz, Dr. Buschmann, und zahlreicher hochrangiger Gäste und Kooperationspartner aus dem Inland und aus den Partnerstaaten begehen konnten. Die Festrede des ukrainischen Ministers der Justiz, Denis Malyska, die dieser aus nachvollziehbaren Gründen als Videobotschaft gehalten hat, finden Sie in diesem Jahresbericht. Herrn Vizeminister Banchuk bin ich für seine persönliche Teilnahme an diesem Festakt sehr dankbar.

The year 2022 was one of many challenges globally. A year of huge challenges to democracy and the rule of law, and threats for the international community and to our peaceful coexistence. Russia's illegal attack on Ukraine clearly showed us that we cannot take peace and stability for granted, not even at the heart of Europe. At this time of upheaval, the defining conflict is between democracy and authoritarianism; between the rule of law and violence. We therefore cannot and will not relax our efforts to assist IRZ partner states in developing and consolidating structures that support the rule of law; in fighting corruption; and thus in improving both living conditions for people on the ground and the landscape for international investors. The rule of law, a strong economy and prosperity are inextricably linked.

The year 2022 was also the 30th anniversary of IRZ. As current events are demonstrating with appalling clarity, the work of IRZ is more important than ever in today's world. We can all see what excellent work IRZ and its partners at home and abroad have done over the past 30 years. We can also see, however, how fragile reforms and reform commitments can be; how hard and how unpredictable the fight for the rule of law often is – and the setbacks that can occur. And we can see very clearly that reforms to secure peace and democracy are not a task for just one generation. Uncertainty and economic hardship can often jeopardise freedom and the rule of law, both in individual countries and entire regions. That is why we need IRZ more than ever to help face this challenge for our societies. This need was clearly reiterated at a recent celebration to mark 30 years of IRZ, an event held at the Federal Ministry of Justice and attended by the Federal Minister of Justice, Dr Buschmann, and a number of high-ranking guests and partners from Germany and IRZ partner states. The Ukrainian Minister of Justice, Denis Malyska, addressed the event – for obvious reasons in a video message – and a transcript of his speech can be found in this report. We greatly appreciated the fact that Deputy Minister Banchuk was able to attend in person.

Grußwort

Welcome address

Zukunftsweisend ist die Entscheidung des Europäischen Rates vom Juni 2022, der Ukraine und der Republik Moldau den EU-Kandidatenstatus zu verleihen, beide langjährige Partnerstaaten der IRZ. Mit besonderer Unterstützung durch den Deutschen Bundestag, für die ich meinen Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten sehr dankbar bin, kann sich die IRZ verstärkt diesen Partnerstaaten widmen und sie dabei unterstützen, die erforderlichen Kriterien und Ziele für diesen Beitrag zu erfüllen.

An dieser Stelle möchte ich zudem all jenen danken, die diese wichtige Arbeit erst ermöglichen. Allen voran dem Bundesministerium der Justiz als Zuwendungsgeber und dem Auswärtigen Amt für die projektfördernde Unterstützung ebenso wie allen Mitgliedern des Vereins, des Kuratoriums und des Beirats sowie allen Expertinnen und Experten, die mit hohem persönlichem Einsatz ihre jeweilige Expertise einbringen.

Dankbar bin ich auch Christian Lange, meinem Vorgänger im Amt als Präsident des Kuratoriums der IRZ, für sein Wirken und seinen Einsatz für die gemeinsame Aufgabe der Rechtsstaatsförderung. Christian Lange war seit 2014 Mitglied des Kuratoriums, zunächst als Vizepräsident und seit 2020 als dessen Präsident. Sein Einsatz für die Stärkung rechtsstaatlicher Strukturen in den Partnerstaaten der IRZ war getragen von der Überzeugung, dass die Bemühungen um eine Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten unverzichtbar sind. Dementsprechend setzte er unter anderem zukunftsweisende Impulse für den Ausbau der Aktivitäten der IRZ in Afrika, für die Etablierung eines Beirats für Recht und wirtschaftliche Transformation und für die Stärkung des Hauptstadtbüros der IRZ.

Besonders danken möchte ich auch allen Beschäftigten der IRZ, die sich mit viel Herzblut und Engagement für die Sache einsetzen. „*Wer keine Visionen hat, vermag weder große Hoffnungen zu erfüllen, noch große Vorhaben zu verwirklichen.*“ Gehen wir im Sinn dieses Zitats von Thomas Woodrow Wilson gemeinsam den Weg in die Zukunft. Darauf freue ich mich.



Benjamin Strasser, MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz
Präsident des Kuratoriums



The decision of the European Council of June 2022 to grant Ukraine and the Republic of Moldova EU candidate status sends a clear signal for the future. Both countries are long-standing partner states of IRZ. With additional support from the German Bundestag, for which I thank my fellow parliamentarians, IRZ is now able to focus more on these partner states and help them to meet the criteria and objectives for accession.

I would like to take this opportunity to thank all those who make this important work possible. Firstly, the Federal Ministry of Justice, which funds the organisation; the Federal Foreign Office for its project support; all members of the association, of the board of trustees and of the advisory council and all the experts with their vast expertise who work with such enormous personal commitment.

I am also most grateful to Christian Lange, my predecessor as the President of the Board of Trustees, for his hard work and commitment to our common objective of promoting the rule of law. Christian Lange joined the board of trustees in 2014 as vice president before becoming president in 2020. His work for the partner states of IRZ was driven by a firm belief that efforts to strengthen democracy, the rule of law and human rights are absolutely essential. He was instrumental in driving the expansion of IRZ operations in Africa, the establishment of an Advisory Council for Law and Economic Transformation, and the reinforcement of the IRZ offices in the capital city.

My particular thanks go to all the staff at IRZ for their hard work and commitment. As Woodrow Wilson once said, "*No man that does not see visions will ever realize any high hope or undertake any high enterprise.*" On that note, let us look to the future together.



Benjamin Strasser, Member of the German Bundestag
Parliamentary State Secretary to the Federal Minister of Justice
President of the Board of Trustees

Die Herrschaft des Rechts ist unverzichtbar, nicht zuletzt im Sinn von Aristoteles als Schutz vor der Gewaltherrschaft. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg auf die Ukraine und jüngste politische Entwicklungen in weiteren unserer Partnerstaaten zeigen jedoch, dass nicht immer das Recht herrscht, sondern oft das Recht des Stärkeren. Die Herrschaft des Rechts weltweit anzustreben, mit Leben zu erfüllen und sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass Menschen von Recht und nicht willkürlich von Menschen beherrscht werden, bleibt daher oberstes Gebot. Es gilt dabei konsequent das Konzept „Rule of law“ zu stärken, im Gegensatz zum „Rule by law“. Das Recht darf niemals zum Instrument von Unterdrückung werden.

Seit nunmehr dreißig Jahren leistet die IRZ dazu ihren wirkungsvollen Beitrag. Die historische Zeitenwende durch einen Krieg mitten im Europa des 21. Jahrhunderts hat 2022 auch die IRZ erschüttert, nach einer kurzen Schockstarre aber hat sie sich schnell im Sinn eines „Jetzt erst recht“ positioniert.

Wir begrüßen daher ausdrücklich die Verleihung des Beitrittskandidatenstatus an unsere langjährigen Partnerstaaten Ukraine und Moldau und die Beitrittsperspektive Georgiens. Die IRZ fühlt sich dem Auftrag der Europäischen Union und der Bundesregierung verpflichtet. Im Licht des russischen Angriffskriegs ist die Friedenssicherung absolutes Gebot. Dazu gehört die Weiterentwicklung der Europäischen Union. Hier kommt dem Recht der Europäischen Union eine weitreichende Bedeutung zu. *„Recht als Stabilitätsfaktor in einer sich verändernden Gesellschaft und als Bedingung für die Teilhabe am europäischen Erweiterungsprozess bekommt nationale wie europäische Dimension. Recht wird damit zu einem entscheidenden Maßstab für die Zukunft eines Landes.“*¹

The rule of law is indispensable and not least to protect against tyranny, as envisaged by Aristotle. However, the war of aggression on Ukraine in violation of international law and recent political developments in other partner states stand as evidence that the law does not always prevail and is occasionally superseded by the law of the strongest. Striving to establish the rule of law throughout the world, to fill it with life and to work at all levels to ensure that people are governed by law and not by the whims of those in power, therefore remains the top priority. It is imperative to continue strengthening the concept of “rule of law” – as opposed to “rule by law”. The law must never become an instrument of oppression.

IRZ has been making a valuable contribution in this field for thirty years. The historic turning point of a war unfolding in the middle of 21st-century Europe shook IRZ in 2022 as well. But after a period of horrified paralysis, it quickly adopted a clear stance of “now more than ever”.

We therefore explicitly welcome the award of accession candidate country status to our long-standing partner states of Ukraine and Moldova and the prospect of accession extended to Georgia. IRZ is committed to the mission of the European Union and the German government. Peacekeeping is absolutely imperative in the wake of the Russian war of aggression. Continuing the development of the European Union is part of these efforts. European Union law possesses far-reaching significance in this regard: *“The law as a stabilising factor in a changing society and as a condition for participation in the European expansion process acquires a national and European dimension. In this way, the law becomes a crucial yardstick for the future of a country.”*¹

1 Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, „Recht in einer sich verändernden Welt“, in: VIA REGIA, Blätter für internationale kulturelle Kommunikation, Heft 52/53, 1998, S. 2.

1 Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, „Recht in einer sich verändernden Welt“, in: VIA REGIA, Blätter für internationale kulturelle Kommunikation, Issue 52/53, 1998, p. 2.

Die IRZ hat seit ihrer Gründung die Beitrittskandidaten auf dem Weg in die Europäische Union begleitet. Unsere Anstrengungen setzen wir konsequent und kontinuierlich fort. Dem Deutschen Bundestag sind wir daher sehr dankbar für eine verstärkte Unterstützung dieser Zielsetzung. Unverzichtbar ist auch die stets wertvolle Zusammenarbeit mit allen Mitgliedern unseres Kuratoriums und unseres Vereins aus dem Deutschen Bundestag, der Justiz, der Anwaltschaft, dem Notariat, den Ministerien des Bundes und der Länder, allen voran dem Bundesministerium der Justiz und dem Auswärtigen Amt als Zuwendungsgeber, der Wirtschaft und ihren Dachorganisationen, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft. Wir konnten und können uns aus diesen Reihen immer wieder auf den Einsatz unzähliger Rechtspraktikerinnen und Rechtspraktiker als Expertinnen und Experten in der Gesetzgebungs- und Rechtsanwendungsberatung sowie der Aus- und Fortbildung verlassen. Ihnen und meinen Kolleginnen und Kollegen unseres multilingualen, multikulturellen, mit den Rechtssystemen und Rechtstraditionen in Deutschland und den Partnerstaaten sowie komplexen Verwaltungsprozessen vertrauten Teams danke ich für ein weiteres erfolgreiches Jahr. Unseren Partnerstaaten danke ich für ihr Vertrauen in unsere Arbeit, das sie uns durch unsere langjährige, nachhaltige Zusammenarbeit immer wieder beweisen. Auf dem Weg in die rechtsstaatliche Stabilität kommt es auf die Reformbereitschaft und erkennbare Reformbemühungen der jeweiligen Akteure an.

Die Beitrittskandidaten sind hier besonders gefordert, aber es gibt in vielen unserer Partnerstaaten noch große Hürden zu nehmen – unter anderem einen gerechten Zugang zur Justiz, auch für vulnerable Gruppen, und einen menschenrechtskonformen Strafvollzug zu schaffen, Frauenrechte zu fördern sowie irreguläre Migration, Korruption und organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Richtschnur unserer Unterstützung der Beitrittsaspiranten sind die Inhalte der Kapitel 23 und 24 des *Acquis communautaire*, also die Bereiche „Justiz und Grundrechte“ sowie „Recht, Freiheit und Sicherheit“. Nicht nur für die Beitrittskandidaten ist die europäische Rechts- und Wirtschaftsgemeinschaft wegweisend.



IRZ has accompanied accession candidate countries on their way into the European Union since its inception. We will continue our efforts unwaveringly. Therefore, we are thankful to the German Bundestag for its increased support in the interests of these objectives. Also indispensable is the unfailingly valuable cooperation with all members of our Board of Trustees and our association from the German Bundestag, the judiciary, the legal profession, the notaries' office, the Federal and Länder ministries – above all the Federal Ministry of Justice and the Federal Foreign Office as funding bodies – the business community and its umbrella organisations, academia and civil society. We have always been able, and continue to rely on the commitment of countless legal practitioners from amongst these groups to provide advice on legislation and the application of the law, as well as in basic and further training. So at the end of another successful year, I would like to thank you and my colleagues in our multilingual, multicultural team, who are familiar with the legal systems and traditions in Germany and the partner states as well as complex administrative processes. I extend my gratitude to our partner states for the trust they invest in our work, which they consistently demonstrate within our long-standing and sustained cooperation. A willingness to engage in reforms and recognisable reform efforts by the competent actors is vital on the road to stability under the rule of law.

The accession candidate countries are called upon in particular here, but there are still major hurdles to overcome in many of our partner states – including the creation of fair access to justice, also for vulnerable groups, and a penitentiary system that upholds human rights, the promotion of the rights of women, as well as policies to combat irregular migration, corruption and organised crime. Our efforts to support the aspiring accession candidates are guided by Chapters 23 and 24 of the *acquis communautaire*, i.e. "Judiciary and Fundamental Rights" and "Justice, Freedom and Security". The European legal and economic community provides direction, not only for the accession candidate countries.

Die Strategie und die übergeordneten Ziele der IRZ setzen auch auf diesem Kontext auf, der seit jeher zu den Kernkompetenzen der IRZ zählt. Bereits im Juni 2022 haben wir dem Kuratorium in diesem Sinn aktualisierte Tätigkeitsrichtlinien zur Beschlussfassung vorgelegt. Besonders betont haben wir darin im Sinn des Gründungsgedankens der IRZ die Bedeutung des Zivil- und Wirtschaftsrechts. 2022 hat uns in diesem Kontext dankenswerterweise der vom Kuratorium berufene Beirat „Recht und wirtschaftliche Transformation“ intensiv begleitet. Unser 2020 entwickeltes Leitbild, unser Zielsystem und unsere Wirkungskontrolle durch Monitoring und Evaluation sind nun ebenfalls integrative Bestandteile der Tätigkeitsrichtlinien.

Dankbar sind wir wie immer für die institutionelle Zuwendung des Bundesministeriums der Justiz – sowie dafür, dass wir in der Region Südosteuropa, im Südkaukasus, in Afrika und im Nahen Osten im großen Stil mithilfe von Fördermitteln des Auswärtigen Amtes arbeiten können. EU-finanzierte Projekte, sei es als Grants, Twinning oder Technical-Assistance-Projekte, sei es im Lead oder als Juniorpartner, ermöglichen es uns, die Tätigkeit in den Beitrittskandidatenstaaten und unseren anderen Schwerpunktregionen breiter aufzustellen. Sie flankieren unsere bilaterale Arbeit und schaffen wichtige Synergien.

Im Sinn unserer Afrikastrategie konnten wir 2022 damit unsere Arbeit in Sambia fortsetzen, auch in Mauretanien sind wir nach erster Bedarfsermittlung künftig tätig. Dankbar sind wir dem Bundesministerium der Justiz für den Abschluss unter anderem sowohl des bereits 2020 von der IRZ angeregten Memorandums of Understanding mit dem Justizministerium Jordaniens als auch des mit dem Justizministerium der Ukraine verhandelten Arbeitsprogramms bis 2024. Unseren Partnerstaaten Kasachstan und Usbekistan kommt in der jetzigen Situation, in der eine klare Haltung zur Völkerrechtswidrigkeit des russischen Angriffs auf die Ukraine erwartet wird, eine besondere Bedeutung in der rechtsstaatlichen Stabilisierung der Region Zentralasien zu, die wir deutlich fördern wollen.

The strategy and overarching objectives of IRZ build on these factors that have been among its core competencies from day one. With this in mind, we submitted updated guidelines for the work of IRZ to the Board of Trustees for resolution in June 2022. These guidelines placed a particular focus on civil and commercial law to reflect the founding principles of IRZ. Thankfully, the Advisory Board on “Law and Economic Transformation”, which was appointed by the Board of Trustees in 2022, has provided strong support in this context. The mission statement we developed in 2020, our target system and our impact control through monitoring and evaluation are now integral parts of the guidelines as well.

As always, we are grateful for the institutional grant from the Federal Ministry of Justice and for the funding we received from the Federal Foreign Office, which enabled us to broaden our efforts in South Eastern Europe, the South Caucasus, Africa and the Middle East. EU-funded projects – whether in the form of grants, twinning or technical assistance projects – either in lead or as a junior partner – enable us to widen the scope of our activities in the accession candidate countries and other priority regions. They accompany our bilateral work and create valuable synergy.

In line with our Africa strategy, we therefore managed to continue our work in Zambia in 2022, and, now that an initial needs assessment is complete, will also be active in Mauritania going forward. We are grateful to the Federal Ministry of Justice for concluding, among other things, the Memorandum of Understanding with the Ministry of Justice of Jordan, which IRZ initiated back in 2020, and the work programme negotiated with the Ministry of Justice of Ukraine until 2024. Given the current situation, in which a clear stance on the illegality of the Russian attack on Ukraine is expected, our partner states of Kazakhstan and Uzbekistan have a particular importance in stabilising the rule of law in the Central Asia region. We intend to promote these efforts unequivocally.

Vor Ihnen liegt die Ausgabe über unser Jubiläumsjahr. Die Einladung des Bundesministers der Justiz zum Festakt aus Anlass des Jubiläums, die sich an alle Justizministerinnen und Justizminister unserer Partnerstaaten sowie weitere hochrangige Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem In- und Ausland richtete, war ein Höhepunkt und für die IRZ eine große Wertschätzung. Ein Meilenstein war die zeitgleiche Eröffnung unseres erheblich vergrößerten Hauptstadtbüros, mit dem sich die IRZ deutlich sichtbarer im Zentrum der Rechtspolitik positioniert. Beide Veranstaltungen setzten klare Zeichen der Solidarität mit der Ukraine. Die Festrede des ukrainischen Justizministers Denis Malyska sowie die persönliche Teilnahme und die bewegenden Worte von Herrn Vizejustizminister Oleksandr Banchuk waren greifbare Zeichen der Hoffnung, dass sich das Recht des Stärkeren auf Dauer nicht durchsetzen wird.

Das Jubiläum prägt auch die folgenden Seiten, denen Sie darüber hinaus viele Aspekte und Entwicklungen unserer Arbeit entnehmen können sowie Informationen darüber, wie wir unseren Beitrag dazu leisten, die Herrschaft des Rechts konsequent und nachhaltig in unseren Partnerstaaten zu stärken.

Wir bedanken uns herzlich für Ihr Interesse!



Dr. Frauke Bachler, Hauptgeschäftsführerin

You are now holding our anniversary year issue. The invitation from the Federal Minister of Justice to a ceremony marking the association's anniversary, which was sent to all ministers of justice in our partner states and to other senior figures from Germany and abroad, was a highlight and expression of great appreciation for IRZ. The simultaneous opening of our significantly larger Berlin office was another milestone, which will place IRZ in a far more visible position at the heart of legal policy. Both events sent clear signals of solidarity with Ukraine. The ceremonial address by the Ukrainian Minister of Justice, Denis Malyska, as well as the personal attendance and moving words of Deputy Minister of Justice, Oleksandr Banchuk, were tangible signs of hope that the law of the strongest will not prevail in the long run.

The anniversary is a common theme in the following pages as well. They also describe many aspects and developments of our work and provide information on how we contribute to strengthening the rule of law consistently and sustainably in our partner states.

Thank you for your interest!



Dr. Frauke Bachler, General Director

Wir arbeiten in 6 Schwerpunktregionen

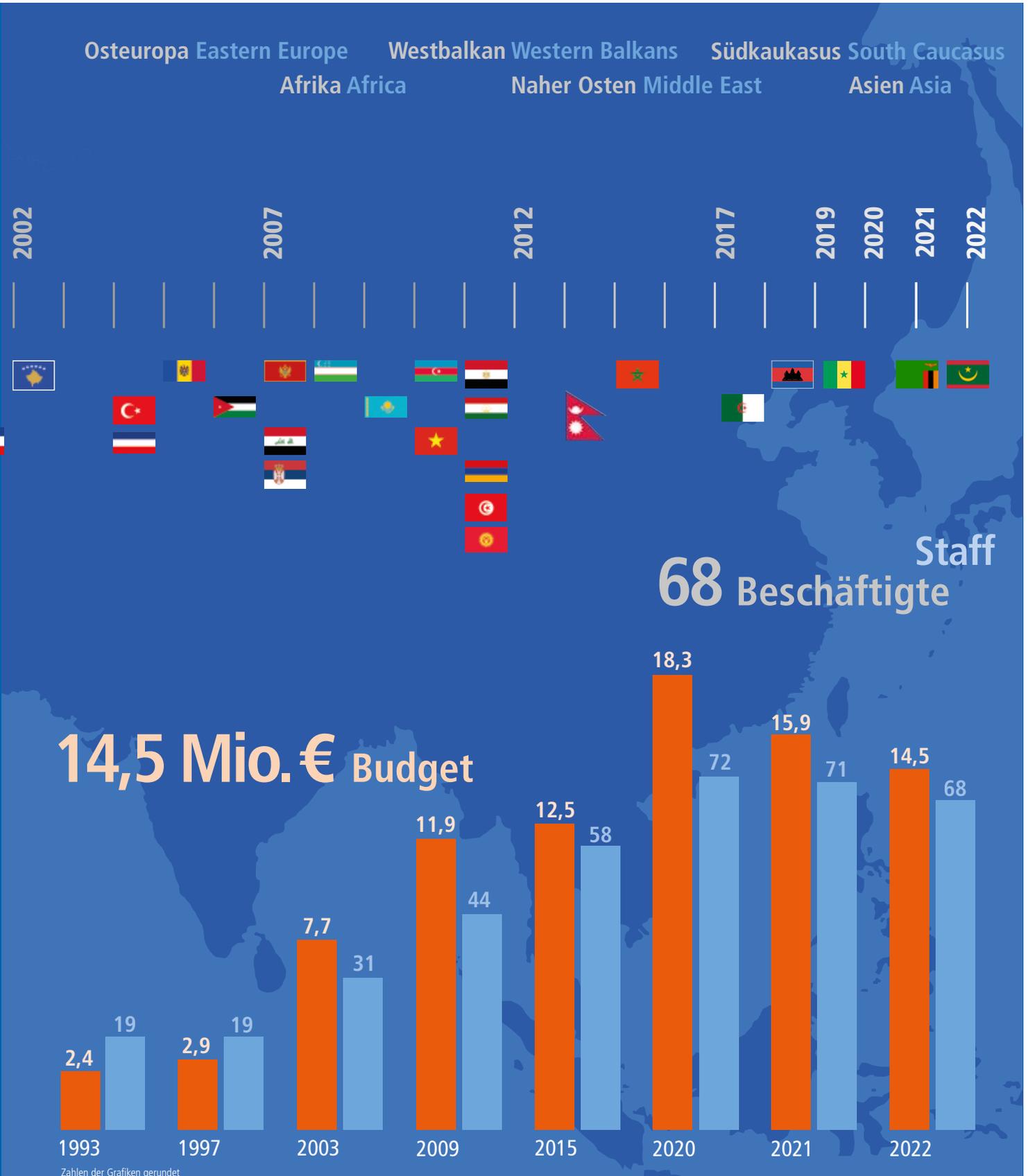
We work in 6 focus regions



Wir arbeiten in 18 verschiedenen Sprachen

We work in 18 different languages

- Mirë se vini Albanisch
- مرحبا بكم Arabisch
- Bienvenu Französisch
- Dobrodošli Kroatisch
- Добро пожаловать Russisch
- Dobrodošli Serbisch
- Hoşgeldiniz Türkisch
- Willkommen Deutsch
- Xush kelibsiz Usbekisch
- Xin chào Vietnamesisch
- Dobrodošli Bosnisch
- Welcome Englisch
- მოგესალმებით Georgisch
- Добредојде Mazedonisch
- Dobrodošli Montenegrinisch
- Bine ați venit Rumänisch
- Ласкаво просимо Ukrainisch
- Добре дошъл Bulgarisch



15 EU-Projekte

Stand: Dezember 2022

EU-Service Contract
 Technical Assistance to Support the Implementation of the Crosscutting Justice Strategy, **Albania**
 Juli 2022 – Juli 2024
 IRZ Lead; Budget: 1,6 Mio. Euro

EU-Grant-Projekt
 Consolidation of the Justice System, **Armenia**
 Juni 2020 – August 2022
 IRZ Lead; Budget: 2,2 Mio. Euro

EU-Service Contract
 Development and Introduction of e-Justice Solutions, **Armenia**
 Oktober 2021 – Oktober 2023
 IRZ Juniorpartner; Budget: 1,26 Mio Euro

EU-Twinning-Projekt
 Fostering integrity and preventing corruption in the public sector, **Armenia**
 Juni 2022 – Mai 2024
 IRZ Lead; Budget: 1 Mio. Euro

EU Grant-Projekt
 EU 4 Justice – Phase II, **Bosnia and Herzegovina**
 Dezember 2022 – November 2025
 IRZ Juniorpartner; Budget: 4,5 Mio. Euro

EU-Twinning-Projekt
 Supporting and upgrading the institutional, technical and raising awareness capabilities of the Egyptian Patent Office, **Egypt**
 Januar 2020 – Oktober 2022
 IRZ Juniorpartner; Budget: 1,5 Mio. Euro

EU-Grant-Projekt EUKOJUST
 Kosovo Justice Sector Programme, **Kosovo**
 Oktober 2020 – Januar 2024
 IRZ Lead; Budget: 7 Mio. Euro

EU-Grant-Projekt
 The Rule of Law Programme, **Kyrgyz Republic** – 2nd phase (ROLPRO2)
 Mai 2018 – Dezember 2022
 IRZ Juniorpartner; Budget: 12,2 Mio. Euro

EU-Technical-Asisstance-Projekt
 „Assistance technique auprès de la Délégation Générale à l’Administration Pénitentiaire et à la Réinsertion pour appuyer la mise en œuvre des politiques de réinsertion sociale des détenus et de prévention de la récidive“, **Morocco**
 März 2018 – Juli 2022
 IRZ Juniorpartner; Budget: 3 Mio. Euro

EU-Twinning-Projekt
 Support to the Implementation of the Modernised Data Protection Legal Framework, **North Macedonia**
 Juni 2021 – Oktober 2022
 IRZ Juniorpartner; Budget: 600.000 Euro

EU-Twinning-Projekt
 Building of the institutional capacity of the Investigative Centres, **North Macedonia**
 Mai 2019 – Februar 2022
 IRZ Lead; Budget: 1 Mio. Euro

EU-Twinning-Projekt
 Protection and Enforcement of Intellectual Property Rights, **Serbia**
 Februar 2019 – April 2022
 IRZ Juniorpartner; Budget: 1,5 Mio. Euro

EU-Twinning-Projekt
 Reinforcement of Consumer Protection, **Serbia** as a Response to the New Market Challenges
 Juni 2021 – Juni 2023
 IRZ Juniorpartner; Budget: 1,5 Mio. Euro

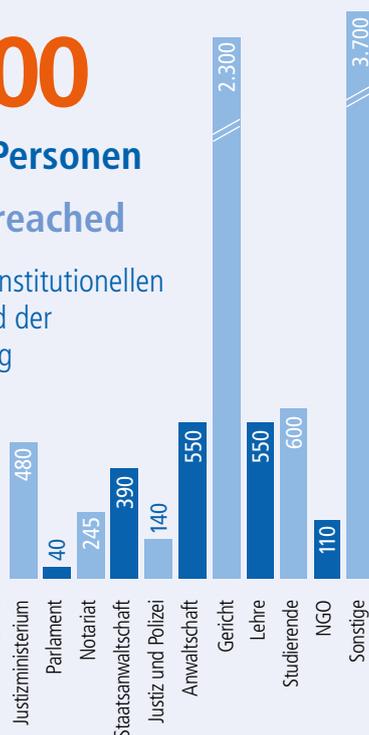
EU-Twinning-Projekt
 Strengthened capacities (human and legal) of Criminal Police Department and Special Prosecutor’s Office in combating cyber-crime and public awareness, **Serbia**
 Februar 2022 – November 2022
 IRZ Juniorpartner; Budget: 1 Mio. Euro

EU-Twinning-Projekt
 Peer-to-Peer Institutional Support to the Anti-Corruption Commission, **Zambia**
 August 2021 – August 2024
 IRZ Juniorpartner; Budget: 2 Mio. Euro

36.800 Erreichte Personen

Persons reached

im Bereich der institutionellen Zuwendung und der Projektförderung



Unmittelbar erreichte Personen nach Berufsgruppen



1.000

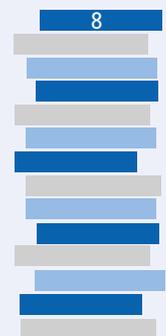
Personen unmittelbar erreicht durch Publikationen und Übersetzungen

Persons reached with publications and translations

im Bereich der institutionellen Zuwendung und der Projektförderung

Publikationen und Übersetzungen

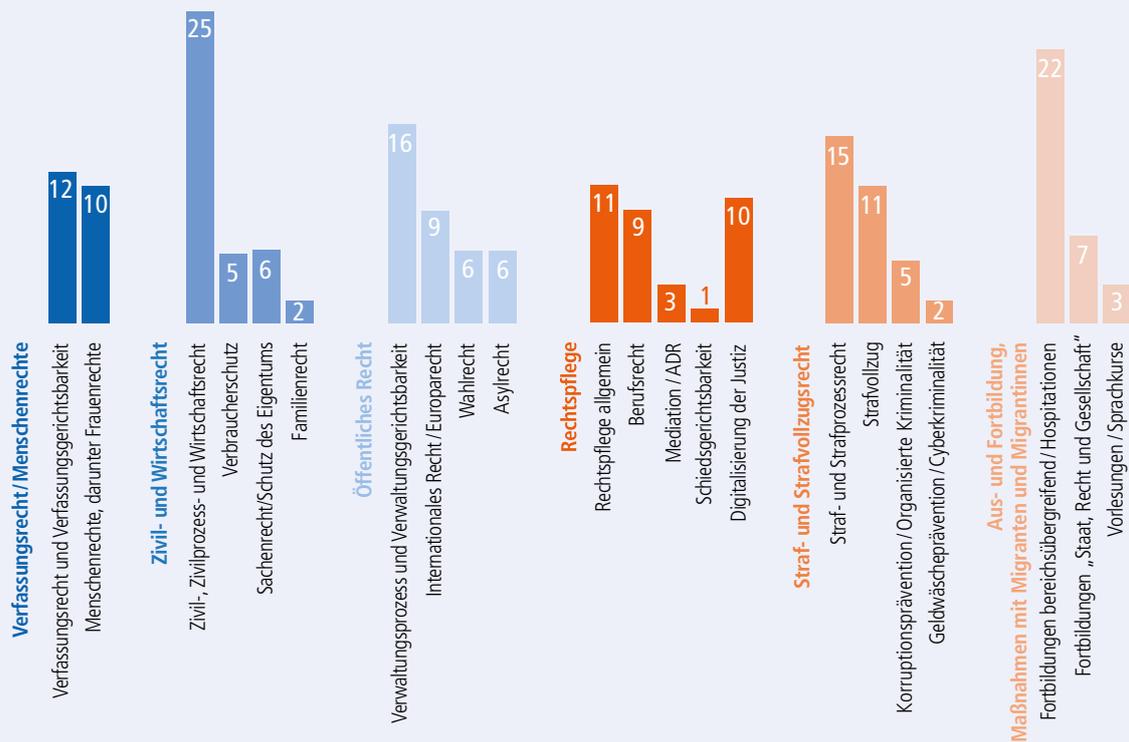
Publications and translations



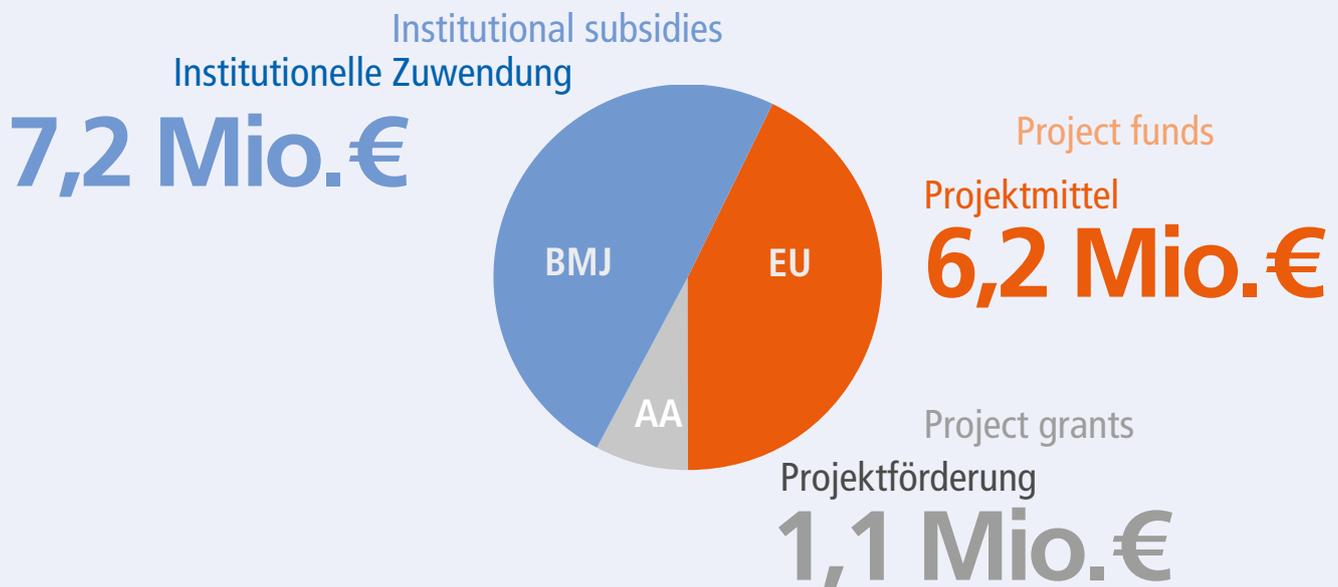
Zahlen der Grafiken gerundet

22 Tätigkeitsschwerpunkte Focus of Activity

im Bereich der institutionellen
Zuwendung und der Projektförderung
(Auswahl)



Finanzierung Financing



Zahlen der Grafiken gerundet

Die Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e. V. (IRZ) mit Sitz in Bonn ist seit ihrer Gründung im Jahr 1992 als Zuwendungsempfänger und im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz tätig. Sie berät als auf internationale Rechtsstaatsförderung spezialisierte Institution ihre Partnerstaaten bei der Reformierung des Rechtssystems und des Justizwesens. Ihre Auftraggeber sind die Bundesregierung und die Europäische Kommission.

Leitbild und Ziele

Ziel der Arbeit der IRZ ist es, in den Partnerstaaten einen Beitrag zu leisten zu

- Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung
- nachhaltiger, auch marktwirtschaftlicher Entwicklung auf der Grundlage eines modernen Zivil- und Wirtschaftsrechts
- Korruptionsbekämpfung
- Menschenrechten und humanitärem Völkerrecht
- Demokratieförderung
- Austausch über Rechtsverständnisse
- gemeinsamer Fortentwicklung des Rechts

durch Rechtsstaatsförderung mit beratender Unterstützung bei den folgenden Maßnahmen:

- Aufbau und Verbesserung von Strukturen und Verfahren staatlicher Institutionen
- Unterstützung von Rechtsreformen im Zivil- und Wirtschaftsrecht, öffentlichen Recht und Strafrecht einschließlich des jeweiligen Verfahrens- und Prozessrechts, Schließung von Umsetzungslücken
- Zugang zu Recht und Streitbeilegung
- Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz und der justiziellen Integrität
- Aufbau und Stärkung von Rechtspflege und Strafverfolgung
- Bindung der Verwaltung an Recht und Gesetz
- Rechtsverbreitung
- Stärkung von Schlüsselakteuren
- Verbesserung politischer Teilhabe der Zivilgesellschaft sowie
- Aus- und Fortbildung und Förderung von Nachwuchsjuristinnen und Nachwuchsjuristen,

um damit zur Umsetzung der justizaußenpolitischen Ziele der Bundesregierung beizutragen. Die IRZ berücksichtigt bei ihrer Arbeit auch den Schutz vor Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität und unterstützt die Förderung von Frauen. Dieses Leitbild gilt für alle Schwerpunkte, Partnerstaaten und Projekttypen.

Schwerpunkte der Projektarbeit

Die Projektarbeit der IRZ ist darauf ausgerichtet,

- rechtsstaatliche, demokratische Verfassungsstrukturen im Rahmen des europäischen Menschenrechtsverständnisses zu erreichen,
- privat- und wirtschaftsrechtliche Grundlagen für wirtschaftlichen Leistungsaustausch aufzubauen,

The German Foundation for International Legal Cooperation (IRZ) with headquarters in Bonn has operated as a grant recipient and on behalf of the Federal Ministry of Justice since its inception in 1992. As an institution specialised in promoting the rule of law at international level, it advises its partner states on reforming their legal and judicial systems. Its clients are the Federal Government and the European Commission.

Mission and Objectives

The objective of IRZ's work is to contribute to the partner states in the areas of

- crisis prevention, conflict management and peace building
- sustainable, also market-based development; on the basis of modern civil and commercial law
- policy to combat corruption
- human rights and international humanitarian law
- promoting democracy
- exchange on legal understandings
- joint further development of the law

by promoting the rule of law and with advisory support in the

- establishment and improvement of structures and procedures within state institutions
- support for legal reforms in civil and commercial law, public law and criminal law, including the respective procedural and litigation law; closure of implementation gaps
- access to justice and dispute resolution
- strengthening the independence of the judiciary and judicial integrity
- building and strengthening the administration of justice and criminal procedure law
- ensuring administrative adherence to law and order
- dissemination of the law
- strengthening of key actors
- improving political participation within civil society
- as well as measures for basic and further training and the promotion of law students and young lawyers,

to contribute to the implementation of the Federal Government's foreign legal policy goals. In its work, IRZ also makes provisions for protection against discrimination on grounds of racial or ethnic origin, gender, religion or ideology, disability, age or sexual identity and promotes the advancement of women. This guiding principle applies to all priorities, partner states and project types.

Project Work Priorities

IRZ's project work aims to:

- create rule of law-based, democratic constitutional structures within the framework of the European understanding of human rights;
- establish private law and commercial law foundations for the economic exchange of services;

- öffentlich-rechtliche Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit vor dem Hintergrund der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und der Gewährleistung von Gewerbefreiheit zu schaffen,
- eine unabhängige, funktionsfähige Justiz einschließlich aller prozessrechtlichen Grundlagen aufzubauen und den gerechten Zugang dazu zu ermöglichen,
- die nationale Rechtsordnung der Partnerstaaten mit dem europäischen Recht zu harmonisieren,
- internationale Beratung zur Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen, insbesondere bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption, zu leisten,
- europäische Standards, insbesondere beim Menschenrechtsschutz im Bereich des Straf-, Strafprozess- und Strafvollzugsrechts, zu erreichen,
- juristischen Nachwuchs zu fördern.

Gesetzgebungsberatung

Die IRZ

- erstellt Gutachten zu Gesetzentwürfen,
- führt Expertengespräche mit den entsprechenden Partnerinstitutionen,
- veranstaltet Arbeitswochen und Konferenzen,
- stellt deutsche Gesetzestexte und Rechtsliteratur auch in landessprachlichen Übersetzungen zur Verfügung.

Aus- und Weiterbildung

Die IRZ organisiert unter anderem

- Seminare, Workshops, Vortragsveranstaltungen und Hospitationen,
- bilaterale und multilaterale Arbeitsbesuche und Fachgespräche,
- Fortbildungen für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Notarinnen und Notare sowie
- Begleitstudiengänge zur Einführung in das deutsche und europäische Recht.

Die Veranstaltungen finden sowohl in Deutschland als auch in den Partnerstaaten und auch in virtueller Form statt.

- develop a public law framework for entrepreneurial activities against the backdrop of the lawfulness of the administration and guarantees for freedom of trade;
- create and provide access to an independent, operational judiciary, based on the foundation of procedural law;
- harmonise the partner states' national legal systems with European law;
- provide international advice in civil and criminal matters, particularly in the fight against organised crime and corruption;
- achieve European standards, especially in the protection of human rights within criminal law, criminal procedure law and penitentiary law;
- promote law students and young legal professionals.

Legislative Advice

IRZ

- prepares policy papers on draft legislation;
- holds expert talks with the respective partner institutions;
- organises working weeks and conferences;
- provides German laws and legal literature, also translated into local languages.

Basic and Further Training

IRZ organises

- seminars, workshops, lecture events and internships;
- bilateral and multilateral working visits and expert talks;
- further training events for judges, public prosecutors, lawyers and notaries; and
- accompanying academic courses introducing German and European law.

The events are held both in Germany and in the partner states. Online and hybrid formats were established to accommodate the COVID-19 restrictions.

Organisation der Projektarbeit

Die Projekte der IRZ werden in Abstimmung mit der Geschäftsführung durch die Projektbereichsleiterinnen und Projektbereichsleiter konzipiert und organisiert. Sie werden hierbei von (Senior-)Projektmanagerinnen und (Senior-)Projektmanagern, der Projektassistenz und den Zentralen Diensten unterstützt. Die fachliche Durchführung der einzelnen Projekte wird von Expertinnen und Experten aus freien rechts- und wirtschaftsberatenden Berufen, Justiz, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft umgesetzt.

Organisation of the Project Work

IRZ projects are planned and organised by the Heads of Section, acting in agreement with the Board. They are supported in this capacity by (senior-) project managers, project assistants and administration. Technical implementation of the individual projects is carried out by experts from liberal legal and business consultancy professions, the judiciary, administration, economy and academia.

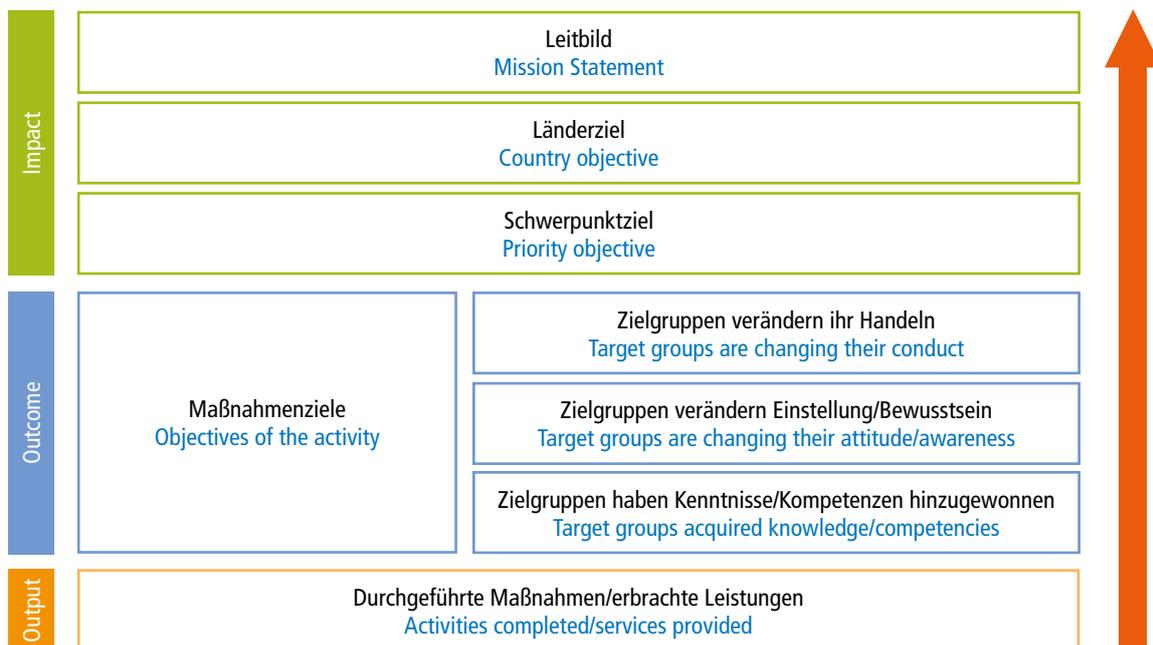
Partner der IRZ

- Verbände und Kammern der juristischen Berufe und der Wirtschaft
- Justiz
- Verwaltung auf Bundes- und Landesebene
- Wissenschaft
- einschlägige Nichtregierungsorganisationen

The IRZ Partners

- Associations and chambers of legal professions and of the economy
- Judiciary
- Administration at federal and state level
- Academia
- Relevant non-governmental organisations

Zielsystem der IRZ / IRZ Objectives System



Schematische Darstellung des Zielsystems der IRZ, Quelle: M&E-Konzept IRZ/CEval GmbH
Schematic overview of the IRZ Objectives System, source: M&E Choncept IRZ/CEval GmbH

Wirkungskontrolle: Monitoring und Evaluation

Die IRZ hat seit 2019 ihre Wirkungskontrolle weiterentwickelt und 2021 ein flächendeckendes Monitoring- und Evaluationskonzept (M&E-Konzept) eingeführt. Im Rahmen des organisationsinternen Monitorings werden laufend Daten zur Messung der Zielerreichung auf Outcome-Ebene erhoben. In periodischen Abständen durchzuführende Evaluationen stellen den zweiten Baustein des M&E-Konzepts dar. Die Erfassung von Wirkungen erfolgt auf der Grundlage eines kohärenten Zielsystems, das in Wirkungsmodellen grafisch dargestellt wird. Auf der Impact-Ebene umfassen diese Wirkungsmodelle für jeden Partnerstaat ein Länderziel, das sich aus dem Leitbild der IRZ ableitet, sowie Schwerpunktziele für jeden rechtlichen Arbeitsschwerpunkt. Auf der Outcome-Ebene sind zudem Ziele für alle durchgeführten Maßnahmen festgelegt, die in Anlehnung an die Phineo-Wirkungstreppe nach hinzugewonnenen Kompetenzen, Änderungen des Bewusstseins und Handlungsänderungen der Zielgruppen differenziert werden.

Innerhalb des M&E-Konzepts der IRZ greifen Monitoring und Evaluation synergetisch ineinander. Während im Rahmen des Monitorings parallel zur operativen Arbeit der IRZ kontinuierlich Daten zur Überprüfung der Maßnahmenumsetzung und der Zielerreichung auf Output- und Outcome-Ebene erhoben werden, sollen externe Evaluationen die Wirkungshypothesen der Wirkungsmodelle empirisch auf den Prüfstand stellen. Neben einer Bewertung der Effektivität im Sinne der Erreichung der Outcomes sollen Evaluationen auch über die Outcome-Ebene hinausgehende Wirkungen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene (Impact) in den Blick nehmen. Darüber hinaus treffen Evaluationen auf der Basis der OECD-DAC-Kriterien auch empirisch begründete Aussagen über die Relevanz, Kohärenz, Effizienz und Nachhaltigkeit der Arbeit der IRZ.

Finanzierung

Die IRZ finanziert sich durch

- öffentliche Mittel aus dem Haushalt des Bundesministeriums der Justiz (institutionelle Zuwendung) und des Auswärtigen Amtes (Projektförderung),
- Projektmittel der Europäischen Kommission sowie
- Spenden, Förder- und Kostenbeiträge Dritter.

Impact monitoring: Monitoring and evaluation

IRZ has continued developing its impact monitoring system since 2019 and introduced an end-to-end monitoring and evaluation concept (M&E Concept) in 2021. Data is continuously collected within the organisation's internal monitoring to measure the achievement of objectives at outcome level. Periodic evaluations represent the second component of the M&E concept. The assessment of impacts is based on a coherent objectives system, which is visually presented in impact models. At impact level, these impact models include a country objective for each partner state, which is derived from the IRZ mission statement, as well as priority objectives for each priority area of the legal work. Based on the Phineo impact scale, the outcome level also defines objectives for all implemented measures. They are differentiated according to acquired competencies, changes in awareness and changes in the actions of the target group.

Monitoring and evaluation are two synergetic wheels that interlock within the IRZ M&E Concept. While the monitoring element continuously collects data during the operative work of IRZ to verify implementation of measures and the achievement of objectives at the output and outcome levels, external evaluations are applied as an empirical test of the impact hypotheses within the impact models. Aside from assessing effectiveness in terms of outcome achievement, evaluations are also intended to examine effects beyond the outcome itself at the level of society as a whole (impact). In addition, evaluations based on the OECD-DAC criteria also allow empirically substantiated statements about the relevance, coherence, efficiency and sustainability of IRZ's work.

Financing

IRZ is financed by

- public funds from the budget of the Federal Ministry of Justice (institutional grants) and the Federal Foreign Office (project support);
- project funds from the European Commission;
- third-party donations, subsidies and cost contributions.

Bundeszuwendungen

Die IRZ wird seit ihrer Gründung im Jahr 1992 getragen und institutionell finanziert vom Bundesministerium der Justiz.

Inhaltliche und regionale Schwerpunkte werden am Jahresanfang in unmittelbarer Abstimmung mit dem Bundesministerium der Justiz gesetzt. Darüber hinaus findet eine Erörterung in den Vereinsgremien statt. Mit diesen Schwerpunktsetzungen kann neben den Interessen der Bundesregierung auch den spezifischen Rahmenbedingungen durch eine Intensivierung der Arbeit in bestimmten Regionen oder Partnerstaaten – wie gegenwärtig beispielsweise in der Ukraine und der Republik Moldau oder den Staaten des westlichen Balkans als EU-Beitrittskandidaten, in Afrika oder Vietnam – Rechnung getragen und ihren besonderen Bedürfnissen entsprochen werden. Der Deutsche Bundestag unterstützt diesjährig in besonderem Maße die Zusammenarbeit der IRZ mit der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien vor dem Hintergrund der eröffneten EU-Beitrittsperspektiven.

Für manche Partnerstaaten der IRZ haben die dort zuständigen Justizministerien und das Bundesministerium der Justiz Kooperationsabkommen mit dazugehörigen Arbeitsplänen zu bestimmten Fachthemen unterzeichnet, mit deren Umsetzung die IRZ betraut ist.

Die IRZ ist eine auf intensive fachliche Beratungsarbeit spezialisierte Institution. Im Rahmen der mit der Zuwendung des Bundesministeriums der Justiz finanzierten Arbeit finden teils langjährige Beratungsprozesse auch zu bestimmten gesetzgeberischen Reformvorhaben statt. In diesem Zusammenhang werden entweder neue Gesetze entworfen, oder bestehendes Recht wird maßgeblich reformiert. Beispielsweise unterstützt die IRZ bei der Schaffung einer eigenständigen Verwaltungsgerichtsbarkeit mit den zugrunde liegenden Gesetzen, bei der Einführung der Möglichkeit, Verfassungsbeschwerden einzureichen, oder bei der Ausarbeitung von Gesetzestexten aus den verschiedensten Rechtsbereichen. Daneben und begleitend hierzu finden Beratungen zur Umstrukturierung und Umorganisation von Justizinstitutionen statt, um den Zugang zum Recht zu stärken und dem reformierten Recht auch zur Umsetzung in der Praxis zu verhelfen. In ähnlicher Weise organisiert die IRZ zahlreiche Veranstaltungen zur Implementierung der Reformvorhaben und zur Fortbildung der Fachleute aus den Partnerstaaten, die das Recht anwenden. Dies nimmt in der Praxis breiten Raum ein, damit reformiertes Recht auch im rechtsstaatlichen Sinne angewandt wird. Ein besonderes Augenmerk verdienen dabei der unmittelbare und sehr intensive fachliche Erfahrungsaustausch der Berufsträgerinnen und Berufsträger untereinander sowie die unter anderem von den Kammern und Verbänden der juristischen Berufe mitgetragenen und geförderten Hospitationsprogramme. Zudem erreicht und motiviert die IRZ den juristischen Nachwuchs etwa durch Studienprogramme, Sommerschulen oder Herbstakademien.

Neben der institutionellen Förderung durch das Bundesministerium der Justiz erhält die IRZ auch antragsbezogene Fördermittel des Auswärtigen Amtes, mit denen in bestimmten Schwerpunktregionen mit dem Ziel der Stabilisierung die Aktivitäten der IRZ über einen bestimmten Zeitraum noch einmal wesentlich intensiviert werden können.

Im Jahr 2022 erhielt die IRZ rund 7.172.196 Euro an institutioneller Zuwendung vom Bundesministerium der Justiz sowie rund 1.147.044 Euro Fördermittel vom Auswärtigen Amt.

Funding from the Federal Government

IRZ has been supported and institutionally financed by the Federal Ministry of Justice since its inception in 1992.

Regional and content priorities are defined at the start of the year in direct consultation with the Federal Ministry of Justice. They are also discussed in the Association bodies. In addition to the interests of the Federal Government, the definition of these priorities also takes into account the specific framework conditions by intensifying the work in certain regions or partner states – as is currently the case, for example, in Ukraine and the Republic of Moldova or in the countries of the Western Balkans as EU accession candidate countries, in Africa or in Vietnam – and meeting their specific needs. In view of the prospects for EU accession, the German Bundestag has this year allocated special support to IRZ's cooperation with Ukraine, the Republic of Moldova and Georgia.

In some of IRZ's partner states, the competent ministries of justice and the Federal Ministry of Justice have signed cooperation agreements with associated work plans on certain specialised topics; IRZ is entrusted with implementation of these measures.

IRZ is an institution that is specialised in providing extensive technical advice. Advisory processes, some of them long term, on specific legislative reform projects take place as part of the work financed by the grant from the Federal Ministry of Justice. This involves either drafting new legislation or making significant reforms to existing laws. For instance, IRZ provides support in the creation of independent administrative court jurisdictions with the underlying laws, in the introduction of the opportunity to submit constitutional complaints or in the drafting of laws in a broad range of legal areas. At the same time, advice is given on the restructuring and reorganisation of judicial institutions in order to facilitate access to justice and assist with putting the reformed law into practice. Similarly, IRZ organises numerous events to implement the reform projects and to provide further training to professionals from the partner states who apply the law. This accounts for a significant proportion of the efforts to ensure that reformed law is also applied in accordance with the rule of law. The direct and very intensive exchange of technical experience among the professionals as well as the internship programmes supported and promoted by the chambers and associations of the legal professions, among other things, deserve special mention in this regard. Moreover, IRZ organises study programmes, summer schools or autumn academies to reach and motivate young legal professionals.

In addition to institutional funding from the Federal Ministry of Justice, IRZ also applies for and receives funding from the Federal Foreign Office, which can be used to significantly intensify its activities in certain priority regions over a certain period of time for the purposes of stabilisation.

In 2022, IRZ received around €7.172.196 in institutional grants from the Federal Ministry of Justice and approximately €1.147.044 in funding from the Federal Foreign Office.

Von der Europäischen Union finanzierte Projekte

Die IRZ führt ergänzend Projekte zur Rechts- und Justizreform durch, die die Europäische Kommission im Rahmen verschiedener Finanzierungsprogramme ausschreibt. Dies betrifft ähnliche Themenkomplexe wie die mit Bundeszuwendungen finanzierten Vorhaben. Die Projektvolumina sind jedoch zumeist größer, und die Vergabe der Mittel erfolgt im Rahmen von Ausschreibungsverfahren.

Die Bewerbungen auf solche EU-finanzierten Projekte sind mit erheblichem Aufwand verbunden, da hier strenge Vergaberegulungen gelten. Die Verfahren erstrecken sich meist über mehrere Monate. Seit pandemiebedingt die Präsentationen der Projektteams in Form von virtuellen Interviews etabliert wurden, hielt man an dieser Praxis fest, sodass 2022 keine Präsentationen in den jeweiligen Partnerstaaten stattgefunden haben. Dies spart zwar Zeit und Kosten, hat den Charakter dieser Präsentationen jedoch stark formalisiert.

Von besonderer Relevanz sind für die IRZ die folgenden Finanzierungsinstrumente der Europäischen Kommission:

- **IPA II** (Instrument for Pre-Accession Assistance): für potenzielle Beitrittskandidaten, insbesondere im Westbalkan
- **ENI** (European Neighbourhood Instrument): zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten in der Region der Östlichen Partnerschaft und im Mittelmeerraum
- **DCI** (Development Cooperation Instrument): von Relevanz für Länder Asiens, insbesondere in Bezug auf Zentralasien
- **EDF** (European Development Fund): für Länder des afrikanischen Kontinents

Die folgenden grundsätzlichen Überlegungen liegen den Bewerbungen der IRZ um Förderung durch die EU zugrunde:

- Vertiefung der IRZ-Aktivitäten in den Partnerstaaten
- mögliche Erweiterung des Länderkanons der IRZ im Rahmen der Strategien der IRZ für Afrika und den Nahen Osten
- Nutzung von Synergien zwischen der bilateralen Tätigkeit und EU-geförderten Vorhaben in einem Partnerstaat
- Vermeidung von Doppelberatungen
- Beratung der Partnerinstitutionen auf Augenhöhe
- effizienter Mitteleinsatz zur Erzielung bestmöglicher Ergebnisse für die Partnerinstitutionen

Projects funded by the European Union

IRZ carries out complementary projects on legal and judicial reform, which the European Commission tenders under various funding programmes. These projects address similar topics to those that are applied for under federal subsidies. However, the project volumes are usually larger, and funds are awarded through tendering procedures.

Applications for this kind of EU-funded project require considerable effort due to the strict procurement rules that govern these cases. The procedures usually take several months. The procedure of conducting project presentations in the format of virtual interviews, which was established during the pandemic, has been maintained. Thus, no presentations took place in the partner states during 2022. Although this saves time and money, it has made the style of these presentations significantly more formal.

The following European Commission financing instruments are of particular relevance to IRZ:

- **IPA II** (Instrument for Pre-Accession Assistance): for potential EU accession candidate countries, especially countries in the Western Balkans
- **ENI** (European Neighbourhood Instrument): to promote democracy and human rights in the Eastern Partnership and the Mediterranean regions
- **DCI** (Development Cooperation Instrument): relevant for Asian countries, especially in regard to Central Asia
- **EDF** (European Development Fund): for countries on the African continent

IRZ applies the following basic considerations in its applications for EU funding:

- deepening of IRZ activities in partner states
- potential expansion of IRZ's set of countries within the framework of its strategies for Africa and the Middle East
- exploitation of synergy between the bilateral activity and EU-funded projects in a partner state
- avoidance of duplication of activities
- advising partner institutions as equals
- efficient use of resources to achieve the best possible outcomes for partner institutions

EU-Twinning

Um Partnerschaften zwischen Behörden aus den EU-Mitgliedstaaten und Staaten mit EU-Beitrittsperspektive zu fördern, hat die Europäische Union Ende der 1990er-Jahre das Förderinstrument Twinning ins Leben gerufen und unterstützt so seit mehr als 24 Jahren den Auf- und Ausbau von öffentlichen Strukturen im Einklang mit europäischen Werten und Standards.

Aufgrund der erzielten Ergebnisse und Erfolge des Twinning-Instruments in Beitritts- und Nachbarschaftsstaaten wurden seit Ende 2020 erstmalig auch Länder der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit einbezogen und für diese 2021 erste Twinning-Projekte ausgeschrieben. Die IRZ hat erfolgreich an einer der ersten Bewerbungen teilgenommen und führt seit 2021 ein Twinning-Projekt unter finnischer Federführung in Sambia durch.

Wie der Name Twinning bereits impliziert, verfolgen die Projekte dabei einen partnerschaftlichen Ansatz: Gemeinsam mit Beschäftigten aus den jeweiligen Behörden der EU-Mitgliedstaaten werden die Partnerstaaten bei der Übernahme des gemeinsamen rechtlichen Besitzstands der EU („Acquis communautaire“) oder in den Nachbarschaftsländern zur Erfüllung der „Partnership Agreements“ unterstützt und beraten.

Das Projektpersonal setzt sich im Wesentlichen zusammen aus der oder dem „Project Leader“ (PL), der oder dem „Resident Twinning Adviser“ (RTA), den „Component Leaders“ (CL) und den Kurzeitexpertinnen und Kurzeitexperten. Diese Personalstruktur spiegelt sich auf der Seite der Partnerinstitution, sodass eine Begegnung (Twinning) „auf Augenhöhe“ erfolgen kann.

Die/der RTA muss verpflichtend eine Person aus der öffentlichen Verwaltung eines EU-Mitgliedstaats mit Arbeitserfahrungen im relevanten Sektor sowie hoher interkultureller Kompetenz sein. Sie/er leitet das in der Regel zweijährige Projekt vor Ort und dient als tägliche Ansprechperson für die zu beratende Behörde. Unterstützt wird die/der RTA dabei von der/dem PL, einer erfahrenen Beamtin oder einem erfahrenen Beamten des höheren Dienstes, die/der die Gesamtverantwortung für das Projekt trägt und der/dem RTA von der Heimatbehörde aus beratend zur Seite steht. Sowohl bei planerischen Aufgaben in der Antragsphase als auch bei steuernden und fachlichen Aufgaben während der Durchführung der Projekte arbeiten RTA und PL eng mit den jeweiligen CL zusammen, die die Gestaltung und Umsetzung der Fachkomponenten mitverantworten, mitsteuern und an deren Umsetzung maßgeblich beteiligt sind. Darüber hinaus werden zahlreiche Bedienstete aus der öffentlichen Verwaltung der EU-Mitgliedstaaten mit spezifischen und projektrelevanten Kenntnissen einbezogen und unterstützen die Projekte als Kurzeitexpertinnen und Kurzeitexperten in mehrheitlich wöchentlichen Einsätzen im Partnerstaat.

EU Twinning

The European Union introduced the Twinning funding instrument in the late 1990s in order to promote partnerships between authorities of the EU Member States and potential EU accession candidates. In this way, the EU has been supporting the development and expansion of public structures in line with European values and standards for more than 24 years.

European development cooperation countries were included for the first time at the end of 2020 due to the outcomes and successes of the Twinning instrument in accession and neighbouring countries. The first Twinning projects were tendered for the European development cooperation countries in 2021. IRZ successfully participated in one of the first applications and has been running a Twinning project in Zambia under Finnish leadership since 2021.

As the name Twinning implies, the projects adhere to a partnership approach: Together with employees from the relevant authorities of the EU Member States, the partner states are supported and advised in adopting the EU *acquis communautaire*. Assistance and advice is also provided in the neighbouring countries on the fulfilment of “Partnership Agreements”.

The project staff mainly consists of the “Project Leader” (PL), the “Resident Twinning Adviser” (RTA), the “Component Leaders” (CL) and the short-term experts. This staff structure is mirrored by the partner institution, so that an encounter (twinning) can take place “as equals”.

The RTA must be a person from the public administration of an EU Member State with work experience in the relevant sector and excellent intercultural competence. They manage the project on the ground, which usually lasts two years, and act as the everyday primary contact for the authority receiving advice. The RTA is supported by a Project Leader (PL), an experienced senior civil servant who bears overall responsibility for the project and who advises the RTA while remaining with the home authority. For planning tasks in the application phase as well as for management and technical tasks during the implementation of the projects, the RTA and PL work closely together with the respective CLs, who are jointly responsible for design and implementation of the technical components, help in their management and are significantly involved in their implementation. In addition, numerous officials from public administrations in EU Member States with specific and relevant knowledge also support the projects as short-term experts and are usually deployed to the partner states on weekly assignments.

Finanzierungsarten

Die IRZ vertritt seit 1998 das Bundesministerium der Justiz bei der Bewerbung und Durchführung von EU-Twinning-Projekten („mandated body“) im Justizbereich (Justice and Home Affairs). Seit nunmehr 24 Jahren hat die IRZ an Twinning-Bewerbungen teilgenommen und seitdem erfolgreich an der Implementierung von 90 Projekten mitgewirkt. In den letzten Jahren konnten auch zahlreiche Projekte mit Konsortialpartnern aus neuen EU-Mitgliedstaaten – wie beispielsweise aus Lettland, der Slowakei oder Kroatien – erfolgreich durchgeführt werden. Staaten, die die IRZ früher durch Twinning-Projekte bei ihrem Beitritt zur EU unterstützt hat, sind somit zu Partnern geworden, die oftmals nicht nur regionale Expertise einbringen, sondern auch auf ähnliche rechtliche Traditionen zurückgreifen können – wie etwa die aktuellen Beitrittskandidaten. Dadurch haben sie ein besonderes Verständnis für die spezifischen Herausforderungen im Hinblick auf die Angleichung an EU-Recht.

2022 nahm die IRZ erfolgreich an zwei Twinning-Bewerbungen teil, die beide gewonnen werden konnten. Damit konnte die IRZ in 2022 insgesamt acht EU-Twinning-Projekte (zwei in Nordmazedonien, drei in Serbien und jeweils eines in Ägypten, Sambia und Armenien) beginnen, durchführen oder abschließen. Diese Projekte werden in den Länderberichten näher vorgestellt.

EU-Grants

Die EU-Grants variieren in ihren Volumina und auch im thematischen Zuschnitt, sind jedoch im Bereich der Rechts- und Justizreformen meist von umfassendem Charakter, indem sie den gesamten Justizbereich eines Landes in den Blick nehmen. Dies geht bereits aus den Projekttiteln hervor, die durch die EU vorgegeben werden und häufig eine Konsolidierung der Justizreformen oder der Rechtsstaatlichkeit beinhalten.

Grants richten sich, ähnlich wie Twinning, nur an einen beschränkten Bewerberkreis, zu dem die IRZ als mandatierte Einrichtung des Bundesministeriums der Justiz in aller Regel zählt. Erforderlich ist zudem meist die Kooperation mehrerer EU-Mitgliedstaaten. Hinsichtlich der Zusammensetzung der Konsortien hat sich aus Sicht der IRZ die Zusammenarbeit sowohl mit neuen Partnern – wie etwa Kroatien und Lettland – als auch mit lange etablierten Durchführungsorganisationen – etwa aus Frankreich, Italien und den Niederlanden – bewährt.

Die Besonderheit in der Finanzstruktur der Grants ist es, dass die durchführenden Organisationen einen finanziellen Eigenbeitrag leisten müssen, meist in Form des Personaleinsatzes. Die hierfür erforderlichen Eigenmittel werden aus der Zuwendung des Bundesministeriums der Justiz getragen. Hierbei handelt es sich um eine effiziente Mittelverwendung, da der Einsatz eines verhältnismäßig geringen Betrags von Eigenmitteln die Umsetzung eines Budgets von mehreren Millionen Euro ermöglicht. Zudem können in den Partnerstaaten, in denen die IRZ solche Vorhaben umsetzt, zuletzt etwa in Armenien, Kirgisistan und Kosovo sowie demnächst auch in Bosnien und Herzegowina, die bilateralen Aktivitäten entsprechend reduziert, das Budget der Bundeszuwendungen also entlastet werden. In 2022 bewarb sich die IRZ um drei Grants im Justiz- bzw. Sicherheitsbereich, einmal davon erfolgreich, bei der dritten Bewerbung steht zum Berichtszeitpunkt das Ergebnis noch aus.

Financing methods

IRZ has represented the Federal Ministry of Justice in the application for and implementation of EU Twinning projects (“mandated body“) in the judicial field (Justice and Home Affairs) since 1998. For 24 years now, IRZ has participated in Twinning applications and has been successfully involved in the implementation of 90 projects so far. In recent years, numerous projects have also been successfully carried out with consortium partners from new EU Member States such as Latvia, Slovakia or Croatia. Countries that IRZ had previously supported in Twinning projects during their accession to the EU have therefore become partners. Not only do they now contribute regional expertise in many cases, they can also draw on similar legal traditions as the current accession candidate countries. This means that they have a better understanding of the specific challenges involved in harmonisation with EU law.

IRZ successfully participated in two Twinning applications in 2022, both of which were won. In 2022, IRZ therefore managed to start, carry out or bring to a conclusion eight EU Twinning projects in total (two in North Macedonia and one respectively in Egypt, Zambia and Armenia). These projects are presented in greater detail in the country reports.

EU Grants

EU grants vary in volume and thematic scope, but are usually comprehensive in the area of legal and judicial reform and cover a country’s entire judicial sector. This is already indicated by the project titles given by the EU, which often include consolidation of judicial reforms or the rule of law.

Like Twinning, grants are addressed to a restricted group of applicants that include IRZ as a mandated body of the Federal Ministry of Justice. Cooperation between several EU Member States is usually required as well. With regard to the composition of the consortia, IRZ has found that cooperation with both new partners – such as Croatia and Latvia – and long-established implementing organisations – such as from France, Italy and the Netherlands – is a successful approach.

What sets the financial structure of the grants apart is that the implementing organisations are required to provide a financial contribution of their own, mostly in the form of staff input. IRZ takes the funds required for this from the subsidy provided by the Federal Ministry of Justice. This represents an efficient use of funds, as the use of a relatively small amount of own funds enables the implementation of a budget amounting to several million euros. Moreover, bilateral activities can be reduced accordingly in the partner states in which IRZ carries out these projects – as is currently the case, for instance, in Armenia, Kyrgyzstan and Kosovo and soon in Bosnia and Herzegovina as well – which eases the strain on the budget for federal grants. IRZ applied for three grants in the field of justice and security in 2022, one of which was successful, while the result of the third application is still pending at the time of reporting.

Finanzierungsarten

Financing methods

Die konkrete Personalstruktur ist bei Grants meist nur in Grundzügen durch die Ausschreibung vorgegeben, sodass es den durchführenden Organisationen obliegt, Anzahl und Rollen der vor Ort tätigen Expertinnen und Experten zu definieren. Die Teamstruktur richtet sich dabei überwiegend nach dem Umfang des Projekts und der Anzahl der Themenfelder und Aktivitäten. Generell setzt die IRZ hier auf Konstellationen, in denen eine erfahrene Persönlichkeit als Teamleiterin oder Teamleiter von einem Team aus internationalen und lokalen Langzeitexpertinnen und Langzeitexperten flankiert wird. Die Beratungsaktivitäten können so überwiegend durch eingearbeitetes Stammpersonal des Projekts wahrgenommen werden, Kurzeiteinsätze bleiben eher die Ausnahme.

In most cases, the calls for tender relating to grants merely outline the specific staff structures in broad brush strokes, which means that the implementing organisation is responsible for defining the numbers of experts deployed on the ground and their roles. The team structure therefore depends largely on the scope of the project, the number of topics and the activities involved. In general, IRZ relies on constellations in which an experienced person as team leader is supported by a team of international and local long-term experts. Advisory activities can therefore be performed predominantly by core project staff who are familiar with the specific issues; short-term assignments remain the exception rather than the rule.

EU-Technical-Assistance

Neben der Tätigkeit als mandatierte Einrichtung des Bundesministeriums der Justiz ist die IRZ weiterhin in EU-Technical-Assistance-Projekten aktiv. Hierbei handelt es sich um frei ausgeschriebene Projekte, deren Bewerberkreis erheblich größer ist und von spezialisierten lokalen Organisationen bis hin zu internationalen Beratungsunternehmen reicht. Angesichts dieses starken Wettbewerbs übernimmt die IRZ hier bewusst nur die Federführung für Themenfelder und Regionen, in denen sie spezialisiert ist. Dank ihrer langjährigen Erfahrung ist die IRZ ein gefragter Kooperationspartner internationaler Konsortien.

EU Technical Assistance

IRZ remains active in EU Technical Assistance projects, in addition to its work as a mandated body of the Federal Ministry of Justice. They are publicly tendered projects with a far larger pool of applicants, ranging from specialised local organisations to international consulting companies. In view of this strong competition, IRZ adopts a conscious policy of only taking the lead in thematic fields and regions in which it is specialised. IRZ is a popular cooperation partner for international consortia thanks to its long-standing experience.

Im Berichtsjahr war die IRZ an sieben Bewerbungen beteiligt, einige davon dauerten zum Berichtszeitpunkt noch an. Im Rahmen der Afrikastrategie betrifft dies etwa ein Vorhaben zur Justizreform in Malawi; auch im Nahen Osten bemüht sich die IRZ um EU-Förderung, etwa in Jordanien.

During the reporting year, IRZ was involved in seven applications, some of which were still ongoing at the time of reporting. Among them is a project on judicial reform in Malawi as part of the Africa Strategy; IRZ is also seeking EU funding in the Middle East, for example in Jordan.

Die derzeit laufenden EU-finanzierten Technical-Assistance-Projekte der IRZ in Albanien und Armenien werden im Rahmen der Länderberichte vorgestellt.

The EU-funded Technical Assistance projects in which IRZ is currently involved in Albania and Armenia are presented in the country reports.

Teresa Thalhammer, Projektbereichsleiterin und Koordinatorin der IRZ, EU-Grants und Technical Assistance sowie Hospitationsprogramme, bei der Projektpräsentation, Eröffnung des Büros der IRZ in Berlin.

Teresa Thalhammer, Head of Section and Coordinator of IRZ, EU Grants and Technical Assistance, Multilateral internships at the project presentation, official opening of the IRZ Berlin office.





Katharina Tegeder, Projektbereichsleiterin und Koordinatorin der IRZ, EU Twinning und Action Grants, im Gespräch mit Marco Engel, Priamus Ausbau GmbH, Eröffnung des Büros der IRZ in Berlin.

Katharina Tegeder, Head of Section and Coordinator of IRZ, EU Twinning and Action Grants, in conversation with Marco Engel, Priamus Ausbau GmbH, official opening of the IRZ Berlin office.

Online

Afrika Blog der IRZ

Der mehrsprachige Blog des Projektbereichs Afrika „IRZ Dialogue Juridique Afro-Allemand“ unterstützt die internationale, rechtliche Zusammenarbeit digital. Hier tauschen sich Juristinnen und Juristen aus afrikanischen Partnerstaaten der IRZ sowie aus Deutschland zu verschiedenen, rechtlichen Themen aus. Der Blog publiziert Fachartikel der IRZ-Expertinnen und Experten aus Deutschland und den Partnerstaaten in den Sprachen Deutsch, Französisch und Arabisch.

www.irz-dialogue-afroallemand.de

EUKOJUST

Die IRZ implementiert seit Oktober 2020 federführend das großvolumige EU geförderte Grant Projekt „European Programme/Kosovo Justice Reform (EUKOJUST)“ in einem internationalen Konsortium. Mit einem Volumen von 7 Millionen Euro und einer Laufzeit von 40 Monaten unterstützt EUKOJUST die kosovarischen Institutionen bei der Umsetzung der Justizreform und der Strategie für Rechtsstaatlichkeit, welche als Ergebnis einer zuvor umfassenden Überprüfung des Justizsektors im Kosovo hervorging. Ziel ist es, das kosovarische Justizsystem im Einklang mit europäischen und internationalen Standards zu bringen und das Vertrauen der Bevölkerung in das Justizsystem zu stärken.

Die wichtigsten Informationen finden sich auf der Projektwebsite: www.eukojust.eu/

Netzwerk der IRZ

Internetplattform zum multilateralen Hospitationsprogramm für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, die die IRZ gemeinsam mit der Bundesrechtsanwaltskammer und dem Deutschen Anwaltverein durchgeführt. Rund 500 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte aus ehemaligen und aktuellen Partnerstaaten der IRZ haben seit dem Beginn des Hospitationsprogramms im Jahr 1993 bis heute an dieser Fortbildungsmaßnahme teilgenommen. An sie, die Alumni des Hospitationsprogramms, und an die auf deutscher Seite an dem Hospitationsprogramm beteiligten Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte richtet sich diese Website.

<https://www.irz-netzwerk.eu/>

Print

Zeitschriften, Jahrbücher und Newsletter

- *Aktuelle Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte*, Newsletter in albanischer und mazedonischer Sprache, Nordmazedonien, 2022 (Druck erfolgt im Jahr 2023)
- *Deutsch-Georgische Strafrechtszeitschrift (DGStZ)*, Onlineausgaben in deutscher und georgischer Sprache, Georgien, ISSN 2566-5758, 2021, 2022
- *Deutsch-Georgische Zeitschrift für Rechtsvergleichung (DGZR)*, Print- und Onlineausgaben in georgischer und 6 Print- und Onlineausgaben in deutscher Sprache, Georgien, SSN 2587-5191 (Printausgabe), ISSN 2667-9817 (Onlineausgabe), 2021, 2022

Online

IRZ's Africa blog

The multilingual blog for the 'Africa IRZ Dialogue Juridique Afro-Allemand' project area provides digital support in international legal cooperation. It is an opportunity for legal professionals from IRZ partner states in Africa and their German colleagues to share thoughts on various legal topics. The blog publishes technical articles by IRZ experts from Germany and the partner states in German, French and Arabic.

www.irz-dialogue-afroallemand.de

EUKOJUST

Since October 2020, IRZ has been spearheading the implementation of the large-scale EU-funded grant project „European Programme/ Kosovo Justice Reform (EUKOJUST)“ in an international consortium. EUKOJUST has a volume of €7 million and a term of 40 months, and supports Kosovo's institutions to implement judicial reform and the Rule of Law Strategy, which emerged from a previous comprehensive review of the judicial sector in Kosovo. EUKOJUST aims to bring Kosovo's judicial system in line with European and international standards and to strengthen the trust of the population in the judicial system.

The most important information can be found on the project website: www.eukojust.eu/

IRZ network

This is an Internet platform for the multilateral internship program for lawyers organised by IRZ, the German Federal Bar (BRAK) and the German Bar Association (DAV). 496 lawyers from former and current IRZ partner states have participated in this training program to date since it was launched in 1993. This website is designed for these lawyers, the alumni of the internship program, and for the lawyers participating in the internship program on the German side.

<https://www.irz-netzwerk.eu/>

Print

Journals, yearbooks and newsletters:

- *Aktuelle Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte*, Newsletter in albanischer und mazedonischer Sprache, Nordmazedonien, 2022 (Druck erfolgt im Jahr 2023)
- *Deutsch-Georgische Strafrechtszeitschrift (DGStZ)*, Onlineausgaben in deutscher und georgischer Sprache, Georgien, ISSN 2566-5758, 2021, 2022
- *Deutsch-Georgische Zeitschrift für Rechtsvergleichung (DGZR)*, Print- und Onlineausgaben in georgischer und 6 Print- und Onlineausgaben in deutscher Sprache, Georgien, SSN 2587-5191 (Printausgabe), ISSN 2667-9817 (Onlineausgabe), 2021, 2022

Medien – 2022-2021 (Auswahl)

- *KoPra, Kontinentalno Pravo – Kontinentales Recht – Zeitschrift für nachhaltige und zweckmäßige Rechtsentwicklung*, 2022 / Broj 5 und 6 / Godina VI, in serbischer Sprache, Serbien, ISSN 2560-4082, 2021, 2022 (auch online verfügbar über die Webseite der Rechtsfakultät der Universität Belgrad: <https://kopra.ius.bg.ac.rs/>)
- *Tagungsband „Online Regionale Verfassungsgerichtskonferenz – Sondervoten bei verfassungsrechtlichen Entscheidungen“*, Print und elektronische Publikation, Sarajevo, ISBN 978-9926-464-21-9, 2021

Fachbücher

- *Godišnjak ustavnog prava – Jahrbuch für Verfassungsrecht*, 2020–2021 / IV. Jahrgang, in bosnischer und serbischer Sprache, Serbien, ISSN 2466-5088, 2022
- Professor Dr. Michael Eichberger, *Richtungsweisende Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zusammengestellt für das jordanische Verfassungsgericht*, in arabischer Sprache, elektronische Publikation, 2021

Übersetzung

- *Strafgesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland*, Übersetzung ins Serbische mit einer fachlichen Einführung, Serbien, ISBN 978-86-87713-76-5, 2022

Filme

„Verhandlung eines fiktiven wirtschaftsrechtlichen Falls unter Anwendung des UN-Kaufrechts“

Die IRZ erweiterte ihr Lehrmaterial um ein neues Medium, indem erstmals ein Film produziert wurde. Diese Neuausrichtung wurde durch eine Spende des Verlags C.H. Beck möglich. Der Film zeigt in rund 45 Minuten die Verhandlung eines fiktiven wirtschaftsrechtlichen Falls unter Anwendung des UN-Kaufrechts. Er veranschaulicht den Verfahrensablauf mit Beweisaufnahme und alternativ eine gütliche Einigung vor einem Zivilgericht. Die Untertitelung in sieben Sprachen illustriert die Verfahrensgrundsätze des deutschen Prozessrechts, die richterliche Verhandlungsführung und den Auftritt der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte vor Gericht.

„Wie Richterinnen und Richter Zivilverfahren durch aktive Verfahrensleitung und Unterstützung von Vergleichen beschleunigen können“

In dem Film wird unter Bezugnahme auf die Gesetzgebung der Partnerstaaten und unter Einbeziehung von Teilnehmenden an früheren Arbeitsbesuchen in Deutschland und von Rechtswissenschaftlerinnen und Rechtswissenschaftlern aus der Region dargestellt, welche Anregungen aus der deutschen Praxis für das Recht der Partnerstaaten gewonnen werden können. Richterinnen und Richter erhalten eine anschauliche Darstellung von Methoden zur Verfahrensbeschleunigung durch aktive Verfahrensleitung und durch Förderung von Vergleichen. Gleichzeitig dient dieses Medium als Diskussionsgrundlage und bietet der Richterschaft die Möglichkeit, die aufgezeigten Methoden in Bezug zur eigenen Praxis zu setzen. Die mehrsprachigen Versionen des Films in den Landessprachen der Partnerstaaten Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien erlauben eine breitgefächerte Einsatzmöglichkeit als Lehrmittel bei Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen.

Media – 2022–2021 (Selection)

- *KoPra, Kontinentalno Pravo – Kontinentales Recht – Zeitschrift für nachhaltige und zweckmäßige Rechtsentwicklung*, 2022 / Broj 5 und 6 / Godina VI, in serbischer Sprache, Serbien, ISSN 2560-4082, 2021, 2022 (auch online verfügbar über die Webseite der Rechtsfakultät der Universität Belgrad: <https://kopra.ius.bg.ac.rs/>)
- *Tagungsband „Online Regionale Verfassungsgerichtskonferenz – Sondervoten bei verfassungsrechtlichen Entscheidungen“*, Print und elektronische Publikation, Sarajevo, ISBN 978-9926-464-21-9, 2021

Reference books

- *Godišnjak ustavnog prava – Jahrbuch für Verfassungsrecht*, 2020–2021 / IV. Jahrgang, in bosnischer und serbischer Sprache, Serbien, ISSN 2466-5088, 2022
- Professor Dr Michael Eichberger, *Richtungsweisende Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zusammengestellt für das jordanische Verfassungsgericht*, in arabischer Sprache, elektronische Publikation, 2021

Translation

- *Strafgesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland*, Übersetzung ins Serbische mit einer fachlichen Einführung, Serbien, ISBN 978-86-87713-76-5, 2022

Film

Negotiation in an imaginary commercial law case based on the UN Sales Convention

IRZ has produced its first film, adding a new medium to expand its teaching materials. With a running time of 45 minutes, the film portrays negotiations in an imaginary commercial law case based on the UN Sales Convention. It illustrates the course of the proceedings with the taking of evidence and alternatively an amicable settlement before a civil court. Subtitled in seven languages, it describes the principles of proceedings under German procedural law, the judicial negotiations and the actions of lawyers in court.

“How judges can accelerate civil proceedings through active procedural management and supporting settlements.”

Referring to current legislation in the partner states and with the involvement of participants from previous working visits to Germany and legal scholars from the region, the film outlines how German practice can be used as a model for laws in the partner states. Judges receive an illustrative presentation on which methods can be applied to accelerate proceedings through active procedural management and by supporting settlements. The medium serves furthermore as a basis for discussion and creates an opportunity for the judiciary to relate the presented methods to their own working practice. The multilingual versions of the film in the official languages of the partner states of Bosnia and Herzegovina, Montenegro, North Macedonia and Serbia permit its use as teaching material in basic and further training events in a wide variety of settings.

Festakt „30 Jahre IRZ“ am 6. Dezember 2022 im Bundesministerium der Justiz in Berlin

Eröffnungsrede des Bundesministers der Justiz Dr. Marco Buschmann, MdB

Wenn mein hochgeschätzter Amtsvorgänger Klaus Kinkel die Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit nicht bereits vor 30 Jahren gegründet hätte, dann müssten wir es heute tun. Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren: Internationale rechtliche Zusammenarbeit ist Entwicklungszusammenarbeit mit dem Leitbild der liberalen Demokratie!

Die liberale Demokratie aber steht heute weltweit unter Druck. Daraus folgt: Wir brauchen mehr von dieser Entwicklungszusammenarbeit, und gerade deshalb ist die IRZ heute wichtiger als jemals zuvor!

Ich weiß auch nicht erst seit ich Justizminister bin, was für eine großartige Arbeit die IRZ leistet. Ich war schon als Rechtspolitiker meiner Bundestagsfraktion zwischen 2010 und 2013 Mitglied in diesem Förderverein der internationalen Rechtsstaatlichkeit!

Damals begann die IRZ auf Initiative der damaligen Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger nach dem Arabischen Frühling ihre Beratungstätigkeit in Tunesien. Die IRZ war eine der ersten Institutionen, die noch im Jahr 2011 den tunesischen Partnern Unterstützung bei der Transformation anbieten konnten. Und daran sieht man: Die IRZ ist nicht nur hochkompetent, in dem was sie tut – sondern sie ist auch sehr schnell!

Ich erinnere mich gut, wie ich mit Dirk Mirow, damals Geschäftsführer der IRZ, heute Unterabteilungsleiter in der Strafrechtsabteilung hier im Haus, und gemeinsam mit den Haushaltspolitikern und dem BMJ mehr Geld für diese neuen Aktivitäten in Nordafrika – wie man so schön sagt – lockergemacht habe, denn ohne Geld kann man in diesen Bereichen natürlich nicht so viel bewegen.

Und das war gut investiertes Geld. Denn bei allen Herausforderungen und allen Schwierigkeiten, die wir heute in der Region sehen, hat Tunesien wegen seines Reformweges seit 2011 doch bessere Voraussetzungen als viele andere Länder in der Region, und dazu hat auch die gute Arbeit der IRZ beigetragen.

Die IRZ fördert rechtsstaatliche und demokratische Strukturen in ihren Partnerstaaten. Das bedeutet: Sie tun das in Staaten, die das wollen – Sie helfen also, Recht und Freiheit in der Welt zu verbreiten, nicht indem Sie Menschen etwas aufdrängen, was diese nicht wollen, sondern indem Sie Partner sind, Partner für andere Staaten, mit denen wir auf Augenhöhe zusammenarbeiten wollen. Sie unterstützen ihre Partnerländer bei der Formulierung und Implementierung von Gesetzen und Regelwerken. Sie helfen beim Aufbau von Gerichten und Behörden, und Sie tragen zur Aus- und Fortbildung von Rechtsanwenderinnen und Rechtsanwendern bei.

The 30th anniversary celebration for IRZ at the Federal Ministry of Justice in Berlin on 6 December 2022

Speech by the Federal Minister of Justice, Dr Marco Buschmann, Member of the German Bundestag

Thirty years ago, my illustrious predecessor Klaus Kinkel set up the German Foundation for International Legal Cooperation. Had he not, it would be a task for us today.

For, ladies and gentlemen, international legal cooperation is development cooperation centred on the principles of liberal democracy.

With liberal democracy currently under threat around the world, we need more development cooperation. That is why IRZ is now more important than ever.

I have been aware of the stellar work of IRZ and its commitment to promoting the rule of law since before becoming justice minister. As a legal policy expert for my parliamentary group in the German Bundestag, I was a member of the organisation from 2010 to 2013.

On the initiative of the then Federal Justice Minister Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, IRZ was at that time starting consultancy work in Tunisia following the Arab Spring. IRZ was one of the first institutions able to offer support to our Tunisian partners with the country's transition – and that as early as 2011. Proof that IRZ is not only extremely good at what it does, it also responds very fast.

I clearly remember working with Dirk Mirow (then the director of IRZ and now director of the Federal Ministry of Justice's Criminal Law Directorate), with the Ministry of Justice and with those in charge of budgetary policy to make more funding available for new operations in North Africa, for ultimately, it is hard to achieve tangible results without the necessary finance.

It was money well spent. Despite all the challenges and all the difficulties that the region is currently experiencing, Tunisia is still in a much stronger position than many of its neighbours, and that is thanks to the reforms that it began in 2011 – to which the excellent work of IRZ has contributed.

IRZ promotes the development of democratic structures and the rule of law in its partner states. In other words, you help to spread freedom and the rule of law globally, not by imposing ideas on people who do not accept them, but by acting as a partner. A partner for countries with which we are seeking a collaborative relationship. You support your partner states in drafting and implementing legislation and regulations.



Dr. Marco Buschmann, MdB,
Bundesminister der Justiz.

Dr Marco Buschmann, Member of
the German Bundestag, Federal
Minister of Justice.

Sie tun das bei den EU-Beitrittskandidaten und den potenziellen Beitrittskandidaten des westlichen Balkans – aber auch weit über den Kreis dieser Staaten hinaus.

Es ist angesichts der dramatischen Entwicklungen dieses ausgehenden Jahres schon etwas aus dem Blick geraten; ich will es aber noch einmal betonen: Gerade in den Jahren der Pandemie hat die Arbeit der IRZ in den Partnerstaaten dafür gesorgt, die Lage zu stabilisieren. Denn wirtschaftliche Not und gesellschaftliche Verunsicherung gefährden oft auch Freiheit und Rechtsstaat. Und sie lassen die Bereitschaft zu Reformen sinken. Das ist nicht nur in anderen Ländern so, da müssen auch wir als Deutsche uns immer wieder an die eigene Nase fassen. Deshalb gilt: Die von der IRZ geleistete juristische Entwicklungszusammenarbeit ist gesamtgesellschaftliche Entwicklungszusammenarbeit – orientiert am Leitbild der liberalen Demokratie.

Ihr Engagement galt zu Beginn den damals neuen Partnerstaaten in der unmittelbaren Nachbarschaft der Europäischen Union. Über die letzten Jahrzehnte haben Sie erfolgreich einige dieser Staaten auf ihrem Weg in die EU begleitet. Mittlerweile sind viele Partnerstaaten im Nahen Osten, in Afrika und Asien hinzugekommen. Dabei hat sich die IRZ den guten Ruf erworben, Traditionen und Kulturen ihrer Partner zu achten und mit großer Sensibilität in jeden neuen Dialog einzutreten. Die Art und Weise, wie sich die IRZ ihrer Aufgaben seit ihrer Gründung angenommen hat, ist für das Bundesministerium der Justiz, für die gesamte Bundesregierung, für unser Land und für die internationale Staatengemeinschaft von größtem Wert.

Und ich will Ihnen, den Beschäftigten, den zahlreichen Expertinnen und Experten der IRZ und den Ortskräften in den Partnerstaaten an dieser Stelle und zum 30. Geburtstag den Dank unseres gesamten Landes mit allem Nachdruck aussprechen! Herzlichen Dank für Ihre wichtige Arbeit im Dienste von Rechtsstaat und Demokratie!

Ich will an dieser Stelle auch etwas erwähnen, das viele vielleicht nicht sofort vor Augen haben, aber auch das gehört zur Erinnerung dazu. Auch

You help with the establishment of courts and public authorities, and assist with the training and professional development of legal practitioners. You do all this for EU candidate countries and potential candidate countries in the western Balkans – and many more states besides.

This year's dramatic events have perhaps overshadowed IRZ's achievements, but it is worth reminding ourselves that even and above all throughout the pandemic, the work of IRZ was instrumental in stabilising the situation in its partner states.

Uncertainty and economic hardship can often jeopardise freedom and the rule of law, and weaken willingness to reform. This does not just apply in other countries: here in Germany, we must be aware that it is also true of us. In this broader context, IRZ cooperation on legal development is in fact societal development cooperation – rooted at all times in the principles of liberal democracy.

In the early days of IRZ, your hard work focused on new partner states that were immediate neighbours of the European Union. Over the past three decades, you have supported a number of those states on their successful journey to EU accession. You now have many new partner states in the Middle East, Africa and Asia. And over all the years, IRZ has gained a strong reputation for respecting the traditions and culture of its partners and for approaching each new collaboration with great sensitivity. The way in which IRZ has set about its work ever since its foundation is of huge value to the Federal Ministry of Justice, to the entire Federal Government, to our country as a whole and to the international community.

On the occasion of IRZ's thirtieth anniversary, I would therefore like to express the heartfelt thanks of the entire country to everyone at IRZ and to all those working locally in its partner states. Thank you for your hugely important work in the service of democracy and the rule of law.

I would also like to take this opportunity to mention something that may not currently be at the forefront of our minds, but that is worth recalling:

(v.r.n.l.): Martin Steinkühler, Richter am Bundesverwaltungsgericht, Professor Dr. Lars Brocker, Präsident des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz und des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz, Mykhailo Smokovych, Vorsitzender des Kassationsverwaltungsgerichts im Obersten Gericht der Ukraine, Ruslana Rosa, Projektmanagerin, IRZ.

(f.r.t.l.): Martin Steinkühler, judge – Federal Administrative Court, Professor Dr Lars Brocker, President of the Constitutional Court of Rheinland-Pfalz and of the Higher Administrative Court Rheinland-Pfalz, Mykhailo Smokovych, President of the Administrative Cassation Court within the Supreme Court, Ukraine, Ruslana Rosa, projekt manager, IRZ.



die Russische Föderation war bis zum 24. Februar dieses Jahres viele Jahre Partnerstaat der IRZ. Die russische Seite wollte es; russische Amtsträgerinnen und Amtsträger wollten lernen; russische Stellen wollten sich beim Aufbau rechtlicher Strukturen beraten lassen.

Ich sage das nicht, um irgendetwas zu relativieren, sondern weil wir für die Zukunft bereit bleiben müssen. Ja, in Russland wird in einer Weise regiert, die nichts, aber auch gar nichts mehr mit Rechtsstaatlichkeit zu tun hat. Aber auch in Russland ist die Sache des Rechts nicht verloren. Es verbietet sich immer, Verhältnisse in der Zeit für betonierte zu halten. Es gibt ein anderes Russland – auch gegenwärtig, auch jetzt im Krieg und auch gegen diesen Krieg. Und es wird ein anderes Russland geben. Die Vision eines demokratischen Russlands ist nicht naive Illusion. Dem Autoritarismus gehört nicht die Zukunft. Unsere Gedanken sind bei den Menschen, die gerade in diesen Wochen mutig aufbegehren und sich nach Recht und Freiheit sehnen – in Russland, im Iran, in China und überall sonst auf der Welt, wo Menschen gerade ihr Leben riskieren im Dienste von Recht und Demokratie. Wir hoffen, dass wir in der Zukunft das Recht mit einem anderen Russland durchsetzen können.

Heute aber müssen wir, muss die freie Welt, ja, ich muss es so sagen, die zivilisierte Welt das Recht gegen Russland durchsetzen – anlässlich eines Krieges, der das Recht mit Füßen tritt. Nicht nur weil es diesen Krieg überhaupt gibt, sondern weil er in einer Art und Weise geführt wird, die man nicht anders nennen kann als verbrecherisch, ich möchte sogar sagen: barbarisch. Wer es gezielt darauf anlegt, dass Menschen in einem Winter, der minus 30 Grad kalt werden kann, in ihren Wohnungen sitzen, ohne Strom, ohne Heizung, dass dort Frauen, Kinder, alte Menschen oder überhaupt Menschen unter diesen Bedingungen dahinvegetieren und ihrem Ende näher kommen, meine Damen und Herren, der handelt barbarisch, der begeht ein Verbrechen, und das muss immer und immer wieder überall auf der Welt klar ausgesprochen werden!

Recht darf aber nicht nur auf dem Papier stehen, es darf auch nicht nur bei Absichtserklärungen bleiben, und deshalb haben wir gerade vor einer

up until 24 February of this year, the Russian Federation was also an IRZ partner state, and had been for many years. The country wanted that partnership; Russian officials wanted to learn; and Russian authorities wanted advice on the development of legal structures.

I do not say this because it changes anything in the current situation, but because we must stay prepared for the future. Yes, Russia is being governed in a way that has nothing – absolutely nothing – to do with the rule of law. However, that does not mean that justice is a lost cause, not even in Russia. Circumstances at a given point in time must never be considered immutable. There is another Russia – even now, even in the midst of the war, and indeed even in opposition to the war. And there will be another Russia in the future. The vision of a democratic Russia is not a mere illusion. Authoritarianism will not define the future. Our thoughts are with all those who are currently protesting so courageously and yearning for justice and freedom – in Russia; in Iran; in China; and everywhere else in our world where people are risking their lives in the service of democracy and the rule of law. We hope that we will in the future be able to establish the rule of law in partnership with a different Russia.

Today, however, we and the whole of the free world – the civilised world – must ensure that justice is done and stand up to Russia and against Russia's criminally unjust war. Not only because of the act of war itself, but also because of the manner in which it is being waged, which can only be termed criminal; barbaric, even. Knowingly and purposefully depriving people of electricity and heat in a winter that can be as cold as minus 30 degrees; leaving women, children and the elderly – indeed anyone at all – to suffer and even die in these conditions, is an act of barbarism. A crime that the world must recognise and condemn in no uncertain terms.

Justice and the rule of law cannot merely exist on paper, and we must do more than make declarations. That is why the G7 justice ministers met here in Berlin just a week ago. It was a historic meeting: the first of its kind ever by the justice ministers of the G7 countries.



Dr. Marco Buschmann, MdB, Bundesminister der Justiz (rechts) und Yaroslav Novosolov, Leiter der Abteilung für internationale Zusammenarbeit und Protokoll des Justizministeriums der Ukraine (links).

Dr Marco Buschmann, Member of the German Bundestag, Federal Minister of Justice (right) und Yaroslav Novosolov, Head of Division for International Cooperation and Protocol of the Ministry of Justice of Ukraine (left).

Woche als G7-Justizminister hier in Berlin getagt. Es war ein historisches Treffen: Es war das erste Mal in der Geschichte, dass die Justizminister der G7-Staaten in diesem Format zusammengekommen sind. Auch diese Zusammenkunft hat gezeigt: Die freie Welt ist einig wie nie gegen den verbrecherischen Angriffskrieg in der Ukraine.

Die in der Ukraine begangenen Verbrechen treffen natürlich am schlimmsten die Menschen vor Ort. Aber die fortgesetzten Kriegsverbrechen sind auch ein Verbrechen gegen die Menschheit an sich. Sie dürfen nicht straflos bleiben. Das wäre eine historische Niederlage für das Völkerrecht und eine neue Demütigung der Opfer. Und dafür zu arbeiten, dass das nicht passiert, ist die Aufgabe der zivilisierten und der freien Welt. Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, um uns besser zu organisieren, uns abzustimmen, uns gegenseitig zu helfen. Diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit dürfen nicht straflos bleiben. Das ist unsere Aufgabe, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und das ist nicht nur eine Aufgabe der Waffen, es ist auch eine Aufgabe des Rechts, und das Recht arbeitet. Beispiellose Ermittlungen sind im Gange. Das Völkerrecht steht eben nicht nur auf dem Papier.

Wir haben als G7-Justizminister Verabredungen getroffen, wie wir gemeinsam das Recht durchsetzen, wie wir unsere Ermittlungen bestmöglich koordinieren, wie wir zu Anklagen kommen und dann auch zu Verurteilungen.

Mein ukrainischer Amtskollege Denis Malyuska war vor einer Woche dabei. Das war für mich selbstverständlich, denn wir können nicht über die Ukraine sprechen, ohne dass die Ukraine selber mit am Tisch sitzt. Die aktuellen Angriffe Russlands lassen es leider nicht zu, dass er heute bei uns ist, was er gern gewesen wäre. Ich glaube, wir haben alle Verständnis dafür, dass die Mitglieder der Regierung eines Landes, das unter so schweren Angriffen zu leiden hat, in ihrem Land bleiben. Wir möchten ihn, glaube ich, im Namen aller hier Anwesenden grüßen, und wir drücken unseren tiefen Respekt aus vor dem Mut und der Kraft und der Tapferkeit der Ukrainerinnen und Ukrainer, die gegen einen zahlenmäßig so stark überlegenen Gegner auf so bewundernswerte Weise ihr eigenes Land verteidigen.

The event was further proof that the free world is united as never before in its opposition to the criminal war of aggression in Ukraine.

It is of course first and foremost the people on the ground who are suffering from the crimes committed in Ukraine. The continuing war crimes are, however, also a crime against humanity. They must not go unpunished. If they do, this would be a historic failure of international law and a renewed humiliation of the victims. Working to prevent such a failure is the duty of the free and civilised world. We must employ all the available options to organise our efforts better, to consult and coordinate, and to help each other. These crimes against humanity must not go unpunished. We must make sure of it.

Not just with weapons, but with the law – and the wheels of justice are already turning. Unprecedented investigations are now under way. International law is more than just theory. The G7 justice ministers reached agreements on how to ensure justice together, how best to coordinate our investigations, and ultimately how to bring charges and achieve convictions.

Denis Malyuska, the Ukrainian Minister of Justice, was in attendance last week. This was to my mind essential, as we cannot talk about Ukraine without Ukraine being at the table. Current Russian attacks mean he is unfortunately unable to be with us today, much as he would have liked to have been. I am sure we can all understand why members of the government of a country under such heavy attack remain in their country. I am also sure I speak for all present here today when I send him our warmest wishes and express our deep respect for the courage, strength and fortitude of the Ukrainian people, who are defending their country so impressively against an adversary with a huge numerical advantage.

Over the past 30 years, IRZ has been part of helping Ukraine to put in place and reinforce structures that promote the rule of law. IRZ has thus helped to strengthen the country and enable it to become a liberal democracy.



Sie als IRZ haben auch der Ukraine in diesen 30 Jahren geholfen, rechtsstaatliche Strukturen zu entwickeln und zu stärken. Sie haben so das Land darin bestärkt und es mit in die Lage versetzt, eine liberale Demokratie zu werden. Die IRZ hat geholfen, dass die Ukraine ein Dorn im Auge des Autokraten wurde! Ihre Stabilisierungsmission nach dem Euromaidan ist erfolgreich gewesen. Ihre letzte Rechtsberatung in der Ukraine, zur Korruptionsbekämpfung, fand ja tatsächlich, es klingt unglaublich, am 23. Februar statt, einen Tag vor dem verbrecherischen Überfall!

Ich will an dieser Stelle die Familie einer langjährigen Ortskraft der IRZ in der Ukraine begrüßen. Gennadii Ryzhkov kämpft heute in der Armee seines Landes – seine Frau, seine Tochter, sein Enkel sind hier; die große IRZ-Familie in Deutschland hat sie nach dem Kriegsausbruch aufgenommen. Herzlich willkommen Ihnen – und ich will Ihnen unseren tiefen Dank aussprechen und unsere besten Wünsche für Sie und für Ihren Mann, Vater und Großvater!

Meine Damen und Herren, das neue Arbeitsprogramm mit dem ukrainischen Justizministerium war im Februar ausverhandelt – und ich sollte die Vereinbarung im März in Kiew zeichnen. Gerade Anfang November habe ich das in Kiew mit Denis Malyuska nachholen können. Die Ukraine ist Teil der europäischen Familie. Sie gehört zu Europa. Deshalb hat der Europäische Rat der Ukraine im Juni den Status eines EU-Beitrittskandidaten verliehen. Für den Weg zum Beitritt braucht es jetzt weiter unsere Unterstützung. Und die werden wir leisten!

Das gerade unterzeichnete Programm umfasst Strafvollzug, Bewährung, Zwangsvollstreckung, Korruptionsbekämpfung, Alternative Streitbeilegung, Prozesskostenhilfe, Insolvenzrecht, Internationales Zivilverfahrensrecht und vieles mehr. Sie sehen, es geht nicht nur um Kalendersprüche, sondern es geht um ganz konkrete Arbeit am praktischen Rechtsstaat. Wir werden natürlich für all dies die IRZ brauchen!

Gerade jetzt ist es besonders dringlich, dass wir auch die Republik Moldau in ihrem neuen EU-Kandidatenstatus unterstützen. Genau das wird die IRZ tun. Moldau ist durch Russland einem perfiden hybriden Krieg ausgesetzt,

IRZ has helped to make Ukraine a thorn in the side of an autocratic regime. IRZ's stabilisation mission following "Euromaidan" was successful. It is hard to believe, but IRZ's last legal consultancy session in Ukraine – on fighting corruption – took place on 23 February, just one day before Russia's invasion.

I would like to take this opportunity to send my warmest wishes to the family of a long-serving member of the local IRZ team in Ukraine. Gennadii Ryzhkov is currently fighting in his country's army, and his wife, daughter and grandson are here; the IRZ family in Germany took them in when war broke out. Welcome, and thank you. We are thinking of you, and your husband, father and grandfather.

Negotiations on the new work programme with the Ukrainian Ministry of Justice were completed in February – and I was to sign the agreement in Kyiv in March. Denis Malyuska and I were finally able to finalise the paperwork in Kyiv in early November.

Ukraine is part of the European family. It belongs to Europe. This is why the European Council granted Ukraine EU candidate status in June. Ukraine needs our continuing support on its route to accession, and we will provide that support.

The programme we have just signed covers prison and probation, compulsory enforcement, anti-corruption measures, alternative dispute resolution, legal aid, insolvency law, international civil procedure law and many other areas. As you can see, this is not just about words of advice. We are talking specific, practical work to promote the rule of law. And of course, we need IRZ for this work.

One current imperative is to support the Republic of Moldova as it obtains EU candidate status, and IRZ will do just that. Russia is engaging in hybrid warfare against Moldova aimed at sabotaging the country's pro-European route to reform. All those who are resisting Russian efforts and remain committed to Europe can count not just on our moral but also on all the practical support that we can provide.



(Fotos S. 32, 33): Während des Festakts im Bundesministerium der Justiz.

(Photos p. 32, 33): During the anniversary celebration at the Federal Ministry of Justice.

der das Land vom proeuropäischen Reformpfad abbringen soll. All diejenigen Kräfte, die dagegen ankämpfen und die sich weiter auf den Weg nach Europa machen wollen, haben nicht nur unsere Sympathie, sondern können sich auf die Unterstützung, die wir leisten können, auch verlassen.

Der verbrecherische russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die liberalen Demokratien Europas insgesamt auf vielen Feldern vor neue – und schwierige – Aufgaben gestellt. Denn auch uns gilt ausdrücklich dieser Angriff. Er gilt der Freiheit und der Selbstbestimmung überhaupt. Es ist ein Krieg der Gewalt gegen das Recht. Mit diesem Krieg ist vollends deutlich geworden: Wir befinden uns als liberale Demokratien in einem Systemwettbewerb mit dem Neautoritarismus in der Welt. Der Neautoritarismus hält die liberalen Demokratien für schwach. Wir müssen und werden zeigen, dass er sich irrt.

In dieser Auseinandersetzung, meine Damen und Herren, müssen die liberalen Demokratien der Welt ein echtes Bündnis auf der Basis gemeinsamer Werte und mit dem Ziel der Stärke bilden. Demokratie, Marktwirtschaft, Menschenrechte und Rechtsstaat setzen sich eben nicht von selbst durch, und deshalb müssen wir sie verteidigen. Wir geben den Universalismus nicht auf: dass Freiheit, Demokratie und Menschenrechte allen Menschen und allen Gesellschaften ein besseres Leben ermöglichen und ihnen schlicht zustehen, bleibt unsere Überzeugung.

Wir müssen unsere freiheitliche Ordnung robust gegen den Neautoritarismus verteidigen können. Und wir müssen Recht und Freiheit über viele Kanäle des Gesprächs und der Zusammenarbeit in den Gesellschaften verankern, die sich für sie öffnen – wie es die IRZ tut, der deshalb unser großer Dank gebührt. In all den Schrecken dieses Jahres geben wir die Zuversicht nicht auf: Die Freiheit hat den längeren Atem! Die Freiheit weckt das Positive, das Konstruktive, das Beste in den Menschen. Der Autoritarismus kann nur auf die Angst der Menschen setzen. Angst aber macht unbeweglich. Freiheit setzt in Bewegung. Und die IRZ setzt Freiheit und Recht in Bewegung.

Herzlichen Glückwunsch IRZ zum 30. Geburtstag!

The criminal Russian war of aggression against Ukraine has posed new and difficult challenges in many areas for all liberal democracies in Europe. It is an attack directed at our liberal democracy. At freedom and self-determination. It is a war of violence against the law itself.

This war has made one thing very clear: in today's world, our system of liberal democracy is in competition with neo-authoritarian systems. Neo-authoritarianism sees liberal democracies as weak. We must and will show that this is wrong. In this struggle, the world's liberal democracies must combine their strengths by forming a genuine alliance based on shared values. The principles of democracy, the market economy, human rights and the rule of law are not established, do not win out automatically; we must defend them. We maintain our universalism: freedom, democracy and human rights are for everyone in all societies, and allow all a better life. We must strongly defend our liberal order against neo-authoritarianism. And we must also establish justice and freedom through many channels of dialogue and through collaboration in societies that are open to them – just as IRZ does, for which it deserves our immense thanks.

Despite the horrors of this year, we refuse to give up hope: freedom will ultimately prevail.

Freedom brings out the positive, the constructive, the best in people. Authoritarianism has only fear on which to feed.

But fear paralyses. Freedom inspires and enables change.

And IRZ drives this change, this inspiration; freedom and justice.

A very happy 30th birthday to IRZ!

Grußwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Justiz Benjamin Strasser, MdB Präsident der IRZ

Sehr geehrter Herr Bundesminister,
sehr geehrte Frau Justizministerin Haxhiu,
sehr geehrter Herr Vize-Justizminister Banchuk,
sehr geehrte Exzellenzen,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag,
sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine besondere Freude, Sie heute alle im Saal und an den Bildschirmen begrüßen zu können.

Als neu gewählter Präsident der IRZ freue mich sehr auf die Arbeit mit Ihnen allen hier in Deutschland und in unseren Partnerstaaten.

Was könnte ein schönerer Einstieg sein, als nun gemeinsam mit Ihnen dieses Jubiläum begehen zu können.

Es ist uns selbstverständlich bewusst, dass das Jubiläum der IRZ in eine schwierige Zeit fällt. Wir haben uns dennoch entschlossen, dieses zu feiern. Denn wir wollen damit ein Zeichen setzen, dass der Einsatz für den Rechtsstaat wichtiger denn je ist, auch oder gerade in schwierigen Zeiten. Wir wollen ein Zeichen für unsere Solidarität mit der Ukraine setzen, unserem Partnerstaat seit dreißig Jahren.

An dieser Stelle möchte ich Sie, Herr Banchuk, stellvertretend für unsere ukrainischen Partnerinnen und Partner nochmals herzlich begrüßen. Ihre Teilnahme ist ein Zeichen der Hoffnung. Ein Zeichen, dass es wichtig ist, niemals aufzugeben.

Wir alle sind erschüttert über einen Angriffskrieg mitten unter uns, mitten in Europa. So etwas schien uns unvorstellbar, die einseitige Aggression Russlands hat uns wachgerüttelt. Während wir solidarisch an der Seite der Ukraine stehen, müssen wir gleichzeitig erkennen, dass Stabilität in Europa nicht selbstverständlich ist und unseren Einsatz erfordert. Wir leben erneut in einer Zeit des Umbruchs.

Die IRZ wurde vor dreißig Jahren ebenfalls in einer solchen Zeit des Umbruchs und des Aufbruchs gegründet. Erlauben Sie mir daher an dieser Stelle einen kurzen Rückblick auf die Anfänge der IRZ. Gründungsvater der IRZ war der damalige Justizminister und spätere Außenminister Klaus Kinkel, ein überzeugter Europäer und Demokrat. Das wiedervereinigte Deutschland sah es als seine Verpflichtung an, *„den ehemaligen Ostblockstaaten in der Phase des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und rechtlichen Umbruchs durch Beratung auf dem Gebiet des Rechts wirksam, schnell und zügig zu helfen“*. So ein Zitat aus dem Geschäftsbericht für das Jahr 1992.

Wir sollten nicht ausblenden, dass die Neunzigerjahre des letzten Jahrhunderts trotz einer grundsätzlich positiven Aufbruchsstimmung eine Zeit verheerender kriegerischer Auseinandersetzungen waren. Klaus Kinkel hielt am 23. September 1992 eine Rede vor der 47. UN-Vollversammlung im Lichte der kriegerischen Auseinandersetzungen unter anderem

Welcome address by the Parliamentary State Secretary to the Federal Minister of Justice Benjamin Strasser, Member of the German Bundestag President of IRZ

Federal Minister,
Minister of Justice Haxhiu,
Deputy Minister of Justice Banchuk,
Excellencies,
my Right Honourable Colleagues from the German Bundestag,
Ladies and Gentlemen!

It is my great pleasure to welcome you all here today, both here in the room and on the screens.

As newly elected President of the German Foundation for International Legal Cooperation, IRZ, I am very much looking forward to working with all of you here in Germany and in our partner states. And what better way to begin than by celebrating this anniversary with you.

We are aware, of course, that IRZ's anniversary falls at a difficult time. But we have decided to celebrate it nonetheless. Why? Because we want to send a message that standing up for the rule of law is more important than ever in such difficult times. We want to send a message that we stand in solidarity with Ukraine, our partner state of 30 years.

I would like to take this opportunity to extend a warm welcome to you, Mr. Banchuk, on behalf of our partners in the Ukraine. Your attendance sends a message of hope. A message that it is important never to give up. Because, like you, we are shocked that a war of aggression is being waged in our midst, in the middle of Europe. This was something we thought inconceivable; the one-sided aggression was a wake-up call for us.

While we stand in solidarity with Ukraine, we must also recognise that stability in Europe cannot be taken for granted and requires us to take action. Once again, we are living through a time of great upheaval.

IRZ was founded thirty years ago during another period of upheaval and transformation. Please allow me, therefore, to take a brief look back at IRZ's beginnings. The founding father of IRZ was the then Minister of Justice and later Foreign Minister Klaus Kinkel, a staunch European and democrat. The reunified Germany felt an obligation to provide *“effective and swift assistance in the form of legal advice to the former Eastern Bloc states during a time of social, economic and legal upheaval”*. That is a quote from the 1992 business report.

Despite the generally optimistic mood at the time, we should not ignore the fact that the 1990s were also a period of devastating armed conflict. Against the background of the armed conflicts in the former Yugoslavia, Somalia, Sudan, Liberia, Afghanistan, Georgia, Nagorno-Karabakh and elsewhere, Klaus Kinkel delivered a speech to the 47th UN General Assembly on 23 September 1992 in which he stated the following: *“The goal of overcoming nationalist power politics, violence and human rights violations through international and supranational cooperation remains unchanged.”*



Benjamin Strasser, MdB,
 Parlamentarischer Staatssekretär
 und Präsident der IRZ.

Trio (v.r.n.l.): Andrii Paliiarush
 (Klarinette), Nikita Volkov, (Klarinette),
 Kim Jinsol (Fagott).

Benjamin Strasser, Member of the
 German Bundestag, Parliamentary State
 Secretary to the Federal Minister of
 Justice and President of IRZ.

Trio (f.r.t.l.): Andrii Paliiarush (clarinet),
 Nikita Volkov (clarinet), Kim Jinsol
 (bassoon).

im ehemaligen Jugoslawien, in Somalia, Sudan, Liberia, Afghanistan, Georgien und Berg-Karabach, ich zitiere:

„Das Ziel, nationalistische Machtpolitik, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen durch internationale und supranationale Zusammenarbeit zu überwinden, bleibt unverändert gültig.

Auch Rückschläge dürfen uns von diesem richtigen Weg zur Herrschaft des Rechts und der Achtung der Menschenwürde nicht abhalten.

Eine vernünftige Alternative hierzu gibt es nicht, es sei denn, man wollte zurück zu dem Recht des Stärkeren.“

Die IRZ war ein Baustein des rechtsstaatlichen und friedenssichernden Gesamtkonzepts von Klaus Kinkel und der damaligen Bundesregierung. Sie ist seit dieser Zeit ein Baustein im Gesamtkonzept aller Bundesregierungen geblieben. Wenn es die IRZ nicht gäbe, müsste sie nach meinem Dafürhalten in der heutigen Zeit erfunden werden. Dabei muss uns allen bewusst sein, dass die Rechtsstaatsförderung immer großen Herausforderungen unterliegt. Damit meine ich politische Umwälzungen, fehlenden Reformwillen oder mangelndes Rechtsstaatsbewusstsein. Nach den jüngsten Erfahrungen kommt der Krieg als eine weitere Herausforderung hinzu.

Die IRZ hat sich in den dreißig Jahren ihres Bestehens im Sinn der Aussage von Klaus Kinkel nicht von Rückschlägen abhalten lassen. Ganz im Gegenteil hat sie sich immer flexibel, konstruktiv, bedarfs- und angebotsorientiert, dabei aber im steten Dialog mit den Partnerinstitutionen den jeweiligen Herausforderungen erfolgreich und nachhaltig gestellt. Nach ihrer Gründung begleitete die IRZ intensiv die rasanten Transformationsprozesse ihrer Partnerstaaten in Osteuropa, seit 1992 auch der Ukraine.

Die IRZ trug mit ihrer Tätigkeit erfolgreich zur EU-Rechtsangleichung in vielen Partnerstaaten bei, bis einige davon in den Beitrittsrunden 2004 und 2007 in die Europäische Union aufgenommen wurden. Mit der Intensivierung der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft 2006 begann die IRZ die Unterstützung der jordanischen Justizreform und dortiger Justizinstitutionen, unter anderem mit Fokus auf die Korruptionsprävention. Seit 2010 ist die IRZ einer der Hauptakteure im deutsch-vietnamesischen Rechtsstaatsdialog mit insgesamt rund 140 Maßnahmen bis Ende 2022 und

Setbacks must not be allowed to deter us from this path – the right path – towards the rule of law and respect for human dignity. There is no reasonable alternative to this – unless we want to return to the law of the strongest.“

IRZ was fundamental to the overall “rule of law and peacekeeping” concept pursued by Klaus Kinkel and the Federal Government at the time. It has remained fundamental to all Federal Governments since then. If IRZ did not currently exist, I believe it would have to be set up today. Yet we must all be aware that the promotion of the rule of law always comes with great challenges. By this, I mean political upheaval, lack of willingness to reform, or insufficient awareness of the rule of law. And, as recent experience has shown, war is yet another challenge that must be overcome.

True to the words of Klaus Kinkel, IRZ has not been deterred by setbacks in the thirty years since its founding. Quite the contrary: it has always remained flexible, constructive and well-tuned to supply and demand. It has maintained a constant dialogue with the partner institutions and has successfully and sustainably met the challenges that have arisen.

Since its inception, IRZ has worked closely with its partner states in Eastern Europe to support their rapid transformation processes. Since 1992, this has also included Ukraine. Through its activities, IRZ successfully contributed to the approximation of EU law in many partner states, with some of them joining the European Union in the 2004 and 2007 accession rounds.

With the strengthening of the Euro-Mediterranean Partnership in 2006, IRZ began to support judicial reform and judicial institutions in Jordan, with a particular focus on preventing corruption. Since 2010, IRZ has been one of the main players in the German-Vietnamese Rule of Law Dialogue, and will have implemented around 140 measures with ten cooperation partners by the end of 2022. From the outset, all consultations on central legal reforms in Vietnam have focused on the implementation of human rights guarantees, such as the abolition of the death penalty and basic judicial rights in criminal proceedings.

Während des Festakts.

During the anniversary celebration.



zehn Kooperationspartnern. Von Beginn an stand in Vietnam bei allen Beratungen zu zentralen Rechtsreformen die Umsetzung menschenrechtlicher Garantien im Mittelpunkt, zum Beispiel die Abschaffung der Todesstrafe und die Einhaltung von Justizgrundrechten im Strafverfahren. Im Sinn der Zentralasienstrategie der Europäischen Union unterstützte und unterstützt die IRZ bei der Durchführung von Reformen mit dem Ziel, die Demokratie, die Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit und die Unabhängigkeit der Justiz zu stärken. Es entstand vor allem in Kasachstan und Usbekistan eine langjährige, auf gegenseitigem Vertrauen basierende Reformpartnerschaft. Der Aufbruch durch den Arabischen Frühling war das Signal für die IRZ, ab 2011 die ersten Pflanzen der Demokratie im Nahen Osten und in Nordafrika zu stützen. Im Fokus standen unter anderem das Verfassungsrecht und menschenwürdige Bedingungen im Strafvollzug.

2013/2014 trafen die Ukraine erhebliche Umwälzungen, aber auch den arabischen Raum. Die IRZ verstärkte folgerichtig einerseits die Bemühungen in der Ukraine unter anderem im Verfassungsrecht und bei der Stärkung der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Ab 2015 baute sie im Licht der Flüchtlingskrise ihre Präsenz in Afrika aus mit dem Ziel der Festigung der rechtsstaatlichen Entwicklung, die auch Grundlage für Stabilität sowie eine gesamtgesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung ist.

Die Afrika-Strategie verfolgte und verfolgt auch das Ziel, Flucht- und Migrationsursachen zu bekämpfen und Bleibeperspektiven zu eröffnen. Mittlerweile arbeitet die IRZ dauerhaft in sechs Schwerpunktregionen, rund 40 Partnerstaaten hat sie in dreißig Jahren begleitet. Nicht nur der Kreis der Partnerstaaten ist im Vergleich zu 1992 deutlich angewachsen, deutlich gestiegen sind auch die Beschäftigtenzahlen und das Budget. Darüber hinaus ist auch die Europäische Union ein wichtiger Auftraggeber für die IRZ geworden. Sie führt große multilaterale Projekte für die Europäische Union durch. Diese flankieren die bilaterale Zusammenarbeit sinnvoll, sorgen für Synergieeffekte und erschließen neue Reformbereiche oder Partnerstaaten. Erweitert hat sich auch die ursprüngliche Zielsetzung der Arbeit der IRZ. Zunehmende Bedeutung erlangten so Projekte, in denen die IRZ durch Rechtsstaatsförderung entsprechend den Leitlinien der Bundesregierung einen Beitrag zu Krisenprävention, Stabilisierung und Frieden leistet.

In line with the European Union's Central Asia Strategy, IRZ has continued to support the implementation of reforms aimed at strengthening democracy, human rights, the rule of law and the independence of the judiciary. A long-standing reform partnership based on mutual trust has developed as a result, particularly in Kazakhstan and Uzbekistan. The transformation ushered in by the Arab Spring prompted IRZ to help plant the first seeds of democracy in the Middle East and North Africa from 2011, with a focus on constitutional law and humane conditions in prisons.

In 2013/2014, Ukraine experienced significant upheaval, as did the Arab region. As a result, IRZ stepped up its efforts in Ukraine, particularly in the areas of constitutional law and the strengthening of administrative jurisdiction. In the face of the refugee crisis, it expanded its presence in Africa from 2015 onwards in order to consolidate the development of the rule of law as the basis for stability and overall social and economic development.

The Africa strategy has also aimed at addressing the root causes of flight and migration, and at giving people real prospects so that they might remain in their countries. IRZ now works permanently in six priority regions, and has assisted around 40 partner states in 30 years. It is not only the number of partner states that has grown considerably since 1992 – so too has the number of staff and the budget. In addition, the European Union has also become an important client of IRZ, with IRZ implementing major multilateral EU projects. These complement bilateral cooperation, create synergies and open up new areas of reform or new partner states. The original objective of IRZ's work has also been broadened. Projects in which IRZ contributes to crisis prevention, stabilisation and peace by promoting the rule of law in accordance with the Federal Government's guidelines have become increasingly important.



Während des Festakts.

During the anniversary celebration.

Erlauben Sie mir abschließend einen kurzen Ausblick auf unsere Zukunft. Das Ziel der IRZ bleibt eine langfristige, nachhaltige Beratung, die auf die jeweiligen nationalen Rechtstraditionen Rücksicht nimmt. Einer meiner Vorgänger, Herr Dr. Freiherr Frank von Fürstenwerth, hat dies auf den Punkt gebracht:

„Wir wollen mit unserer Arbeit dazu beitragen, Vertrauen zu schaffen, Fundamente für eine langfristige Zusammenarbeit zu legen und eine – wo es geboten ist – auch offene und klare Diskussion über rechtsstaatliche Werte und Überzeugungen zu führen.“

Kooperationen mit Partnerstaaten werden so lange fortgeführt, wie dies politisch vertretbar ist, und perspektivisch auch wieder aufgenommen, wenn dies angezeigt ist. Die IRZ gibt nicht vorschnell auf, auch und gerade nicht in der Ukraine. Dort gilt es jetzt, die EU-Rechtsangleichung zu erreichen. Die Europäische Union steht neben der wirtschaftlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Verflechtung der Mitgliedstaaten vor allem für eine lange Zeit der Friedenssicherung in Europa.

Denkbar sind die langjährigen Kooperationen mit den Partnerstaaten nur mithilfe der vielen hoch motivierten Expertinnen und Experten, die die IRZ in der praktischen Arbeit unterstützen. Viele der im Verein und im Kuratorium vertretenen Mitglieder sowie viele der Expertinnen und Experten bleiben der IRZ lange verbunden. An dieser Stelle gilt mein besonderer Dank meinen Vorgängern als Präsident – zuletzt Herrn Christian Lange –, die die IRZ gut für die Zukunft aufgestellt haben. Viele der hoch qualifizierten Beschäftigten und Ortskräfte bleiben der IRZ lange verbunden, genauso wie die vielen Partnerinstitutionen in unseren Partnerstaaten. Durch ihre Verbundenheit können persönliche, fachliche und justizaußenpolitische Kontinuität und Nachhaltigkeit erreicht werden, auch wenn die Entwicklungen nicht immer linear verlaufen. Rechtsstaatsförderung bleibt eine generationenübergreifende Aufgabe.

Es ist mir eine Ehre, mich als Präsident der IRZ bei Ihnen allen für Ihren großen Einsatz und Ihr Vertrauen bedanken zu können. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Allow me to conclude by providing a brief outlook for our future. It remains IRZ's goal to provide long-term, sustainable advice that takes account of national legal traditions. One of my predecessors, Dr Freiherr Frank von Fürstenwerth, summed it up as follows:

“With our work, we want to contribute to building trust, laying the foundations for long-term cooperation and – where necessary – having an open and clear discussion about constitutional values and principles.”

Cooperation with partner states will continue as long as it remains politically viable, and will be resumed in the future if deemed appropriate. IRZ will not give up prematurely – especially in Ukraine, where the aim is now to achieve approximation of EU laws. In addition to the economic, legal and social interdependence of the member states, the European Union stands above all for a long period of peacekeeping in Europe.

Long-term cooperation with partner states is only possible with the help of the many highly motivated experts who support IRZ in its practical work. Many of the members of the Association and the Board of Trustees, as well as many of the experts, will remain associated with IRZ for a long time. At this point, I would like to extend my special thanks to my predecessors as President, most recently Christian Lange, who have ensured that IRZ is well positioned for the future. Many of the highly qualified staff and local collaborators will remain associated with IRZ for a long time. And many partner institutions in our partner states will remain associated with IRZ for a long time, too. With your commitment, it is possible to achieve continuity and sustainability in terms of personnel, expertise and foreign justice policy, even if developments do not always proceed in a linear fashion. Promoting the rule of law remains a cross-generational task.

It is an honour for me, as President of IRZ, to be able to thank you all for your trust and dedication. Thank you very much!

Rede von Dr. Frauke Bachler, Hauptgeschäftsführerin der IRZ

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Buschmann,
sehr geehrte Justizministerinnen und Justizminister aus den Partnerstaaten
der IRZ,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Dr. Schlunck,
sehr geehrter Herr Parlamentarischer Staatssekretär und Präsident
des Kuratoriums der IRZ Strasser,
sehr geehrte Abgeordnete,
Exzellenzen,
sehr geehrte Gäste aus dem Inland und Ausland,

es ist mir eine große Ehre und Freude, Sie aus dem für die IRZ so heraus-
ragenden Anlass begrüßen zu können. Wir freuen uns außerordentlich,
dass heute so viele hochrangige Gäste im Saal und an den Bildschirmen
anwesend sind. Das ist ein wichtiges Feedback für uns, ein großes Zeichen
der Wertschätzung und Unterstützung unserer Tätigkeit. Stellvertretend für
alle Partnerstaaten begrüße ich Sie, sehr verehrter Herr stellvertretender
Minister Banchuk. Ihre persönliche Teilnahme in dieser schweren Zeit ist
eine große Geste. Das große Leid in der Ukraine und die verheerende
Zerstörung machen uns betroffen.

Nur kurz haben wir uns gefragt, ob es in dieser Zeit angemessen sei,
dieses Jubiläum und unsere Eröffnung zu feiern. Die Antwort lautete:
„Jetzt erst recht.“ Wir sind beeindruckt von der Entschlossenheit und dem
Mut der Menschen in der Ukraine. In einer Zeit, in der der Welt die Spal-
tung droht, ist es ein Zeichen der Hoffnung, dass wir alle aus dem Anlass
dieses Jubiläums zusammentreffen.

Dr. Frauke Bachler,
Hauptgeschäftsführerin der IRZ.

Dr Frauke Bachler,
General Director of IRZ.

Speech by Dr Frauke Bachler, General Director of IRZ

Federal Minister Dr Buschmann,
Ministers of Justice from the IRZ partner states,
Secretary of State Dr Schlunck,
Parliamentary State Secretary and President of IRZ Board of Trustees
Mr Strasser,
Honourable Members of the German Bundestag,
Excellencies,
cherished Guests from Germany and Abroad,

it is a great honour and pleasure for me to welcome you to such a
prominent ceremony on behalf of IRZ. We are delighted to see so many
illustrious guests gathered here or following the event by video link. This
alone gives us valuable feedback and clearly demonstrates the apprecia-
tion and support for our work. May I extend my welcome to you, Deputy
Minister Banchuk, on behalf of all partner states. It is an important gesture
that you are attending in person in these difficult times. We are saddened
by the great suffering and devastation in Ukraine.

Only briefly did we ask ourselves whether it would be appropriate to
celebrate our anniversary and the opening of our new office in the current
circumstances. But the answer was clear: "Now more than ever." We are
humbled by the determination and courage of the Ukrainian people. —
During a time in which the world is threatened with division, our gathering
here to mark this anniversary stands as a symbol of hope.



Wenn ich Außenstehenden die IRZ beschreibe, dann wähle ich immer das Bild der Brücke. Die IRZ baut Brücken zwischen Rechtspraktikerinnen und Rechtspraktikern. Die IRZ baut Brücken zwischen Rechtssystemen und Rechtsverständnissen. Wenn ich heute in diesen Saal blicke, möchte ich ergänzen: Die IRZ baut Brücken zwischen Menschen. Daher betrachte ich es heute als meine Hauptaufgabe, den vielen Menschen und deren Institutionen, die hinter der Leistung der IRZ in den vergangenen dreißig Jahren standen und stehen, zu danken.

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Buschmann, für Ihr Grußwort und die mit diesem Festakt verbundene Wertschätzung bedanke ich mich außerordentlich.

Allen Kolleginnen und Kollegen Ihres Hauses gebührt mein Dank. Zunächst allen, die die Vorbereitungen dieses Abends gemeinsam mit der IRZ gestemmt haben und die heute mit uns den Abend gestalten: Referat INT-KOR, das Protokollreferat, das Veranstaltungsmanagement, das Servicepersonal. Besonderer Dank geht an dieser Stelle an die Dolmetscherinnen und Dolmetscher.

Vor allem sind sie auch während des Empfangs an unserer Seite, um bilaterale Gespräche zu übersetzen. Musikalisch wird dieser Festakt international umrahmt von Südkorea und der Ukraine, deshalb an dieser Stelle: vielen Dank für die wunderbare Musik Ihnen, liebe Frau Jinsol, lieber Herr Volkov und lieber Herr Paliarush.

Der Deutsche Musikrat hat uns hierbei sehr unterstützt, dafür mein herzlicher Dank. Vor allem gilt unser Dank dem Bundesministerium der Justiz als unserem wichtigsten Auftraggeber. Sie sind durch Ihre Justizaußenpolitik richtungsweisend für unsere Tätigkeit. Wir stehen im engen Austausch. Sie garantieren den Fortbestand der IRZ als Institution. Sie unterstützen unsere Arbeit fachlich durch das große Expertenwissen Ihres Hauses. Viele Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundesministerium der Justiz sind immer wieder dazu bereit, als Expertinnen und Experten gemeinsam mit der IRZ juristische Brücken in unsere Partnerstaaten zu bauen. Ihnen allen großen Dank!

Nun stellen wir uns kurz eine Brücke ohne einen zweiten Brückenpfeiler vor. Das Markenzeichen unserer Arbeit ist die Zusammenarbeit auf Augenhöhe, im Dialog und im Diskurs mit Expertinnen und Experten aus unseren Partnerstaaten. Dialog und Diskurs sind aber keine Einbahnstraße, Brücken baut man besser gemeinsam. Wir sind dabei auf Ihr Vertrauen, das Vertrauen unserer Partnerstaaten, der Menschen in unseren Partnerstaaten angewiesen. Wir danken Ihnen für dieses Vertrauen. Rechtsstaatsförderung ist schon deshalb nicht immer einfach, weil die Rahmenbedingungen in allen Staaten stetem Wandel unterliegen. Schmerzliches Beispiel in diesem Jahr ist die einseitige militärische Aggression mitten in Europa.

Eine schockierende Zäsur für die Menschen in der Ukraine, für Europa und die ganze Welt. Eine Zäsur in unserer langjährigen Tätigkeit in der Ukraine, einem Partnerstaat der ersten Stunde. Dann erreichten uns nach anfänglicher Schockstarre wieder zahlreiche Anfragen aus der Ukraine für die Fortsetzung der Zusammenarbeit. Wir sind froh und dankbar, dass wir etwas zum Aufbau der Ukraine und auf ihrem Weg in die Europäische Union beitragen können. Der Deutsche Bundestag hat der IRZ zusätzliche Mittel für die Zusammenarbeit mit der Ukraine, Moldau und Georgien zugesagt. Dafür an dieser Stelle mein ausdrücklicher Dank!

Die IRZ ist ein Verein, deshalb erweitere ich meinen Dank auf unsere Vereinsgremien. Stellvertretend für die vier Vorsitzenden bzw. Präsidenten

When I describe IRZ to outsiders, I always use the analogy of a bridge. IRZ builds bridges between legal practitioners. IRZ builds bridges between legal systems and understandings of the law. And when I look around this room, I would like to add: IRZ builds bridges between people. My main task for today is therefore, in my view, to thank all the people and their institutions who have stood behind IRZ's work over the past thirty years and continue to do so.

Honoured Federal Minister Dr Buschmann, I would like to extend my sincere thanks for your welcome address and for the appreciation shown in this ceremony. I am grateful to all colleagues in your ministry.

Firstly to those who prepared this event together with IRZ and who are now helping to organise the evening: the INT-KOR Department, Protocol Department, Event Management, Service Staff. I would like also to extend my particular thanks at this point to the interpreters. They will accompany us during the reception in particular to enable bilateral talks.

South Korea and Ukraine will provide the musical accompaniment during this ceremony, so thank you very much for the wonderful music, dear Ms Jinsol, dear Mr Volkov and dear Mr Paliarush. The German Music Council provided valuable support in this regard, so my sincere thanks here as well.

And we are most grateful to the Federal Ministry of Justice as our most important client. Your judicial foreign policy sets the tone for our work. We remain in close contact at all times. You guarantee the continued existence of IRZ as an institution. You contribute the significant expertise of your ministry in support of our work.

Large numbers of colleagues from the Federal Ministry of Justice are consistently willing to cooperate with IRZ and act as experts in building legal bridges with our partner states. My sincere thanks to you all!

Let us briefly imagine what a bridge would look like without a second abutment. Collaboration in a spirit of equality, in dialogue and discourse with experts from our partner states, is the hallmark of our work. Dialogue and discourse are not one-way streets, and bridges are easier to build together. We rely on your trust, on the trust of our partner states and on the trust of the people living there. And we are grateful for this trust. Promoting the rule of law cannot be easy, simply because the circumstances in all countries are in a constant state of change. The military aggression at the heart of Europe provided a painful example this year. It is a shocking turning point for the people of Ukraine, for Europe and the whole world. A turning point in our long-standing work in Ukraine, one of the very first partner states. But once the initial horrified paralysis had subsided, we again received numerous enquiries from Ukraine, urging us to continue the cooperation. We are thankful and glad to be able to accompany Ukraine in its reconstruction efforts and on its way into the European Union. The German Bundestag has allocated additional funds to the cooperation with Ukraine, Moldova and Georgia. Let me take this opportunity to express my gratitude!

IRZ is an association, therefore I will extend my thanks to our association bodies as well. On behalf of the four chairs or presidents of the Board of Trustees over the last thirty years, I would like to thank you, Dr Freiherr Frank von Fürstenwerth, for accompanying our work over fourteen years. I am grateful to Mr Christian Lange, President of IRZ until the end of



Anne Zimmermann, Leiterin des Referats INT-KOR, Bundesministerium der Justiz (links), Staatssekretärin Dr. Angelika Schluck, Bundesministerium der Justiz (mitte).

Anne Zimmermann, Head of Unit INT-KOR, Federal Ministry of Justice (left), State Secretary Dr Angelika Schluck, Federal Ministry of Justice (middle).



Dr. Freiherr Frank von Fürstenwerth, früherer Präsident der IRZ (rechts) und Dr. Stefan Hülshörster, Geschäftsführer der IRZ (links).

Dr Freiherr Frank von Fürstenwerth, President of IRZ a.D. (right) and Dr Stefan Hülshörster, Director of IRZ (left).

des Kuratoriums in den letzten dreißig Jahren bedanke ich mich bei Ihnen, Herr Dr. Freiherr Frank von Fürstenwerth dafür, dass Sie vierzehn Jahre lang unsere Arbeit begleitet haben. Herrn Christian Lange, bis Ende November Präsident der IRZ, danke ich für vielfältige Impulse und Initiativen. In den Gremien der IRZ sind die Politik, die Justiz, die Ministerien und die Verwaltung des Bundes und der Länder, die Anwaltschaft, das Notariat, die Wirtschaft, die Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen und die Zivilgesellschaft hochrangig vertreten.

Die Idee eines Vereins war genial, weil die IRZ dadurch eine breite gesamtgesellschaftliche Basis hat. Die Gremien tragen und unterstützen uns mit Ihren Ideen und Ihrer Expertise. Sie sind einer der „Think Tanks“ der IRZ. Viele Expertinnen und Experten aus Ihren Reihen sind heute anwesend, die die IRZ schon lange und sehr intensiv begleiten und unterstützen. Leider kann ich Sie in meinem Grußwort nicht alle persönlich begrüßen, Ihnen gilt unser aufrichtiger Dank.

Das Stichwort „Think Tank“ bringt mich zu weiteren Menschen, ohne die die IRZ nichts ist. Der wichtigste „Think Tank“ der IRZ, das sind meine Kolleginnen und Kollegen: Entweder multikulturell, multilingual, mit juristischem Know-how in Deutschland und in den Schwerpunktregionen, persönlich bekannt und mit Zugang zu den wichtigsten rechtspolitischen Schaltstellen oder hochspezialisiert im Personalwesen, Vertrags- und Vergaberecht, Haushaltsrecht, in der Buchhaltung, der Organisation, der Informationstechnik, im Bundesreisekostenrecht, Controlling, in der Öffentlichkeitsarbeit, im Datenschutz oder generell in Verwaltungsaufgaben.

Drei Jahrzehnte, das bedeutet mittlerweile sechs, wegen der Doppelspitze ab 2016 sogar sieben Geschäftsführungen. Ich bedanke mich bei meinen Vorgängerinnen und Vorgängern für ihre wichtigen Weichenstellungen. Rund 220 Beschäftigte insgesamt haben sich für die IRZ in den drei Jahrzehnten mal kurz, mal intensiv engagiert. Viele von ihnen sind nun in teilweise wichtigen Schlüsselpositionen in vielen anderen Organisationen tätig.

November, for his numerous impulses and initiatives. Senior representatives of politics, the judiciary, federal and state ministries and administration, the legal profession, the notaries' office, the business community, academia, non-governmental organisations and civil society are represented in IRZ's bodies.

The idea to establish an association was ingenious, as it ensured a broad foundation in society. The bodies carry our work and support us with their ideas and expertise. They are among the IRZ think tanks. Many experts from among the sitting members who provided strong and valuable accompaniment and support in our work for many years are in attendance this evening. Sadly I am unable to thank each of you personally in my welcome address, but please be assured of our gratitude.

The “think tank” prompt brings me to other people without whom IRZ would be nothing. My colleagues make up the most important “think tank” at IRZ: either with their multicultural or multilingual skills, their legal know-how in Germany and the focus regions or with personal contact and access to the most important decision-making bodies in the areas of law and politics or with their highly specialised knowledge of human resources, contract and public procurement law, budget law, accounting, organisation, information technology, German travel expenses law, controlling, public relations, data protection or general administrative tasks.

Three decades – this now means six managing directors or even seven due to the dual leadership from 2016. I would like to thank my predecessors for their valuable work in charting our course. Around 220 employees have been involved with IRZ over the last three decades, some of them briefly, others to a far greater extent. Many of them have gone on to occupy key positions in a large number of organisations.



Während des Festakts.

During the anniversary celebration.

Wir können drei Kolleginnen in diesem und im nächsten Jahr sogar zum dreißigjährigen Jubiläum gratulieren, stellvertretend Ihnen, liebe Frau Spies. Seit dreißig Jahren springt die Geschäftsführung, wenn es erforderlich ist, und sie springen mit ihr.

Wir haben viele junge, hoch qualifizierte und verantwortungsbewusste Menschen in unseren Reihen. 1992 waren es 18 Beschäftigte und ein Etat von rund 2,2 Millionen Deutsche Mark.

2022 sind es in Bonn und Berlin rund viermal so viele Kolleginnen und Kollegen, aber im Verhältnis rund sechsmal so viel Etat. Denn die IRZ führt seit Jahren auch erfolgreich Projekte für die Europäische Union durch. Sie bestreitet dadurch neben den Mitteln des Bundesministeriums der Justiz und des Auswärtigen Amtes im Durchschnitt rund 45 Prozent ihres Etats. Mit einer kleinen Belegschaft in Deutschland bringt die IRZ also ungeheuer viel PS auf die Straße. Das gelingt nur, weil meine Kolleginnen und Kollegen in allen Bereichen der IRZ hochengagiert arbeiten. Ihnen gebührt unser aufrichtiger Dank!

Das führt mich zum großen Dank an unsere Ortskräfte. Ortskräfte unterstützen das deutsche Team in 14 Partnerstaaten. Mithilfe ihrer Vernetzung und der guten Zusammenarbeit mit den deutschen Kolleginnen und Kollegen gelingt es jedes Jahr, ein riesiges Feuerwerk an Maßnahmen zu zünden. Wir freuen uns, dass viele von Ihnen heute persönlich anwesend sind.

Gern hätte ich stellvertretend Frau Katia Tatartschuk und Herrn Gennadii Ryzhkov aus der Ukraine begrüßt, sie sind seit vielen Jahren für uns vor Ort tätig. Herr Ryzhkov leistet zurzeit Militärdienst, daher begrüße ich hier stellvertretend seine Frau Katia, seine Tochter Katia und seinen Enkelsohn Wladislaw. Unsere Gedanken sind bei Ihnen, liebe Familie Ryzhkov, und unsere Kollegin und unser Kollege in der Ukraine sind in unseren Herzen.

Ich komme zum Schluss. Herr Bundesminister Dr. Buschmann, Sie haben zuletzt in einem Interview des Deutschen Anwaltsblatts gesagt: *„Wir wissen, dass Rechtsstaat und Grundrechte keine Selbstverständlichkeit sind, gerade in dieser Zeit.“*

Wir arbeiten in der IRZ in dem Bewusstsein des Dienstes für eine besondere Zielsetzung. Wir bauen Brücken für das Recht, die Demokratie und den Rechtsstaat mit Leidenschaft, Überzeugung und großem persönlichen Einsatz. Wir werden diese Brücken engagiert weiterbauen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich darauf, mit Ihnen beim Empfang auf dreißig Jahre IRZ anstoßen zu können!

We are even able congratulate three colleagues on their thirtieth anniversary either this year or next. Allow me to mention you specifically, dear Ms Spies, as one of this group. The Management has leapt into action whenever necessary for thirty years, and you have leapt into action as well.

There are many young, highly qualified and conscientious people in our ranks. IRZ had 18 employees and a budget of 2.2 million German marks in 1992.

In 2022, almost four times as many colleagues are working in Bonn and Berlin and our budget has risen by around a factor of six. After all, IRZ has been successfully running European Union projects for many years. Besides the funds from the Federal Ministry of Justice and the Federal Foreign Office, this accounts for approximately 45 percent of the IRZ budget on average. IRZ is therefore a powerful machine, even with its limited workforce in Germany.

This is only possible thanks to the immense commitment of my colleagues in all areas of IRZ. They deserve our sincere thanks as well! Now I would like to express our deep gratitude to the local staff who support the German team in 14 partner states. They manage to ignite a huge firework of measures every year with the help of their strong networks and good cooperation with the German colleagues. We are delighted that so many of you are in attendance this evening.

I would have liked to welcome Ms Katia Tatarchuk and Mr Gennadii Ryzhkov from Ukraine as representatives of all those who have been working with us in the field for many years. Mr Ryzhkov was called up to the military, so I will welcome his wife Katia, his daughter Katia and his grandson Vladislav on his behalf. Our thoughts are with you, my dear Ryzhkov family, and our colleague in Ukraine is in our hearts.

Allow me now to conclude: Honoured Federal Minister Dr Buschmann, you recently said in an interview with Anwaltsblatt in Germany: *“We know that the rule of law and fundamental rights cannot be taken for granted, especially at this time.”* At IRZ, we work in the awareness of our service to a particular cause: we show passion, commitment and immense personal commitment to building bridges in the interests of the law, democracy and the rule of law. And we will remain dedicated to building these bridges.

May I thank you all for listening. I look forward to raising a toast to thirty years of IRZ at the reception!

Grußwort des Justizministers der Ukraine Denis Malyuska via Livestream

Lieber Herr Bundesminister Buschmann,
lieber Herr Präsident Strasser,
liebe Frau Hauptgeschäftsführerin Bachler,
lieber Herr Geschäftsführer Hülshörster,
liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde!

Ich danke Ihnen herzlich für die Einladung und möchte Ihnen meine aufrichtigsten Glückwünsche zum dreißigjährigen Jubiläum unserer zuverlässigen Partnerin aussprechen – der Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit (IRZ) e.V..

Es ist mir immer wieder eine Freude, diese Stiftung zu würdigen, die über 20 Partnerstaaten kontinuierlich bei ihren Rechts- und Justizreformprojekten unterstützt.

Mein ganz besonderer Dank gilt dem Management und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Deutschen Stiftung für ihren Beitrag zur Reform des Justizsektors in der Ukraine.

Unsere langanhaltende und effiziente Zusammenarbeit begann im Jahr 2013. Seither haben wir verschiedene wichtige Projekte und Initiativen ins Leben gerufen, die darauf abzielen, grundlegende Justizreformen in der Ukraine zu unterstützen. Dies geschah auf der Grundlage von Arbeitsprogrammen, die von den Justizministerien Deutschlands und der Ukraine einvernehmlich vereinbart wurden und deren Implementierung durch eine gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit gewährleistet wird.

Ich möchte an dieser Stelle erwähnen, dass für die Umsetzung der Bestimmungen dieser Programme im Verlauf der letzten neun Jahre mit Hilfe und Unterstützung der IRZ eine ganze Reihe Seminare, Konferenzen, Schulungen, gemeinsamen bilateralen Meetings und Fachkonsultationen erfolgreich organisiert und durchgeführt wurden.

Wir haben bei der Ausarbeitung zahlreicher Gesetzentwürfe umfassende und umfangreiche Unterstützung erhalten. Insbesondere möchte ich meine Wertschätzung für unsere deutschen Partner für ihre fachmännische Unterstützung beim Entwurf des Mediationsgesetzes zum Ausdruck bringen, das im Dezember 2021 vom ukrainischen Parlament verabschiedet wurde. Mit der Verabschiedung des Gesetzes wurde die Mediation als Institution im Staat auf legislativer Ebene etabliert und reguliert.

Außerdem hatten wir bei der Ausarbeitung des Verwaltungsverfahrensgesetzes die Möglichkeit, hochwertige Fachkenntnisse aus Deutschland zu erlangen. Die Verabschiedung bringt die Ukraine näher an die Standards der Europäischen Union heran, da in allen EU-Mitgliedstaaten als wesentlicher Bestandteil des „Rechts auf gute Regierungsführung“ ähnliche Gesetze in Kraft sind.

Außerdem hatten wir die Möglichkeit zum Austausch bezüglich der praktischen Aktivitäten verschiedener Justizbehörden und der Verbesserung interner Mechanismen für die Implementierung von internationalen Vereinbarungen.

Speech by Denis Malyuska Minister of Justice of Ukraine via Livestream

Dear Minister Buschmann,
Dear President Mr. Strasser,
Dear General Director Ms. Bachler,
Dear Director Mr. Hülshörster,
Dear Colleagues and Friends!

Thank you very much for your kind invitation and let me extend my most sincere congratulations on the occasion of the 30-th anniversary of our reliable partner – the German Foundation for International Legal Cooperation (IRZ) e.V.

It's always great to appreciate the organization which constantly supports around 20 partner states in their legal and judicial reform projects!

My special gratitude to the management and all the employees of the German Foundation for their contribution in reforming the justice sector in Ukraine!

We have started our long lasting and effective cooperation in 2013. Since then we have implemented a lot of important projects and initiatives aimed at support of key justice reforms in Ukraine on the basis of mutually agreed work programs between the ministries of justice of Germany and Ukraine, the implementation of which is ensured by the joint statements on cooperation.

I'd like to note that in order to implement the provisions of the mentioned programs a number of seminars, conferences, trainings, joint bilateral meetings as well as exerts consultations have been successfully organized and held with the assistance and support of IRZ over the past 9 years.

We have received comprehensive and extensive assistance in the development of numerous draft laws. Let me express my special appreciation to our German partners for their expert support in drafting the Law on mediation, which was adopted by the Parliament of Ukraine in December 2021. With the adoption of the Law, the institution of mediation was established and regulated in the state at the legislative level.

Also we had a chance to gain leading German expertise during drafting the Law on Administrative Procedure. Its adoption brings Ukraine closer to the standards of the European Union, because similar laws are in force in all EU member states as an integral part of the "right to good governance".

Moreover we had an opportunity of experience exchange regarding the practical activities of different justice authorities and improvement of internal mechanisms of international agreements implementation.

Namely, with the support of the German Foundation, Ukrainian delegations participated in multilateral events related to the implementation of international treaties developed within the framework of the Hague Conference on Private International Law.



Denis Malyuska, Justizminister der Ukraine.

Denis Malyuska, Minister of Justice of Ukraine.

Mit der Unterstützung der Deutschen Stiftung konnten ukrainische Delegationen an multilateralen Veranstaltungen in Bezug auf die Implementierung internationaler Verträge teilnehmen, die innerhalb des Rahmens der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht entwickelt wurden.

Ich möchte meinen besonderen Dank für die Unterstützung der Deutschen Stiftung für ukrainische Initiativen in Bezug auf die praktische Implementierung des Haager Übereinkommens über zivilrechtliche Aspekte internationaler Kindesentführung zum Ausdruck bringen, insbesondere für die Gewinnung deutscher Fachkräfte und deren Unterstützung bei der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs.

Ich möchte außerdem unsere sinnvolle Zusammenarbeit im Rahmen von Online-Konsultationen zu Fragen der künftigen Entwicklung des ukrainischen Justizvollzugs- und Bewährungssystems hervorheben.

Ich freue mich, bekanntgeben zu können, dass beim letzten Besuch von Herrn Bundesminister Buschmann in Kiew ein neues Arbeitsprogramm unterzeichnet werden konnte, das bis 2024 gültig ist.

Ich bin sicher, dass es für die Entwicklung der ukrainisch-deutschen interministeriellen rechtlichen Zusammenarbeit in den folgenden Bereichen neue Impulse geben wird:

- Vorbereitung der Verhandlungen über den Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union im Zusammenhang mit den Kapiteln 23 (Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte) und 24 (Justiz, Freiheit und Sicherheit) des Besitzstands der Europäischen Union
- Strafvollzugssphäre und bedingte Verurteilung/Bewährung
- Vollstreckung von Gerichtsurteilen
- die forensische Untersuchung und die Tätigkeit der vom Gericht bestellten Gutachter
- alternative Streitbeilegung und Laienrichter, die richterliche Aufgaben wahrnehmen

Special gratitude I would like to express for the German Foundation's support of Ukrainian initiatives related to the practical implementation of the Hague Convention on Civil Legal Aspects of International Child Abduction, in particular, in the attracting of German experts and their assistance in drafting the draft law.

Also, I'd like to note our meaningful cooperation in the format of online consultations, on the issues of further development of the Ukrainian penitentiary system and probation.

It is my pleasure to note that during the recent visit of the Minister Buschmann to Kyiv we have signed new Work Program for the period until 2024.

I am sure that it will provide a new impetus for the development of Ukrainian-German interministerial legal cooperation in the following areas:

- preparation for negotiations on Ukraine's accession to the European Union in the context of chapters 23 (rule of law and fundamental rights) and 24 (justice, freedom and security) of the EU Acquis;
- penitentiary sphere and conditional sentence/probation;
- enforcement of court decisions;
- forensic examination and activities of court-appointed experts;
- alternative dispute resolution and lay judges performing judicial functions;
- anti-corruption;
- provision of free legal assistance/assistance with court costs;
- bankruptcy;
- exchange of experience regarding the Hague Conventions;
- state registration and administrative procedural law, etc.

- Korruptionsbekämpfung
- Bereitstellung von kostenlosem Rechtsbeistand/Unterstützung bei den Gerichtskosten
- Konkurs
- Erfahrungsaustausch in Bezug auf das Haager Übereinkommen
- staatliches Registrierungs- und Verwaltungsverfahren usw.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass mit der Unterstützung der IRZ alle geplanten Aktivitäten erfolgreich implementiert werden können.

Ich möchte betonen, dass das ukrainische Justizministerium heute, trotz der überaus schwierigen Bedingungen, mit denen es konfrontiert ist, weiterhin an der Implementierung der wichtigen Reformen im Bereich der Gerechtigkeit arbeitet. Dazu gehören:

- weitere Implementierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes
- Optimierung der Logik innerhalb der Register, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von staatlichen Stellen die Arbeit mit ihnen zu erleichtern und gleichzeitig zu versuchen, illegale Handlungen so weit wie möglich einzuschränken
- Wiederherstellung der Solvenz und weitere Verbesserung der Konkursverfahren
- Schaffung und Implementierung neuer Systeme innerhalb des Justizministeriums und der ihm unterstellten Bereiche
- weitere Digitalisierung der kostenlosen Rechtsberatung
- Bereitstellen von effizientem Rechtsbeistand für Opfer von Kriegsverbrechen
- Einbeziehung von Mediation in Strafverfahren usw.

Im Moment umfassen die Aufgaben mit der höchsten Priorität für das ukrainische Justizministerium natürlich die Schaffung von einzigartigen internationalen Instrumenten zur Untersuchung des Verbrechens des Angriffs auf die Ukraine und zur Entschädigung für die von Russland verursachten Schäden.

Bis heute gibt es kein nationales oder internationales Gericht oder Tribunal, das eine Entschädigung für die von Russland verursachten Schäden als Folge des nicht provozierten bewaffneten Angriffs auf die Ukraine, die Rechenschaft der Russischen Föderation und die bedingungslose Erfüllung einer solchen Entschädigung im vollen Umfang gewährleisten kann. Wir müssen unsere Bemühungen auf die Diskussion der internationalen multilateralen Vereinbarung zur Entwicklung eines Entschädigungssystems für die Zahlung echter Kompensation für die durch den russischen Angriff entstandenen Schäden konzentrieren.

Als grundlegende Bestimmung des internationalen Abkommens sind die Definition und Konsolidierung der Verantwortung Russlands für den Angriff und die militärischen Maßnahmen gegen die Ukraine und die unumstößliche Verpflichtung zum Ausgleich der verursachten materiellen Schäden vorgesehen. Gleichzeitig ist als integraler Bestandteil des internationalen Entschädigungsmechanismus die Einrichtung eines internationalen Schadensregisters geplant. Dieses wird dazu dienen, Beweise und Informationen in Bezug auf Schadensansprüche und Verluste für alle betroffenen natürlichen und juristischen Personen zu erfassen.

Das internationale Schadensregister sollte auf internationaler Basis und unter der Beteiligung von Partnern – ausländischen Staaten und internationalen Institutionen – eingerichtet werden.

I am totally sure that with the support of IRZ all the planned activities will be successfully implemented.

I'd like to stress that today, notwithstanding the very difficult conditions the Ministry of Justice of Ukraine continues its work on implementation of the important reforms in the field of justice. Among them are:

- further implementation and digitization of public services;
- optimization of the business logic inside the registers, so that it is easier for employees of state bodies to work with them, while simultaneously trying to technically limit the set of illegal actions, where possible;
- solvency recovery and bankruptcy procedures further improvement;
- creation and implementation of new systems within the Ministry of Justice and its subordinate areas.
- further digitization of the free legal aid services;
- providing effective legal assistance to victims of war crimes;
- development of mediation in the criminal process, etc.

Of course, for today among the priority tasks of the Ministry of Justice of Ukraine is the creation of unique international instruments to investigate the crime of aggression against Ukraine and to compensate for the damage caused by Russia.

To date, no existing national or international court or tribunal can fully ensure compensation for the damage caused by Russia as a result of unprovoked armed aggression in Ukraine, holding the Russian Federation accountable for the damage caused, and the unconditional fulfilment of such compensation.

And now we need to concentrate our efforts on the discussion of the international multilateral agreement to develop a comprehensive system for the payment of real compensation for the damage caused by Russian aggression.

The fundamental provision of the international agreement will be the definition and consolidation of Russia's responsibility for aggression and military actions against Ukraine and the unwavering obligation to compensate for the material damage caused.

At the same time, an integral part of the international compensation mechanism envisages the establishment of the International Register of Losses, which will serve as a recording of evidence and information about claims for damages, losses or damages for all interested individuals and legal entities, as well as the state of Ukraine.

The International Register of losses should be created on an international basis with the participation of partners – foreign states and international institutions.

Given that the application of sanctions to persons directly or indirectly involved in armed aggression on the territory of Ukraine is an important tool of economic influence.

Therefore, it is important to effectively cooperate in the implementation of the sanctions policy and the policy in the field of forced seizure of assets of it and its residents, both in Ukraine and abroad.



Grußwort des Stellvertretenden
Justizministers der Ukraine,
Oleksandr Banchuk.

Speech of Deputy-Minister of Justice
of Ukraine, Oleksandr Banchuk.

Trio (v.r.n.l.): Andrii Paliarush
(Klarinette), Nikita Volkov (Klarinette),
Kim Jinsol (Fagott).

Trio (f.r.t.l.): Andrii Paliarush (clarinet),
Nikita Volkov (clarinet), Kim Jinsol
(bassoon).

Da die Verhängung von Sanktionen gegen Personen, die direkt oder indirekt an dem bewaffneten Angriff auf das ukrainische Staatsgebiet beteiligt waren, ein zentrales Werkzeug des wirtschaftlichen Einflusses ist, ist es wichtig, bei der Implementierung der Sanktionspolitik und der Politik im Bereich der Zwangsbeschlagnehmung von Vermögenswerten der Russischen Föderation und ihrer Gebietsansässigen sowohl innerhalb der Ukraine als auch im Ausland effizient zusammenzuarbeiten.

I would like to stress that Ukraine pays special attention to the process of adoption of the Directive on the Return of Assets and Confiscation, issues of blocking and confiscation of assets, which will provide a legal basis for launching the mechanism of confiscation of Russian assets.

Ich möchte betonen, dass die Ukraine dem Prozess der Verabschiedung der Richtlinie zur Abschöpfung und Konfiszierung von Vermögen sowie den Fragen zur Konfiszierung von Vermögenswerten besondere Aufmerksamkeit schenkt. Dies wird eine rechtliche Grundlage für die Einleitung des Mechanismus für die Konfiszierung russischer Vermögenswerte bilden. Das entsprechende Problem in Bezug auf das Blockieren und Konfiszieren der Vermögenswerte von sanktionierten Personen muss ebenfalls auf nationaler Ebene in den Rechtsvorschriften der betroffenen Staaten geregelt werden. Es ist sehr wichtig, dass die größtmögliche Menge von Vermögenswerten, die direkt oder indirekt Eigentum sind von sanktionierten Personen, Personen, die an bewaffneten Angriffen in der Ukraine und der Ausübung von Kriegsverbrechen beteiligt waren, und denjenigen, die den Krieg in der Ukraine sponsoren und unterstützen, eingefroren, beschlagnahmt und für den Wiederaufbau der Ukraine eingezogen wird.

The corresponding issue regarding the blocking and confiscation of the assets of the sanctioned persons also needs to be resolved at the national level of the legislation of the interested states.

It is extremely important that maximum amount of assets belonging directly or indirectly to sanctioned persons, persons, who are involved in armed aggression in Ukraine and commission of war crimes, those who sponsor the war in Ukraine and support it, be frozen, seized and collected for damages and restoration of Ukraine.

Gemeinsam mit der gesamten zivilisierten demokratischen Welt kämpft die Ukraine um die Wiederherstellung der gemeinsamen demokratischen Werte.

Hand in hand with the entire civilized, democratic world Ukraine struggle for restoration of the common democratic values.

No crime committed by the Russian Federation under International Law should left unpunished in Ukraine. Liability must be both judicial and financial.

Keines der von der Russischen Föderation in der Ukraine unter internationalem Recht verübten Verbrechen sollte ungestraft bleiben. Die Verantwortlichen müssen sowohl auf rechtlicher als auch auf finanzieller Ebene haftbar gemacht werden.

Only by our joint efforts we could hold the Russian Federation accountable for violations of International Law and demonstrate that no one could avoid the punishment for horrible crimes committed against humanity.

I thank to our partners – IRZ and German Ministry of Justice for their ongoing support for Ukraine's fight for justice and express the hope for their further assistance in restoration of our country.

Nur mit unseren gemeinsamen Anstrengungen können wir die Russische Föderation für ihre Verstöße gegen das Völkerrecht zur Verantwortung ziehen und demonstrieren, dass niemand der Bestrafung für diese schrecklichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit entgehen kann.

Appreciate your attention!
Слава Україні!
Слава Німеччині!

Ich möchte unseren Partnern, der IRZ und dem deutschen Bundesministerium der Justiz, für ihre anhaltende Unterstützung des ukrainischen Kampfes um Gerechtigkeit danken und hoffe auf Ihre weitere Unterstützung beim Wiederaufbau des Landes.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!
Слава Україні!
Слава Німеччині!

Eröffnung des Büros der IRZ in Berlin am 6. Dezember 2022

Grußwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Justiz Benjamin Strasser, MdB, Präsident der IRZ

Sehr geehrter Herr stellvertretender Justizminister Banchuk,
Exzellenzen,
sehr geehrte Gäste aus dem In- und Ausland,

als Präsident der IRZ begrüße ich Sie herzlich in den neuen Büroräumen in Berlin. Ich darf Ihnen in meiner Funktion als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz, aber auch von ihm seine herzlichsten Grüße ausrichten. Er freut sich, Sie in wenigen Stunden persönlich im Bundesministerium der Justiz empfangen zu dürfen. Die Eröffnung der neuen Dienststelle gibt mir die Möglichkeit, mich Ihnen zeitnah nach meiner Wahl als neuer Präsident des Kuratoriums vorzustellen. Eine Aufgabe, die ich mit großer Freude und Erwartung übernommen habe. Denn die IRZ ist aus dem Gesamtkonzept der Rechtsstaatsförderung der Bundesregierung, aber vor allem des Bundesministeriums der Justiz nicht wegzudenken. Die Tatsache, dass so viele von Ihnen zu dieser Eröffnung gekommen sind und später auch am Festakt aus Anlass des dreißigjährigen Jubiläums teilnehmen werden, zeugt davon.

Eine besondere Würdigung ist Ihre Teilnahme, Herr stellvertretender Justizminister Banchuk. In dieser Zeit ist Ihre Reise nach Berlin keine Selbstverständlichkeit, sondern eine Ehre. Das Schicksal der Ukraine und ihrer Menschen macht uns betroffen. Wir sind beeindruckt von Ihrem Willen, Ihrem Zusammenhalt und Ihren Zielen, Ihre Freiheit, die Demokratie und den Rechtsstaat zu verteidigen. Die IRZ arbeitet seit drei Jahrzehnten erfolgreich mit ihren Partnern in der Ukraine zusammen. Wir werden unsere Anstrengungen vor dem Hintergrund Ihres Beitrittsstatus erhöhen und Sie nach Kräften unterstützen. Das Bundesministerium der Justiz hat sich beim Deutschen Bundestag erfolgreich für eine Erhöhung des Etats



Official opening of the IRZ Berlin office on 6 December 2022

Benjamin Strasser, Member of the German Bundestag and Parliamentary State Secretary to the Federal Minister of Justice, President of IRZ

Deputy Minister of Justice Banchuk,
Excellencies,
Guests,

As President of the German Foundation for International Legal Cooperation (IRZ), I would like to welcome you most warmly to the new IRZ offices in Berlin. And as Parliamentary State Secretary to the Federal Minister of Justice, may I also pass on his very best wishes. He is looking forward to welcoming you in person to the Federal Ministry of Justice in just a few hours' time. The opening of the new office gives me an opportunity to introduce myself as the newly elected President of the IRZ Board of Trustees, a role that I have accepted with great pleasure. I look forward to serving on the Board. IRZ plays an integral and fundamental part in the Federal Government's – and in particular the Federal Ministry of Justice's – approach to promoting the rule of law. This is demonstrated by the fact that so many of you have come to today's opening and are later taking part in the association's 30th anniversary celebrations.

We are particularly honoured, Deputy Minister Banchuk, that you have undertaken the journey to Berlin at this time.

We are all deeply affected by the situation of Ukraine and its people. We are in awe of your strength of will, your unity and your commitment to defending your freedom, democracy and the rule of law. IRZ has been working successfully with partners in Ukraine for three decades now. We shall now redouble our efforts in the light of your candidate status and do everything we can to support you. The Federal Ministry of Justice has successfully advocated for the German Bundestag to increase the IRZ budget in a number of areas, including for work to promote the rule of law in

Benjamin Strasser, MdB,
Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister der Justiz,
Präsident der IRZ

Benjamin Strasser, Member of the
German Bundestag, Parliamentary State
Secretary to the Federal Minister of
Justice, President of IRZ.

der IRZ unter anderem für die Rechtsstaatsförderung in der Ukraine, in der Republik Moldau und in Georgien eingesetzt. Wir haben damit neue Rahmenbedingungen geschaffen, um die Arbeit zielgerichtet mit Blick auf die EU-Rechtsangleichung fortzusetzen.

Neue Rahmenbedingungen schaffen wir auch mit dem größeren Büro in Berlin, in dem wir heute alle stehen. Die Weichen für diese Entwicklung hat noch mein Vorgänger gestellt. Er tat das im Einvernehmen mit dem gesamten Kuratorium und vielen Mitgliedern des Vereins. Ich teile mit meinem Vorgänger die Zielsetzungen dieses Umzugs: Ein größerer Standort der IRZ in Berlin erhöht die Sichtbarkeit in der Bundeshauptstadt.

Kurze Wege führen von hier zu den wichtigsten Ansprechpartnern der IRZ: dem Deutschen Bundestag, dem Bundesministerium der Justiz, dem Auswärtigen Amt, vielen Mitgliedern unserer Vereinsgremien. Berlin ist ein attraktiver Standort für viele Menschen, und wir können nun nicht nur in Bonn, sondern auch hier vor Ort um mehr internationales und qualifiziertes Personal für die IRZ werben.

Damit hat die IRZ im Ergebnis zwei große Standorte an zwei für sie wichtigen Zentren Deutschlands, und das ist auch gut so. Besinnen wir uns auf den Auftrag der IRZ. 1992 in einer Zeit des Umbruchs in Osteuropa wurde sie ins Leben gerufen durch einen liberalen Justizminister, der später Außenminister wurde. Ihre Verankerung als Verein hat sie in den demokratischen Gremien, Verbänden und Nichtregierungsorganisationen unserer liberalen Demokratie und unseres Rechtsstaats. Damit gehört sie auch nach Berlin, an den Standort der Regierung und wichtiger demokratischer Institutionen und Nichtregierungsorganisationen. Hier schlägt das Herz der Rechtspolitik und der Rechtssetzung des Bundes.

Nicht wegzudenken ist die IRZ aber auch seit 1992 aus Bonn. Dort ist und bleibt der Sitz des Vereins. Bonn ist als einzige Stadt Deutschlands UN-Standort. Viele internationale Organisationen haben dort ihren Sitz. Bewährt hat sich die Nähe zu vielen Partnerorganisationen der IRZ in anderen Mitgliedstaaten. Zum Beispiel führt die IRZ mit Frankreich, den Niederlanden, Spanien und Österreich in gemeinsamen Konsortien Projekte der Europäischen Union durch. Bewährt hat sich das Drehkreuz der vielen internationalen Flughäfen in der Nähe von Bonn – in Frankfurt, Düsseldorf und Köln. Karlsruhe mit dem Bundesverfassungsgericht, dem Bundesgerichtshof und dem Generalbundesanwalt ist nicht weit. Dort wurden und werden viele Delegationen der IRZ empfangen. Zwei Standorte garantieren also eine Verankerung in ganz Deutschland. Ich persönlich finde, auf zwei Beinen steht man gut.

Jeder Umzug ist ein großer Kraftakt, dessen bin ich mir bewusst. Wie mir berichtet wurde, waren auch aufwendige Umbauarbeiten zu leisten. Es scheint mir, wenn ich mich so umsehe, – zumindest überwiegend – geschafft. Allen Beteiligten danke ich dafür als Präsident des Kuratoriums der IRZ im Namen des gesamten Kuratoriums. Sie können stolz sein auf das, was Sie im letzten Jahr geleistet haben. Wir sind gespannt auf das nun folgende Programm.

Ein kluger Kopf hat einmal gesagt: „Guter Wein und neue Häuser machen nur Freude, wenn man Sie gemeinsam öffnet.“ Deshalb lassen Sie uns nun gemeinsam diese Büroräumlichkeiten einweihen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Ukraine, in der Republik Moldau und in Georgien. This ensures IRZ will be able to pursue its work, with a clear focus on alignment with EU laws.

Another boost for IRZ is the new office in Berlin where we are all standing today. The driving force behind the expansion was my predecessor, Christian Lange, and he had the full support of the Board of Trustees and many members of our association. Christian Lange believed a major new IRZ office in Berlin could raise the organisation's profile in the federal capital, and I am in full agreement.

The move is bringing us closer to some of IRZ's key partners, namely the German Bundestag, the Federal Ministry of Justice, the Federal Foreign Office and many members of our various association bodies. Berlin is an attractive location and we can now work not just in Bonn but also here in our capital city to bring even more highly qualified, international personnel into our organisation. That IRZ now has two major offices in two German cities that are of central importance to the organisation is to be welcomed. Let us take a moment to remind ourselves of the mission of IRZ. The organisation was set up in 1992 at a time of upheaval in eastern Europe, by a liberal justice minister who later became foreign minister. A registered association (Verein), IRZ has its place amongst the democratic bodies, associations and non-governmental organisations that are such an important part of our liberal democracy and our constitutional state. So what could be more logical than an IRZ presence in Berlin, the home of government and of major democratic institutions and NGOs. Berlin is at the heart of the legal policy and federal legislative process.

Of course, IRZ has had firm roots in Bonn since it started its operations there in 1992. The association is and will remain headquartered in the city. Bonn is the only place in Germany that is home to UN offices. Indeed, many international organisations are based there. Over the years, IRZ in Bonn has benefited from close proximity to many partner organisations from other EU Member States. For example, IRZ is involved in European Union projects as part of consortia with France, the Netherlands, Spain and Austria. Another major benefit of Bonn is easy access to the many nearby international airports – Frankfurt, Düsseldorf and Cologne. Also close by is Karlsruhe, home to the Federal Constitutional Court, the Federal Court of Justice and the Federal Public Prosecutor General, which regularly welcome IRZ delegations. Two sites give IRZ a strong presence across Germany and, I firmly believe, will ensure the best possible basis for the organisation's work.

Any move demands an enormous amount of energy, and I know that extensive renovation work was also required. Looking around now, however, it seems as if that work is largely complete. May I give a huge thanks to everyone involved on behalf of the entire Board of Trustees. You can be proud of what you have achieved over the past year. Let us now look forward to what is to come.

A wise person once remarked that *good wine and new homes can only be enjoyed if opened with friends*. So let us officially open these new premises together.

Thank you very much!

Grußwort der Hauptgeschäftsführerin Dr. Frauke Bachler

Sehr geehrter Herr stellvertretender Justizminister Banchuk,
sehr geehrter Herr Parlamentarischer Staatssekretär Strasser und Präsident
der IRZ,
sehr geehrte Abgeordnete,
Exzellenzen,
sehr geehrte Gäste aus dem Inland und Ausland,

im Namen aller Kolleginnen und Kollegen der IRZ begrüße ich Sie ganz herzlich in den neuen Büroräumen. Wir freuen uns, dass Sie so zahlreich und hochrangig mit uns diese Eröffnung feiern. Wir freuen uns besonders über Ihren Besuch, sehr geehrter Herr stellvertretender Justizminister Banchuk. Die Ukraine ist ein Partnerstaat der ersten Stunde. Die IRZ hat enge fachliche Beziehungen zu vielen ukrainischen Expertinnen und Experten aufbauen können, zu denen auch Sie, lieber Herr Banchuk, gehören. Es sind auch Freundschaften entstanden. Deshalb macht uns der einseitige Angriffskrieg besonders betroffen. Wir sind dankbar, dass wir mit dem Justizministerium und weiteren Partnern in der Ukraine weiterarbeiten können. Sie können auf uns zählen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
in der Sammlung morgenländischer Erzählungen Tausendundeine Nacht – Sie kennen vermutlich alle Sindbad den Seefahrer, Aladin, Ali Baba und die vierzig Räuber oder Scheherazade? – findet sich der Satz:
„Das schönste Haus ist das, welches jedermann offen steht.“
Heute steht Ihnen unser Haus weit offen. Die Eröffnung unseres neuen Büros ist für uns eine Gelegenheit, Ihnen allen unsere langjährige und aktuelle Tätigkeit und das Erreichte vorstellen zu können. Wir haben einiges für Sie vorbereitet.

Bevor ich Sie darüber informiere, möchte ich zunächst vielen Kolleginnen und Kollegen danken. Das sind zunächst die Kolleginnen und Kollegen, die für die IRZ den Umzug gestemmt haben. Denn so ein Umzug ist natürlich kein Märchen aus Tausendundeiner Nacht. So ein Umzug, das war und ist harte Arbeit. Die Kolleginnen und Kollegen haben mit der Geschäftsführung die erforderlichen Weichenstellungen für den Umzug geplant.

Die IRZ hatte wie derzeit viele mit allen typischen Herausforderungen zu kämpfen: verspäteter Auszug des Vormieters, verspäteter Beginn der Handwerkerleistungen und Lieferverzug von Baumaterialien. Falls noch nicht alles perfekt ist, bitten wir dies zu entschuldigen. Es ist sozusagen „Work in Progress“. Die Kolleginnen und Kollegen haben die rechtlichen, organisatorischen und technischen Rahmenbedingungen geklärt. Sie haben mit den Vermietern, den anderen Mietparteien und dem Nachmieter in der Kronenstraße 73 sowie mit dem Makler, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und dem Vermieter in der Kronenstraße 1 kommuniziert. Sie waren und sind Ansprechpersonen für ein halbes Dutzend Dienstleister. Sie haben den Umzug vergabe-, vertragsrechtlich, organisatorisch und technisch umgesetzt. Dafür danke ich Ihnen außerordentlich!

Welcome address by the General Director Dr Frauke Bachler

Deputy Minister of Justice Banchuk,
Parliamentary State Secretary Strasser and President of IRZ,
honourable Members of the German Bundestag,
Excellencies,
cherished Guests from Germany and Abroad,

May I extend a warm welcome to our new office space on behalf of my colleagues from IRZ. We are delighted that so many high-ranking guests are celebrating this opening with us. We are particularly pleased by your visit, Deputy Minister of Justice Banchuk. Ukraine has been a partner state since day one. IRZ has been able to build professional relationships with many Ukrainian experts, to whom you, Mr Banchuk, belong. Friendships have also developed. We are therefore particularly saddened by the unilateral war of aggression. We are grateful to be able to continue our work with the Ministry of Justice and other partners in Ukraine. They can count on us.

Ladies and Gentlemen,
One Thousand and One Nights – the collection of Oriental tales including such familiar figures as Sinbad the Sailor, Aladdin, Ali Baba and the Forty Thieves or Scheherazade – contains the following sentence:
“The most beautiful house is one that is open to everyone.”
Our house is wide open to you today.
The opening of our new office is an opportunity for us to present to you all our long-standing and ongoing activities and what we have accomplished. We have prepared quite a lot for you.

But let me first thank my many colleagues before I proceed with the information. First and foremost, they would be the colleagues who organised the move for IRZ. After all, a move of this kind is not an Oriental fairytale. It has been and remains hard work. Our colleagues cooperated with Management to lay the foundation for our successful move.

Like many others in similar situations, IRZ was struggling with the typical challenges: delayed departure of the previous tenant, late start of refurbishment and hold ups in the delivery of building materials. We would ask for your understanding if not everything is perfect yet. You might call it a ‘work in progress’. Our colleagues clarified the legal, organisational and technical issues. They coordinated with the landlords, the other tenants and the next tenant on Kronenstraße 73, as well as with the estate agent, the Institute for Federal Real Estate (BImA) and the previous tenant at Kronenstraße 1. They were and remain the primary contacts for half a dozen service providers. They took charge of the public procurement, contractual, organisational and technical aspects of the move. I am extremely grateful to them for their efforts!



Grußwort der Hauptgeschäftsführerin
 Dr. Frauke Bachler.

Welcome address by the General
 Director Dr Frauke Bachler.

Da wir beim Dank sind, erweitere ich diesen hiermit auf die Kolleginnen und Kollegen, die unsere heutige Eröffnungsfeier und den Empfang in unseren Räumen mit großem persönlichem Einsatz maßgeblich vorbereitet und unterstützt haben. Ganz herzlichen Dank, please give them a hand! Damit kommen wir zu unserem Programm für den heutigen Nachmittag. Alle Projektbereiche haben spannende Zahlen, Daten, Fakten und Bilder über die Arbeit in unseren Partnerstaaten zusammengetragen. Sie präsentieren diese auf vielfältigste Weise in den angrenzenden Büroräumlichkeiten und stehen für persönliche Gespräche bereit. Wir freuen uns über Ihr Interesse und stehen Ihnen persönlich für Rückfragen zur Verfügung. Unser Haus steht Ihnen im Sinn von Tausendundeine Nacht offen.

Wir wünschen Ihnen einen interessanten Aufenthalt in unserem neuen Büro Berlin!

On the topic of gratitude, I would like to extend my thanks to the colleagues who showed immense commitment in the preparation and organisation of today's opening ceremony and reception in our new premises. Many, many thanks. Please give them a hand! Let us now proceed to our agenda for this afternoon. All sections have compiled exciting figures, data, facts and pictures about the work in our partner states. They are showcasing their work in a wide variety of presentations in the adjoining offices and are available for personal discussions. We are delighted by your interest and are on hand to answer any questions. In keeping with One Thousand and One Nights – our whole house is open to you!

We hope you have an interesting time in our new Berlin office!



Impressionen von der Eröffnung
des Büros der IRZ in Berlin.

Impressions of the official opening
of the IRZ Berlin office.









Impressionen von der Eröffnung
 des Büros der IRZ in Berlin.

Impressions of the official
 opening of the IRZ Berlin office.







Impressionen von der Eröffnung
des Büros der IRZ in Berlin.

Impressions of the official opening
of the IRZ Berlin office.





Impressionen von der Eröffnung
des Büros der IRZ in Berlin.

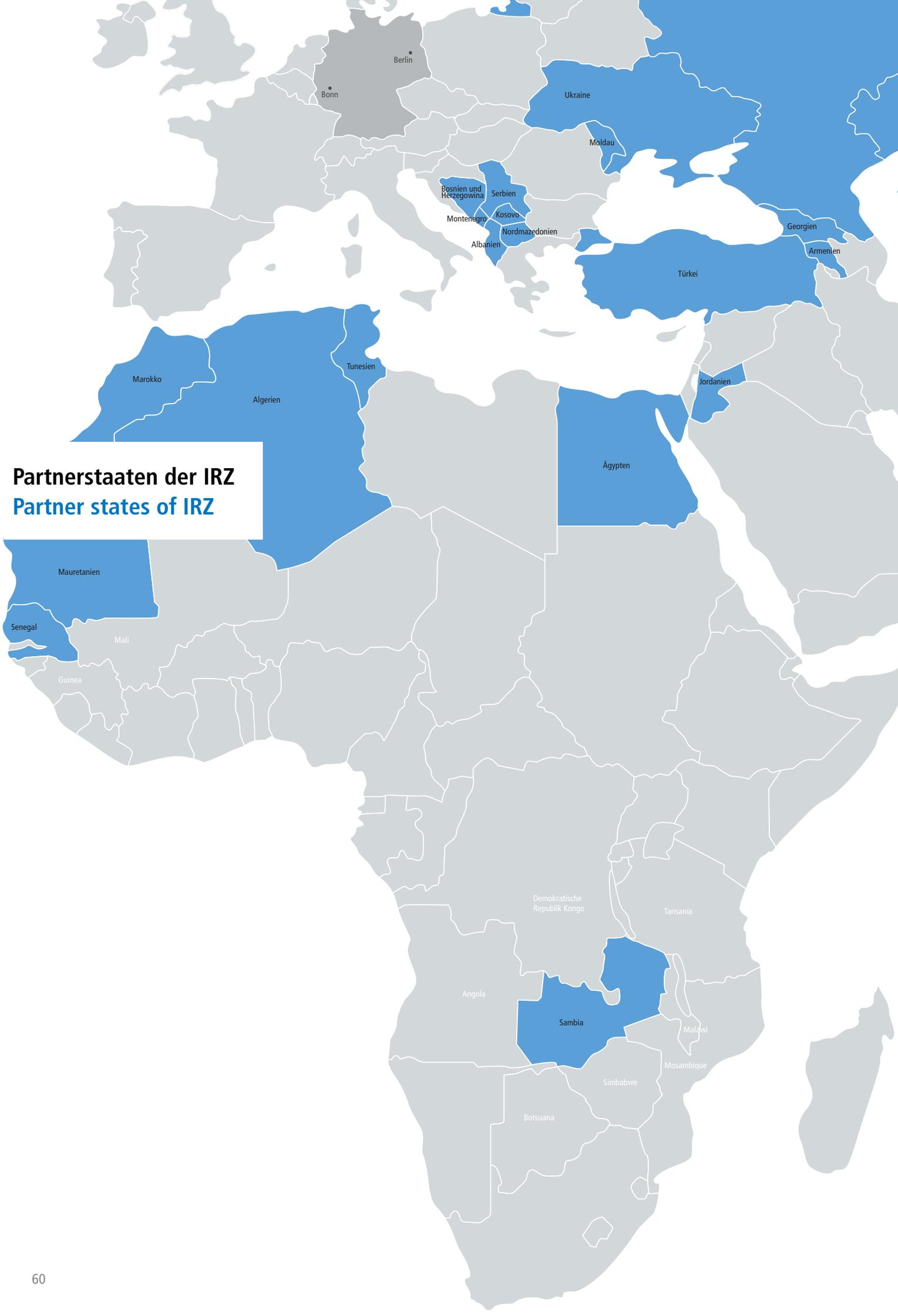
Impressions of the official opening
of the IRZ Berlin office.

Impressionen von der Eröffnung
des Büros der IRZ in Berlin.

Impressions of the official opening
of the IRZ Berlin office.







Partnerstaaten der IRZ
Partner states of IRZ



* In Abstimmung mit dem Zuwendungsgeber ist die Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation bis auf Weiteres ausgesetzt.

* In consultation with the funding authority the cooperation with the Russian Federation is suspended until further notice.

Name: Arabische Republik
Ägypten
Hauptstadt: Kairo
Einwohnerzahl: ca. 104 Millionen
Regierungssystem: Präsidential-
demokratie

Name: Arab Republic of Egypt
Capital city: Cairo
Population: approx. 104 million
System of government: Presidential
democracy



Ägypten

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Ägypten ist mit 104 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land der arabischen Welt. Aufgrund seiner geografischen Lage zwischen Afrika und dem Nahen Osten und seiner Stellung in der Region ist das Land ein wichtiger Partner für Deutschland.

Die politische, wirtschaftliche und militärische Bedeutung Ägyptens sowie die große und zugleich junge Bevölkerung bergen ein großes Entwicklungspotenzial. Gleichwohl steht das Land vor enormen Herausforderungen. Hierzu zählen die Auswirkungen der Inflation, die Abwertung des ägyptischen Pfunds sowie die hohe Arbeitslosigkeit (jährlich drängen angesichts des rasanten Bevölkerungswachstums rund 800.000 neue Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt¹).

In den letzten Jahren führte Ägypten einige Justizreformen durch, die von internationalen Expertinnen und Experten kritisch bewertet werden.²

Konzeption

Nach einer vorübergehenden Aussetzung der Zusammenarbeit zwischen der ägyptischen Justiz und der IRZ wurde die Kooperation 2019 erneut aufgenommen und ein durch das Auswärtige Amt gefördertes Projekt zum Thema „Schutz von Frauen in der und durch die Justiz“ umgesetzt.

Pandemiebedingt konnte die Zusammenarbeit in den folgenden Jahren nicht weitergeführt werden.

Von der Europäischen Union finanzierte Projekte

EU-Twinning-Projekt: Supporting and upgrading the institutional, technical and raising awareness capabilities of the Egyptian Patent Office (EGPO)

Zwischen Januar 2020 und September 2022 unterstützte die IRZ als Juniorpartner zusammen mit dem dänischen Patent- und Markenamt und unter Federführung der spanischen Internationalen und Iberoamerikanischen Stiftung für Verwaltung und öffentliche Politik (FIIAPP) Ägypten im Rahmen dieses EU-Twinning-Projekts zum Schutz des geistigen Eigentums. Die Unterstützung der IRZ-Expertinnen und -Experten zielte darauf ab, die Leistungsfähigkeit des EGPO in Zusammenarbeit mit den ägyptischen Kolleginnen und Kollegen in vielen unterschiedlichen Bereichen zu verbessern.

Die Umsetzung des Projekts hatte zum Ziel, die Leistung des EGPO zu verbessern und es an die Standards der Patentämter in den EU-Mitgliedstaaten anzugleichen, damit eine effektivere Nutzung des Patentsystems zu einem stärkeren Schutz für ägyptische Innovationen führt.

1 Rohayem, in Germany Trade and Invest (GTAI) – Ägypten – Arbeitsmarkt, <https://bit.ly/3DNmMUX> (Abruf: 11. Januar 2023).

2 Vgl. BMZ, Ägypten – politische Situation – Einschnitte in Gewaltenteilung und Grundrechte, <https://bit.ly/3Nvey8m> (Abruf: 11. Januar 2023).

Egypt

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

With 104 million inhabitants, Egypt is the most populous country in the Arab world. The country is an important partner for Germany due to its geographic location between Africa and the Middle East and its position in the region.

The political, economic and military significance, as well as Egypt's large and young population, present great potential for development. The country is nevertheless facing huge challenges. Among them are the effects of inflation, devaluation of the Egyptian pound and high unemployment (around 800,000 new workers enter the labour market every year due to rapid population growth¹).

Egypt has implemented a number of judicial reforms in recent years that are viewed critically by international experts.²

Overall Concept

After cooperation between the Egyptian judiciary and IRZ was suspended temporarily, it resumed in 2019 and a project on "Protection of women in and through the judiciary" was implemented with funds from the Federal Foreign Office.

It was not possible to continue the cooperation in the following years for pandemic-related reasons.

Projects funded by the European Union

EU Twinning Project: Supporting and upgrading the institutional, technical and raising awareness capabilities of the Egyptian Patent Office (EGPO)

Acting as a junior partner together with the Danish Patent and Trademark Office and under the leadership of the International and Ibero-American Foundation of Administration and Public Policies, IRZ provided support to Egypt from January 2020 to September 2022 within the framework of this EU Twinning project for the protection of intellectual property. The support provided by IRZ experts was intended to improve the capacities of the EGPO in cooperation with Egyptian colleagues across a wide variety of areas.

Implementation of the project aimed to strengthen the performance of the EGPO and to bring it in line with the standards of similar patent offices in the EU. The final objective was to improve efficiency in use of the patent system and to strengthen protection for Egyptian innovations.

1 Rohayem, in Germany Trade and Invest (GTAI) – Egypt – labour market, <https://bit.ly/3DNmMUX> (retrieved on: 11 January 2023).

2 Cf. BMZ, Egypt – Political situation – Changes in the division of powers and curbs on basic rights, <https://bit.ly/3Nvey8m> (retrieved on: 11 January 2023).

Albanien

Dies wird durch die Entwicklung einer Strategie für geistiges Eigentum und die Bereitstellung von Informationsaustauschmechanismen für das EGPO sowie durch die Erstellung eines Gesamtüberblicks über IP-Strategien, -Politiken und -Mechanismen erreicht. Aufklärungskampagnen über das geistige Eigentum im öffentlichen und privaten Sektor in Ägypten bauen auf dieser Strategie auf.

Zudem entwickelten die Expertinnen und Experten der IRZ in enger Zusammenarbeit mit den EGPO-Mitarbeitenden Verfahrenshandbücher für die wichtigsten Abteilungen des Patentamts, um die Nachhaltigkeit der Projektergebnisse zu gewährleisten.

Ausblick

Die IRZ wird die Entwicklungen in Ägypten weiterhin intensiv verfolgen und in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium der Justiz und der deutschen Botschaft in Kairo mögliche Ansatzpunkte für eine erneute Kooperation mit den ägyptischen Justizakteuren ermitteln.

Name: Republik Albanien
Hauptstadt: Tirana
Bevölkerung: ca. 2,9 Millionen
Regierungssystem:
parlamentarisches System

Name: Republic of Albania
Capital city: Tirana
Population: approx. 2.9 million
System of government:
Parliamentary system

Albania

This will be achieved by developing a strategy for intellectual property and providing information sharing mechanisms for the EGPO, as well as by preparing a general overview of IP strategies, policies and mechanisms. Education campaigns on intellectual property in Egypt's public and private sectors build on this strategy.

Furthermore, the IRZ experts cooperated closely with their colleagues from EGPO to develop procedural manuals for the most important departments within the Patent Office as a means of ensuring the sustainability of project results.

Outlook

IRZ will continue to closely monitor developments in Egypt and, in close consultation with the Federal Ministry of Justice and the German Embassy in Cairo, identify possible starting points for renewed cooperation with actors from the Egyptian judiciary.

Albanien

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Albanien hat bereits 2009 einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt, seit 2014 ist das Land offiziell Beitrittskandidat. Erst am 19. Juli 2022 fand schließlich die erste Beitrittskonferenz statt, die den Beginn der Beitrittsverhandlungen markiert. Unmittelbar im Anschluss an diese Konferenz begann das Screening-Verfahren der Europäischen Kommission. Auf Grundlage des Screening-Berichts am Ende des Verfahrens wird über die Eröffnung des ersten Verhandlungsklusters mit den relevanten Themengebieten entschieden.

Als NATO-Mitglied und EU-Beitrittskandidat hat sich Albanien im Einklang mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (GASP) vollumfänglich den wegen des Ukrainekriegs erlassenen Sanktionsmaßnahmen gegen Russland angeschlossen.

Im Bereich des Justizwesens bleiben die Herausforderungen im Zuge des anhaltenden Vetting-Verfahrens groß. Im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union verpflichtete sich Albanien zu einer intensiven Überprüfung der Richterschaft und Staatsanwaltschaft



Albania

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Albania placed an application for EU membership as far back as 2009 and has been an official accession candidate since 2014. The first accession conference was not held until 19 July 2022, marking the start of the accession negotiations. The screening process by the European Commission began directly after the conference. A decision will be reached on opening the first negotiation cluster with relevant topic areas on the basis of the screening report at the end of the process.

As a NATO member and EU accession candidate, Albania has adopted a stance of full alignment with the sanctions measures imposed against Russia due to the war in Ukraine, in line with the European Union's Common Foreign and Security Policy (CFSP).

The challenges for the judicial system remain high due to the ongoing vetting process. As part of the accession negotiations with the European Union, Albania committed to an intensive review of the judiciary and public prosecutor's office and passed Law No. 84/2016 "On the Transi-

und verabschiedete im August 2016 das Gesetz Nr. 84/2016 „Über die Übergangs-Reevaluierung der Richter und Staatsanwälte in der Republik Albanien“ (kurz Vetting-Gesetz). Im Zuge dieses umfassenden Screenings werden fachliche Eignung, Vermögensverhältnisse sowie Integrität der Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte überprüft. Rund 64 Prozent der überprüften Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte haben das Verfahren nicht erfolgreich durchlaufen und mussten aus dem Dienst ausscheiden. Die dadurch entstandene Lücke führt zu erheblichen Problemen auf allen Ebenen im Justizbereich. 2022 konnte Albanien Fortschritte vorweisen. Am Obersten Gericht sind nun 16 von insgesamt 17 Stellen mit neu ernannten Richterinnen und Richtern besetzt, so konnte erstmalig seit sechs Jahren der Rückstau an Verfahren abgebaut werden. Außerdem wurden 2022 nunmehr alle Richterstellen beim Verfassungsgericht besetzt.

Der Magistratenschule kommt bei der Ausbildung von neuen Richterinnen und Richtern bzw. Staatsanwältinnen und Staatsanwälten eine Schlüsselrolle zu. Hier wurden die Kapazitäten erhöht, allerdings reicht dies bislang noch nicht aus.

Konzeption

Die Projektarbeit der IRZ in Albanien finanziert sich aus Mitteln des Bundesministeriums der Justiz, des Auswärtigen Amtes und der Europäischen Union. Dabei ergänzen sich die genannten Finanzmittel und führen dazu, dass ein großes Themenspektrum mit einer Vielzahl von Partnern abgedeckt ist.

Einen Schwerpunkt der bilateralen Zusammenarbeit bildete 2022 – wie bereits im vergangenen Jahr – der Bereich der Gerichtsorganisation mit dem Obersten Gericht als Kooperationspartner. Dabei wurden die technischen Voraussetzungen (Soft- und Hardware) in der Dokumentationsabteilung geschaffen, um eine effektive und effiziente Urteilsverwaltung zu etablieren. Gleichzeitig wurden die Mitarbeitenden am Obersten Gericht in der Anwendung der Software geschult.

Zudem behandelte die IRZ – gemeinsam mit verschiedenen Partnerinstitutionen – wichtige Themen wie etwa das Richterdisziplinarrecht und das Verwaltungsrecht.

Nach Beendigung des zuvor durch die IRZ in Federführung durchgeführten EU-finanzierten „EURALIUS V“-Projekts wurden Kooperationen, teils auch mit neuen Partnern, im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit fortgeführt.

Mit einer Vielzahl von Fortbildungsveranstaltungen zu unterschiedlichen Themen intensivierte die IRZ auch die Zusammenarbeit mit der albanischen Magistratenschule, der im Zuge des Vetting-Verfahrens eine bedeutende Rolle in der Aus- und Fortbildung des juristischen Nachwuchses zukommt.

Gleichzeitig bildete die Verfassungsbeschwerde, die Albanien 2016 nach deutschem Vorbild einführte, einen thematischen Schwerpunkt der Projektarbeit der IRZ. Gemeinsam mit der albanischen Rechtsanwaltskammer veranstaltete die IRZ zu diesem Thema verschiedene Fortbildungsangebote für die Rechtsanwaltschaft, unter anderem auch in den unterschiedlichen Regionen Albaniens. In Zukunft soll das Verfassungsgericht wieder verstärkt in die Beratungen eingebunden werden.

tional Re-evaluation of Judges and Prosecutors in the Republic of Albania“ (the Vetting Law for short) in August 2016. The thorough screening is used to review the professional suitability, financial circumstances and integrity of judges and public prosecutors. Around 64 percent of the judges and public prosecutors reviewed did not successfully complete the procedure and were therefore required to step down from their positions. This created a gap, which has led to significant problems in all areas of the judicial field. Albania was, however, able to make progress in 2022. At the Supreme Court, 16 out of a total of 17 positions are now filled by recently appointed judges, which has reduced the backlog of cases for the first time in six years. Furthermore, the full complement of judges was appointed to the Constitutional Court in 2022.

The School of Magistrates plays a pivotal role in the education of new judges and public prosecutors. Its capacities have now been increased, although they remain insufficient.

Overall Concept

The project work conducted by IRZ in Albania is financed by funds provided by the Federal Ministry of Justice, the Federal Foreign Office and the European Union. These financial resources complement each other and enable processing of a wide range of topics in cooperation with a large number of partners.

As in previous years, the area of court organisation was one of the priorities within the bilateral cooperation in 2022, with the Supreme Court as cooperation partner. This involved installation of the technical facilities (software and hardware) in the Documentation Department for an effective and efficient management of judgements. Employees at the Supreme Court received training in use of the software at the same time.

In addition, IRZ – together with various partner institutions – addressed important topics such as disciplinary law of judges and administrative law.

Bilateral cooperation continued, in some cases with new partners, after the end of the EU-funded EURALIUS V project under the leadership of IRZ.

IRZ also intensified cooperation with the Albanian School of Magistrates, which, within the framework of the vetting process, plays a key role in the initial and continuous training of young legal professional. This cooperation involved a large number of further training events on a variety of topics.

At the same time, the constitutional complaint, which was introduced in Albania in 2016 based on the German model, was a thematic focus of IRZ's project work in Albania. IRZ worked with the Albanian Chamber of Advocacy to hold a number of further training courses on this topic for legal professionals in the various regions of Albania. In future, the Constitutional Court will again be involved more strongly in the consultations.



Aufbau-seminar zum Thema „Verfassungsbeschwerde“ für albanische Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte in Kooperation mit der albanischen Rechtsanwaltskammer, 25. Oktober 2022 in Vlora (Albanien).

Advanced seminar on “Constitutional Complaints” for Albanian lawyers in cooperation with the Albanian Bar Association, 25 October 2022 in Vlora (Albania).



Podiumsdiskussion im albanischen Justizministerium zum Thema „Die Rolle des Notariats bei der Bekämpfung der Geldwäsche“ in Kooperation mit der Bundesnotarkammer und der Notarkammer der Republik Albanien, 16. November 2022 in Tirana.

Panel discussion at the Albanian Ministry of Justice on “The Role of the Notaries’ Office in Combating Money Laundering” in cooperation with the Federal Chamber of Notaries and the Chamber of Notaries of the Republic of Albania, 16 November 2022 in Tirana.

Tätigkeitsschwerpunkte 2022

Verfassungsrecht/Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Konferenz zum Thema „Das Zusammenspiel der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Verfassungsgerichtsbarkeit zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit“ in Kooperation mit den Verfassungsgerichten und Obersten Gerichten aus Kosovo und Albanien
- drei Seminare (eine Präsenzveranstaltung, zwei Online-Seminare) zum Thema „Verfassungsbeschwerde“ in Kooperation mit der albanischen Rechtsanwaltskammer

Öffentliches Recht

- Studienreise für Richterinnen und Richter des albanischen Obersten Gerichts nach Leipzig und Berlin zum Thema „Verwaltungsgerichtsbarkeit“
- Online-Fachaustausch zum Thema „Optimierung von Arbeitsabläufen an albanischen Verwaltungsgerichten“ in Kooperation mit dem albanischen Justizrat
- Studienreise für Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter und Vertreterinnen und Vertreter des albanischen Justizrats zum Thema „Effektive und effiziente Verwaltungsgerichtsbarkeit“
- Konferenz und Online-Seminar zum Thema „Richterliche Ethik und Disziplinarverfahren gegen Richterinnen und Richter“ in Kooperation mit der albanischen Sonderberufungskammer

Rechtspflege

- Konferenz zum Thema „Geldwäscheprävention und -bekämpfung im Notariat“ in Kooperation mit der Bundesnotarkammer und der albanischen Notarkammer

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Konferenz für Richterinnen und Richter des albanischen Obersten Gerichts zum Thema „internationale Rechtshilfe in Strafsachen“

Focuses of Activity in 2022

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Regional conference on “The interaction between ordinary and constitutional jurisdiction to uphold the rule of law” in cooperation with the Constitutional Courts and Supreme Courts of Kosovo and Albania
- Three seminars (one face-to-face event, two online seminars) on the topic of “Constitutional complaints” in cooperation with the Albanian Chamber of Advocacy

Public Law

- Study trip to Leipzig and Berlin on the topic of on the topic of “Administrative court jurisdiction” for judges at the Albanian Supreme Court
- Online expert exchange on the topic of “Optimisation of workflows at Albanian administrative courts” in cooperation with the High Judicial Council of Albania
- Study trip for administrative judges and representatives of the High Judicial Council of Albania on the topic of “Effective and efficient administrative court jurisdiction”
- Conference on “Judicial ethics and disciplinary proceedings against judges” in cooperation with the Albanian Special Appeal Chamber

Administration of Justice

- Conference on “The role of the notary’s office in combating money laundering” in cooperation with the Federal Chamber of Notaries and the Albanian National Chamber of Notaries

Criminal and Penitentiary Law

- Conference for judges at the Albanian Supreme Court on “International mutual legal assistance in criminal matters”

Konferenz zum Thema „Internationale Rechtshilfe in Strafsachen“ in Kooperation mit dem Obersten Gerichtshof der Republik Albanien, 24. Oktober 2022 in Tirana.

Conference on "International Mutual Legal Assistance in Criminal Matters" in cooperation with the Supreme Court of the Republic of Albania, 24 October 2022 in Tirana.



Aus- und Fortbildung

- Seminar (Hybrid-Veranstaltung) zum Thema „Justiz und Medien“ in Kooperation mit der albanischen Magistratenschule
- Seminar (Hybrid-Veranstaltung) zum Thema „Abgrenzung von Verwaltungsgerichtsbarkeit zur Verfassungsgerichtsbarkeit“ in Kooperation mit der albanischen Magistratenschule
- Zwei Seminare (Hybrid-Veranstaltung) zum Thema „Cybercrime“ in Kooperation mit der albanischen Magistratenschule
- Studienreise für die Mitarbeitenden der Dokumentationsabteilung des albanischen Obersten Gerichts nach Deutschland
- Drei online durchgeführte Arbeits- und Fachgespräche in Kooperation mit der Dokumentationsabteilung des albanischen Obersten Gerichts

Sonstige Unterstützungsmaßnahmen

- Bereitstellung einer Dokumentationssoftware für das Oberste Gericht
- Ausstattung der Bibliothek des Obersten Gerichts mit englischsprachigen Kommentaren zum deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch

Von der Europäischen Union finanziertes Projekt „Technical Assistance to Support the Implementation of the Crosscutting Justice Strategy in Albania“ (JUSTAL-Projekt)

Eckdaten des JUSTAL-Projekts:

- Federführung: IRZ
- Juniorpartner: DAI (Österreich/Belgien/USA)
- Vertragsart: Service Contract
- Projektbudget: 1,66 Millionen Euro
- Laufzeit: zwei Jahre ab Juni 2022
- Human Resources: drei Key Experts (Dr. Agnes Bernhard, Anita Mihailova, Sascha Rusch) zuzüglich 1.120 Tagen für Kurzzeitexpertinnen und Kurzzeitexperten

Die Arbeitsschwerpunkte des JUSTAL-Projekts knüpfen inhaltlich teilweise an das seit 2014 bis Ende 2021 von der IRZ federführend umgesetzte „EURALIUS V“-Projekt an. Zentraler Fokus der Beratungsleistungen ist zum einen die Stärkung der Koordinationsmechanismen des Justizministeriums für die laufende Justizreform im Rahmen der sog. „Crosscutting Justice Strategy“ einschließlich des dazugehörigen Aktionsplans. Dem Justizministerium kommt bei der Umsetzung der Inhalte der vorgenannten Strategie sowie bei der Koordination der an dem Prozess beteiligten

Basic and Further Training

- Hybrid seminar on the topic of the "Judiciary and media" in cooperation with the Albanian School of Magistrates
- Hybrid seminar on the topic of the "Distinction between administrative court jurisdiction and constitutional court jurisdiction" in cooperation with the Albanian School of Magistrates
- Two hybrid seminars on the topic of "Cyber-crime" in cooperation with the Albanian School of Magistrates
- Study trip to Germany for staff of the Documentation Department at the Supreme Court of Albania
- Three online working and expert talks in cooperation with the Documentation Department at the Supreme Court of Albania

Other Support Measures

- Installation of documentation software at the Supreme Court
- Provision of the Supreme Court library with English-language commentaries on the German Civil Code

European Union-funded project "Technical Assistance to Support the Implementation of the Crosscutting Justice Strategy in Albania" (JUSTAL project)

Key data in the JUSTAL project:

- Lead partner: IRZ
- Junior partner: DAI (Austria/Belgium/USA)
- Type of contract: Service contract
- Project budget: €1.66 million
- Term: two years, from June 2022
- Human resources: Three key experts (Dr Agnes Bernhard, Anita Mihailova, Sascha Rusch) plus 1,120 days for short-term experts

The work priorities of the JUSTAL project are partly linked to the EURALIUS V project, which IRZ implemented as lead partner from 2014 until the end of 2021. The central focus of the advisory services is firstly to strengthen coordination mechanisms at the Ministry of Justice for the ongoing reform of the judiciary within the framework of the "Crosscutting Justice Strategy", including the associated action plan. The Ministry of Justice plays a lead role in implementing the contents of the aforementioned strategy, as well as in coordinating the independent judicial institutions



Studienreise für Richterinnen und Richter des Obersten Gerichtshofs der Republik Albanien zum Bundesverwaltungsgericht und zum Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin, 28.–29. Juni 2022.

Study trip for judges of the Supreme Court of the Republic of Albania to the Federal Administrative Court and the Constitutional Court of the State of Berlin, 28 to 29 June 2022.

unabhängigen Justizinstitutionen eine federführende Rolle zu. Das Projekt arbeitet eng mit der Kodifizierungsabteilung des Justizministeriums zusammen, um maßgebliche Gesetze des EU-Acquis im Hinblick auf die laufenden EU-Beitrittsgespräche anzupassen. Das Justizministerium hat zudem Unterstützung bei der umfassenden Überarbeitung bzw. Neufassung des albanischen Zivilgesetzbuchs erbeten; da dies im Projektvertrag nicht enthalten ist und die Projektressourcen limitiert sind, kann lediglich anfängliche methodologische Unterstützung geleistet werden. Im Hinblick auf das Screening-Verfahren wird das Projektteam in Abstimmung mit der zuständigen EU-Delegation vor Ort über den Projektvertrag hinausgehend maßgebliche Beratungsleistungen erbringen und insbesondere die Erstellung der komplexen Konkordanztabellen unterstützen, die das nationale albanische Recht dem EU-Recht gegenüberstellen und Brüssel ein laufendes Monitoring im Hinblick auf die EU-Rechtsangleichung ermöglichen. Die Komponente Öffentlichkeitsarbeit des Projekts widmet sich Strategien und Umsetzungsmaßnahmen, welche die Kommunikation der laufenden Justizreform zum Gegenstand haben.

Ausblick

Auch 2023 wird die IRZ Rechts- und Justizreformen und die Konsolidierung rechtsstaatlicher Strukturen in Albanien sowohl bilateral als auch im Rahmen des oben genannten JUSTAL-Projekts aktiv unterstützen. Für das kommende Jahr plant die IRZ außerdem, die Zusammenarbeit mit dem Obersten Gericht zu vertiefen und auszubauen. Die Zusammenarbeit mit dem Obersten Justizrat, der Sonderberufungskammer und dem Verfassungsgericht rückt in den Mittelpunkt der Beratungen. Die IRZ führt auch die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Magistrateschule im Bereich der Fort- und Weiterbildung von Juristinnen und Juristen weiter. Eine Ausweitung der Kooperation mit der Rechtsanwalts- und Notarkammer auf weitere Themenschwerpunkte ist ebenfalls vorgesehen. Im Rahmen des JUSTAL-Projekts leistet die IRZ einen wichtigen Beitrag, um Albanien auf den EU-Beitritt vorzubereiten.

involved in the process. The project involves close cooperation with the Codification Department at the Ministry of Justice, which adapts relevant laws of the EU acquis in regard to the ongoing EU accession negotiations. The Ministry of Justice has also requested support in the comprehensive revision or rewriting of the Albanian Civil Code; however, only initial methodological support can be provided, as this is not included in the project contract and project resources are limited. With regard to the screening process, the project team, in coordination with the responsible local EU Delegation, will provide significant advisory services beyond the scope of the project contract and, in particular, support preparation of the complex tables of concordance that compare national Albanian law with EU law and enable Brussels to monitor harmonisation with EU law on an ongoing basis. The project's public relations component focuses on strategies and implementation measures that communicate the continuing judicial reform process.

Outlook

In 2023 as well, IRZ will actively support legal and judicial reforms and the consolidation of rule of law structures in Albania within the framework of bilateral cooperation and the aforementioned JUSTAL project. Moreover, IRZ plans to deepen and significantly expand its cooperation with the Supreme Court in the year ahead. Advisory services will focus on cooperation with the High Judicial Council, the Special Appeal Chamber and the Constitutional Court. IRZ will also continue its successful cooperation with the School of Magistrates in the area of initial and continuous training for legal professionals. Furthermore, there are plans to expand cooperation with the Albanian Chamber of Advocacy and the Chamber of Notaries to include other priority areas. IRZ is playing an important role within the framework of the JUSTAL project to prepare Albania for EU accession.

Name: Demokratische Volksrepublik Algerien
Hauptstadt: Algier
Bevölkerung: ca. 44,6 Millionen
Regierungssystem: semipräsidentielles System

Name: People's Democratic Republic of Algeria
Capital city: Algiers
Population: approx. 44.6 million
System of government: Semi-presidential system



Algerien

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Vorgezogene Parlamentswahlen haben 2021 die Regierungspartei in Algerien bestätigt, seither sind die Proteste der Opposition und Zivilgesellschaft zurückgegangen.

Durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine wächst die geostrategische Bedeutung des Landes aufgrund der Erdgasexporte in verschiedene Länder der Europäischen Union. Gleichzeitig bleibt die algerische Wirtschaft stark von den Entwicklungen auf dem Erdgasmarkt abhängig, die steigende Inflationsrate belastet Algeriens Bevölkerung zunehmend.

Die politischen Beziehungen zwischen Algerien und dem Nachbarland Marokko sind durch den Westsahara-Konflikt weiterhin angespannt.

Konzeption

Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz, Effizienzsteigerung, Korruptionsbekämpfung sowie Schaffung eines gleichberechtigten und fairen Zugangs zu Recht und Justiz für alle Bürgerinnen und Bürger – diese Aspekte stehen im Fokus des seit 2020 bestehenden Aktionsplans Algeriens im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und Modernisierung des Justizwesens. Die IRZ unterstützt die algerische Justiz in Anlehnung an diese Prioritäten. Dabei sind das Justizministerium, die Strafvollzugsbehörde, die Richterhochschule, das oberste Verwaltungsgericht (Conseil d'État) sowie die Rechtsanwaltskammer die wichtigsten Partnerinstitutionen der IRZ.

Die Zusammenarbeit konzentrierte sich in der Vergangenheit auf das Wirtschaftsrecht, mit thematischem Fokus auf Investitionsschutz in Algerien. Im Bereich der Rechtspflege stand die Digitalisierung der Justiz im Fokus der durchgeführten Maßnahmen. Die IRZ realisierte außerdem gemeinsam mit ihren Partnerinstitutionen Projekte im Bereich des Straf- und Strafvollzugs-

Algeria

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Early parliamentary elections in 2021 renewed the mandate for the ruling party in Algeria. Protests by the opposition and civil society have since declined.

As an exporter of natural gas to various countries in the European Union, the country's geostrategic significance has grown due to the Russian war on Ukraine. Nonetheless, the Algerian economy remains highly dependent on trends in the natural gas market and the rising inflation rate places a growing burden on Algeria's population.

Political relations between Algeria and neighbouring Morocco remain tense due to the Western Sahara conflict.

Overall Concept

In place since 2020, Algeria's rule of law action plan focuses on strengthening the independence of the judiciary, increasing efficiency, policy to combat corruption and creating equal and fair access to the legal system and the judiciary for all citizens as well as on modernising the judicial system. IRZ supports the Algerian judiciary to achieve these priorities. The Ministry of Justice, the penitentiary authority, the Higher School for the Judiciary, the Council of State (Conseil d'État) and the Bar Association are the most important partner institutions for IRZ.

Cooperation so far has concentrated on commercial law with a thematic focus on the protection of investments in Algeria. Digitisation of the judiciary was the principal aspect in the area of the administration of justice. Moreover, IRZ also cooperated with its partner institutions to implement projects regarding criminal and penitentiary law, particularly the reform of the Algerian penitentiary system. The main concern in this

Veranstaltung zum Thema Investitionsschutz und Investitionsklima in Algerien.

Event to promote the climate of investment and investment protection in Algeria.



Armenien

rechts, insbesondere zur Reform des algerischen Strafvollzugs. Hierbei steht die nachhaltige Anwendung des Handbuchs, welches im Rahmen eines vom Auswärtigen Amt geförderten Projekts im Zeitraum 2017 bis 2019 erarbeitet wurde, im Vordergrund.

Tätigkeitsschwerpunkte 2022

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Konferenz zum Thema „Investitionsklima und Investitionsschutz in Algerien“ mit dem Justizministerium und der Nationalen Investitionsagentur in Algerien

Rechtspflege

- Online-Regionalkonferenz „Digitalisierung der Justiz, elektronischer Rechtsverkehr und Datenschutz“ unter Beteiligung der Justizministerien Algeriens und Marokkos

Ausblick

Auch in Zukunft orientiert sich die Zusammenarbeit der IRZ mit der algerischen Justiz an den Reformbestrebungen des Aktionsplans der Regierung. Die Kooperationspartner streben die Vertiefung der Zusammenarbeit im Bereich des Wirtschaftsrechts an und wollen sich außerdem weiterhin auf die Themenschwerpunkte Straf- und Strafvollzugsrecht sowie internationale justizielle Zusammenarbeit konzentrieren. Die Beratungen zur Effizienz der Justiz, insbesondere hinsichtlich einer Verkürzung der Prozessdauer sowie Beratungen zur Modernisierung und Digitalisierung der Justizverwaltung wird die IRZ ebenfalls fortsetzen.

Name: Republik Armenien
Hauptstadt: Eriwan
Bevölkerung: ca. 3 Millionen
Regierungssystem:
parlamentarisches System

Name: Republic of Armenia
Capital city: Yerevan
Population: approx. 3 million
System of government:
Parliamentary system

Armenia

area is to ensure the sustainable application of the manual which was drafted as part of a project funded by the German Federal Foreign Office from 2017 to 2019.

Focus of Activity in 2022

Civil and Commercial Law

- Conference on “Investment climate and investment protection in Algeria” with the Ministry of Justice and the Algerian Investment Protection Agency

Administration of Justice

- Regional online conference “Digitisation of the judiciary, electronic legal transactions and data protection” with the participation from the Ministries of Justice in Algeria and Morocco

Outlook

Cooperation between IRZ and the Algerian judiciary will continue to focus on efforts which were identified in the government’s plan of action. The cooperation partners aim to expand their joint work in the area of commercial law and to reinforce their focus on the main topics of criminal and penitentiary law, as well as on international judicial cooperation. Moreover, IRZ will continue its consultations on the efficiency of the judiciary, in particular with regard to shortening the length of trials, as well as on modernisation and digitisation in the administration of justice.



Armenien

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Armenien sieht sich nicht erst seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine in einem außen- wie auch innenpolitisch schwierigen Spannungsfeld zwischen einem pro-westlichen Reformkurs auf der einen Seite und der Abhängigkeit von Russland als „Sicherungsmacht“ in Bergkarabach, wo Russland seit 2020 für die Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens zwischen Aserbaidschan und Armenien sorgen soll, auf der anderen Seite. Strategisch wichtige Wirtschaftssektoren befinden sich zudem in der

Armenia

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Armenia finds itself in a difficult and tense position in regard to its domestic and foreign policies. This has applied not only since Russia launched its war of aggression on Ukraine. The country is caught between the dichotomous poles of adopting a pro-Western reform course on the one hand and its dependence on Russia as a “security power” in Nagorno-Karabakh on the other, where Russia has been tasked with ensuring compliance with the ceasefire agreement between Azerbaijan and Armenia since 2020. Moreover, strategically



Arbeitsgruppe der fachlichen Beratung beim Bau einer neuen JVA in Armenien, 4. v. l.: Stellvertretende Justizministerin der Republik Armenien Arpine Sargsyan.

Working group providing technical advice on the construction of a new penitentiary in Armenia, 4th from the left: Arpine Sargsyan, Deputy Minister of Justice of the Republic of Armenia.



Studienreise für eine Arbeitsgruppe des Justizministeriums der Republik Armenien im Rahmen der fachlichen Beratung beim Bau einer neuen JVA in Armenien, 3. v. l.: Stellvertretende Justizministerin der Republik Armenien Arpine Sargsyan.

Study trip for a working group of the Ministry of Justice of the Republic of Armenia in the context of technical advice on the construction of a new penitentiary in Armenia, 3rd from left: Arpine Sargsyan, Deputy Minister of Justice of the Republic of Armenia.

Hand russischer Investoren. Vor diesem Hintergrund hat sich Armenien nach Beginn des Ukraine-Krieges nur sehr zurückhaltend geäußert und in internationalen Gremien nicht eindeutig positioniert. Die Spannungen im Verhältnis mit den Nachbarländern Aserbaidschan und der Türkei blieben weiterhin bestehen, auch wenn zuletzt im Rahmen von Gesprächen auf höchster Ebene versucht wurde, diese abzubauen.

Trotz der innen- wie außenpolitischen Spannungen setzt die Regierung Armeniens weiterhin auch auf die Annäherung an die Europäische Union und führt entsprechende Reformen hinsichtlich der Einführung von EU-Standards durch.

Konzeption

Die IRZ unterstützt den Prozess der EU-Rechtsharmonisierung und engagiert sich in Armenien sowohl im Rahmen von EU-geförderten Projekten – wie zuletzt in dem EU-Grant-Projekt „Consolidation of the Justice System in Armenia“, das im August 2022 beendet wurde, und aktuell in einem Twinning-Projekt im Bereich Korruptionsprävention – als auch in mit Zuwendungen des Bundesministeriums der Justiz finanzierten Projekten. Die Beratungen im Rahmen dieser Finanzierung liegen traditionell überwiegend im Bereich des Straf- und Strafvollzugsrechts. Das neue armenische Strafvollzugsgesetz, welches die IRZ beratend begleitete, trat im Sommer 2022 in Kraft. In diesem Zusammenhang berät die IRZ seit Ende 2021 zudem eine Arbeitsgruppe, die den Bau einer neuen Justizvollzugsanstalt in Eriwan plant, hinsichtlich der Einhaltung europäischer Vollzugsstandards.

Tätigkeitsschwerpunkte 2022

- Verfassungsrecht/Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit
- Fachliche Beratung des Büros der Ombudsfrau bei der Erstellung des jährlichen Berichts zum Thema „Rechte und Schutz von Jugendlichen und Menschen mit Behinderung“ (mehrere Beratungsgespräche, zum Teil im Online-, Hybrid- und Präsenzformat sowie schriftliche Stellungnahmen zu fachlichen Fragestellungen)

important sectors of the economy are controlled by Russian investors. With this in mind, Armenia has been highly reticent in its public statements since the start of the Ukraine war and has not adopted a clear stance in international forums. Recent high-level talks have tried to ease the tensions in Armenia's relationship with the neighbouring countries of Azerbaijan and Turkey.

Despite the tension on the domestic and foreign policy fronts, the government of Armenia has continued to focus on convergence with the European Union and is implementing suitable reforms with regard to the introduction of EU standards.

Overall Concept

IRZ supports the process of EU legal harmonisation and is involved in Armenia both within the framework of EU-funded projects – including more recently the EU Grant project “Consolidation of the Justice System in Armenia”, which ended in August 2022, and currently in a Twinning project in the area of anti-corruption policy – as well as in projects funded with grants from the Federal Ministry of Justice. Consultations within the scope of this funding have traditionally prioritised the areas of criminal and penitentiary law. The new Armenian Penitentiary Code, for which IRZ provided ongoing advice, entered into effect in the summer of 2022. In this context, IRZ has, since the end of 2021, also been advising a working group tasked with planning the construction of a new penitentiary institution in Yerevan on compliance with European penitentiary standards.

Focus of Activity in 2022

- Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability
- Technical advice to the Office of the Human Rights Defender on preparing the annual report on “Rights and protection of young people and persons with disabilities” (several advisory meetings, partly online, hybrid and a face-to-face format, as well as written opinions on technical issues)



Projektleiter Ingo Sorgatz, IRZ-Mitarbeiterin in Armenien Nelly Tumasyan, IRZ-Koordinatorin für EU Twinning und Action Grant Katharina Tegeder, Junior-Projektleiterin Anna Alosina, RTA-Assistentin Liana Atoyán, IRZ-Projektmanagerin Andreea Pop, Resident Twinning Adviser Diana Stepina, Sprachassistentin Anahit Manukyan (v. l. n. r.).

Project Leader Ingo Sorgatz, IRZ staff member in Armenia Nelly Tumasyan, IRZ Coordinator EU Twinning and EU Action Grants Katharina Tegeder, Junior Project Leader Anna Alosina, RTA Assistant Liana Atoyán, IRZ Project Manager Andreea Pop, Resident Twinning Adviser Diana Stepina, Language Assistant Anahit Manukyan (from left to right).

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Mehrere Fachgespräche mit der Arbeitsgruppe des Justizministeriums, die den Bau einer neuen Justizvollzugsanstalt in Eriwan plant, hinsichtlich der Einhaltung europäischer Vollzugsstandards (zwei im Hybridformat und drei im Präsenzformat)
- Studienreise nach Deutschland im Rahmen der fachlichen Beratungen der Arbeitsgruppe des Justizministeriums hinsichtlich der praktischen Umsetzung von europäischen Vollzugsstandards
- Workshop an der Justizvollzugsanstalt Vanadzor zu modernen Vollzugskonzepten

Aus- und Fortbildung

- Herbstschule in Zusammenarbeit mit der Rechtsfakultät der Staatlichen Universität Eriwan im Strafrecht und Strafprozessrecht

Von der Europäischen Union finanzierte Projekte:

EU-Twinning-Projekt „Fostering integrity and preventing corruption in the public sector in Armenia“

Seit Juni 2022 führt die IRZ in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium der Republik Lettland und der lettischen Antikorruptionsbehörde (KNAB) als Juniorpartner ein 24-monatiges EU-Twinning-Projekt zugunsten der Korruptionspräventionskommission (Corruption Prevention Commission, CPC) Armeniens durch.

Das übergeordnete Ziel dieses Projekts ist die Förderung der Integrität und die Verhinderung von Korruption im öffentlichen Sektor in Armenien. Konkret zielt das Projekt darauf ab, Aufklärungs- und Sensibilisierungsprogramme zur Korruptionsbekämpfung zu entwickeln und umzusetzen. Gleichzeitig werden institutionelle Kapazitäten aufgebaut, um die Integrität im öffentlichen Sektor des Landes zu stärken. Darüber hinaus soll die Umsetzung der Antikorruptionsstrategie vorangetrieben werden, insbesondere durch den Ausbau der Überwachungsaufgaben, die von der

Criminal and Penitentiary Law

- Several expert talks with the Ministry of Justice working group tasked with planning the construction of a new penitentiary facility in Yerevan in compliance with European penitentiary standards (two in hybrid format and three face-to-face)
- Study trip to Germany within the framework of the expert advice provided to the Ministry of Justice working group regarding practical implementation of European penitentiary standards
- Workshop on modern penitentiary concepts at the Vanadzor penitentiary institution

Basic and Further Training

- Autumn School in criminal law and criminal procedure law in cooperation with the Law Faculty at Yerevan State University

Projects funded by the European Union:

EU Twinning project “Fostering integrity and preventing corruption in the public sector in Armenia“

IRZ has been implementing a 24-month EU Twinning project to benefit the Corruption Prevention Commission (CPC) of Armenia since June 2022 in cooperation with the Ministry of Justice of the Republic of Latvia and the Latvian Corruption Prevention and Combating Bureau (KNAB) as junior partner.

The overarching objective of this project is to promote integrity and prevent corruption in the public sector in Armenia. Specifically, the project aims to develop and implement educational and awareness programmes for policy to combat corruption. At the same time, it is also involved in capacity building to strengthen the integrity of Armenia’s public sector. Other objectives include advancing implementation of the anti-corruption strategy, in particular by expanding the monitoring tasks performed by the Department of Anti-Corruption Policy Development and Monitoring at the Armenian Ministry of Justice.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des ersten Steering Committee Meetings des EU-Projekts „Development and Introduction of E-Justice Solutions in Armenia“ mit Herrn Grigor Minasyan, Stellvertretender Justizminister von Armenien (3. v. links in der Mitte).

Participants at the first meeting of the Steering Committee Meeting in the EU project "Development and Introduction of E-Justice Solutions in Armenia" with Mr Grigor Minasyan, Deputy Minister of Justice of Armenia (3rd from the left in the middle).



EU-Botschafterin Andrea Wiktorin (l.) und stellvertretende Justizministerin Yeranuhi Tumanyants (r.) bei der Abschlusskonferenz über Justizreform und Zugang zum Recht im Rahmen des Grant Projektes zur Konsolidierung des Justizsystems in Armenien.

EU Ambassador Andrea Wiktorin (l.) and Deputy Minister of Justice Yeranuhi Tumanyants (r.) at the Closing Conference on Judicial Reform and Access to Justice in the context of the EU Grant "Consolidation of the Justice System in Armenia".



Abteilung für die Entwicklung und Überwachung der Antikorruptionspolitik am armenischen Justizministerium übernommen werden.

Das Projekt besteht aus vier Komponenten:

Die erste Komponente des Projekts zielt auf den Ausbau der institutionellen Kapazitäten des CPC zur Entwicklung und Unterstützung bei der Umsetzung von Programmen zur Korruptionsbekämpfung (Integrität) und zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit in Armenien ab. Die Expertinnen und Experten der IRZ arbeiten an der Entwicklung von Programmen für das allgemeine Bildungssystem, das Hochschulsystem sowie an einem System zur gezielten Weiterbildung von Regierungsbeamten und Regierungsbeamtinnen.

Darüber hinaus werden in der zweiten Komponente strategische Kommunikations- und Kooperationsmechanismen eingerichtet, um die Kommunikation des CPC mit der Zivilgesellschaft und den Medien sowie mit externen Interessengruppen und der Öffentlichkeit zu verbessern. Diese Komponente konzentriert sich auch auf die Weiterbildung der Mitarbeitenden des CPC im Bereich Öffentlichkeitsarbeit.

The project consists of four components:

The first project component aims to strengthen the institutional capacity of CPC to develop and support implementation of policy to prevent corruption (promote integrity) and of public awareness programmes in Armenia. IRZ experts work on developing programmes for the general education system, the higher education system and a system for the purposeful further training of government officials.

In addition, the second component aims to establish strategic communication and cooperation mechanisms to improve CPC's communication with civil society and the media, as well as with external stakeholders and the public. This component is also intended to provide further training to CPC staff in the area of public relations.



Vertreterinnen und Vertreter des Obersten Justizrats Armeniens und des Projekts „Konsolidierung des Justizsystems in Armenien“ begehen den Abschluss der intensiven Zusammenarbeit im Rahmen des Projekts.

Representatives of the Supreme Judicial Council and the project "Consolidation of the Justice System in Armenia" attending the Round-up meeting to close the intense cooperation in the context of the project.

Bei der dritten Komponente des Projekts steht die Unterstützung des armenischen Justizministeriums bei der Umsetzung seiner Antikorruptionsstrategie im Fokus. Dies beinhaltet sowohl die Unterstützung bei der Entwicklung der Antikorruptionspolitik und des rechtlichen Rahmens als auch die Entwicklung einer Überwachungsmethodik für die Umsetzung dieser Strategie. Parallel dazu soll die Umsetzung der internationalen Verpflichtungen zur Korruptionsbekämpfung nachhaltig gestärkt werden.

Die vierte und letzte Komponente des Projekts fördert die Entwicklung von Integritätsmaßnahmen für Staatsbetriebe und öffentliche Einrichtungen. Die Expertinnen und Experten der IRZ werden eine Bewertung der Korruptionsbekämpfung in staatlichen Unternehmen durchführen und einen Plan zur Verbesserung der Unternehmensintegrität in Armenien entwickeln.

EU-Grant-Projekt „Consolidation of the Justice System in Armenia“

Im August 2022 schloss die IRZ dieses EU-Vorhaben, das sich der Gesamtkonsolidierung der armenischen Justizreform widmete, nach über zwei Jahren Laufzeit erfolgreich ab. Als Partner wirkten „Expertise France“ und die lettische Gerichtsverwaltung mit.

Trotz der zunächst widrigen Projektumstände, die einen rein digitalen Projektstart im Sommer 2020 erforderten, konnte das Projekt in der relativ kurzen Laufzeit im Rahmen von drei Projektkomponenten die laufende Justizreform im Land maßgeblich voranbringen. So unterstützte das Projekt zum einen eine Reihe von Gesetzesreformen und Gesetzesinitiativen, die – gerade bei einfachen Sachverhalten – zu schnelleren Zivil- und Verwaltungsprozessentscheidungen beitragen sollen. Dies wird als essenziell für die Entlastung der Gerichte und eine schnellere Erreichung von Rechtsfrieden erachtet. Hierzu trägt auch die Förderung von alternativen Streitbeilegungsmethoden bei, der sich das Projekt widmete. So beriet das Expertenteam das Justizministerium maßgeblich bei wichtigen Änderungen des Mediationsgesetzes, unterstützte bei der Ausarbeitung

The third project component focuses on supporting the Armenian Ministry of Justice in the implementation of its anti-corruption strategy. Included in this are the development of policy to combat corruption and its legal framework, as well as the development of monitoring methodology in order to put this strategy into practice. At the same time, the aim is to sustainably strengthen implementation of international commitments in regard to policy to combat corruption.

The fourth and last project component promotes the development of integrity measures for state enterprises and public sector institutions. IRZ experts will perform an evaluation of the policy to combat corruption in state enterprises and develop a plan to improve corporate integrity in Armenia.

EU-Grant project "Consolidation of the Justice System in Armenia"

Dedicated to general consolidation of Armenia's judicial reform, IRZ successfully completed this EU project in August 2022 after more than two years of operation. Expertise France and the Latvian Court Administration were its partners.

Despite the initially adverse project circumstances that necessitated an exclusively digital launch in the summer of 2020, the project significantly promoted the country's ongoing judicial reform within the framework of three project components in relatively short term. For instance, the project assisted with a number of legal reforms and legislative initiatives that are intended to contribute to faster decisions in civil and administrative procedures – especially if the facts of the matter are simple. This is viewed as essential to ease the strain on the courts and to speed up the process of establishing legal repose. The promotion of alternative dispute resolution methods – another focus area within the project – will contribute to this process as well. In this context, the expert team advised the Ministry of Justice on important amendments to the Mediation Act, supported the

Trainingsveranstaltung zur Planung der Kommunikationsstrategie für armenische Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Vertreterinnen und Vertreter des Justizministeriums, Verfassungsgerichts und der Justizakademie, vertreten von Prorektorin Margarit Amyan (2. v. rechts).

Training event to plan the communication strategy for Armenian judges, public prosecutors and delegates from the Armenian Ministry of Justice, the Armenian Constitutional Court and the Armenian Academy of Justice, represented by Vice-Rector Margarit Amyan (2nd from the right).



eines Ausbildungskonzepts für künftige Mediatorinnen und Mediatoren und führte für diese einen ersten Intensivkurs durch. Ein weiterer Fokus lag auf der Einrichtung eines nationalen Schiedsgerichtszentrums, zu dem das Projekt auf expliziten Wunsch des Justizministeriums umfassend beriet, um valide rechtliche und praktische Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung europäischer Best Practices zu schaffen.

Die Fortbildungskomponente stand ebenfalls im Fokus der Beratungen. Basierend auf einer umfassenden Bedarfsanalyse unterstützte das Projekt die armenische Justizakademie dabei, die Konzeption, Gestaltung, Umsetzung und Evaluierung seines Fortbildungsprogramms für Justizangehörige gemäß europäischen Maßstäben zu professionalisieren. Maßgebliches Ergebnis dieser intensiven beratenden Zusammenarbeit war ein praxisorientiertes Trainingshandbuch, das in Englisch und Armenisch vorliegt und noch während des Projekts durch die Akademie Anwendung fand. Flankierend dazu war das Projekt verantwortlich für die Durchführung von über 100 Trainingsveranstaltungen, von denen insgesamt rund 3.000 Teilnehmende aus allen juristischen Berufsgruppen profitierten. Besonders relevant wurden dabei Aktivitäten für die Richterinnen und Richter des Verfassungsgerichts sowie des Insolvenzgerichts erachtet, da diesen äußerst selten ein Fortbildungsangebot gemacht wird.

Die Stärkung der Berufsethik und Integrität von Richter- und Staatsanwaltschaft waren auch Gegenstand des Projekts, insbesondere in Form von Beratungen zu Verhaltensregeln von Berufsträgern im Hinblick auf politische Betätigung, Annahme von Geschenken, Interessenkonflikten, Umgang mit (sozialen) Medien sowie zum Bereich der Disziplinarmaßnahmen gegen Angehörige von Richter- und Staatsanwaltschaft im Spannungsfeld von disziplinarischer Verantwortlichkeit und persönlicher Unabhängigkeit. Die Erkenntnisse und Ergebnisse der Beratungen flossen in ein weiteres Handbuch ein, das den armenischen Berufsvertretungen und auch den Praktikerinnen und Praktikerin selbst dabei helfen soll, die entsprechenden Normen im Licht internationaler Standards zu lesen und auszulegen.

development of a training concept for future mediators and conducted an initial intensive course for this group. Another focus was on the establishment of a national arbitration centre. In this regard, the project was used to provide detailed advice at the explicit request of the Ministry of Justice in order to create a valid legal and practical framework with due consideration of European best practices.

The further training component was another priority of the consulting. Based on a comprehensive needs assessment, the project supported the Armenian Academy of Justice in establishing more professional structures for the concept, design, implementation and evaluation of its further training programme for members of the judiciary in line with European standards. The key outcome of this intense advisory cooperation was a practical training manual, which is available in English and Armenian and was used by the academy during the project. Accompanying this, the project also involved holding over 100 training events, which benefited around 3,000 participants in total from all stakeholder groups within the legal profession. Further training activities are rarely intended for judges at the Constitutional and Insolvency Courts, which is why the participants rated these activities as particularly relevant.

Another aim of the project was to strengthen the professional ethics and integrity of judges and public prosecutors, especially in the form of consultations on rules of conduct for professionals with regard to their political activities, acceptance of gratuities, conflicts of interest and dealing with (social) media, as well as concerning disciplinary measures against members of the judiciary and the public prosecutor's office in the dichotomous field between disciplinary responsibility and personal independence. The findings and results of the consultations were incorporated into another manual, which is intended to help Armenian professional bodies and also practitioners to read and interpret the relevant laws in the light of international standards.

Weitere wichtige Projektinhalte waren etwa die Modernisierung und Digitalisierung innerhalb der Justiz, die Untersuchung der Arbeit von Gerichten gemäß Council of Europe European Commission for the efficiency of justice (CEPEJ-Standards zur Schaffung von mehr Transparenz, die Reform des Ordnungswidrigkeitengesetzes sowie die Unterstützung des neu gebildeten Antikorruptionsgerichts bzw. dessen künftiger Richterschaft. Neben dem Kernteam, bestehend aus dem Team-Leader, zwei Langzeitexpertinnen und einem Langzeitexperten, kamen in 60 Missionen insgesamt 32 lokale und 27 europäische Expertinnen und Experten zum Einsatz – überwiegend vor Ort in Armenien. Dass sich dieser Aufwand lohnte, bestätigte die äußerst positive Resonanz seitens der Projektbegünstigten, die die enge, kollegiale und transparente Kooperation zwischen den lokalen Akteuren und dem Projektteam als außergewöhnlich bezeichneten.

EU-Technical-Assistance-Projekt „Development and Introduction of E-Justice Solutions in Armenia“

Unter Federführung des französischen Partners SOFRECO ist die IRZ seit November 2021 an der Implementierung des EU-Projekts „Development and Introduction of E-Justice Solutions in Armenia“ beteiligt. Das Projekt ist auf 24 Monate angelegt und hat ein Volumen von knapp 1.270.000 Euro. Ziel des EU-Projekts ist die Entwicklung einer einheitlichen E-Justiz-Plattform, welche die Digitalisierung des gesamten Papierumlaufs im armenischen Justizsystem sicherstellen soll. Darüber hinaus soll die im Rahmen des Projekts vorgesehene Einrichtung eines E-Justiz-Portals die Justiz den Menschen näherbringen und den Justizsektor transparenter und effizienter gestalten, während gleichzeitig die Kosten für Gerichtsverfahren gesenkt werden. Das E-Justiz-Portal wird nicht nur den Zugang zu den bestehenden Systemen im Justizsektor fördern, sondern auch neue, durch das Projekt geschaffene E-Dienste ermöglichen.

Dabei stehen das Justizministerium und das Ministerium für Hightech-Industrie der Republik Armenien sowie der Oberste Justizrat und die Staatsanwaltschaften als begünstigte Behörden im Mittelpunkt der Projektarbeit.

Mitte April 2022 fand in Eriwan eine gemeinsam mit dem armenischen Justizministerium organisierte Veranstaltung unter Beteiligung des stellvertretenden armenischen Justizministers und der EU-Delegation in Armenien statt, bei der das E-Justiz-Portal den potenziellen Nutzern vorgestellt wurde.

Ausblick

Die Zusammenarbeit mit den armenischen Partnern im straf- und strafvollzugsrechtlichen Bereich sowie die Kooperation mit dem Büro der Ombudsfrau sollen fortgesetzt, vertieft und regional erweitert werden. Im Rahmen des EU-Twinning-Projekts zur Korruptionsprävention werden eine Vielzahl von Maßnahmen auch im Jahr 2023 umgesetzt. Darüber hinaus bildet auch die Fortbildung von juristischem Nachwuchs weiterhin einen wichtigen Schwerpunkt der Zusammenarbeit der IRZ mit Partnern wie der Staatlichen Universität Eriwan und der Justizakademie.

Other important project contents included modernisation and digitisation efforts within the judiciary, examining the work of courts according to Council of Europe European Commission standards for the efficiency of justice (CEPEJ standards to improve transparency), reform of the Regulatory Offences Act and support for the newly established Anti-Corruption Court or its future judiciary. Aside from the core team – which consisted of a team leader and three long-term experts – 32 local and 27 European experts were deployed in 60 missions, primarily on the ground in Armenia. The extremely positive feedback from project beneficiaries, who described the close, collegial and transparent cooperation between the local actors and the project team as exceptional, stands as proof that these efforts were worthwhile.

EU Technical Assistance project “Development and Introduction of E-Justice Solutions in Armenia“

IRZ has been involved in implementation of the EU project “Development and Introduction of E-Justice Solutions in Armenia“ under the leadership of the French partner SOFRECO since November 2021. The project is scheduled to run for 24 months and is endowed with a volume of just under €1,270,000. This EU project aims to develop a uniform e-justice system to guarantee digitisation of all paperwork circulated within the judicial system. Furthermore, the project envisages the establishment of an e-justice portal, which will bring the judiciary closer to the people and improve transparency and efficiency within the judicial sector while reducing the cost of court proceedings. Not only will the e-justice portal facilitate access to current systems in the judicial sector, it will also enable the e-services created within the framework of the project.

The Ministry of Justice and the Ministry of High-Tech Industry in the Republic of Armenia take centre stage as the beneficiary authorities, in addition to the Supreme Judicial Council and the public prosecutor’s offices.

Jointly organised with the Armenian Ministry of Justice and attended by the Armenian Deputy Minister of Justice and the Delegation of the European Union to Armenia, an event was held in Yerevan in mid-April 2022 to present the e-justice portal to potential users.

Outlook

Cooperation with the Armenian partners in the field of criminal and penitentiary law, as well as the new cooperation with the Office of the Human Rights Defender, will be continued, deepened and regionally expanded. A large number of measures will again be implemented in 2023 within the EU Twinning project on preventing corruption. Moreover, further training for young legal professionals will remain an important priority for IRZ’s cooperation with partners such as the Yerevan State University and the Academy of Justice.

Name: Bosnien und Herzegowina
Hauptstadt: Sarajevo
Bevölkerung: ca. 3,8 Millionen
Regierungssystem: demokratischer Staat mit zwei weitgehend autonomen Entitäten, Föderation Bosnien und Herzegowina (FBiH) und Republika Srpska (RS), sowie dem Distrikt Brčko als Gebiet mit Rechtsnatur sui generis

Name: Bosnia and Herzegovina
Capital city: Sarajevo
Population: approx. 3.8 million
System of government: Democratic state with two largely autonomous entities, the Federation of Bosnia and Herzegovina (FBiH), Republika Srpska (RS) and the Brčko District as an area with sui generis legal status



Bosnien und Herzegowina

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Bosnien und Herzegowina hat kriegsbedingt verspätet mit der Transformation seines Rechtssystems begonnen. Aufgrund des Friedensabkommens von Dayton weist der Staatsaufbau zahlreiche Besonderheiten auf. Hierzu zählt unter anderem das Amt eines von den Vereinten Nationen bestellten Hohen Repräsentanten, dessen Funktion seit 2021 Bundesminister a. D. Christian Schmidt wahrnimmt.

Nachdem das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union am 1. Juni 2015 in Kraft trat, wurde dem Land im Dezember 2022 der Beitrittskandidatenstatus zuerkannt.

Schwierigkeiten im Rahmen der Projektarbeit ergeben sich in Bosnien und Herzegowina aufgrund des ausgeprägten föderalen Systems, dessen Entitäten nur eingeschränkt miteinander kooperieren. Dies leistet gleichzeitig der Rechtszersplitterung Vorschub. Auch die Wahlen am 2. Oktober 2022 (Staatspräsidium, gesamtstaatliches Parlament, Entitäts- und Kantonsparlamente) brachten keine nennenswerten Veränderungen im ethnisch geprägten Parteigefüge. Nach wie vor verursachen innenpolitische Konflikte einen Reformstillstand.

Konzeption

Aufgrund der geschilderten Situation setzt die IRZ in Bosnien und Herzegowina den Schwerpunkt ihrer Projektarbeit auf die Aus- und Weiterbildung von Juristinnen und Juristen. Dabei unterstützt die IRZ Veranstaltungen zum Zivil- und Wirtschaftsrecht an dem Edukationszentrum der Richter- und Staatsanwaltschaft der Föderation Bosnien und Herzegowina sowie an den juristischen Fakultäten der Universitäten Sarajevo, Mostar und Zenica. Sie arbeitet zudem eng mit dem Verfassungsgericht des Gesamtstaats Bosnien und Herzegowina und mit der Legal-Aid-Organisation Vaša Prava zusammen. Im Rahmen ihrer mit Mitteln des BMJ und des Auswärtigen Amtes geförderten Aktivitäten schafft die IRZ bewusst auch Möglichkeiten einer Begegnung für Angehörige verschiedener Volksgruppen, um so ethnischen Spannungen entgegenzuwirken.

Tätigkeitsschwerpunkte 2022

Verfassungsrecht/Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Regionaler Workshop zum Thema „Teilhaberechte – ökonomische und soziale Rechte von Flüchtenden“, gemeinsam veranstaltet mit der Legal-Aid-Organisation Vaša Prava

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Seminar zum Thema „Aktuelle Fragen des Sachenrechts“, gemeinsam veranstaltet mit dem Edukationszentrum der Richter- und Staatsanwaltschaft der Föderation Bosnien und Herzegowina

Bosnia and Herzegovina

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Bosnia and Herzegovina was late to begin with transforming its legal system due to the war. There are numerous peculiarities in the state structure due to the Dayton Peace Agreement. They include the office of a UN-appointed High Representative, a position that former Federal Minister Christian Schmidt has held since 2021.

Once the Stabilization and Association Agreement between Bosnia and Herzegovina and the European Union had entered into force on 1 June 2015, the accession candidate status was granted to the country in December 2022.

Difficulties associated with project work in Bosnia and Herzegovina emerge in connection with the pronounced federal system whose entities only cooperate to a limited extent, which encourages a fragmentation of the law. The elections on 2 October 2022 (state presidency, state parliament, entity and cantonal parliaments) did not bring about any significant changes in the ethnically dominated party structures, either. Internal political conflicts continue to cause reform standstill.

Overall Concept

IRZ places the main focus on the basic and further training of lawyers in Bosnia and Herzegovina due to the situation described above. In this context, IRZ supports events on civil and commercial law at the Centre for Judicial and Prosecutorial Training (CEST) of the Federation of Bosnia and Herzegovina and at the law faculties of the universities of Sarajevo, Mostar and Zenica. Moreover, IRZ cooperates closely with the Constitutional Court of Bosnia and Herzegovina and with the Vaša Prava legal aid organisation. As part of its activities, which are funded by the Federal Ministry of Justice and the Federal Foreign Office, IRZ consciously creates opportunities for members of different ethnic groups to meet as a means of alleviating ethnic tensions.

Focus of Activity in 2022

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Regional workshop on “Participatory rights – economic and social rights of refugees”, which was jointly organised with the legal aid organisation Vaša Prava

Civil and Commercial Law

- Seminar on “Current Issues in law of property”, which was jointly organised with the Centre for Judicial and Prosecutorial Training of the Federation of Bosnia and Herzegovina



Teilnehmende des Workshops „Die Rechte von Flüchtenden – Zugang zu wirtschaftlichen und sozialen Rechten.“

Participants at the workshop “The Rights of Refugees – Access to Economic and Social Rights”.

- Seminar zum Thema „Harmonisierung von Kataster und Grundbuch – praktische Probleme“, gemeinsam veranstaltet mit dem Edukationszentrum der Richter- und Staatsanwaltschaft der Föderation Bosnien und Herzegowina
- 10. Internationale Konferenz zum Tag des Familienrechts, gemeinsam veranstaltet mit der Juristischen Fakultät der Universität Džemal Bijedić in Mostar

Aus- und Fortbildung

- Seminar zum Thema „Auswirkungen des Europarechts auf das nationale Recht“, gemeinsam veranstaltet mit dem Edukationszentrum der Richter- und Staatsanwaltschaft der Föderation Bosnien und Herzegowina
- Seminar zum Thema „Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Gerichtsurteile“, gemeinsam veranstaltet mit dem Edukationszentrum der Richter- und Staatsanwaltschaft der Föderation Bosnien und Herzegowina
- Seminar zum Thema „Kollisionsrechtliche Fragen im Bereich des Standes-, Familien- und Erbrechts“, gemeinsam veranstaltet mit dem Edukationszentrum der Richter- und Staatsanwaltschaft der Föderation Bosnien und Herzegowina
- Seminar zum Thema „Integrität, Unabhängigkeit und Ethik“, gemeinsam veranstaltet mit dem Edukationszentrum der Richter- und Staatsanwaltschaft der Föderation Bosnien und Herzegowina
- Seminar zum Thema „Patientenrechte“, gemeinsam veranstaltet mit dem Edukationszentrum der Richter- und Staatsanwaltschaft der Föderation Bosnien und Herzegowina

- Seminar on “Harmonisation of the cadastre and land register – practical problems”, which was jointly organised with the Centre for Judicial and Prosecutorial Training of the Federation of Bosnia and Herzegovina
- 10th International Conference on Family Law Day with the Faculty of Law at Džemal Bijedić University of Mostar

Basic and Further Training

- Seminar on “Repercussions of European law on national law”, which was jointly organised with the Centre for Judicial and Prosecutorial Training of the Federation of Bosnia and Herzegovina
- Seminar on “Recognition and enforcement of foreign court judgments”, which was jointly organised with the Centre for Judicial and Prosecutorial Training of the Federation of Bosnia and Herzegovina
- Seminar on “Conflict of laws issues in the area of civil status, family law and inheritance law”, which was jointly organised with the Centre for Judicial and Prosecutorial Training of the Federation of Bosnia and Herzegovina
- Seminar on “Integrity, independence and ethics”, which was jointly organised with the Centre for Judicial and Prosecutorial Training of the Federation of Bosnia and Herzegovina
- Seminar on “Patient rights”, which was jointly organised with the Centre for Judicial and Prosecutorial Training of the Federation of Bosnia and Herzegovina

Georgien

Ausblick

Die IRZ wird 2023 ihre Projektarbeit in Bosnien und Herzegowina in enger Abstimmung mit ihren Partnerinstitutionen fortsetzen und vertiefen. Bis zum Ende des gegenwärtigen Reformstaus in der Gesetzgebung werden dabei die Fortführung der Zusammenarbeit mit dem Verfassungsgericht des Gesamtstaats, mit dem Edukationszentrum der Richter- und Staatsanwaltschaft der Föderation Bosnien und Herzegowinas und der Nichtregierungsorganisation Vaša Prava im Mittelpunkt stehen.

Zudem wird die IRZ an der Umsetzung des im Dezember 2022 gestarteten EU-Projekts zur Justizreform „EU 4 Justice – Phase II“ beteiligt sein. Damit ist sie erstmalig auch in Bosnien und Herzegowina in ein EU-gefördertes Vorhaben involviert und wird sich darin vor allem der Verbesserung von Korruptionsbekämpfung und -verfolgung widmen.

Name: Georgien
Hauptstadt: Tiflis
Bevölkerung: ca. 3,7 Millionen
Regierungssystem:
parlamentarische Demokratie

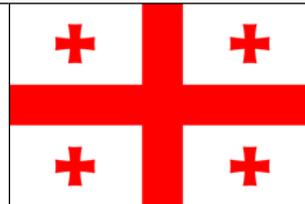
Name: Georgia
Capital city: Tbilisi
Population: approx. 3.7 million
System of government: Parliamentary democracy

Georgia

Outlook

In 2023, IRZ will continue and build on its project work in Bosnia and Herzegovina in close cooperation with its partner institutions. Until the end of the current backlog of legislative reforms, the focus will remain on continuing cooperation with the Constitutional Court of the whole state, the Centre for Judicial and Prosecutorial Training of the Federation of Bosnia and Herzegovina and the non-governmental organisation Vaša Prava.

Furthermore, IRZ will contribute to the implementation of the EU project „EU 4 Justice – Phase II“, launched in December 2022. This represents IRZ' first involvement in an EU-funded project in the country and IRZ will in particular be active in the field of promoting the prevention of and investigation on corruption cases.



Georgien

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Unter dem Eindruck des russischen Angriffskriegs in der Ukraine zog die georgische Regierung ihren ursprünglich für das Jahr 2024 vorgesehenen Antrag auf EU-Beitritt vor und stellte bereits am 3. März 2022 – wenige Tage nach der Ukraine und zeitgleich mit der Republik Moldau – einen entsprechenden Antrag. Dieser wurde von der Europäischen Kommission geprüft, jedoch wurde Georgien am 23. Juni 2022 mit der Entscheidung des Europäischen Rats lediglich eine Beitrittsperspektive in Aussicht gestellt. In ihrer Stellungnahme („Avis“) zu möglichen Verhandlungen formulierte die Europäische Kommission in ihrer Bewertung zwölf Punkte und empfahl dem Land deren Umsetzung. Hierzu zählen etwa die parteiübergreifende Annahme und Umsetzung einer wirksamen Justizreform und die Gewährleistung einer transparenten und unabhängigen Justiz. Die Europäische Kommission mahnt zudem eine tiefgreifende Reform des Obersten Justizrats an, ebenso die Verpflichtung zur Deoligarchisierung und die Stärkung des Schutzes der Menschenrechte.

Die Entscheidung über die vorläufige Ablehnung des Kandidatenstatus führte in Georgien zu Frustrationen und Demonstrationen in der weit überwiegend proeuropäisch eingestellten Bevölkerung. Die Demonstrierenden warfen der Regierung vor, dass sie den EU-Beitrittsprozess nicht mit dem nötigen Reformwillen betreibt und selbst für die aktuelle Situation im Land maßgeblich verantwortlich ist.

Georgia

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Prompted by Russia's war of aggression on Ukraine, the Georgian government brought forward its application for EU membership – originally scheduled for 2024 – a few days after Ukraine and at the same time as the Republic of Moldova and submitted a corresponding application on 3 March 2022. It was reviewed by the European Commission, but the decision of the European Council on 23 June 2022 offered Georgia merely the prospect of accession. In its opinion („Avis“) on potential negotiations, the European Commission formulated an assessment with twelve points and recommended their implementation by Georgia. These include, for example, bipartisan adoption and implementation of an effective judicial reform and ensuring a transparent and independent judiciary. The European Commission also calls for comprehensive reform of the Judicial Council, as well as a commitment to de-oligarchisation and strengthening the protection of human rights.

Provisional denial of candidate status provoked frustration and demonstrations among the largely pro-European population in Georgia. The demonstrators accused the government of failing to pursue the EU accession process with the necessary will to engage in the reform process and of being largely responsible for the country's current situation.



Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann und der georgische Justizminister Dr. Rati Bregadze bei der Unterzeichnung des neuen Arbeitsprogramms für die Jahre 2022 bis 2025 im Bundesjustizministerium (Foto: BMJ).

Federal Minister of Justice Dr Marco Buschmann and the Georgian Minister of Justice Dr Rati Bregadze signing the new work program for the years 2022 to 2025 in the Federal Ministry of Justice (Photo: BMJ).

Konzeption

Sowohl das Zivil- und Wirtschaftsrecht als auch das Strafrecht bildeten 2022 die Schwerpunkte der Zusammenarbeit der IRZ mit den Partnerinstitutionen in Georgien. Trotz der innen- wie außenpolitisch angespannten Lage vereinbarten das georgische Justizministerium und das Bundesministerium der Justiz ein mehrjähriges Arbeitsprogramm bis 2025, das vor allem gemeinsame Maßnahmen rund um das Strafvollzugsrecht und im Bereich der internationalen Zusammenarbeit in Fragen des Zivil- und Strafrechts vorsieht. Daneben unterstützt die IRZ die juristischen Berufsvereinigungen des Zivil- und Wirtschaftsrechts. Zwei regelmäßig erscheinende Publikationen und ein deutsch-georgisches Online-Strafrechts-Glossar fördern zusätzlich den bilateralen wissenschaftlichen Austausch zwischen Georgien und Deutschland.

Tätigkeitsschwerpunkte 2022

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Beratung des Obersten Gerichts in zivilrechtlichen Fragen durch einen ständigen deutschen Experten
- Workshop für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte zum Thema „Juristische Falllösungsmethodik“
- Workshop für Richterassistentinnen und Richterassistenten des Obersten Gerichts zum Thema „Relationstechnik“
- Runder Tisch zum Thema „Wirtschaftliche Streitigkeiten vor der Kammer für Handelssachen“ mit der georgischen Rechtsanwaltskammer in Zusammenarbeit mit der Bundesrechtsanwaltskammer
- Studienreise der georgischen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte nach Bonn und Düsseldorf zu diversen zivilrechtlichen Themen
- Publikation der Deutsch-Georgischen Zeitschrift für Rechtsvergleichung (DGZR)

Overall Concept

Cooperation between IRZ and its partner institutions in Georgia prioritised both civil and commercial law as well as criminal law in 2022. Despite the fraught domestic and foreign policy situation, the Georgian Ministry of Justice and the Federal Ministry of Justice agreed on a multi-year work programme until 2025, which primarily envisages joint measures around penitentiary law and in the area of international cooperation in matters of civil and criminal law. In addition, IRZ supports professional associations within civil and commercial law. Two regular publications and a German-Georgian online criminal law glossary additionally promote bilateral exchange between academics in Georgia and Germany.

Focus of Activity in 2022

Civil and Commercial Law

- Advice for the Supreme Court of Georgia on issues of civil law from a German expert
- Workshop for lawyers on “Legal case resolution methodology”
- Workshop for judicial assistants of the Supreme Court on the topic of “Judicial application of the law to facts”
- Round table discussion on the issue of “Commercial litigation before the chamber of commercial matters” with the Georgian Bar Association in cooperation with the German Federal Bar
- Study trip by Georgian lawyers to Bonn and Düsseldorf on various issues of civil law
- Publications of the German-Georgian Journal of Comparative Law (DGZR)

Georgische Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte zu Besuch am Arbeitsgericht Bonn.

[Georgian lawyers visit the Labour Court in Bonn.](#)



Öffentliches Recht

- Online-Vorlesung „Europarecht“ im Rahmen eines Moot Courts zum Europarecht in Kooperation mit dem Trainingszentrum der Justiz des georgischen Justizministeriums

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Publikation der Deutsch-Georgischen Online-Strafrechtszeitschrift (DGStZ)
- Publikation eines digitalen Deutsch-Georgischen Strafrechtsglossars
- Studienreise von georgischen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten zu strafrechtlichen Themen nach Bonn

Ausblick

Grundlegend für die Arbeit der IRZ in Georgien sind das gemeinsame Arbeitsprogramm für die Jahre 2022 bis 2025 zwischen dem georgischen Justizministerium und dem Bundesministerium der Justiz sowie die zwölf Empfehlungen der Europäischen Kommission. Die IRZ setzt in ihrer Arbeit auf die langjährigen Partnerschaften mit dem Justizministerium, dem Rechtsausschuss des Parlaments, der Rechtsanwaltskammer und mit dem Obersten Gericht und wird diese mit neuen Kooperationen mit Organisationen der Zivilgesellschaft sinnvoll ergänzen.

Public Law

- Online lecture on “European Law” as part of a moot court on European law, in cooperation with the Georgian Ministry of Justice Training Centre

Criminal and Penitentiary Law

- Publication of the German-Georgian Journal of Criminal Law (DGStZ)
- Publication of a digital German-Georgian criminal law glossary
- Study trip to Bonn by Georgian lawyers on issues of criminal law

Outlook

The joint work programme for 2022 to 2025 between the Georgian Ministry of Justice and the Federal Ministry of Justice, as well as the twelve recommendations of the European Commission, are essential aspects of the IRZ work in Georgia. In completing its tasks, IRZ builds on its long-standing partnerships with the Ministry of Justice, the Parliamentary Committee on Legal Affairs, the Georgian Bar Association and the Supreme Court and will engage in new undertakings with civil society organisations to add meaningfully to this group.

Name: Haschemitisches Königreich
Jordanien
Hauptstadt: Amman
Bevölkerung: ca. 11,2 Millionen,
einschließlich 670.000 registrierter
Geflüchteter aus Syrien
Regierungssystem: konstitutionelle
Erbmonarchie

Name: Hashemite Kingdom of
Jordan
Capital city: Amman
Population: approx. 11.2 million,
including 670,000 registered
Syrian refugees
System of government: Constitu-
tional hereditary monarchy



Jordanien

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Das Haschemitische Königreich Jordanien ist ein wichtiger Partner der Europäischen Union und nimmt zugleich eine zentrale Funktion in der Region ein, pflegt gute Beziehungen sowohl zu der palästinensischen Führung als auch zu Israel und spielt damit eine bedeutsame Rolle als Vermittler im Nahostkonflikt. Trotz einiger innenpolitischer Spannungen zählt das Land zu den stabilsten und sichersten Ländern in der Region, dies macht es zu einem Zufluchtsort für Menschen aus den benachbarten Konfliktregionen.

Als Reaktion auf den „kurzen jordanischen Frühling“ stieß König Abdullah II. einen langfristigen Reformprozess an, welcher sich bis heute fortsetzt. So brachte auch das Jahr 2022 zahlreiche Veränderungen. Die von König Abdullah II. angestrebte Modernisierung des politischen Systems wurde durch die jüngsten Änderungen der Verfassung, des Parteiengesetzes und des Wahlgesetzes vorangetrieben. Zudem kam es im Oktober 2022 zu einer erneuten Umbildung des Kabinetts von Premierminister Al-Khasawneh.

Um gegen die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit anzugehen, erließ Jordanien im Oktober 2022 ein neues Investitionsklimagesetz, welches im Januar 2023 in Kraft trat und das bestehende Investitionsgesetz aus dem Jahr 2014 ersetzt. Die neuen Regelungen zielen auf die Verbesserung der Investitionsbedingungen durch Festlegung der Rechte und Pflichten von Investoren, Garantie ihrer Gleichbehandlung, Sicherstellung eines stabilen rechtlichen Rahmens und Erleichterung von Verwaltungs- und Gerichtsverfahren durch Bürokratieabbau.

Die Digitalisierung der Justiz und der öffentlichen Verwaltung sind zentrale Themen, hier erzielte Jordanien bereits einige wichtige Fortschritte. Einer neuen Studie der Europäischen Investitionsbank zufolge betraf der Digitalisierungsprozess in dem Land in erster Linie den Bankensektor. Bemerkenswert sind auch die umgesetzten Fortschritte im Bereich von E-Services, also aller Dienstleistungen, die über das Internet mithilfe von Informations- und Kommunikationstechnologien erbracht werden können. Die E-Government-Umfrage (E-Services-Index) von 2022 der Vereinten Nationen platziert Jordanien auf Platz 100, damit rückte das Land – verglichen mit der Platzierung im Jahr 2020 – um 17 Plätze auf.

Das Vorschreiten des Digitalisierungsprozesses setzte sich auch im justiziellen Bereich fort. Im Jahr 2022 änderte Jordanien das Strafgesetz – hier insbesondere Art. 25 – und nahm dort alternative Strafmaßnahmen und Alternativen zum Freiheitsentzug auf. Dazu zählen vor allem die Verpflichtung zur Umsetzung von Rehabilitationsprogrammen, die Ableistung von Sozialstunden und die elektronische Überwachung.

Konzeption

Seit der Aufnahme der Projektarbeit in Jordanien im Jahr 2006 unterstützt die IRZ verschiedene Institutionen der jordanischen Justiz durch Fortbildungs-, Trainings- und Beratungsmaßnahmen.

Jordan

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

The Hashemite Kingdom of Jordan is an important partner to the European Union and a key player in the region, maintaining good relations with both the Palestinian leadership and Israel and in doing so playing a significant role as a mediator in the Middle East conflict. Despite some domestic tension, it is one of the most stable and secure countries in the region, providing a refuge for people from neighbouring conflict areas.

In response to the “brief Jordanian spring”, King Abdullah II initiated a long-term reform process that continues to this day. The year 2022 was accompanied by numerous changes as well. Recent amendments to the Constitution, the Political Parties Act and the Electoral Act have brought progress to the modernisation of the political system envisaged by King Abdullah II. Moreover, there was another reshuffle of Prime Minister Al-Khasawneh’s cabinet in October 2022.

Jordan enacted a new Investment Climate Law in October 2022 to address the continuing high levels of unemployment. It entered into force in January 2023 and replaced the previous Investment Law from 2014. The new provisions aim to improve the conditions for investment by defining the rights and obligations of investors, guaranteeing their equal treatment, ensuring a stable legal framework and by cutting red tape to facilitate administrative and judicial procedures.

Digitisation of the judiciary and public administration are key issues, and Jordan has achieved some important progress in these areas. A recent study by the European Investment Bank indicates that the country’s digitisation process largely took place within the banking sector. The progress achieved in the area of e-services – so all services delivered via the internet by means of information and communication technologies – is also remarkable. Jordan is ranked 100th in the United Nations 2022 E-Government Survey (E-Services Index), an improvement of 17 places compared to its position in 2020.

The ongoing digitisation process also continued in the judicial sector. Jordan made changes to the Penal Code in 2022 – Art. 25 in particular – to include alternative sanctions and alternatives to imprisonment. They include in particular the obligation to complete rehabilitation programmes, to do community service and to wear an electronic tag.

Overall Concept

IRZ has supported various institutions of the Jordanian judiciary by providing further education, training and advisory measures since the start of project work in the country in 2006.

Veranstaltung zur Fortbildung des psychologischen Dienstes in den jordanischen Strafvollzugsanstalten, November 2022.

Further training event for psychological services in Jordanian penitentiary institutions, face-to-face event, November 2022.



Zur Stärkung und weiteren Vertiefung der rechtlichen und justiziellen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Jordanien unterzeichneten das jordanische Justizministerium und das Bundesministerium der Justiz im September 2022 ein Memorandum of Understanding (MoU).

The Jordanian Ministry of Justice and the Federal Ministry of Justice signed a Memorandum of Understanding (MoU) in September 2022 to strengthen and build on the legal and judicial cooperation between Germany and Jordan.

Neben der Zusammenarbeit im Rahmen der institutionellen Förderung durch das Bundesministerium der Justiz setzt die IRZ zudem ein durch das Auswärtige Amt finanziertes Projekt zur „Förderung der Rechtssicherheit: Unterstützung strafrechtlicher Reformen in Jordanien“ um. Ziel des Projekts ist es, einen Beitrag zur Steigerung von Effizienz und Transparenz im jordanischen Strafverfahren zu leisten. Der Projektaufbau orientiert sich dabei an der jordanischen Strategie für den Kapazitätsausbau bei den Staatsanwaltschaften für die Jahre 2021 bis 2025. Diese sieht die Steigerung der Qualität des Strafverfahrens in all seinen Phasen (Ermittlungs-, Zwischen-, Hauptverfahren) sowie die konsequente Wahrung und Durchsetzung der Menschenrechte vor. Hierbei bezieht sich der strategische Ansatz der Staatsanwaltschaft auf die Erhöhung der Qualität der ersten Ermittlungen im Rahmen des Ermittlungsverfahrens, sodass die von der Staatsanwaltschaft an das Gericht übermittelten Anklageschriften und eröffneten Strafverfahren nicht wegen Mangels an Beweisen oder ungenügender Ermittlungsqualität vom Gericht abgelehnt werden. Neben diesen und weiteren strafrechtlichen Themen standen im Jahr 2022 Fragen zum Digitalisierungsprozess in der jordanischen Gerichtsbarkeit sowie der Abschluss der Kooperation im Bereich des Verbraucherschutzes im Mittelpunkt der Zusammenarbeit. Zudem nahm die IRZ die Kooperation mit dem jordanischen Verfassungsgericht nach der pandemiebedingten Unterbrechung wieder auf.

Aside from cooperation within the framework of institutional support provided by the Federal Ministry of Justice, IRZ is also implementing a project for “Promoting legal certainty: supporting criminal justice reforms in Jordan”, which is funded by the Federal Foreign Office. This project aims to help improve efficiency and transparency in Jordanian criminal proceedings. In this case, the project structure is based on the Jordanian capacity building strategy for the public prosecutor’s offices in the years 2021 to 2025. Its purpose is to increase quality in all phases of criminal proceedings (preliminary, intermediate, main proceedings) as well as to ensure consistent protection and enforcement of human rights. Here, the public prosecutor’s office has adopted a strategic approach that aims to improve the quality of initial investigations in the preliminary proceedings, so that the indictments sent by the public prosecutor’s office to the court and the subsequent criminal proceedings are not rejected by the court due to a lack of evidence or inadequate investigative quality. Besides these and other criminal law issues, cooperation in 2022 focused on questions regarding the process of digitising the Jordanian judiciary as well as the completion of cooperation in the area of consumer protection. IRZ also resumed its cooperation with the Constitutional Court of Jordan following the pandemic-related hiatus.

Tätigkeitsschwerpunkte 2022

Verfassungsrecht/Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Zwei Online-Erfahrungsaustausche in Kooperation mit dem jordanischen Verfassungsgericht zu Fragen der Organisation und des Aufbaus

Focus of Activity in 2022

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Two online exchanges of experience in cooperation with the Jordanian Constitutional Court on questions of organising and structuring



Arbeitsgruppentreffen zur Ausarbeitung von Empfehlungen zur Förderung der Effizienz und Transparenz in Strafverfahren, November 2022 in Amman.

Meeting of the working group to develop recommendations for the promotion of efficiency and transparency in criminal proceedings, November 2022 in Amman.

der Verfassungsgerichtsbarkeit und zur Rolle des Verfassungsgerichts bei der Wahrung von Verfassungsprinzipien und der Gewaltenteilung in Jordanien und in Deutschland

- Online-Erfahrungsaustausch über Mechanismen zum Schutz von Menschenrechten und das Recht auf Zugang zu Informationen

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Zwei Online-Fachgespräche zur Zusammenarbeit im Rahmen des Gesetzentwurfs zur Reform der Verbraucherschutzrichtlinien und zur Begutachtung des Gesetzentwurfs zur Regulierung des elektronischen Online-Handels im Bereich des Verbraucherschutzes
- Online-Training zur Fortbildung von Streitmittlerinnen und Streitmittlern im Verbraucherschutzbereich
- Online-Erfahrungsaustausch zu Kooperationsmöglichkeiten zwischen Justiz und Rechtsmedizin im Zivilrecht
- Online-Erfahrungsaustausch über das Vergaberecht und die rechtmäßige Erteilung öffentlicher Aufträge

Rechtspflege

- Online-Erfahrungsaustausch zum Thema „Richterliche Ethik und Disziplinarverfahren“
- Online-Seminar zum Thema „Gerichtsverhandlungen per Videokonferenz“
- Online-Erfahrungsaustausch über die Digitalisierung von Arbeitsprozessen in der Justiz

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Online-Erfahrungsaustausch zu Kooperationsmöglichkeiten zwischen Justiz und Rechtsmedizin im Strafrecht
- Online-Erfahrungsaustausch zur Anwendung von alternativen Strafsanktionen und Alternativen zur Untersuchungshaft
- Online-Erfahrungsaustausch zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Geldwäsche
- Fortbildung des psychologischen Dienstes in den jordanischen Strafvollzugsanstalten, Präsenzveranstaltung in Amman

constitutional jurisdiction, on the role of the Constitutional Court in upholding constitutional principles and on the separation of powers in Jordan and Germany

- Online exchange of experiences on mechanisms to protect human rights and on the right of access to information

Civil and Commercial Law

- Two online expert talks on cooperation within the framework of the draft law for reform of the consumer protection directives and on the review of the draft law to regulate online e-commerce in the area of consumer protection
- Online training of mediators in the area of consumer protection
- Online exchange of experience on cooperation opportunities between the judiciary and forensic medicine in the area of civil law
- Online exchange of experience on public procurement law and the lawful award of public tenders

Administration of Justice

- Online exchange of experience on "Judicial ethics and disciplinary proceedings"
- Online seminar on the subject of "Court hearings by video conference"
- Online exchange of experience on the digitisation of workflows in the judiciary

Criminal and Penitentiary Law

- Online exchange of experience on cooperation opportunities between the judiciary and forensic medicine in criminal law
- Online exchange of experience on the use of alternative penal sanctions and alternatives to pre-trial detention
- Online exchange of experience on the fight against tax evasion and money laundering
- Training of the psychological service in Jordanian penitentiary institutions, face-to-face event in Amman

Training of Trainers: Workshop in Amman zum Thema Tatsachenfeststellung bei Gericht und Techniken der Vernehmung von Zeugen und Beschuldigten in Strafverfahren, Dezember 2022.

Training of trainers: Workshop in Amman on establishing facts in court and techniques for the questioning of witnesses and defendants in criminal proceedings, December 2022.



Im Rahmen der Projektförderung des Auswärtigen Amts zum Thema „Förderung der Rechtssicherheit: Unterstützung strafrechtlicher Reformen in Jordanien“

- erstes Arbeitsgruppentreffen in Amman zur Ausarbeitung von Empfehlungen zur Förderung der Effizienz und Transparenz in Strafverfahren
- Hybrid-Seminar zum Thema „Transparenz und Effizienz in Strafverfahren sowie zur Förderung der Kooperation zwischen Justizinstitutionen“
- „Train-the-Trainer“-Workshop in Amman zu den Themen „Tatsachenfeststellung bei Gericht“ und „Techniken der Zeugenvernehmung“

Ausblick

Auch im kommenden Jahr wird die IRZ die Zusammenarbeit mit ihren jordanischen Partnerinstitutionen fortsetzen. Insbesondere in den Schwerpunktbereichen des Straf- und Strafvollzugsrechts und bei der Korruptionsbekämpfung wird die IRZ die Zusammenarbeit mit dem jordanischen Justizministerium weiter intensivieren, um das Land in seinen nationalen Reformbestrebungen zu unterstützen. Die Bereiche der Verfassungsgerichtsbarkeit und der Digitalisierung der Justiz sind ebenso wichtige Kooperationsfelder.

Zudem bleiben der Hohe Justizrat und die jordanische Justizakademie wichtige Projektpartner. Die Zusammenarbeit konzentriert sich auf die Aus- und Fortbildung der Richterschaft durch Weiterbildungsseminare und Trainings im Bereich des Zivil- und Strafrechts.

Im Jahr 2023 will die IRZ die Zusammenarbeit um neue Themenfelder und Kooperationspartner ergänzen. So ist eine Zusammenarbeit mit dem jordanischen Investitionsministerium rund um das Thema „Wirtschafts- und Investitionsrecht“ geplant.

Within the framework of project support from the Federal Foreign Office on “Promoting legal certainty: supporting criminal law reforms in Jordan”

- first meeting of the working group in Amman to develop recommendations to promote efficiency and transparency in criminal proceedings
- hybrid seminar on “Transparency and efficiency in criminal proceedings and promoting cooperation between judicial institutions”
- “Train the Trainer” workshop in Amman on the topics of “Establishing facts in court” and “Witness interview techniques”

Outlook

IRZ will continue to cooperate with its Jordanian partner institutions in the upcoming year. It will further intensify cooperation with the Jordanian Ministry of Justice in order to support Jordan in its national reform efforts, especially in the priority areas of criminal and penitentiary law and policy to combat corruption. Other important fields of cooperation include constitutional court jurisdiction and digitisation of the judiciary.

The High Judicial Council and the Jordanian Judicial Institute will remain important project partners as well. Cooperation focuses on basic and further training of the judiciary through the provision of training seminars and courses in the areas of civil and criminal law.

IRZ intends to add new thematic fields and partners to its cooperation in 2023. This includes plans to cooperate with the Jordanian Ministry of Investment on matters relating to commercial and investment law.

Name: Republik Kasachstan
Hauptstadt: Astana
Bevölkerung: ca. 19,6 Millionen
Regierungssystem: Präsidentsystem
mit Zweikammerparlament

Name: Republic of Kazakhstan
Capital city: Astana
Population: approx. 19.6 million
System of government: Presidential
system with bicameral parliament



Kasachstan

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Nach den Massenprotesten in Januar 2022 befindet sich Kasachstan auf einem Kurs der politischen Reformen. Im Juni fand ein Referendum zu den Verfassungsänderungen statt, dabei hat eine große Mehrheit der Bevölkerung für eine Änderung der Verfassung gestimmt. Durch die Reformen soll die politische Entscheidungsfindung dezentralisiert und der Einfluss des Präsidenten relativiert werden. Das Parlament und das wieder installierte Verfassungsgericht, welches seine Arbeit im Januar 2023 aufnahm, erhielten zudem mehr Befugnisse.

Bereits im September 2022 wurde die künftige Amtszeit des Präsidenten auf einmalig sieben Jahre begrenzt. In seiner Rede zur Nation kündigte Präsident Tokajew weitere umfassende Reformen an, die die Entwicklung eines „effektiven Staates mit einer starken Zivilgesellschaft“ fördern und auch den politischen Wettbewerb durch Schaffung eines Mehrparteien-systems erlauben.

Die vorgezogenen Präsidentenwahlen fanden am 20. November 2022 statt. Insgesamt haben sich zwölf weitgehend unbekannte Kandidaten aufgestellt, von denen nur sechs registriert worden sind, darunter auch der amtierende Präsident Tokajew. Wie erwartet ging er mit einer 81,31-prozentigen Mehrheit der abgegebenen Stimmen als Sieger der Wahlen hervor.

Für Deutschland gewinnt Kasachstan immer mehr an Bedeutung, vor allem in Hinblick auf die Schwerpunkte „Energie und Infrastruktur“. Das Land ist ein wichtiger Wirtschaftspartner in Zentralasien. Kasachstan hat sich in der UN-Abstimmung über die Verurteilung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine gegen Russland gestellt und die annektierten ostukrainischen Regionen Luhansk und Donezk nicht als unabhängige Staaten anerkannt. Kasachstan stellte damit auch klar, dass es die Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern aufrechterhalten will. Ende Oktober 2022 besuchte die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock auf ihrer Reise nach Zentralasien auch Kasachstan. Dabei ging sie auch auf die EU-Initiative „Global Gateway“ ein. Die Kernpunkte des Vorhabens betreffen im Wesentlichen die Themen „Klimaschutz, Energietransformation und Digitalisierung“, in diesen Bereichen will auch Deutschland – gemeinsam mit der Europäischen Union – Projekte auf den Weg bringen.

Konzeption

Im Jahr 2022 dauerten die Beschränkungen wegen der COVID-19-Pandemie teilweise an, auch die instabile politische Lage in Kasachstan Anfang des Jahres beeinflusste die Zusammenarbeit kurzzeitig. Die meisten Beratungen fanden im Online-Format statt, zum Jahresende konnten aber zwei Veranstaltungen – zu den Themen „Haager Übereinkommen vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (HKÜ)“ und „Verwaltungsrecht“ – im Präsenzformat realisiert werden. Die positive Resonanz der Teilnehmenden und der Referentinnen und Referenten bestätigte erneut die Bedeutung von Präsenzveranstaltungen, die den persönlichen fachlichen Austausch in besonderer Weise fördern.

Kazakhstan

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Kazakhstan has adopted a path of political reform since the mass protests in January 2022. A referendum on constitutional amendments was held in June, with a large majority of the population voting in favour of the changes. The reforms are intended to decentralise political decision-making and relativise the influence of the president. Greater powers were also vested in parliament and the reinstated Constitutional Court, which resumed work in January 2023.

The president's future term of office had already been limited to a single seven-year term in September 2022. President Tokayev used his address to the nation to announce further sweeping reforms that would promote the emergence of an "effective state with a strong civil society" and also create a multi-party system to enable political competition.

The early presidential elections were held on 20 November 2022. Twelve largely unknown candidates stood for election, of whom only six were registered, including incumbent President Tokayev. He emerged as winner of the elections as expected, taking an 81.31 percent majority of the votes cast.

Kazakhstan is becoming increasingly important for Germany, especially in the priority areas of "energy and infrastructure". The country is an important economic partner in Central Asia. Kazakhstan opposed Russia in the UN vote condemning Russia's war of aggression on Ukraine and has not recognised the annexed regions of Luhansk and Donetsk in eastern Ukrainian as independent states. The country has therefore emphasised the intention to continue its cooperation with western countries. German Foreign Minister Annalena Baerbock also visited Kazakhstan on her trip to Central Asia at the end of October 2022. The EU initiative "Global Gateway" was included on the agenda of her visit. The core points of the project essentially focus on the topics of "climate protection, energy transformation and digitisation"; Germany is also keen to initiate projects in these areas – together with the European Union.

Overall Concept

Some of the restrictions due to the COVID-19 pandemic remained in force in 2022, and the unstable political situation in Kazakhstan early in the year also briefly influenced cooperation. Although most consultations were held in online format, two events – on the topics of "Hague Convention of 25 October 1980 on the Civil Aspects of International Child Abduction (HCCH)" and "Administrative law" – took place face-to-face at the end of the year. The positive feedback received from the participants and the speakers confirmed once again the importance of face-to-face events as a particularly effective way to nurture personal exchange between professionals.



Schulung von Dozenten zum Thema „Verwaltungsrecht: Theorie und Praxis des Unterrichtens“.

Training of lecturers on “Administrative Law: Theory and Practice of Teaching”.

Seminar „The Practical Operation of the Hague Convention of 25 October 1980 on the Civil Aspects of International Child Abduction” in Almaty.

Seminar “The Practical Operation of the Hague Convention of 25 October 1980 on the Civil Aspects of International Child Abduction” in Almaty.

Der Verfassungsrat bzw. nun das Verfassungsgericht, das Justizministerium, das Ministerium für Bildung und Wissenschaft, der Oberste Gerichtshof und die Generalstaatsanwaltschaft mit deren Fortbildungsakademien sind langjährige Partnerinstitutionen der IRZ. Es gelang, die Zusammenarbeit mit neuen Institutionen, wie dem Zentrum für das deutsche Recht an der Juristischen Fakultät der KAZGUU Universität, aufzubauen.

Den Schwerpunkt der Beratungen bildeten das Zivil- und Wirtschaftsrecht, die Anwendung des HKÜ, das Thema Korruption sowie die Implementierung des neuen Verwaltungsverfahren- und Verwaltungsprozessgesetzbuchs. Neben der Weiterbildung der Richterschaft schulte das IRZ-Expertenteam auch die kasachischen Dozentinnen und Dozenten zur neuen Gesetzgebung.

Tätigkeitsschwerpunkte 2022

Verfassungsrecht/Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Internationaler Runder Tisch „The Evolution of Constitutional Control in the Context of Societal and State Transformation” mit dem Verfassungsrat der Republik Kasachstan

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Online-Seminar mit dem Justizministerium der Republik Kasachstan „Building Respect for Intellectual Property and Combating Counterfeiting and Piracy in the Digital Environment for Law Enforcement Officials”
- Online-Seminar „Die praktische Anwendung des Haager Übereinkommens vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung” mit dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft der Republik Kasachstan und der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht (HCCH)



The Constitutional Council or now the Constitutional Court, the Ministry of Justice, the Ministry of Education and Science, the Supreme Court and the General Prosecutor’s Office with their further training academies are long-standing partner institutions for IRZ. In addition, IRZ has managed to establish cooperation with new institutions, such as the Centre for German Law at the Faculty of Law of KAZGUU University.

Consultations prioritised areas such as civil and commercial law, operation of the HCCH, the issue of corruption and implementation of the new Administrative Code (Code of Administrative Court Procedure and Administrative Procedures Act). In addition to providing further training to the judiciary, the IRZ expert team also trained Kazakh lecturers on the new legislation.

Focus of Activity in 2022

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- International round table on “The evolution of constitutional control in the context of societal and state transformation” with the Constitutional Council of the Republic of Kazakhstan

Civil and Commercial Law

- Online seminar with the Ministry of Justice of the Republic of Kazakhstan on “Building respect for intellectual property and combating counterfeiting and piracy in the digital environment for law enforcement officials”
- Online seminar on “The practical operation of the Hague Convention of 25 October 1980 on the Civil Aspects of International Child Abduction” with the Ministry of Education and Science of the Republic of Kazakhstan and the Hague Conference on Private International Law (HCCH)



Internationaler Runder Tisch „The Evolution of Constitutional Control in the Context of Societal and State Transformation“ mit dem Verfassungsrat der RK.

International round table on “The Evolution of Constitutional Control in the Context of Societal and State Transformation“ with the Constitutional Council of the Republic of Kazakhstan.

- Seminar „The Practical Operation of the Hague Convention of 25 October 1980 on the Civil Aspects of International Child Abduction“ mit dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft der Republik Kasachstan und HCCH als Präsenzveranstaltung in Almaty
- Online-Seminar „Das deutsche Privatinsolvenzrecht als Beispiel einer Regelung zur Lösung der Insolvenz natürlicher Personen“ mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst e. V. und dem Zentrum für Deutsches Recht an der KAZGUU Universität

Öffentliches Recht

- Online-Seminar „Gesetzgebung zum Verwaltungsverfahren und Verwaltungsgerichtsverfahren: Besonderheiten und Probleme bei der Anwendung in der Praxis“ mit der Rechtsakademie beim Obersten Gerichtshof
- Seminar „Verwaltungsrecht: Theorie und Praxis des Unterrichts“ mit dem Zentrum für Deutsches Recht an der KAZGUU Universität in Astana

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Online-Seminar „Korruptionsprävention im Gerichtssystem“ mit der Rechtsakademie beim Obersten Gerichtshof

Ausblick

Auch im Jahr 2023 sollen Beratungen zum Verwaltungsverfahren, zum Verfassungsrecht und zum Zivil- und Wirtschaftsrecht stattfinden. Einen weiteren Fokus legt die IRZ auf die Korruptionsbekämpfung und plant hier neue kasachische Partner miteinzubeziehen. Insgesamt werden die angekündigten weitreichenden Reformen in Kasachstan neue Impulse für die Zusammenarbeit setzen. Daher ist auch eine Partnerschaft mit dem neu geschaffenen Verfassungsgericht angedacht.

- Seminar on “The practical operation of the Hague Convention of 25 October 1980 on the Civil Aspects of International Child Abduction“ with the Ministry of Education and Science of the Republic of Kazakhstan and HCCH as a face-to-face event in Almaty
- Online seminar on “German private insolvency law as an example of a regulation for resolving insolvency among natural persons“ with the German Academic Exchange Service and the Centre for German Law at KAZGUU University

Public Law

- Online seminar on “Legislation on administrative procedure and administrative court proceedings: peculiarities and problems of practical application“ with the Academy of Justice at the Supreme Court
- Seminar on “Administrative law: theory and practice of teaching“ with the Centre for German Law at KAZGUU University in Astana

Criminal and Penitentiary Law

- Online seminar on “Preventing corruption in the court system“ with the Academy of Justice at the Supreme Court

Outlook

Consultations are envisaged for 2023 as well, in particular on administrative procedure law, constitutional law and on civil and commercial law. IRZ will place another focus on policy to combat corruption and intends to include additional Kazakh partners in this process. Overall, the sweeping reforms announced in Kazakhstan will create fresh impetus for cooperation. There are therefore plans to establish a partnership with the newly constituted Constitutional Court as well.

Name: Kirgisische Republik
Hauptstadt: Bischkek
Bevölkerung: ca. 7 Millionen
Regierungssystem: präsidentielles
Regierungssystem

Name: Kyrgyz Republic
Capital city: Bishkek
Population: approx. 7 million
System of government: Presidential
system of government



Kirgisistan

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Seit der Wahl von Sadyr Dschaparow zum Staatspräsidenten im Januar 2021 und der Annahme einer neuen Verfassung im Mai 2021 kommt es zunehmend zu einer Machtkonzentration in der Hand des Staatspräsidenten. Der Posten des Ministerpräsidenten ist abgeschafft und durch einen sogenannten Ministerkabinettsvorsitzenden ersetzt, wobei der jeweilige Leiter der Präsidialverwaltung laut Verfassung gleichzeitig dieses Amt in Personalunion bekleidet. Auch die Bedeutung des Parlaments wurde in vielen Bereichen eingeschränkt und die Anzahl der Abgeordneten von 120 auf 90 reduziert.

Im Bereich der Justiz wurde der Einfluss des Präsidenten, insbesondere im Hinblick auf die Ernennung der Gerichtsvorsitzenden, erweitert. Die Stellung der Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden wurde zunehmend gestärkt, was zu erhöhter Kontrolle in allen Bereichen des Landes führt. In diesem Zusammenhang ist auch ein verstärkter Druck auf Medien und Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft zu beobachten. Zahlreiche Gesetzesinitiativen geben Anlass zur Sorge, dass die Arbeit unabhängiger Medien und Nichtregierungsorganisationen in Zukunft bewusst erschwert und vereinzelt sogar unmöglich gemacht werden soll.

Konzeption

Die IRZ ist als Juniorpartner am EU-Projekt „Rule of Law in the Kyrgyz Republic“ beteiligt. Die erheblichen politischen Änderungen wirkten sich teilweise auf die Projektaktivitäten aus, es wird Druck auf die Justiz ausgeübt, und es werden Ermittlungen gegen Funktionsträger durchgeführt. Zuletzt hat sich die Situation, insoweit es konkrete Auswirkungen auf das Projekt betrifft, aber erfreulicherweise gebessert.

Von der Europäischen Union finanziertes Projekt

EU-Grant-Projekt: „The Rule of Law Programme in the Kyrgyz Republic – 2nd Phase (RoLPRO2)“

Das Projekt zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit in Kirgisistan mit einer Laufzeit bis Ende 2022 befand sich seit Mai 2018 in seiner zweiten Phase. Die IRZ beteiligte sich neben mehreren Konsortialpartnern unter Führung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH mit zwei Langzeitexperten am Projekt, die von Kurzzeitexpertinnen und Kurzzeitexperten fachlich unterstützt wurden.

Die Konsortialpartner teilten sich die umfangreichen Aufgabengebiete in den folgenden drei Komponenten auf (wobei die deutschen Organisationen GIZ und IRZ Schwerpunktaufgaben in den ersten beiden Komponenten übernahmen):

Komponente 1: Modernisierung des Gesetzgebungsverfahrens

Komponente 2: Unterstützung der Justiz/des Gerichtssystems

Komponente 3: Unterstützung der Staatsanwaltschaft

Kyrgyzstan

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Power has been increasingly concentrated in the hands of the president since the election of Sadyr Dzhaparov in January 2021 and the adoption of a new constitution in May 2021. The post of prime minister has been abolished and replaced by a chairman of the cabinet of ministers, whereby the respective head of the presidential administration simultaneously holds this position according to the constitution. The importance of parliament has also been restricted in many areas and the number of members of parliament reduced from 120 to 90.

The president's influence on the judiciary has been extended, especially with regard to appointments of court presidents. The position of the criminal prosecution and security authorities has been increasingly strengthened, which is leading to tighter controls in all areas of the country. Heightened pressure on the media and representatives of civil society has also been observed in this context. Numerous legislative initiatives give cause for concern that the work of independent media and non-governmental organisations will be deliberately made more difficult or even made impossible in some cases going forward.

Overall Concept

IRZ is involved in the EU project “Rule of law in the Kyrgyz Republic” as a junior partner. The significant political changes have affected project activities in some cases. Pressure is also being exerted on the judiciary and investigations carried out against officials. More recently, though, the situation has improved again, at least with regard to the implications for the project.

Project funded by the European Union

EU Grant Project: “The rule of law programme in the Kyrgyz Republic – 2nd phase (ROLPRO2)“

The rule of law project in Kyrgyzstan, which was scheduled to run until the end of 2022, has entered its second phase in May 2018. In addition to several consortium partners under the leadership of the Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, IRZ participated in the project by dispatching two long-term experts with technical support from short-term experts.

The consortium partners shared the extensive areas of responsibility included in the following three components, whereby the German organisations GIZ and IRZ were in charge of priority tasks in the first two components:

Component 1: Modernisation of the legislative procedure

Component 2: Support for the judiciary/the court system

Component 3: Support for the Public Prosecutor's Office



Die stellvertretende kirgisische Justizministerin Zarema Askarova mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Benjamin Strasser, MdB, Bundesministerium der Justiz anlässlich einer Studienreise zur Digitalisierung im Gesetzgebungsprozess.

The Deputy Minister of Justice of Kyrgyzstan, Zarema Askarova, with the Parliamentary State Secretary Benjamin Strasser, Member of the German Bundestag, Federal Ministry of Justice during a study trip on digitalisation in the legislative process.

In der Komponente Modernisierung des Gesetzgebungsverfahrens wurden die laufenden Vorhaben weiter ausgebaut und finalisiert. So wurden die Gesetzesdatenbank mit kostenfreiem Zugang und die Datenbank für das Monitoring von Gesetzesimplementierungen für das Justizministerium weiterentwickelt. Auch die digitale Unterstützung des Gesetzgebungsverfahrens wurde weiter ausgebaut. Mit projektseitiger Unterstützung führte das Justizministerium regelmäßig Schulungen zum Gesetzgebungsverfahren, fokussiert auf neue Staatsbedienstete, durch. So fanden zwei Sommerschulen zur Gesetzgebungstechnik für Beamtinnen und Beamte des Justizministeriums statt. Ebenso wurden weitere Schulungen zur Gestaltung der neuen einheitlichen Website des Justizministeriums durchgeführt, auf der Bürgerinnen und Bürger, Verbände und weitere Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft Gesetzentwürfe kommentieren und Vorschläge unterbreiten können.

In der Komponente Unterstützung der Justiz/des Gerichtssystems wurde das vom Projekt mitentwickelte Führungskräftebildungsprogramm für neu ernannte Gerichtspräsidentinnen und Gerichtspräsidenten überarbeitet, in dem nun auch IT-Einsatz in der Justiz, Korruptionsprävention und geschlechtsspezifische Gewalt abgedeckt wird. Das dazu entwickelte Handbuch und das Schulungsmodul wurden 2022 überarbeitet und um neue Bereiche erweitert. Im Bereich Richterbeurteilung leistete das Projekt einen wesentlichen Beitrag zur Formulierung eines neuen Beurteilungsmodells. Im dritten Schwerpunkt in dieser Komponente, im

Current projects were moved forward and finalised in the “Modernisation of the legislative procedure” component. For example, the database of laws with free access and the database for monitoring the implementation of laws were further developed for the Ministry of Justice. Digital support for the legislative procedure was also expanded further. The Ministry of Justice received project support in the regular provision of training courses on the legislative procedure, focusing on recently appointed civil servants. In this context, two summer schools on legislation techniques were held for civil servants at the Ministry of Justice. Likewise, other training courses were held for the new unified website of the Ministry of Justice, where citizens, associations and other representatives of civil society can comment on draft laws and submit proposals.

In the component to support the judiciary/court system, the leadership training programme for newly appointed court presidents – which was co-developed by the project – was revised to address IT use in the judiciary, corruption prevention and gender-based violence. The corresponding manual and the training module were revised and expanded to include new areas in 2022. The project made a significant contribution to developing a new model for the evaluation of judges. Progress was also made in implementing the new business review model, which was adopted in 2021 as the third priority area in this component to review court business. Individual reviews have been conducted at the courts, but nationwide implementation and a systematic analysis of the findings remain to be addressed.

Kosovo

Bereich Geschäftsprüfung an den Gerichten, schritt die Implementierung des 2021 beschlossenen neuen Geschäftsprüfungsmodells voran. Einzelne Prüfungen wurden an den Gerichten vorgenommen, aber noch fehlen die landesweite Umsetzung und eine systematische Analyse der Ergebnisse.

Entscheidende Meilensteine konnten in der Komponente E-Justiz erreicht werden. Nach dem positiven Abschluss des unabhängigen IT-Audits 2021 zum gerichtlichen elektronischen Akten- und Informationssystem „AIS Suda“ übernahm die kirgisische Justiz Ende 2021 vollinhaltlich die Verantwortung für die Weiterentwicklung und Optimierung des Systems. Durch verstärkten, vom Projekt unterstützten Entwicklungseinsatz gelang es danach, alle 73 Gerichte auf sämtlichen drei Instanzen an das System anzubinden. Die Integration von „AIS Suda“ mit anderen staatlichen elektronischen Registern über ein einheitliches nationales eService-Portal wurde ebenso umgesetzt wie die Verbesserung der Gerichtsstatistik, die nun in Echtzeit landesweit Falldaten liefert. Besondere Beachtung inner- wie außerhalb der Justiz findet die automatische Fallzuteilung, die über „AIS Suda“ an allen Gerichten verpflichtend eingeführt wurde. Damit ist es in Ermangelung einer fixen Geschäftsverteilung erstmals in Kirgisistan gelungen, diese Aufgabe den Gerichtspräsidenten zu entziehen und stattdessen einem von der Justiz selbst mitentwickelten Algorithmus zu überantworten. „AIS Suda“ wird laufend weiterentwickelt und soll in naher Zukunft mit dem Start des neuen Justizportals auch außerhalb der Justiz Wirkung entfalten. Neben der Einsichtnahme in Gerichtsentscheidungen soll auch ein elektronischer Rechtsverkehr zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Justiz möglich werden.

Ausblick

Das Projekt endete zum 31. Dezember 2022, ein unmittelbares Folgeprojekt ist seitens der Europäischen Union nicht geplant.

Name: Republik Kosovo
Hauptstadt: Pristina
Bevölkerung: ca. 1,8 Millionen
Regierungssystem:
parlamentarische Demokratie

Name: Republic of Kosovo
Capital city: Pristina
Population: approx. 1.8 million
System of government: Parliamentary democracy

Kosovo

Key milestones were reached in the e-justice component. The Kyrgyz judiciary assumed full responsibility for ongoing development and optimisation following a positive conclusion of the independent IT audit of the electronic internal court record and information system “AIS Suda” end of 2021. All 73 courts belonging to the three instances were then connected to this electronic system thanks to increased development efforts with the support of the project. Integration of “AIS Suda” with other electronic state registers by means of a unified national eService portal was implemented as well, along with improvements to court statistics now delivering real-time case data nationwide. The automatic case allocation system, now a mandatory feature for all courts using “AIS Suda”, is attracting particular attention from both inside and outside the judiciary. Given the absence of a fixed business allocation system, this is the first time that this task has been successfully taken away from the court presidents in Kyrgyzstan and instead entrusted to an algorithm that was co-developed by the judiciary itself. “AIS Suda” will be updated continuously going forward. Its impact is set to expand beyond the judiciary in the near future with the launch of the new justice portal. There are plans to enable electronic legal transactions between citizens and the judiciary, in addition to access to court decisions.

Outlook

The project came to an end on 31 December 2022 and the European Union does not plan to implement an immediate follow-up project.



Kosovo

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Nach den Parlamentswahlen Anfang 2021 setzte die von der linken Reformbewegung *Vetëvendosje!* angeführte Regierung ihren Reformkurs fort. So sprach sie sich beispielsweise dafür aus, den Empfehlungen der Venedig-Kommission zu folgen und die Grundlagen für ein umfangreiches

Kosovo

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

The government led by the left-leaning reform movement *Vetëvendosje!* continued its reform course following the parliamentary elections in early 2021. The government advocated, for instance, following the recommendations of the Venice Commission and laying the foundations for a



Zweitägiger Fachaustausch mit den Verfassungsgerichten und den Obersten Gerichten Kosovos und Albanien zum Thema „Das Zusammenspiel der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Verfassungsgerichtsbarkeit zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit“, 18. bis 19. Mai 2022 in Pristina.

Two-day expert exchange with the Constitutional Courts and Supreme Courts of Kosovo and Albania on "Cooperation of Ordinary General Jurisdiction and Constitutional Court Jurisdiction for Safeguarding the Rule of Law" from 18 to 19 May 2022 in Pristina.

Vetting-Verfahren in der Justiz zu schaffen. Auch beschloss das Parlament die Umsetzung der zweiten Phase der sogenannten European Reform Agenda (ERA II), innerhalb derer Reformschwerpunkte und Ziele zwischen der Europäischen Union und Kosovo hinsichtlich einer Annäherung vereinbart werden. Im Dezember 2022 hat Kosovo zudem einen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union gestellt.

Das Jahr 2022 war auch in Kosovo geprägt vom Krieg in der Ukraine. Das Land schloss sich den internationalen Sanktionen gegen Russland und Belarus vollumfänglich an und sendete damit ein deutliches Signal dahingehend, dass es seine Zukunft in der Europäischen Union sieht.

Ein wichtiges Ziel, die Visaliberalisierung, wurde bislang seitens der Europäischen Union nicht umgesetzt. Seit 2018 erfüllt Kosovo zwar alle Voraussetzungen für eine Lockerung der Einreisebestimmungen, einige wenige EU-Mitgliedstaaten blockierten allerdings in der Vergangenheit die Visaliberalisierung. Ende 2022 verständigten sich der Europäische Rat und das Europäische Parlament nun darauf, dass die Visaliberalisierung spätestens zum 1. Januar 2024 in Kraft treten soll.

Auch im Berichtsjahr kam es immer wieder zu Spannungen in den Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien. Ein von der Europäischen Union moderierter Dialog brachte bislang noch keine Einigung darüber, wie das Verhältnis beider Länder in Zukunft normalisiert werden kann.

Konzeption

Kosovo ist ein langjähriger Partnerstaat der IRZ. Die Projekte sind dabei finanziert durch das Bundesministerium der Justiz, das Auswärtige Amt und die Europäische Union. Die Förderungen decken alle fachlichen Schwerpunkte der IRZ ab. Veranstaltungen konnten 2022 wieder verstärkt in Präsenz stattfinden.

Die Schwerpunkte der durch das Bundesministerium der Justiz und das Auswärtige Amt geförderten Projekte lagen vor allem im Bereich des Jugendstrafrechts, der juristischen Aus- und Weiterbildung und des Verfassungsrechts. Gemeinsam mit der kosovarischen Justizakademie bildete die IRZ den juristischen Nachwuchs zu verschiedenen Themen fort. Dabei

comprehensive vetting process in the judiciary. Parliament also decided to implement the second phase of the European Reform Agenda (ERA II), which involves the agreement of reform priorities and objectives between the European Union and Kosovo with a view to alignment. Kosovo also applied to join the European Union in December 2022.

The war in Ukraine was a dominant issue for Kosovo as well in 2022. The country also adopted the international sanctions against Russia and Belarus, sending a clear signal that it sees its future in the European Union.

The European Union is yet to implement an important goal, namely the liberalisation of visa rules. Although Kosovo has satisfied all the requirements for a relaxation of entry requirements since 2018, a few EU Member States have blocked visa liberalisation in the past. At the end of 2022, the European Council and the European Parliament agreed that visa liberalisation should enter into force by 1 January 2024 at the latest.

Tensions flared up repeatedly in the relations between Kosovo and Serbia during the reporting year. A dialogue moderated by the European Union is yet to yield agreement on how to normalise relations between the two countries going forward.

Overall Concept

Kosovo is a long-standing partner state for IRZ. Projects are funded by the Federal Ministry of Justice, the Federal Foreign Office and the European Union. These resources are adequate to cover all technical priorities defined by IRZ. Events increasingly returned to a face-to-face format in 2022.

The priorities of projects funded by the Federal Ministry of Justice and the Federal Foreign Office were primarily in the areas of juvenile criminal law, basic and further training for legal professionals and constitutional law. Together with the Kosovo Academy of Justice, IRZ provided further training to young legal professionals on a variety of topics. In this context, IRZ takes care to ensure sustainable project implementation through

Studienreise für kosovarische Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Kooperation mit der kosovarischen Justizakademie, 12. bis 16. Dezember 2022 in Bonn.

Study trip to Bonn from 12 to 16 December 2022 for judges and public prosecutors from Kosovo in cooperation with the Kosovo Academy of Justice.



Zweitägiges Seminar zu Fragen der „internen und externen Kommunikation von Justizinstitutionen“ in Kooperation mit dem Kosovo Prosecutorial Council (KPC), 19. bis 20. Dezember 2022 in Pristina.

Two-day seminar on issues of "Internal and External communication for Judicial Institutions" in cooperation with the Kosovo Prosecutorial Council (KPC), 19 to 20 December 2022 in Pristina.

achtet die IRZ bei der Projektdurchführung auf Nachhaltigkeit durch langfristige Partnerschaften und eine inhaltlich kontinuierliche Projektarbeit.

long-term partnerships and by ensuring consistency in the content of its project work.

Zunehmend spielt auch die Bekämpfung von Geldwäsche als thematischer Schwerpunkt der Zusammenarbeit eine immer wichtigere Rolle. Ein durch das Auswärtige Amt gefördertes Projekt hat hier zum Ziel, die gesetzlichen Grundlagen den internationalen Standards anzupassen und die handelnden Akteure stärker zu vernetzen.

Measures to combat money laundering are also becoming increasingly important as a priority area of cooperation. In this regard, a project funded by the Federal Foreign Office aims to align the legal foundations with international standards and to build networks between the relevant actors.

Im Bereich des Verfassungsrechts gelang es der IRZ einen regionalen Ansatz zu etablieren. So tagten die beiden Verfassungsgerichte und die beiden Obersten Gerichte von Albanien und Kosovo gemeinsam in Pristina.

IRZ succeeded in establishing a regional approach in the area of constitutional law. The two Constitutional Courts and the two Supreme Courts of Albania and Kosovo held a joint session in Pristina.

Im Rahmen von Präsenzworkshops führte die IRZ im Bereich Öffentlichkeitsarbeit mit dem Kosovo Prosecutorial Council und im Bereich Suchthilfe mit Vertretenden des Justizvollzugs die bisherigen Beratungen vor Ort fort.

IRZ organised face-to-face workshops to continue its consultations in the area of public relations with the Kosovo Prosecutorial Council and with representatives of the penitentiary system in the field of addiction support.

Das mehrjährige EU-Projekt „EUKOJUST – Kosovo Justice Sector Programme“, das die IRZ federführend durchführt, rundet die Zusammenarbeit der IRZ mit Kosovo ab.

Led by IRZ, the extensive and multi-year EU project "EUKOJUST – Kosovo Justice Sector Programme" rounds off IRZ's cooperation with Kosovo.

Tätigkeitsschwerpunkte 2022

Verfassungsrecht/Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Gemeinsame Konferenz des Verfassungsgerichts mit dem Obersten Gericht Kosovos zum Thema „Konkretes Normenkontrollverfahren“
- Regionale Konferenz zum Thema „Das Zusammenspiel der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Verfassungsgerichtsbarkeit zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit“ in Kooperation mit den Verfassungsgerichten und Obersten Gerichten aus Kosovo und Albanien

Rechtspflege

- Workshop zum Thema „Öffentlichkeitsarbeit/Umgang mit Medien“ für Angehörige des Kosovo Prosecutorial Council

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Seminar (hybride Veranstaltung) für die kosovarische Bewährungshilfe, Richterschaft und Staatsanwaltschaft zum Thema „Verhängung von Maßnahmen und Strafen an Minderjährige“
- „Train-the-Trainer“-Workshop für das Personal des kosovarischen Justizvollzugs zum Thema „Aus- und Fortbildung im Bereich Suchthilfe“
- Beratung zu Geldwäscheprävention und -verfolgung (fortlaufende Begutachtung der gesetzlichen Vorschriften und Erarbeitung von Handlungsempfehlungen durch ein deutsches Expertenteam)
- Kommentierung der bilateralen Überstellungsverträge mit Italien und der Türkei sowie des bilateralen Rechtshilfevertrags mit der Schweiz durch ein deutsches Expertenteam
- Übersetzung und Druck der Kommentierung bilateraler Abkommen für die strafrechtliche Zusammenarbeit

Aus- und Fortbildung

- Seminar (hybride Veranstaltung) zum Thema „Firmeninsolvenz“ in Kooperation mit der kosovarischen Justizakademie
- Seminar (hybride Veranstaltung) zum Thema „Geldwäschebekämpfung“ in Kooperation mit der kosovarischen Justizakademie
- Studienreise für angehende Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte nach Bonn in Kooperation mit der kosovarischen Justizakademie

Von der Europäischen Union finanziertes Projekt

EU-Grant-Projekt „EUKOJUST“ (Kosovo Justice Sector Programme)

Das Projekt „EUKOJUST“ dient dazu, das Justizsystem des Kosovo in vielerlei Hinsicht zu konsolidieren, besser zugänglich zu machen und den Rechtsrahmen an europäische Standards anzugleichen. Gemeinsam mit dem Centre for International Legal Cooperation (CILC/Niederlande) und dem Ministerium für Justiz und öffentliche Verwaltung Kroatiens befindet sich die IRZ bei diesem 40-monatigen Vorhaben mit einem Volumen von 7 Millionen Euro in der Durchführungsphase; enden wird das Projekt voraussichtlich im Januar 2024.

Es gliedert sich in die folgenden vier Themenbereiche:

1. Verbesserung der Zusammenarbeit und Koordinierung der Justizakteure, insbesondere zwischen Justizministerium, Justizrat und Rat der Staatsanwaltschaft

Focus of Activity in 2022

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Joint conference of the Constitutional Court with the Supreme Court of Kosovo on the topic of “Specific judicial review proceedings”
- Regional conference on “The interaction between ordinary and constitutional jurisdiction to uphold the rule of law” in cooperation with the Constitutional Courts and Supreme Courts of Kosovo and Albania

Administration of Justice

- Workshop on “Public relations/handling the media” for members of the Kosovo Prosecutorial Council

Criminal and Penitentiary Law

- Hybrid seminar for the Kosovar probation service, judiciary and public prosecutor’s office on the topic of “Imposing measures and punishments on minors”
- “Train the trainer” workshop for the staff of the penitentiary system in Kosovo on the topic of “Basic and further training in the area of addiction support”.
- Consulting on the prevention and prosecution of money laundering (ongoing assessment of legal provisions and development of a recommended course of action by a German team of experts)
- Commentary on the bilateral transfer treaties with Italy and Turkey as well as the bilateral mutual legal assistance treaty with Switzerland by a German team of experts
- Translation and printing of the commentary on bilateral agreements for cooperation in criminal law

Basic and Further Training

- Hybrid seminar on the topic of “Corporate insolvency” in cooperation with the Kosovo Academy of Justice
- Hybrid seminar on the topic of “Combating money laundering” in cooperation with the Kosovo Academy of Justice
- Study trip to Bonn for prospective judges and public prosecutors in cooperation with the Kosovo Academy of Justice

Project funded by the European Union

EU Grant Project “EUKOJUST” (Kosovo Justice Sector Programme)

The EUKOJUST project aims to consolidate Kosovo’s judicial system in many areas, make it more accessible and align the legal framework with European standards. Together with the Centre for International Legal Cooperation (CILC/Netherlands) and the Ministry of Justice and Public Administration of Croatia, IRZ is currently in the implementation phase of this 40-month project, which is endowed with funding of €7 million. The project is expected to end in January 2024.

It is divided into the following four thematic areas:

1. Improvement of cooperation and coordination among judicial actors, in particular between the Ministry of Justice, the Judicial Council and the Prosecutorial Council

Besuch der Kosovarischen Justizministerin, Albulena Haxhiu im Juni 2022 in Berlin bei der Bundesnotarkammer; in der Mitte des Bildes: Albulena Haxhiu, Kosovarische Justizministerin; links von der Ministerin: Alriza Beshi, Präsident der Kosovarischen Notarkammer; rechts von der Ministerin: Richard Bock, Notar a.D. und Generalbevollmächtigter der Bundesnotarkammer für internationale Angelegenheiten.

Visit of Albulena Haxhiu, Minister of Justice of Kosovo, to the Federal Notary Chamber in June 2022; middle: Albulena Haxhiu; to her left: Alriza Beshi, President of the Notary Chamber of Kosovo; to her right: Judicial Counsel Richard Bock, retired notary and plenipotentiary representative of the Federal Notary Chamber.



2. Stärkung und Fortbildung der juristischen Berufsgruppen in Kooperation mit der Justizakademie und den Räten
3. Angleichung und Konsolidierung des Rechtsrahmens
4. Zugang zur Justiz für alle Bevölkerungsgruppen des Kosovo

Im Berichtsjahr 2022 führte das Projekt insgesamt 61 Veranstaltungen (Workshops, Fortbildungen, Round-Table-Gespräche) durch und erreichte rund 800 Personen. Zudem wurden Analysen, Gesetzentwürfe, Gutachten, Empfehlungen und vergleichbare Papiere ausgearbeitet oder deren Umsetzung begleitet. Dadurch erzielten die Projektbeteiligten erhebliche Fortschritte in der Umsetzung der Projektpläne, so etwa

- Verbesserung der Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure im Justizsektor, insbesondere zwischen Exekutive und Judikative, in Form von regelmäßigen gemeinsamen Strategie- und Fachtreffen
- Erstellung eines Fahrplans zur umfassenden Reorganisation des Justizministeriums (Umstrukturierung von Abteilungen, Änderung von Aufgabenzuschnitten, Arbeitsabläufen, Stellenprofilen) zur effizienteren Aufgabenwahrnehmung auch in Zeiten von Personalmangel
- Entwicklung einer Strategie für die Justizakademie sowie Unterstützung in der Überarbeitung der Trainingscurricula
- Monitoringreport über das landesweite Einstellungsverfahren neuer Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Jahr 2021
- Unterstützung des Justizrats bei der Etablierung eines nationalen Zentrums für Datensicherung für die Justiz gegen Katastrophen und Cyberattacken
- Entwürfe für zentrale methodische Dokumente zur Rechtsangleichung, unter anderem Handbuch zur Rechtsangleichung, Verwaltungsvorschriften sowie Handbuch zur Formulierung von Rechtsnormen
- Gutachten zu zahlreichen Gesetzentwürfen, unter anderem zum Verwaltungsprozessgesetz, zum Gesetz über die Staatliche Stelle zur Verifizierung und Beschlagnahme unberechtigt erlangter Gegenstände
- Gutachten zu strafrechtlichen Verfahrensgarantien

2. Strengthening and further training of the legal professions in cooperation with the Academy of Justice and the councils
3. Alignment and consolidation of the legal framework
4. Access to justice for all groups of the Kosovar population

In total, 61 events (workshops, further training courses, round table discussions) were held within the framework of the project during the 2022 reporting year, reaching around 800 people. Analyses, draft laws, expert opinions, recommendations and comparable papers were also prepared or their implementation accompanied. As a result, the project stakeholders made significant progress in implementing the project plans, such as

- improvement in the cooperation between the various actors in the judicial sector, especially between the executive and the judiciary, in the form of regular joint strategy and technical meetings
- preparation of a roadmap for comprehensive reorganisation of the Ministry of Justice (restructuring of departments, internal organisation, work flows, job profiles) to increase the efficiency of work, also in times of staff shortages
- development of a strategy for the Academy of Justice and support in revising the training curricula
- monitoring report on the nationwide process to recruit new public prosecutors in 2021
- support for the Kosovo Judicial Council in establishing a national centre for data protection within the judiciary to safeguard against disasters and cyber-attacks
- drafting of key methodological documents on legal approximation, including a manual on legal approximation, administrative provisions and a manual on the standards of drafting legal acts
- expert opinions on numerous draft laws, including the Administrative Code and the Draft Law on State Bureau for the Verification and Confiscation of Unjustified Property
- expert opinions on procedural guarantees under criminal law



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 5. Steering Committee Meetings des EU-Projekts „Kosovo Justice Sector Programme – EUKOJUST“ mit Frau Albulena Haxhiu, Kosovarisches Justizministerin (1. v. rechts).

Participants at the 5th Steering Committee Meeting of the project “Kosovo Justice Sector Programme – EUKOJUST” with the Minister of Justice, Albulena Haxhiu (right).



Trainingsveranstaltung zu Verfassungs- und Rechtsauslegungsfragen mit Vertreterinnen und Vertretern des kosovarischen Verfassungsgerichts, der Rechtsabteilung des Büros des Premierministers sowie mit anderen Beamtinnen und Beamten.

Training on interpretation of the Constitution and legal acts for representatives of the Constitutional Court of Kosovo, the Legal Office of the Prime Minister's Office and civil servants.

- Unterstützung der regionalen Büros für Opferschutz und Opferhilfe: Mentoring und Beratung, Unterzeichnung eines Memorandums mit zivilgesellschaftlichen Organisationen als Grundlage eines „Friends of the Academy Network“, umfassende Fortbildungen für die Beschäftigten in den Büros
- Empfehlungen und Planungen für die nationale Koordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt zu Informationskampagnen und Öffentlichkeitsarbeit
- Handbuch und Ethikkodex für Gerichtsdolmetscherinnen und Gerichtsdolmetscher zur Gewährleistung eines gerechten Zugangs zur Justiz für alle Bevölkerungsgruppen in Kosovo

- support of the regional offices for victim protection and assistance: mentoring and advice, conclusion of a memorandum with civil society organisations as the basis of a “Friends of the Academy Network”, comprehensive further training for staff at the offices
- recommendations and planning on information campaigns and public relations for the National Coordinator against Domestic Violence
- manual and code of ethics for court interpreters to ensure equal access to justice for all population groups in Kosovo

Ausblick

Auch 2023 wird die IRZ an die intensive und gewinnbringende Zusammenarbeit mit ihren Partnerinstitutionen in Kosovo anknüpfen und diese weiter ausbauen.

Die IRZ wird zentrale Institutionen wie das Verfassungsgericht und das Oberste Gericht wieder verstärkt unterstützen und wichtige Plattformen des Fach- und Erfahrungsaustauschs, aber auch der Netzbildung ermöglichen. Ferner sollen etablierte Kooperationen unter anderem mit den verschiedenen Abteilungen des kosovarischen Justizministeriums, dem Kosovo Prosecutorial Council (KPC) und der Justizakademie inhaltlich fortgeführt werden. Der thematische Fokus der Vorjahre im Hinblick auf das Jugendstrafrecht, die Öffentlichkeitsarbeit im Justizwesen und die Aus- und Weiterbildung der Richter- und Staatsanwaltschaft soll somit auch 2023 bestehen bleiben. Erweitert werden diese Schwerpunkte zudem um den Bereich der Bekämpfung von Geldwäsche.

Outlook

IRZ will continue and expand its intensive and fruitful cooperation with its partner institutions in Kosovo in 2023.

IRZ will again provide strong support to key institutions such as the Constitutional Court and the Supreme Court and enable important platforms for the exchange of expertise and experience, as well as for the formation of networks. There are also plans to move forward with the programmes in the established cooperation with the various departments of the Kosovo Ministry of Justice, the Kosovo Prosecutorial Council (KPC) and the Academy of Justice. The thematic focus of previous years on juvenile criminal law, public relations in the judicial system and the basic and further training of judges and public prosecutors is therefore scheduled to continue in 2023. The area of measures to combat money laundering will be added to these priorities.

Name: Königreich Marokko
Hauptstadt: Rabat
Bevölkerung: ca. 37,3 Millionen
Regierungssystem: konstitutionelle Monarchie mit Elementen parlamentarischer Demokratie und zentralen Vorrechten des Königs

Name: Kingdom of Morocco
Capital city: Rabat
Population: approx. 37.3 million
System of government: Constitutional monarchy with elements of parliamentary democracy and central prerogatives of the king



Marokko

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Marokko ist ein wichtiges politisches und wirtschaftliches Bindeglied zwischen dem afrikanischen und dem europäischen Kontinent.

Mit den Parlamentswahlen im September 2021 wurde die langjährige Regierungspartei „Gerechtigkeit und Entwicklung“ (PJD) abgewählt, der König ernannte Aziz Akhannouch von der Partei „Nationale Versammlung der Unabhängigen“ (RNI) zum neuen Premierminister.

Marokko verfolgt weiterhin die vom König geförderte „Nationale Initiative für menschliche Entwicklung“ (INDH). Das Regierungsprogramm umfasst die drei Achsen Stärkung der sozialen Fundamente des Staates, Reformierung und Modernisierung der Wirtschaft zur Schaffung weiterer Arbeitsplätze sowie Stärkung der Good Governance in der Verwaltung. Ausgeweitet werden darüber hinaus die Regionalisierung sowie die Dezentralisierung der Verwaltung. In diesem Zusammenhang legt die neue Regierung einen besonderen Fokus auf die Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen.

Der seit Oktober 2021 amtierende Justizminister Abdellatif Ouahbi führt konsequenterweise die aktuelle Reform des Strafgesetzbuchs und der Strafprozessordnung fort und priorisiert dabei ausdrücklich die Einführung alternativer Strafen sowie die digitale Transformation der Justiz.

Konzeption

2022 verstärkten die IRZ und die marokkanische Justiz erneut ihre bilaterale Zusammenarbeit.

Dabei sind die wichtigsten Partnerinstitutionen das Justizministerium, der Hohe Justizrat, die Oberstaatsanwaltschaft und die Strafvollzugsbehörde.

Entsprechend den Reformvorhaben der marokkanischen Regierung lagen die Schwerpunkte auf wirtschaftsrechtlichen Themen, insbesondere mit dem thematischen Fokus auf Investitionsförderung und -schutz sowie im Bereich der Rechtspflege mit dem Fokus auf Modernisierung und Digitalisierung der Justiz. Die IRZ orientiert sich mit den realisierten Maßnahmen an der Reform der Strafjustiz und der Strafgesetzgebung. Beide Aspekte haben für die marokkanische Regierung eine hohe Priorität, wobei die Bereiche alternative Strafen und Alternativen zur Untersuchungshaft Kernthemen der Reformen sind.

Morocco

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Morocco remains an important political and economic connecting link between Africa and the European continent.

The long-time ruling "Justice and Development Party" (PJD) was voted out of office in the parliamentary elections of September 2021 after a long period in government. The King appointed Aziz Akhannouch of the liberal National Rally of Independents party as the new prime minister.

Morocco continues to pursue the "National Human Development Initiative" (INDH), which is backed by the King. The government programme encompasses three axes of bolstering the social foundations of the state, reforming and modernising the economy to boost employment, and strengthening good governance within administration. Efforts to expand the regionalisation and decentralisation of administration in order to achieve these aims are under way. In this context, the new government has placed a particular focus on promoting employment opportunities for young people.

In office since October 2021, the Minister of Justice, Abdellatif Ouahbi, has adopted a consistent path to reform the Criminal Code and the Code of Criminal Procedure, explicitly prioritising the introduction of alternative sentences and digital transformation of the judiciary.

Overall Concept

IRZ and the Moroccan judiciary strengthened their bilateral cooperation once again in 2022.

The most important partner institutions in this process are the Ministry of Justice, the Supreme Council of the Judicial Power, the Senior Public Prosecutor and the penitentiary authority.

In line with the Moroccan government's reform plans, priorities were placed on issues of commercial law, especially with a thematic focus on promoting and protecting investment, as well as on the administration of justice with a focus on modernisation and digitisation of the judiciary. Measures implemented by IRZ aim at reforming the criminal justice system and criminal law. Both of these aspects are highly prioritised by the Moroccan government, whereby alternative punishments and alternatives to pre-trial detention are core issues of the reforms.



Teilnehmende des Symposiums zur Digitalisierung der Wirtschaftsgerichtsbarkeit sowie Investitionsförderung und Investitionsschutz in Rabat (Marokko) am 12. und 13. Dezember 2022 in Zusammenarbeit mit dem Bündnis für das deutsche Recht.

Participants of the Symposium on the Digitalisation of Commercial Courts and Investment Promotion and Protection in Rabat (Morocco) on 12 and 13 December 2022 in cooperation with the Alliance for German Law.

Tätigkeitsschwerpunkte 2022

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Symposium in Zusammenarbeit mit dem Bündnis für das deutsche Recht und dem Justizministerium Marokkos unter Beteiligung des Wirtschaftsministeriums Marokkos, der marokkanischen Rechtsanwalts- und Notarkammer zum Thema „Investitionsförderung und Investitionsschutz in Afrika“

Rechtspflege

- Online-Regionalkonferenz zum Thema „Digitalisierung der Justiz, elektronischer Rechtsverkehr und Datenschutz“ mit dem Justizministerium Marokkos unter Beteiligung des Justizministeriums Algeriens

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Erfahrungsaustausch zu alternativen Strafen und Alternativen zur Untersuchungshaft mit dem Justizministerium und der Generalstaatsanwaltschaft Marokkos

Von der Europäischen Union finanziertes Projekt

EU-Technical-Assistance-Projekt „Assistance technique auprès de la Délégation Générale à l'Administration Pénitentiaire et à la Réinsertion pour appuyer la mise en œuvre des Politiques de réinsertion sociale des détenus et de prévention de la récidive“ Marokko

Im August 2022 schloss die IRZ das EU-Technical-Assistance-Projekt, das seit 2018 unter der Federführung des französischen Partners DMI durchgeführt wurde, erfolgreich ab. Ziel des Projekts war die aktive Unterstützung der Reform des marokkanischen Strafrechtssystems. Dafür sollten die Standards im Strafvollzug sowie die Resozialisierung von Häftlingen und die Prävention von Rückfällen verbessert werden. Hauptbegünstigte war die

Focus of Activity in 2022

Civil and Commercial Law

- Symposium on the topic of “Promoting and protecting investment in Africa” in cooperation with the Alliance for German Law and the Moroccan Ministry of Justice and with the participation of the Moroccan Ministry of Economy and the Moroccan Chamber of Lawyers and Notaries

Administration of Justice

- Online regional conference on “Digitisation of the judiciary, electronic legal transactions and data protection” with the Ministry of Justice of Morocco and with the participation of the Ministry of Justice of Algeria

Criminal and Penitentiary Law

- Exchange of experiences on alternative sentences and alternatives to pre-trial detention with the Moroccan Ministry of Justice and the General Prosecutor's Office

Project funded by the European Union

EU Technical Assistance Project: “Assistance technique auprès de la Délégation Générale à l'Administration Pénitentiaire et à la Réinsertion pour appuyer la mise en œuvre des Politiques de réinsertion sociale des détenus et de prévention de la récidive”

IRZ successfully concluded the EU Technical Assistance project in August 2022, which had been running since 2018 under the leadership of the French partner DMI. The aim of the project was to support reforms of the Moroccan criminal law system. For this purpose, it sought to improve standards in the penitentiary system, resocialisation of prisoners and the prevention of recidivism. The principal beneficiary was the General Delegation for Prison Administration and Reintegration in Morocco (Délégation Générale de l'Administration Pénitentiaire, DGAPR).

Runder Tisch zur Stellung der Familie im Rahmen der Aktivität zur Stärkung der Kapazitäten von Familien und Angehörigen von Häftlingen bei der Begleitung von Resozialisierungsprozessen in Marokko.

Round table on the status of the family during the activity to strengthen the capacities of families and relatives of prisoners to accompany resocialisation processes in Morocco.



Allgemeine Verwaltungsbehörde der Gefängnisse in Marokko (Délégation Générale de l'Administration Pénitentiaire, DGAPR).

Der Fokus lag 2022 auf der Ausarbeitung und Implementierung unterschiedlicher Interventionsprogramme und auf der Stärkung der Kompetenzen von Strafvollzugsbeamtinnen und Strafvollzugsbeamten durch Schulungen im Bereich der sozialen Wiedereingliederung. So wurde die Umsetzung von speziellen psychosozialen Interventionsprogrammen für Frauen und Minderjährige unterstützt und entsprechende Schulungen zur Sensibilisierung von Strafvollzugsbeamtinnen und Strafvollzugsbeamten durchgeführt.

Mit diesem Projekt wurden für die DGAPR Methoden und Instrumente entwickelt und zur Verfügung gestellt, wodurch die Umsetzung von Maßnahmen zur sozialen Wiedereingliederung von Häftlingen und zur Verhinderung von Rückfälligkeit verbessert wird. Damit wurde ein entscheidender Beitrag zur Weiterentwicklung der Beurteilung, Diagnose, Betreuung und individuellen Nachsorge von Strafgefangenen geleistet. Zudem wurde durch das Projekt die Partnerschaft der DGAPR zu Universitäten, die innovative Ansätze für die Programme zur Wiedereingliederung von Strafgefangenen entwickeln, gestärkt. Dadurch werden auf Grundlage neuester Forschung Fortbildungsprogramme entwickelt und die Kompetenzen der Strafvollzugsbeamten entsprechend gestärkt. Darüber hinaus wurde mithilfe des Projekts die Schaffung eines Netzwerks unterstützt, das dazu beiträgt, die Zivilgesellschaft stärker in den Prozess der Wiedereingliederung einzubinden.

Ausblick

Die Zusammenarbeit der IRZ mit der marokkanischen Justiz orientiert sich auch künftig an den Reformbestrebungen der Regierung. Wichtige Schwerpunkte sind das Strafrecht und hier vor allem die alternativen Strafen. Die Beratungen zur Digitalisierung und Effizienzsteigerung der Justiz führt die IRZ fort und plant zudem eine Vertiefung der Zusammenarbeit im Bereich des Wirtschaftsrechts.

In 2022, the project focused on preparing and implementing a variety of intervention programmes and on strengthening the competences of correctional officers through the provision of training courses in the area of social reintegration. This included support in the implementation of special psychosocial intervention programmes for women and minors and the organisation of suitable training courses to raise awareness among correctional officers.

The project involved the development of methods and tools that were made available to DGAPR afterwards as a means of improving the performance of measures for reintegrating prisoners in society and preventing recidivism. This made a decisive contribution for further developments in the assessment, diagnosis, care and individual follow-up procedures for prisoners. Moreover, the project strengthened DGAPR's partnership with universities that are developing innovative approaches for prisoner reintegration programmes. This means that further training programmes are being developed based on the latest research findings to strengthen the competencies of the correctional officers. Furthermore, the project assisted in the formation of a civil society network to extend its role in the process of reintegration.

Outlook

Cooperation between IRZ and the Moroccan judiciary will remain with a special focus on the reform efforts outlined by the government. Hereby, criminal law and, above all, alternative sentences are important priorities. IRZ will continue its consultations on digitisation and an increased efficiency of the judiciary as well as the ongoing cooperation in the area of commercial law.

Name: Islamische Republik
Mauretanien
Hauptstadt: Nouakchott
Bevölkerung: ca. 4,5 Millionen
Regierungssystem: präsidentielle
Republik

Name: Islamic Republic of Mau-
ritania
Capital city: Nouakchott
Population: approx. 4.5 million
System of government: Presidential
republic



Mauretanien

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Das politische System Mauretaniens ist auf das Amt des Staatspräsidenten ausgelegt. Er hat die Befugnis, Personen für fast alle Spitzenpositionen im Staatsapparat zu ernennen, so beispielsweise für die wichtigsten Justizorgane und den Verfassungsrat. Darüber hinaus ist der Präsident des Landes gleichzeitig auch Präsident des Hohen Justizrats, der unter anderem für Richterdisziplinarsachen und die Ernennung und Entlassung aller Richterinnen und Richter zuständig ist.

Positiv zu verzeichnen ist im Hinblick auf die Menschenrechtssituation im Land und auch auf Unabhängigkeit der Anwaltschaft die Wahl von Brahim Ould Ebetty zum Vorsitzenden der Anwaltskammer im August 2020. Er gehört seit Längerem der Menschenrechts- und Demokratiebewegung in Mauretanien an, ist als Kritiker früherer Regierungen bekannt und hat viele Opfer politischer Unterdrückung verteidigt.

Im Januar 2020 setzte die Nationalversammlung eine parlamentarische Untersuchungskommission (Commission d'enquête parlementaire, CEP) ein, um zahlreiche Korruptionsfälle unter dem Regime von Ould Abdel Aziz (2009 bis 2019) zu untersuchen. Der abschließende Bericht dokumentiert mehr als ein Dutzend Fälle im Zusammenhang mit der Misswirtschaft von Öleinnahmen, Transaktionen mit öffentlichem Grund und Boden sowie Vertragsabschlüssen mit ausländischen Unternehmen, in denen der ehemalige Präsident, Mitglieder seiner Familie, enge Freunde und Verbündete verwickelt gewesen sein sollen. Die Gerichte entschieden, die in dem Bericht genannten Personen, darunter auch den ehemaligen Präsidenten, unter Hausarrest zu stellen und ihr Vermögen einzufrieren. Hieraus schließen internationale Beobachtende einen Schritt Richtung Rechtsstaatlichkeit und Stärkung der Bemühungen zur Korruptionsbekämpfung.

Konzeption

Die Aktivitäten der IRZ in Mauretanien begannen 2022 mit einer ersten Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Bundesrechtsanwaltskammer zur Digitalisierung der Justiz. Darüber hinaus wurden einzelne Justizakteure, wie beispielsweise Beamtinnen und Beamte aus dem mauretanischen Justizministerium, in regionale Aktivitäten der IRZ in Afrika eingebunden.

Im Jahr 2022 führte die IRZ gemeinsam mit dem Bundesjustizministerium auch eine weitreichende Bedarfsanalyse vor Ort durch, um die Aktivitäten für das Jahr 2023 auf dieser Grundlage planen zu können. Die angedachten Maßnahmen zielen nun darauf ab, einen Beitrag zur langfristigen Orientierung der Justiz an rechtsstaatlichen und internationalen Standards zu leisten. Der juristische Fachaustausch und die Unterstützung beim Kapazitätsaufbau sollen insgesamt die Rechtsstaatlichkeit in Mauretanien stärken. Justizminister Boye bekundete sein Interesse und den Bedarf an deutscher Expertise, wie auch schon in früheren Gesprächen mit der deutschen Botschaft in Nouakchott. Als Projektpartner sind das Justizministerium Mauretaniens, die Aus- und Weiterbildungsinstitution für die Richterschaft (École nationale d'administration, du journalisme et de la magistrature) sowie die Anwaltskammer vorgesehen.

Mauritania

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

The political system in Mauritania is centred around the office of the president. He holds the power to appoint almost all top positions in the state apparatus, such as the main bodies of the judiciary and the Constitutional Council. In addition, the country's president also presides over the High Judicial Council whose purview includes, among other things, disciplinary matters relating to judges and their appointment and dismissal.

Regarding the human rights situation in the country and the independence of the legal profession, the election of Brahim Ould Ebetty as Chair of the Bar Association in August 2020 is a positive development. Known as a critic of former governments, he has long been part of the human rights and democracy movement in Mauritania, and has defended many victims of political oppression.

The National Assembly established a parliamentary commission of inquiry (Commission d'enquête parlementaire, CEP) in January 2020 to investigate numerous cases of corruption under the regime of Ould Abdel Aziz (2009 to 2019). The final report documents more than a dozen cases related to the mismanagement of oil revenues, transactions with public land and the conclusion of contracts with foreign companies in which the former president, members of his family, close friends and associates are alleged to have been involved. The courts decided to place the persons named in the report, including the former president, under house arrest and freeze their assets. International observers view this as a step in the direction of rule of law and as a strengthening of policy to combat corruption.

Overall Concept

IRZ activities in Mauritania began in 2022 with the first event aimed at the digitisation of the judiciary, which was conducted in cooperation with the German Federal Bar. In addition, individual actors from within the judiciary were involved in regional IRZ activities in Africa, among them officials from the Ministry of Justice of Mauritania.

In 2022, IRZ also conducted a wide-ranging needs analysis on the ground with the Federal Ministry of Justice as a basis for planning activities in 2023. The envisaged measures are now aimed at contributing to the long-term alignment of the judiciary with the rule of law and international standards. Overall, the legal exchange and support for capacity-building are intended to strengthen the rule of law in Mauritania. Justice Minister Boye expressed interest and the need for German expertise, as in earlier talks with the German Embassy in Nouakchott. The Ministry of Justice of Mauritania, the basic and further education institution for the judiciary (École nationale d'administration, du journalisme et de la magistrature) and the Bar Association are earmarked as project partners.

Moldau

Tätigkeitsschwerpunkte 2022

Rechtspflege

- Workshop zum Thema „Digitalisierung der Justiz zwischen Realität und Perspektive“ unter Beteiligung der Bundesrechtsanwaltskammer und der Anwaltskammer Mauretaniens am 23. und 24. November 2022

Ausblick

Im Jahr 2023 wird die IRZ an die im Jahr 2022 begonnene Zusammenarbeit mit Mauretanien anknüpfen und weitere Vorhaben umsetzen.

Name: Republik Moldau
Hauptstadt: : Chişinău
Bevölkerung: ca. 2,6 Millionen
Regierungssystem:
parlamentarische Demokratie

Name: Republic of Moldova
Capital city: Chişinău
Population: approx. 2.6 million
System of government: Parliamentary democracy

Moldova

Focus of Activity in 2022

Administration of Justice

- Workshop on “Digitisation of the judiciary – between reality and perspectives” on 23 and 24 November 2022, with the participation from the German Federal Bar Association and the Bar Association of Mauritania

Outlook

In 2023, IRZ will continue to build on the cooperation established with Mauritania in 2022 and will implement additional projects.



Moldau

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Seit den Präsidentschaftswahlen Ende 2020 und den Parlamentswahlen 2021 brachte die Republik Moldau wieder verstärkt rechtsstaatliche Reformen auf den Weg und orientiert sich dabei an den Standards der Europäischen Union. Am 3. März 2022 reichte das Land sein EU-Beitritts-gesuch ein, am 23. Juni 2022 erfolgte die Verleihung des EU-Beitrittskandidatenstatus durch den Europäischen Rat.

Konzeption

Die zwischenzeitlich für ein Jahr unterbrochene Zusammenarbeit der IRZ mit der Republik Moldau wurde im Berichtsjahr wieder aufgenommen, um die rechtsstaatlichen Reformen voranzubringen und so einen Beitrag zu leisten zur EU-Rechtsharmonisierung und zur Umsetzung der neun von der EU-Kommission abgegebenen Empfehlungen. Die IRZ hatte bereits in früheren Jahren bei wesentlichen Reformen des Landes mitgewirkt, so etwa bei der Ausarbeitung eines Verwaltungskodexes, der ein Verwaltungsverfahrensgesetz und ein Verwaltungsprozessgesetz umfasst und im Jahr 2018 verabschiedet wurde. Im Berichtsjahr fand eine erste Bedarfsanalyse-Reise zur Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit der Republik Moldau statt, um Schwerpunkte zukünftiger Beratungen eruieren zu können. Zudem führte die IRZ in Berlin eine erste Beratung für Mitglieder des Rechtsausschusses des moldauischen Parlaments zur Umsetzung der Kapitel 23 und 24 des Acquis communautaire durch.

Moldova

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

The Republic of Moldova has again stepped up its rule-of-law reforms and is aligning itself with the standards of the European Union since the presidential elections in late 2020 and the parliamentary elections in 2021. The country submitted its application for EU membership on 3 March 2022 and was awarded the status of EU accession candidate country by the European Council on 23 June 2022.

Overall Concept

Interrupted for a year, cooperation between IRZ and the Republic of Moldova resumed in the reporting year. The aims were to advance reforms in the rule of law as a means of contributing to EU legal harmonisation and implementation of the nine recommendations issued by the EU Commission. IRZ had already contributed to major reforms in the country in previous years, such as the preparation of an Administrative Code comprising an Administrative Procedure Act and a Code of Administrative Court Procedure, which was adopted in 2018. An initial needs analysis was carried out in the reporting year concerning a resumption of cooperation with the Republic of Moldova. Its purpose was to identify the priorities for future consultations. In addition, IRZ held an initial consultation in Berlin for members of the Committee on Legal Affairs of the Parliament of Moldova on implementation of Chapters 23 and 24 of the *acquis communautaire*.



Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Recht, Ernennungen und Immunität Veronica Roșca, Mitglied des Ausschusses für öffentliche Verwaltung Petru Frunze, Sekretär des Ausschusses für Recht, Ernennungen und Immunität Igor Chiriac (v. l. n. r.); (Foto: Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel / photothek).

Vice-Chair of the Legal, Appointments and Immunity Committee Veronica Roșca, Member of the Committee on Public Administration Petru Frunze, Secretary of the Legal, Appointments and Immunity Committee Igor Chiriac (from left to right); (photo: German Bundestag/Thomas Trutschel/ photothek).



Frau Winkelmeier-Becker, Vorsitzende des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestags beim Arbeitsbesuch einer moldauischen Delegation in Berlin am 13. Dezember 2022 (Foto: Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel / photothek).

Ms Winkelmeier-Becker, Chair of the Committee on Legal Affairs of the German Bundestag during the working visit of a delegation from Moldova to Berlin on 13 December 2022 (Photo: German Bundestag/Thomas Trutschel/ photothek).

Tätigkeitsschwerpunkte 2022

- Gespräche zur Bedarfsanalyse mit dem Justizministerium und dem Rechtsausschuss des Parlaments der Republik Moldau
- Arbeitsbesuch in Berlin zur Umsetzung der Kapitel 23 (Justiz, Grundrechte) und 24 (Recht, Freiheit, Sicherheit) des Acquis communautaire

Ausblick

Vor dem Hintergrund der Verleihung des EU-Kandidatenstatus werden in Zukunft die Umsetzung des Acquis communautaire und die EU-Rechts-harmonisierung im Mittelpunkt der gerade erst wieder aufgenommenen Zusammenarbeit mit der Republik Moldau stehen.

Focus of Activity in 2022

- Talks with the Ministry of Justice and the Committee on Legal Affairs of the Parliament of the Republic of Moldova to identify needs
- Working visit to Berlin on implementation of Chapters 23 (Judiciary, Fundamental Rights) and 24 (Justice, Freedom, Security) of the acquis communautaire

Outlook

Following its recent resumption, cooperation with the Republic of Moldova will focus going forward on implementation of the acquis communautaire and EU legal harmonisation in view of the award of EU accession candidate status.

Name: Montenegro
Hauptstadt: Podgorica
Bevölkerung: ca. 620.000
Regierungssystem:
parlamentarisches System

Name: Montenegro
Capital city: Podgorica
Population: approx. 620,000
System of government:
Parliamentary system



Montenegro

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Montenegro verfolgt im Rahmen der EU-Integration einen politischen und wirtschaftlichen Reformkurs und befindet sich seit Juni 2012 in Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union. Da nach wie vor Defizite im Hinblick auf die Rechtsstaatlichkeit bestehen, fordert die Europäische Kommission weitere Fortschritte in den Verhandlungskapiteln 23 (Justiz und Grundrechte) und 24 (Recht, Freiheit und Sicherheit). Aufgrund seiner erst vor einigen Jahren erworbenen Eigenstaatlichkeit, der Ablösung der langjährigen Regierungskoalition bei den Wahlen im Jahr 2020 und der gegenwärtig fragilen politischen Situation – zwei gescheiterte Regierungen durch Misstrauensvoten 2022 – benötigt Montenegro hinsichtlich weiterer Schritte zur EU-Integration besondere Unterstützung.

Konzeption

Seit 2007 pflegt die IRZ enge Arbeitsbeziehungen zum Justizministerium in Montenegro, zu dem am Obersten Gericht angesiedelten Ausbildungszentrum für Justiz und Staatsanwaltschaft, zum Verfassungsgericht, zur Notarkammer Montenegros, zur sich insbesondere mit der Bekämpfung von Korruption befassenden NGO MANS sowie zu Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Juristischen Fakultät Podgorica. In 2019 nahm die IRZ zudem die Kooperation mit dem Zentrum für alternative Streitbeilegung auf. Außerdem besteht seit 2014 zwischen dem Bundesministerium der Justiz und dem montenegrinischen Justizministerium eine „Gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit“ mit einem mehrjährigen Arbeitsplan.

Die wesentlichen Schwerpunkte der mit Mitteln des BMJ und des Auswärtigen Amtes geförderten Aktivitäten der IRZ in Montenegro lagen im Jahr 2022 in der Zusammenarbeit mit dem Ausbildungszentrum für Justiz und Staatsanwaltschaft und dem Zentrum für Alternative Streitbeilegung, wobei das von anderen ausländischen und internationalen Organisationen, die das Land bei der Rechtstransformation unterstützen, kaum behandelte Zivil- und Zivilprozessrecht im Vordergrund stand. Ergänzt wurde dies durch Aktivitäten im Bereich Mediation.



Richterin Nataša Božović am Obersten Gerichtshof Montenegro im Hybrid-Seminar zum Zivilprozessrecht.

Judge Nataša Božović at the Supreme Court of Montenegro during the hybrid seminar on civil procedure law.

Montenegro

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Montenegro is pursuing a political and economic reform course within the framework of EU integration and has been in accession negotiations with the European Union since June 2012. Given persisting deficits with regard to the rule of law, the European Commission has called for further progress in negotiating Chapters 23 (Judiciary and Fundamental Rights) and 24 (Justice, Freedom and Security). With a view to further steps towards EU integration, Montenegro needs special support due to its acquisition of statehood just a few years ago, replacement of the long-standing governing coalition in the 2020 elections and the currently fragile political situation, with two governments having failed due to votes of no confidence in 2022.

Overall Concept

Since 2007, IRZ has maintained close working relationships with the Ministry of Justice in Montenegro, the Judicial Training Centre within the country's Supreme Court, the Constitutional Court, the Notary Chamber of Montenegro, the NGO MANS – which addresses issues of anti-corruption in particular – and with academics at the Podgorica Faculty of Law. Moreover, IRZ established its cooperation with the Centre for Alternative Dispute Resolution in 2019. A Joint Declaration on cooperation with a multi-year work programme has also been in place between the Federal Ministry of Justice and the Montenegrin Ministry of Justice since 2014.

Funded by the Federal Ministry of Justice and the Federal Foreign Office, the main priorities of IRZ activities in Montenegro during 2022 were on cooperation with the Judicial Training Centre and the Centre for Alternative Dispute Resolution, with an emphasis on civil and civil procedure law, areas which are rarely addressed by other foreign and international organisations that support the country in its legal transformation. Work in the area of mediation added to these activities.



Mediatorinnen aus Montenegro vor der Industrie und Handelskammer Frankfurt/Main.

Mediators from Montenegro outside the Chamber of Commerce and Industry in Frankfurt/Main.

Tätigkeitsschwerpunkte 2022

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Hybrid-Seminar zum Thema „Aktuelle Fragen und Herausforderungen des Zivilprozessrechts und seiner Anwendung“ mit dem Ausbildungszentrum für Justiz und Staatsanwaltschaft
- Einsatz eines Lehrfilms zur richterlichen Verhandlungsführung im Zivilprozess beim Ausbildungszentrum für Justiz und Staatsanwaltschaft

Rechtspflege

- Studienbesuch und Mediationstraining für montenegrinische Mediatorinnen und Mediatoren in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer Frankfurt/Main und dem montenegrinischen Zentrum für Alternative Streitbeilegung in Frankfurt/Main als Joint Venture mit dem Bundesministerium der Justiz
- Hybrid-Schulung zum Thema „Internationales Privatrecht – geltendes Recht“ mit dem Ausbildungszentrum für Justiz und Staatsanwaltschaft in Podgorica/MNE
- Schulung zum Thema „Rechtliche Regelungen zum Wettbewerbsschutz“ mit dem Ausbildungszentrum für Justiz und Staatsanwaltschaft

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Jährliche Konferenz zur Antikorruption mit der NGO MANS in Podgorica

Aus- und Fortbildung

- Vortrag zu den verschiedenen Modellen zur Verständigung im Strafprozess vor der Vereinigung junger Juristinnen und Juristen
- Distribution der in Serbien erscheinenden IRZ-Publikationen „Kontinentales Recht – Zeitschrift für nachhaltige und zweckmäßige Rechtsentwicklung“ sowie „Jahrbuch für Verfassungsrecht“

Ausblick

Im Jahr 2023 soll die Unterstützung Montenegros hinsichtlich der EU-Assoziierung, der Umsetzung des Arbeitsplans sowie der Beratung des Justizministeriums im Mittelpunkt stehen. Mit dem Justiztrainingszentrum und dem Zentrum für alternative Streitbeilegung wird die IRZ weiterhin gemeinsam Seminare zur europarechtskonformen Rechtsanwendung, Mediation und insbesondere zur effektiven Verhandlungsführung umsetzen und auch ihre Zusammenarbeit mit der NGO MANS fortführen.

Focus of Activity in 2022

Civil and Commercial Law

- Hybrid seminar on “Current issues and challenges of civil procedure law and its application” with the Judicial Training Centre
- Use of an educational film on conducting court hearings in civil proceedings at the Judicial Training Centre

Administration of Justice

- Study visit and mediation training for Montenegrin mediators in cooperation with the Chamber of Industry and Commerce Frankfurt/Main and the Montenegrin Centre for Alternative Dispute Resolution in Frankfurt/Main as a joint venture with the Federal Ministry of Justice
- Hybrid training on “Private international law – applicable law” with the Judicial Training Centre in Podgorica/MNE
- Training on “Legal provisions for competition protection” with the Judicial Training Centre

Criminal and Penitentiary Law

- Annual conference on anti-corruption with the NGO MANS in Podgorica

Basic and Further Training

- Talk on the different models of plea bargaining before the Association of Young Lawyers
- Distribution of the journal “Continental Law – Journal for Sustainable and Expedient Legal Development” and the “Yearbook on Constitutional Law”, which were published in Serbia

Outlook

Support for Montenegro in regard to the EU Stabilisation and Association Agreement, work plan implementation and advice for the Ministry of Justice will be the priority areas in 2023. Working with the Judicial Training Centre and the Centre for Alternative Dispute Resolution, IRZ will move forward with its joint implementation of seminars on the application of the law in conformity with European law, mediation and, in particular, effective court hearings, and will also continue its cooperation with the NGO MANS.

Name: Republik Nordmazedonien
Hauptstadt: Skopje
Bevölkerung: ca. 2 Millionen
Regierungssystem:
parlamentarische Demokratie

Name: Republic of North Macedonia
Capital city: Skopje
Population: approx. 2 million
System of government:
Parliamentary democracy



Nordmazedonien

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Nach der Beilegung von bilateralen Streitigkeiten zwischen Nordmazedonien und Griechenland (2018) sowie Bulgarien (2022) eröffnete die Europäische Union im Juli 2022 offiziell die Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien. Seit 2020 ist das Land auch Mitglied der NATO.

Im Juli 2020 fanden trotz der COVID-19-Pandemie Neuwahlen statt, die die seit 2017 amtierende Reformregierung, bestehend aus der sozialdemokratischen Partei SDSM und Parteien der albanischen Minderheit, wenn auch mit Verlusten, bestätigte. Bei den Kommunalwahlen im Herbst 2021 erzielte aber die größte Oppositionspartei die besten Ergebnisse, während die sozialdemokratische Partei viele Kommunen verlor. Als Reaktion auf die Verluste bei den Kommunalwahlen trat der amtierende Ministerpräsident der SDSM zurück, und eine neue Regierung in gleicher parteilicher Zusammensetzung wurde Anfang 2022 bestätigt.

Konzeption

Die seit 2000 im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa bestehenden Aktivitäten der IRZ wurden seither kontinuierlich verstärkt. Partner der IRZ bei den mit Mitteln des Bundesministeriums der Justiz und des Auswärtigen Amts in Nordmazedonien durchgeführten Projekten sind das Justizministerium, das Verfassungsgericht, die Akademie „Pavel Shatev“ für die Richter- und Staatsanwaltschaft, der Regierungsvertreter vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, die Nichtregierungsorganisation „Legis“, verschiedene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende der Juristischen Fakultät in Skopje. Auch vor Ort vergrößerte die IRZ in den vergangenen Jahren die Zielgruppe ihrer Aktivitäten und deren Nachhaltigkeit durch juristische Publikationen in der Landessprache. Neben Online-Formaten führte die IRZ im Jahr 2022 auch Veranstaltungen im Hybrid- und Präsenzformat durch.

Die IRZ setzt ihren Schwerpunkt auf die Förderung des juristischen Nachwuchses durch Maßnahmen, bei denen die richterliche Unabhängigkeit und die effektive Prozessleitung im Mittelpunkt stehen, sowie auf Aktivitäten im Bereich des Verfassungsrechts und der Menschenrechte.

Tätigkeitsschwerpunkte 2022

Verfassungsrecht/Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Fortsetzung der Unterstützung des Verfassungsgerichts bei der Vorbereitung zur Einführung einer umfassenden Verfassungsbeschwerde durch Gutachten und Online-Beratungsgespräche
- Regionalforum zu Teilhaberechten – soziale und ökonomische Rechte von Flüchtenden mit NGOs aus Nordmazedonien, Bosnien und Herzegowina sowie Serbien

Rechtspflege

- Schulungen im Online- und Präsenzformat mit der Akademie „Pavel Shatev“ für die Richterschaft und Staatsanwaltschaft zu den folgenden Themen:

North Macedonia

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

The European Union officially opened accession negotiations with North Macedonia in July 2022 following the settlement of bilateral disputes between North Macedonia and Greece in 2018 and Bulgaria in 2022. The country has also been a NATO member since 2020.

New elections were held in July 2020 – despite the COVID-19 pandemic – which confirmed the reform government comprising the SDSM social democrats and parties representing Albanian minorities that has held power since 2017, albeit with losses. The largest opposition party took the biggest slice of the vote in the local elections in autumn 2021, while the social democratic party lost many municipalities. The incumbent SDSM prime minister resigned in response to the local election losses and a new government with the same group of parties was confirmed in early 2022.

Overall Concept

IRZ activities, which have been ongoing since 2000 within the framework of the Stability Pact for Southeast Europe, have been continuously expanded since then. The IRZ partners in the projects implemented in North Macedonia with funds from the Federal Ministry of Justice and the Federal Foreign Office are the Ministry of Justice, the Constitutional Court, the Academy for Judges and Prosecutors “Pavel Shatev”, the Government Agent for the European Court of Human Rights, the non-governmental organisation Institute for Democracy as well as academics from the Faculty of Law in Skopje. At local level, IRZ has also enlarged the target group for its activities in recent years and improved the sustainability of its work with legal publications in the local language. Aside from online formats, IRZ also organised hybrid and face-to-face events in 2022.

IRZ is prioritising the promotion of young legal professionals through measures that focus on judicial independence and effective trial management, as well as activities in the area of constitutional law and human rights.

Focus of Activity in 2022

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Continued support for the Constitutional Court in its preparations to introduce a comprehensive constitutional complaint through expert opinions and online consultations
- Regional forum on participatory rights – social and economic rights of refugees – with NGOs from North Macedonia, Bosnia and Herzegovina and Serbia

Administration of Justice

- Online and face-to-face training on the following topics with the Academy for Judges and Prosecutors “Pavel Shatev”:



Dr. Lovro Tomašić, Bundesnotarkammer und Metodija Ristoski, Präsident der Notarkammer von Nordmazedonien beantworten Fragen der Medien.

Dr Lovro Tomašić, Federal Chamber of Notaries and Metodija Ristoski, President of the Chamber of Notaries of North Macedonia answer questions from the media.

- Mediation, deren Förderung sowie die Bedeutung für die Verfahrensbeschleunigung
- Techniken des Verfassens von Urteilen
- richterliche und staatsanwaltliche Ethik
- Vorbereitung und Führung einer mündlichen Verhandlung sowie Förderung von Vergleichen – Schulung unter Einsatz des IRZ-Lehrfilms
- Interner Workshop und öffentliche Podiumsdiskussion im Hybridformat mit der Bundesnotarkammer und der Notarkammer Nordmazedoniens zur Rolle des Notariats bei der Geldwäscheprävention und Terrorismusbekämpfung

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Gesetzgebungsberatung zur Reform des Strafgesetzbuchs und der Strafprozessordnung im Bereich der Vermögenskonfiskation

Aus- und Fortbildung

- Online-Veranstaltung für den deutschsprachigen juristischen Nachwuchs zum Thema juristische Aus- und Weiterbildung in Deutschland, gemeinsam durchgeführt mit der Juristischen Fakultät Skopje

Von der Europäischen Union finanzierte Projekte

EU-Twinning-Projekt „Building of the institutional capacity of the Investigative Centres“

Zwischen Mai 2019 und Februar 2022 leitete die IRZ das EU-Twinning-Projekt zum Aufbau von Ermittlungszentren (Investigative Centres) in den Staatsanwaltschaften in Nordmazedonien. Juniorpartner in dem auf 24 Monate angelegten Projekt mit einem Budget von 1 Million Euro ist das kroatische Justizministerium.

Im Einklang mit aktuellen Reformbestrebungen der Regierung Nordmazedoniens war das Ziel des Projekts, die nationalen Behörden im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption zu unterstützen und ihre Kompetenzen durch die Einrichtung von gemeinsamen Ermittlungszentren an den Staatsanwaltschaften in Skopje, Kumanovo und Tetovo zu stärken.

- Mediation, its promotion and significance in the acceleration of proceedings
- Techniques for preparing judgements
- Judicial and prosecutorial ethics
- Preparing and conducting an oral hearing and promoting settlements – training based on the IRZ educational film.
- Internal workshop and public panel discussion in hybrid format with the Federal Chamber of Notaries and the Chamber of Notaries of North Macedonia on the role of the notaries' office in the prevention of money laundering and on counter-terrorism

Criminal and Penitentiary Law

- Legislative advice on reforming the Criminal Code and the Code of Criminal Procedure in area of the confiscation of assets

Basic and Further Training

- Online event for German-speaking young lawyers on the topic of basic and further training in law in Germany, held jointly with the Faculty of Law in Skopje

Projects funded by the European Union

EU Twinning Project “Building of the Institutional Capacity of the Investigative Centres“

IRZ was in charge of the EU Twinning project to establish investigative centres in the public prosecutor's offices of North Macedonia between May 2019 and February 2022. The Croatian Ministry of Justice is the junior partner in this project, which is endowed with a budget of €1 million and is scheduled to run for 24 months.

In line with current reform efforts by the government of North Macedonia, the project aimed to support national authorities in the fight against organised crime and corruption and to build their competencies through the establishment of joint investigation centres at the public prosecutor's offices in Skopje, Kumanovo and Tetovo.

Nordmazedonien

North Macedonia

Teilnehmende der Online-Schulung „Techniken des Verfassens von Urteilen“.

Participants at the online training event “Techniques for Preparing Judgments”.



Zentrale Komponenten waren dabei die Verbesserung von Organisationsstrukturen und Arbeitsabläufen, die Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Staatsanwaltschaft, Polizei, Zoll und Steuerfahndung sowie die Vernetzung der Behörden. Zudem verfolgte das Projekt erfolgreich die Intensivierung der Zusammenarbeit der Behörden auf nationaler und internationaler Ebene (Rechtshilfe).

The key components in this context were improvement of organisation structures and workflows, further training for employees of the public prosecutor's offices, police officers, customs officials and tax investigators and the establishment of inter-agency networks. Moreover, the project successfully sought to intensify cooperation between the agencies at national and international level (judicial assistance).

Das Expertenteam der IRZ erstellte gemeinsam mit den mazedonischen Partnern Analysen der Lage vor Ort und skizzierte rechtliche Rahmenbedingungen der zu errichtenden Zentren. Kooperationsvereinbarungen wurden mit den beteiligten nationalen Behörden und Ministerien vorbereitet und Beratungen zum personellen Aufbau und zur technischen Ausstattung der Investigative Centres durchgeführt.

The IRZ expert team prepared analyses of the situation on the ground together with partners from North Macedonia and outlined the legal framework for the envisaged centres. Cooperation agreements were prepared with the relevant national authorities and ministries, and consultations were held on the staffing and technical equipment required for the investigative centres.

Im Rahmen des Projekts wurden zahlreiche Schulungen zu Themen wie Finanzermittlungen, Straftaten im öffentlichen Auftragswesen, Beschlagnahme von Vermögenswerten und Zeugenschutz – pandemiebedingt zum Teil online – durchgeführt. Die Expertinnen und Experten der IRZ sowie die nordmazedonischen Partner zeigten dabei bemerkenswerte Flexibilität und Anpassungsbereitschaft, um diese Veranstaltungen gemeinsam realisieren zu können.

Included in the project was the organisation of numerous training courses on topics such as financial investigations, public procurement offences, asset seizure and witness protection – some of which were conducted online due to pandemic-related restrictions. The IRZ experts and their partners from North Macedonia showed remarkable flexibility and adaptability to hold these events together.

Auch wurden Studienbesuche in Kroatien organisiert, um bewährte Verfahren auszutauschen und die guten internationalen Arbeitsbeziehungen zu festigen, die sich aus der Projektdurchführung ergeben haben.

Study trips to Croatia were organised as well to share experience on proven methods and to strengthen the good international working relationships that emerged from the project work.

Der Erfolg des Projekts, das alle gesteckten Ziele und Leistungsindikatoren umfänglich erreicht hat, wurde auf einer Abschlussveranstaltung im Februar 2022 gefeiert. Die gute Zusammenarbeit zwischen der IRZ und den Ermittlungszentren führte auch zu nachhaltigen Arbeitsbeziehungen zwischen den am Projekt beteiligten deutschen Expertinnen und Experten und ihren mazedonischen Kolleginnen und Kollegen.

The success of the project, which achieved all of its defined targets and performance indicators in full, was celebrated at a closing event in February 2022. The positive cooperation between IRZ and the investigation centres also yielded sustainable working relationships between the German experts involved in the project and their Macedonian colleagues.

EU-Twinning-Projekt „Support to the Implementation of the Modernised Data Protection Legal Framework“

EU Twinning project “Support to the Implementation of the Modernised Data Protection Legal Framework“

Das Twinning-Projekt zum Datenschutz in Nordmazedonien begann im ersten Quartal 2021, wurde gemeinsam mit und unter Federführung der kroatischen Datenschutzbehörde (Agencija za zaštitu osobnih podataka, AZOP) durchgeführt und im Oktober 2022 erfolgreich abgeschlossen. Die Partnerinstitution für das Twinning-Projekt war die Agentur für den Schutz personenbezogener Daten Nordmazedoniens (Personal Data Protection Agency, PDPA).

The Twinning project on data protection in North Macedonia got under way in the first quarter of 2021, was implemented jointly with and under the auspices of the Croatian Personal Data Protection Agency (Agencija za zaštitu osobnih podataka, AZOP) and was brought to a successful conclusion in October 2022. The Personal Data Protection Agency of North Macedonia (PDPA) was the partner institution in this Twinning project.

Das Twinning-Projekt konzentrierte sich auf das Ziel, den Schutz der Grundrechte und das nationale System zum Schutz personenbezogener Daten in der Republik Nordmazedonien gemäß den Standards des Acquis communautaire der Europäischen Union weiterzuentwickeln. Dabei sollte die Leistung der mazedonischen Datenschutzbehörde bei der Umsetzung des modernisierten Datenschutzrahmens durch die Stärkung der institutionellen Kapazitäten und der Leistungsfähigkeit des Personals sowie durch den Ausbau des rechtlichen und regulatorischen Rahmens und durch die Erweiterung des öffentlichen Bewusstseins für den Datenschutz verbessert werden.

Das Projekt bestand aus den folgenden drei Komponenten: Für Komponente 1 – für die die IRZ federführend war – erarbeiteten die Expertinnen und Experten Leitlinien für die Umsetzung des neuen Datenschutzgesetzes, Standardarbeitsanweisungen für das Personal der PDPA und eine Methodik für die Harmonisierung von sektoralen Regelungen. Deutsche Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundesministerium der Justiz und anderen relevanten Bundesministerien, aus der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und aus den Landesämtern für Datenschutz aus Sachsen, Thüringen und Hamburg trugen zur erfolgreichen Umsetzung dieser Komponente bei.

Für Komponente 2 – für die die IRZ ebenfalls verantwortlich war – wurden Trainingsbedarfe für das Personal der PDPA und für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus relevanten staatlichen Einrichtungen ermittelt, ein modulares Trainings- und Workshop-Konzept, ein Trainingsprogramm sowie -materialien zu verschiedenen Modulen und Themen erarbeitet sowie Trainingskurse und Workshops zu den wichtigen Datenschutzaspekten durchgeführt. Deutsche Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundesministerium der Justiz und anderen relevanten Ministerien, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht sowie des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit und des Landesbeauftragten für den Datenschutz aus Sachsen, Schleswig-Holstein, Berlin und Hamburg führten die Schulungen und Workshops in 2022 sehr erfolgreich durch.

Die Komponente 3 – für die die AZOP die Federführung hatte – befasste sich mit Öffentlichkeitsarbeit. Die IRZ – mit Unterstützung eines deutschen Experten vom ITZ-Bund – wirkte an der Neukonzipierung und Verbesserung der Website der PDPA mit.

Im Oktober 2022 fand die Abschlusskonferenz des Twinning-Projekts in Skopje statt, auf der die erfolgreiche und nachhaltige Umsetzung der angestrebten Ziele sowohl vom Projektpartner als auch von der Delegation der Europäischen Union nochmals unterstrichen wurde.

Das von der IRZ eingesetzte Expertenteam aus dem Bereich Datenschutz trug zu allen drei Komponenten des Projekts erfolgreich bei.

Ausblick

Die IRZ führt auch 2023 Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für das juristische Personal und für den juristischen Nachwuchs durch und setzt sich damit für eine höhere Qualität der Rechtsanwendung ein. Außerdem soll die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsgericht ausgebaut werden, um die Schaffung eines Verfassungsgerichtsgesetzes und die Einführung einer Verfassungsbeschwerde zu fördern.

The Twinning project focused on the objective of advancing protection of fundamental rights and the national system for the protection of personal data in the Republic of North Macedonia according to the standards of the European Union *acquis communautaire*. Within this framework, the aim was to improve the performance of the Macedonian data protection agency in the implementation of a modernised data protection framework by strengthening institutional and staff capacities, by building on the legal and regulatory framework and by raising public awareness for data protection.

The project consisted of the following three components: In component 1 – which was conducted under the leadership of IRZ – the experts prepared guidelines for implementation of the new Data Protection Act, standard operating procedures for PDPA staff and a methodology for harmonisation of sectoral regulations. German colleagues from the Federal Ministry of Justice and other relevant ministries, from the Federal Financial Supervisory Authority (BaFin) and from the State Offices for Data Protection in Saxony, Thuringia and Hamburg contributed to the successful implementation of this component.

Component 2 – also completed under the auspices of IRZ – involved the identification of training requirements for PDPA staff and for staff from relevant state institutions. It included additionally the development of a modular training and workshop concept, a training programme and training materials for various modules and topics, as well as the organisation of training courses and workshops on the key areas of data protection. German colleagues from the Federal Ministry of Justice and other relevant ministries, the Federal Financial Supervisory Authority (BaFin), The Federal Commissioner for Data Protection and Freedom of Information and the State Commissioners for Data Protection and Freedom of Information in Saxony, Schleswig-Holstein, Berlin and Hamburg held the very successful training courses and workshops in 2022.

Component 3 – under the leadership of AZOP – dealt with public relations. Supported by a German expert from the ITZ-Bund – the Federal Information Technology Centre – IRZ contributed to the redesign and improvement of the PDPA website.

The final conference of the Twinning project was held in Skopje in October 2022, during which the project partner and the European Union delegation stressed once again the successful and sustainable implementation of the envisaged goals.

The team of data protection experts deployed by IRZ contributed to the success of all three project components.

Outlook

IRZ will continue to conduct basic and further training measures for legal staff and young lawyers in 2023 as a means of improving quality in the application of the law. Cooperation with the Constitutional Court will also be expanded to promote the creation of a Constitutional Court Act and the introduction of a constitutional complaint.

Name: Russische Föderation
Hauptstadt: Moskau
Bevölkerung: ca. 145,6 Millionen
Regierungssystem: Präsidentsystem, föderativer Staatsaufbau

Name: Russian Federation
Capital city: Moscow
Population: approx. 145.6 million
System of government: Presidential system; federal structures



Russische Föderation

Strategische Rahmenbedingungen

Die langjährige Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation ist aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges gegen die Ukraine bis auf Weiteres suspendiert. Eine Wiederaufnahme von Projekten mit staatlichen Stellen erscheint ausgeschlossen, solange die aktuelle Administration an der Macht ist. Die erneute Durchführung von Projekten mit der Zivilgesellschaft muss zu gegebener Zeit in enger Abstimmung mit dem Zuwendungsgeber geprüft werden.

Russian Federation

Strategic Framework

The long-standing cooperation with the Russian Federation has been suspended until further notice due to the war of aggression against Ukraine in violation of international law. A resumption of projects with state agencies appears out of the question for as long as the current administration remains in power. Any renewed pursuit of projects with civil society must be reviewed in due course in close consultation with the funding agency.

Name: Republik Sambia
Hauptstadt: Lusaka
Bevölkerung: ca. 18,3 Millionen
Regierungssystem: präsidentielle Demokratie

Name: Republic of Zambia
Capital city: Lusaka
Population: approx. 18.3 million
System of government: Presidential democracy



Sambia

Strategische Rahmenbedingungen

Im regionalen Vergleich gilt Sambia als politisch überwiegend stabil. Als präsidentielle Demokratie ist das politische System stark auf das Amt des Präsidenten ausgelegt, der zugleich Staatsoberhaupt und Regierungschef ist. Die Regierungspartei United Party for National Development (UPND) gilt als sozialliberal.

Im August 2021 wurde Hakainde Hichilema zum Präsidenten gewählt und löste seinen Vorgänger Chagwa Lungu ab. Hichilemas Wahlkampf basierte auf Reformversprechen, um die Wirtschaft anzukurbeln, die Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen, die Lebensverhältnisse zu verbessern und die Korruption zu beenden. Bereits bei seiner Antrittsrede kündigte er demokratische Reformen, eine investorenfreundliche Wirtschaftspolitik, ein besseres Schuldenmanagement und ein entschiedenes Vorgehen gegen Korruption an.

Sambia ist von einer extrem hohen Inflation und Verschuldung gezeichnet. Außerdem steht das Land vor enormen Entwicklungs Herausforderungen, wie beispielsweise sozialer Ungleichheit, verbreiteter Armut, Mangelernährung und Korruption. Die COVID-19-Pandemie verschlechterte die wirtschaftliche Situation zusätzlich. Der Wiederaufbau der Wirtschaft, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Sicherstellung der notwendigen Lebensgrundlagen für die Bevölkerung gehören zu Hichilemas Prioritäten.

Im Dezember 2022 verhandelte Sambia ein neues Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds, wird infolge dieser Übereinkunft Kredite in Höhe von rund 1,3 Milliarden US-Dollar erhalten und hat sich im Gegenzug zu strengen wirtschaftlichen Reformen, wie beispielsweise der Abschaffung von staatlichen Subventionen, verpflichtet. Außerdem plant der Präsident die Stärkung des Privatsektors und will ein investorenfreundliches Umfeld schaffen.

Zambia

Strategic Framework

The political situation in Zambia is viewed as predominantly stable in a regional comparison. As a presidential democracy, the political system strongly focuses on the office of the president, who is both head of state and head of government. The ruling UPND party is considered socially liberal.

Hakainde Hichilema was elected president in August 2021, replacing his predecessor Chagwa Lungu. Hichilema's election campaign was based on reform promises to boost the economy, restore the rule of law, improve living conditions and put an end to corruption. Already in his inaugural speech, President Hichilema announced democratic reforms, policies to attract investors, an improved debt management and a resolute crack-down on corruption.

Zambia faces extremely high inflation and debt. The government also struggles to promote the country's development, including social inequality, widespread poverty, malnutrition and corruption. The COVID-19 pandemic further exacerbated its economic woes. Reconstruction of the economy, job creation and the assurance of basic necessities for the population are among Hichilema's priorities.

Zambia negotiated a new agreement with the International Monetary Fund in December 2022 under which it will receive loans of around US\$1.3 billion. In return, the country is committed to implement strict economic reforms, including the abolition of government subsidies. The president also plans to strengthen the private sector and create an investor-friendly environment.

Präsident Hichilema setzt sich außerdem seit seiner Wahl für die Wiederherstellung der Meinungs- und Pressefreiheit ein, die die Regierung während der Amtszeit seines Vorgängers stark einschränkte. Hierzu zählt auch die Abschaffung des Straftatbestands der Präsidentenverleugnung im Jahr 2021.

Rechtspolitische Ausgangslage

Der Justizminister der neuen Regierung, Mulambo Haimbe, kündigte nach seiner Ernennung einen Gesetzes- und Verfassungsreformprozess an. Im Zuge dieser Reform schaffte Sambia im Dezember 2022 die Todesstrafe ab. Die Ernennung eines angesehenen Obersten Richters zum Präsidenten des Obersten Gerichtshofs Ende 2021 wurde als weiterer bedeutender Schritt im Rahmen der dringend benötigten Justizreformen begrüßt.

Auch im Bereich der Korruptionsbekämpfung machte Sambia Fortschritte. Die Regierung stärkte den rechtlichen und institutionellen Rahmen für die Korruptionsbekämpfung und unternahm Anstrengungen, um Bürokratie abzubauen, bürokratische Verfahren zu straffen sowie Korruptionsfälle zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen. Trotz der erzielten Fortschritte bleibt die Korruption in Sambia weiterhin ein ernstes Problem, das das Leben der Bevölkerung und ihren Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen stark beeinträchtigt. Hier setzen die Aktivitäten der IRZ schwerpunktmäßig an.

Tätigkeitsschwerpunkte 2022

Von der Europäischen Union finanziertes Projekt

Twining-Projekt „Peer-to-Peer institutional support to the Anti-Corruption Commission in Zambia“

Gemeinsam mit dem Lead-Partner HAUS (Finnish Institute of Public Management) implementiert die IRZ seit August 2021 ein Projekt zugunsten der Antikorruptionskommission (ACC) in Sambia. Insgesamt hat das Projekt eine Laufzeit von 36 Monaten und das Projektvolumen beträgt 2 Millionen Euro.

Oberstes Ziel dieses Projekts ist es, die Kapazitäten der Antikorruptionskommission in Sambia auszubauen und dadurch die Rechenschaftspflicht, Transparenz und Effektivität bei der Verwaltung der öffentlichen Ressourcen zu verbessern. Daneben zielt das Projekt darauf ab, die Arbeit des Managements und die technischen Kapazitäten der Antikorruptionskommission zu stärken sowie die Zusammenarbeit mit anderen an der Korruptionsbekämpfung beteiligten Institutionen zu optimieren.

Seit Projektbeginn wurden im Rahmen verschiedener Projektaktivitäten zur Unterstützung der Antikorruptionskommission Analysen der aktuellen Gesetze und des rechtlichen Regelwerks durchgeführt.

Darüber hinaus haben die IRZ-Experten und -Expertinnen 2022 im Rahmen der Projektimplementierung weitere Komponenten bearbeitet. So wurde beispielsweise eine externe Sicherheitsanalyse der ACC-Website durchgeführt und Korrekturmaßnahmen vorgeschlagen. Der IRZ-Experte hat Empfehlungen für die ACC-Website ausgearbeitet und diese in einem Workshop vorgestellt.

In addition, President Hichilema has also been campaigning since his election for the return to freedom of expression and freedom of the press, which the government had seriously curtailed during the tenure of his predecessor. This includes the abolition of the criminal offence of defaming the president in 2021.

Legal Policy Starting Point

The new government's Minister of Justice, Mulambo Haimbe, announced a legislative and constitutional reform process after his appointment. Zambia abolished the death penalty in December 2022 as part of these reforms. The appointment of a respected chief justice as president of the Supreme Court at the end of 2021 was welcomed as another significant step towards much-needed judicial reforms.

Zambia has made progress in combatting corruption. The government strengthened the legal and institutional framework for policy to combat corruption and made efforts to eliminate red tape, streamline bureaucratic procedures and investigate and prosecute cases of corruption. Despite this progress, corruption remains a serious problem in Zambia, which severely affects the lives of the population and their access to public services. IRZ has prioritised activities in this area.

Focus of Activity in 2022

Project funded by the European Union

Twining project "Peer-to-Peer institutional support to the Anti-Corruption Commission in Zambia"

IRZ has been implementing a project for the benefit of the Anti-Corruption Commission (ACC) in Zambia since August 2021 in cooperation with the lead partner HAUS (Finnish Institute of Public Management). The project is scheduled to run for 36 months in total and is endowed with €2 million in funding.

The primary objective of this project is to expand the capacity of the Anti-Corruption Commission in Zambia and in doing so to improve accountability, transparency and effectiveness in the management of public resources. Furthermore, the project aims to strengthen the work of the Anti-Corruption Commission's management and its technical capacities, as well as to optimise cooperation with other institutions involved in combatting corruption.

Since the beginning of the project, analyses of current laws and the legislative framework as part of various project activities in support of the Anti-Corruption Commission have been drafted.

In addition, IRZ experts worked on further components during project implementation in 2022. This included performing a security analysis of the ACC website with proposals for corrections. An IRZ expert prepared recommendations for the ACC website to present them in a workshop.

Das derzeitige System zur Registrierung und Bearbeitung von Korruptionsfällen wurde analysiert und Empfehlungen für seine Verbesserung ausgearbeitet. Außerdem wurden eine SWOT-Analyse der Verfahren zur Aufdeckung von Korruption sowie eine Analyse der bestehenden Systeme zum Schutz von Zeuginnen und Zeugen sowie Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern durchgeführt. In allen Fällen wurden Empfehlungen zur Optimierung im Einklang mit den Bedürfnissen und dem rechtlichen Rahmen der ACC ausgesprochen.

Bestehende Absichtserklärungen des ACC wurden ebenfalls analysiert und Vorschläge zur Verbesserung der Sprache und der Praktiken wurden in Form von Sachverständigengutachten abgegeben und in Workshops vorgestellt.

Ausblick

Im Jahr 2023 strebt die IRZ an, die durch die EU finanzierten Aktivitäten im Bereich der Korruptionsbekämpfung fortzusetzen und darüber hinaus weitere Projekte im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit in weiteren Rechtsbereichen umzusetzen.

Name: Republik Senegal
Hauptstadt: Dakar
Bevölkerung: ca. 16,7 Millionen
Regierungssystem:
Präsidentendemoskratie

Name: Republic of Senegal
Capital city: Dakar
Population: approx. 16.7 million
System of government: Presidential
democracy

The current system for receiving and processing corruption cases was analysed and recommendations for its improvement were prepared. Moreover, a SWOT analysis was conducted on the procedures for the detection of corruption, along with an analysis of current systems for the protection of witnesses and whistleblowers. Recommendations for optimisation were issued in all cases in line with the needs of the legal framework of the ACC.

Existing ACC Memoranda of Understanding were also analysed and suggestions for improving the wording and practices were put forward in the form of expert opinions to be presented in workshops.

Outlook

For 2023, IRZ aims to continue EU-funded activities in the area of policy to combat corruption and to implement further projects in other legal areas within the framework of bilateral cooperation.

Senegal

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Senegal hat eine lange demokratische Tradition, ist politisch gefestigt und gilt als zuverlässiger Stabilitätsanker in der westafrikanischen Region.

Im Juli 2022 fanden Parlamentswahlen statt. Die Oppositionspartei konnte starke Zugewinne verzeichnen, sodass das Parlament nun ohne absolute Mehrheit arbeitet. Die neu ernannte Regierung priorisiert weiterhin die Umsetzung eines umfangreichen Programms zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Senegals bis 2035 („Plan Sénégal Emergent“). Es sind auch Rechtsreformen eingebettet, die sich auf die Förderung der Menschenrechte, die Schaffung einer bürgernahen und effizienten Justiz, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit sowie eine Dezentralisierung der Justizverwaltung fokussieren. Dennoch bestehen trotz vieler positiver Entwicklungen große Herausforderungen (Energieknappheit, Nahrungsmittelkrisen, Bevölkerungswachstum, Arbeitslosigkeit vor allem unter jungen Menschen).



Senegal

Strategic framework

Legal Policy Starting Point

Senegal has a long democratic tradition, strong political structures and is viewed as an anchor of stability in the region of West Africa.

Parliamentary elections were held in July 2022. The opposition party recorded strong gains, which resulted in the loss of an absolute majority of the ruling party in parliament. The newly appointed government continues to prioritise the implementation of a comprehensive programme for Senegal's economic and social development until 2035 (“Plan Sénégal Emergent”). This plan includes legal reforms that focus on promoting human rights, creating a judicial system that addresses the needs of the people, strengthening the rule of law and on the decentralisation of the judicial administration. Major challenges remain despite many positive developments (energy shortages, food crises, population growth and unemployment especially among young people).



Mohamed Montasser Abidi, Projektbereichsleiter Afrika der IRZ zusammen mit Samba Diouf, stellvertretender Direktor der Strafvollzugsbehörde Senegals im Interview mit dem senegalesischen Fernsehen im Rahmen einer Veranstaltung zu psychologischer und sozialer Betreuung von Inhaftierten in Dakar.

Mohamed Montasser Abidi, IRZ Head of Section Africa with Samba Diouf, Deputy Director of the Senegalese penitentiary authority in an interview with Senegalese television during an event on psychological and social care for detainees in Dakar.



Workshop zum Thema Vermögensabschöpfung und Vermögenssicherung im Senegal.

Workshop on asset recovery and protection in Senegal.

Nach der Entdeckung von großen Erdgasvorkommen vor der Küste Senegals und Mauretaniens und angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sowie der daraus resultierenden Energieknappheit gewinnt Senegal als neuer Partner für Flüssiggas international an Bedeutung.

Following the discovery of large natural gas deposits off the coast of Senegal and Mauritania, Senegal's significance on the international stage increased recently as a new partner for liquefied gas. This is due to the energy shortages caused by the Russian war of aggression against Ukraine.

Konzeption

Die Zusammenarbeit der IRZ mit Senegal besteht seit 2019 und basiert auf einer Gemeinsamen Absichtserklärung zwischen dem Bundesministerium der Justiz und dem senegalesischen Justizministerium. Seitdem sind die Unterstützung der Reformen im Bereich des Straf- und Strafprozessrechts, der Reformen im Strafvollzug sowie die Aus- und Fortbildung von Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten sowie weiteren Justizakteuren die Kernbereiche der Zusammenarbeit mit der senegalesischen Justiz. Vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie rückten zudem Fragen der Digitalisierung der Justiz und des elektronischen Rechtsverkehrs in den Vordergrund. Ausgehend von den aktuellen Reformen im Bereich des Handels- und Wirtschaftsrechts erweiterten sich die Aktivitäten der IRZ auch auf Unterstützung und Beratung in diesem Rechtsgebiet, um die Rechtssicherheit und das Investitionsklima zu verbessern.

Overall Concept

The IRZ cooperation with Senegal was established in 2019 and is based on a Memorandum of Understanding between the German Federal Ministry of Justice and the Senegalese Ministry of Justice. Since then, core areas of cooperation with the Senegalese judiciary have included support for reforms in the area of criminal and criminal procedure law, in the penitentiary system, as well as basic and advanced trainings for judges, public prosecutors and other members of the judiciary. In addition, issues relating to digitisation of the judiciary and electronic legal correspondence came to the fore against the backdrop of the COVID-19 pandemic. Building on current reforms in the area of commercial and business law, IRZ expanded its activities to include support and advice in this legal area in order to promote legal certainty and to improve the investment climate.

Die wichtigsten Partner der IRZ in Senegal sind das Justizministerium, die Strafvollzugsbehörde und das nationale Büro für Vermögensabschöpfung.

The most important partners for IRZ in Senegal are the Ministry of Justice, the penitentiary authority and the Asset Recovery Office.

Tätigkeitsschwerpunkte 2022

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Regionalkonferenz zum Thema „Mediation in Afrika“ mit der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit und der Bundesrechtsanwaltskammer auch unter Beteiligung von Partnern aus Tunesien und mit Teilnehmenden aus Ruanda, Ghana, Tansania und Côte d'Ivoire
- Workshop zum Thema „Vermögensabschöpfung – Beschlagnahme, Verwaltung und Verwertung von Vermögenswerten“ mit dem nationalen Büro für Vermögensabschöpfung

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Workshop zum Thema „soziale und psychologische Betreuung Inhaftierter“, auch mit Bezug auf die Fachausbildung von Strafvollzugspersonal mit der senegalesischen Strafvollzugsbehörde

Ausblick

Die Aktivitäten der IRZ in Senegal werden sich auch zukünftig an der Gemeinsamen Absichtserklärung zwischen dem Bundesministerium der Justiz und dem senegalesischen Justizministerium orientieren. Thematisch konzentrieren sich die Maßnahmen auf die Bereiche des Wirtschaftsrechts, der Digitalisierung der Justiz sowie des Strafrechts und Strafvollzugs. Bei allen Projekten plant die IRZ die Einbeziehung weiterer Länder der westafrikanischen Region. Dank der regional vergleichenden Perspektive können so mögliche Synergieeffekte zwischen den Ländern geschaffen werden.

Focus of Activity in 2022

Civil and Commercial Law

- Regional conference on “Mediation in Africa” with the Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit and the German Federal Bar Association, with the involvement of partners from Tunisia and with participants from Rwanda, Ghana, Tanzania and Côte d'Ivoire
- Workshop on “Asset recovery – Seizure, administration and liquidation of assets” with the national Asset Recovery Office

Criminal and Penitentiary Law

- Workshop on “Social and psychological care of detainees”, with reference to specialised training of prison staff with the Senegalese penitentiary authority

Outlook

IRZ activities in Senegal will continue to be based on the Memorandum of Understanding between the Federal Ministry of Justice and the Senegalese Ministry of Justice. The activities will focus on the areas of commercial law, digitisation of the judiciary, criminal law and the penal system. IRZ plans to include other countries from the region of West Africa in all its projects. A comparative perspective across the region may potentially create synergy effects between the countries.

Name: Republik Serbien
Hauptstadt: Belgrad
Bevölkerung: ca. 6,9 Millionen
Regierungsform: parlamentarische Demokratie

Name: Republic of Serbia
Capital city: Belgrade
Population: approx. 6.9 million
System of government: Parliamentary democracy



Serbien

Serbia

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Serbien stellte am 22. Dezember 2009 einen EU-Beitrittsantrag, im Juni 2013 traf der Europäische Rat die Entscheidung, die Beitrittsverhandlungen mit Serbien zu eröffnen. Diese begannen am 21. Januar 2014, bereits im Juli 2016 wurden die Verhandlungskapitel 23 (Justiz und Grundrechte) und 24 (Recht, Freiheit und Sicherheit) im Rahmen der Verhandlungsgespräche eröffnet. Auch heute sieht die Europäische Union noch einen hohen Anpassungsbedarf in den Bereichen Judikative und Grundrechte sowie Recht, Freiheit und Sicherheit.

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Serbia applied for EU membership on 22 December 2009, and the European Council reached the decision to open accession negotiations in June 2013. They began on 21 January 2014, and Chapters 23 (Judiciary and Fundamental Rights) and 24 (Justice, Freedom and Security) were officially opened in July 2016 as part of the EU negotiation talks. The European Union continues to believe that significant alignment will be necessary in the areas of the judiciary and fundamental rights, as well as justice, freedom and security.

Im April 2022 fanden in Serbien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt, bei denen der amtierende Präsident und seine Regierungspartei im Amt bestätigt wurden. Die Koalitionsverhandlungen dauerten – auch aufgrund außenpolitischer Herausforderungen – bis Ende des Jahres an.

Angesichts der Spannungen zwischen Serbien und dem Kosovo vermitteln der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) und Deutschland.

Konzeption

Die IRZ unterstützt seit 2000 Serbien auf dem Weg in die Europäische Union im Sinne der Westbalkan-Strategie. Bei den mit Mitteln des Bundesministeriums der Justiz und des Auswärtigen Amtes geförderten Projekten liegt der Fokus auf einer effektiven Gesetzesanwendung nach rechtsstaatlichen Grundsätzen sowie europarechtlichen Vorgaben. Die IRZ betont dabei die Bedeutung einer klaren Orientierung an kontinental-europäischen Rechtsgrundsätzen und Modellen, um hybride Lösungen zu verhindern. Außerdem stärkt sie die Zusammenarbeit zwischen Juristinnen und Juristen aus Serbien und der gesamten Region.

Zu den Partnern der IRZ gehören das Justizministerium, das Verfassungsgericht, die juristischen Fakultäten der Universitäten Belgrad, Novi Sad und Kragujevac, die Richtervereinigung Serbiens, die Deutsch-Serbische Wirtschaftskammer, das Institut für Rechtsvergleichung sowie die Nicht-regierungsorganisation „InfoPark“.

Tätigkeitsschwerpunkte 2022

Verfassungsrecht/Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Regionalforum zu Teilhaberechten – soziale und ökonomische Rechte von Flüchtenden mit Nichtregierungsorganisationen aus Nordmazedonien, Bosnien und Herzegowina sowie Serbien
- Herausgabe des Zwei-Jahresbuchs für Verfassungsrecht 2020–2021

Rechtspflege

- Konferenz mit der Richtervereinigung Serbiens zur dienstlichen Beurteilung von Richterinnen und Richtern sowie Disziplinarverfahren
- Praxisseminar mit der Deutsch-Serbischen Wirtschaftskammer (AHK) und der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e. V. (DIS) zu praktischen Fragen der Anwendung von Legal Tech, unter anderem im Bereich der Schiedsgerichtsbarkeit
- Herausgabe der Zeitschrift „Kontinentales Recht – Zeitschrift für nachhaltige und zweckmäßige Rechtsentwicklung“ (Kontinentalno pravo – KoPra) und Konferenz anlässlich der Veröffentlichung der Zeitschrift

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Vorstellung der Übersetzung des deutschen Strafgesetzbuchs und der deutschen Strafprozessordnung sowie Vortrag zur Gefahr hybrider Kodifikationen im Rahmen der regionalen Strafrechtkonferenz in Zlatibor

Aus- und Fortbildung

- Begleitetes Sprachtandem für deutsche und südosteuropäische Jura-studierende mit der Juristischen Fakultät Novi Sad
- Online-Schulung mit der Justizakademie Serbiens zu den Auswirkungen des Europarechts auf das nationale Recht mit besonderer Berücksichtigung des Verbraucherschutzes

Serbia held parliamentary and presidential elections in April 2022, which confirmed the incumbent president and his ruling party in office. Coalition talks continued until the end of the year, also due to the foreign policy challenges.

The European External Action Service (EEAS) and Germany are mediating in view of the tensions between Serbia and Kosovo.

Overall Concept

IRZ has supported Serbia on its way into the EU since 2000, in keeping with the West Balkans Strategy. The focus of the project support with funding from the Federal Ministry of Justice and the Federal Foreign Office is on effective application of the law according to rule-of-law principles, as well as on the requirements of European law. In this regard, IRZ emphasises the importance of a clear orientation towards continental European legal principles and models in order to forestall hybrid solutions. It also strengthens cooperation between lawyers from Serbia and the entire region.

IRZ's partners include the Ministry of Justice, the Constitutional Court, the law faculties of the Universities of Belgrade, Novi Sad and Kragujevac, the Judges' Association of Serbia, the German-Serbian Chamber of Industry and Commerce, the Institute of Comparative Law and the non-governmental organisation InfoPark.

Focus of Activity in 2022

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Regional forum on participatory rights – social and economic rights of refugees – with non-governmental organisations from North Macedonia, Bosnia and Herzegovina and Serbia
- Publication of the Biennial Yearbook of Constitutional Law 2020–2021

Administration of Justice

- Conference with the Judges' Association of Serbia on the professional evaluation of judges and disciplinary proceedings
- Practical seminar with the German-Serbian Chamber of Industry and Commerce and the German Arbitration Institute (DIS) on practical issues concerning the use of legal tech in the area of arbitration and elsewhere
- Publication of the journal "Kontinentalno pravo - KoPra" (Continental Law – Journal for Sustainable and Expedient Legal Development) and conference to mark its publication

Criminal and Penitentiary Law

- Presentation of the translation of the German Criminal Code and the German Code of Criminal Procedure as well as talk on the dangers of hybrid codifications at the regional criminal law conference in Zlatibor

Basic and Further Training

- Accompanied language tandem for law students from Germany and south-eastern Europe with the Faculty of Law Novi Sad
- Online training with the Judicial Academy on the impact of European law on national law with special consideration of consumer law

Dekan Professor Dr. Dragana Vujčić (links) überreicht Dr. Stefan Pürner, Projektbereichsleiter Südosteuropa I der IRZ (rechts) eine Dankesurkunde.

Dean Professor Dr Dragana Vujčić (left) presents a certificate of thanks to Dr Stefan Pürner, IRZ Head of Section South Eastern Europe I (right).



- Workshop zum Thema „Warum ist das Jura-Studium in Deutschland anders?“ an der Juristischen Fakultät Kragujevac
- Kurs zum Thema „Rechtsterminologie“ für deutschsprachige Juristinnen und Juristen mit der Juristischen Fakultät in Belgrad

- Workshop on “Why is studying law different in Germany?” at the Faculty of Law in Kragujevac
- Course on “Legal terminology” for German-speaking lawyers with the Faculty of Law in Belgrade

Von der Europäischen Union finanzierte Projekte

EU-Twinning-Projekt „Protection and Enforcement of Intellectual Property Rights in Serbia“

Zwischen Februar 2019 und März 2022 unterstützte die IRZ als Juniorpartner unter Federführung des Dänischen Patent- und Markenamts (DKPTO) Serbien im Rahmen des EU-Twinning-Projekts zum Schutz des geistigen Eigentums. Das Projekt hat ein Budget von 1,5 Millionen Euro. Die Projektlaufzeit von 24 Monaten wurde auf 38 Monate verlängert, um sicherzustellen, dass alle geplanten Maßnahmen trotz der Pandemiebedingungen erfolgreich umgesetzt werden können.

Das übergeordnete Ziel des Projekts war die Unterstützung der Republik Serbien bei der Angleichung des Standards für den Schutz und die Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums an bewährte Verfahren der Europäischen Union. Zur Erreichung dieses Ziels fanden zahlreiche Maßnahmen in enger Zusammenarbeit mit dem serbischen Ministerium für Handel, Tourismus und Telekommunikation statt.

Im Rahmen der Erarbeitung eines Verfahrenshandbuchs für Online-Untersuchungen brachten die Expertinnen und Experten der IRZ ihre Fachkenntnisse mit dem Ziel ein, den nachhaltigen Aufbau von Wissen über die Untersuchung von Rechtsverletzungen des geistigen Eigentums zu stärken. Es wurden außerdem Erhebungen des Schulungsbedarfs durchgeführt und Schulungsmaterialien erstellt, die den tatsächlichen aktuellen Bedürfnissen der serbischen Fachkräfte entsprachen und mit den bewährten Verfahren der Europäischen Union übereinstimmen.

Es wurden spezifische Ausbildungsmaßnahmen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Inspektorinnen und Inspektoren, Zollbeschäftigte sowie Polizistinnen und Polizisten zur Ermittlung von Schutzrechtsverletzungen im Internet vom Expertenteam der IRZ angeboten, um die Ausbreitung von Produktpiraterie in Serbien effizient zu bekämpfen. Zu diesen Themen

Projects funded by the European Union

EU Twinning project “Protection and Enforcement of Intellectual Property Rights in Serbia“

Acting as a junior partner under the leadership of the Danish Patent and Trademark Office (DKPTO), IRZ assisted Serbia in the EU Twinning project on the protection of intellectual property between February 2019 and March 2022. The project is endowed with a budget of €1.5 million. The project term of 24 months was extended to 38 months to ensure that all planned measures can be brought to a successful conclusion, despite the pandemic-related restrictions.

The project’s overarching objective was to assist the Republic of Serbia in aligning the standard of IPR protection and enforcement with European Union best practices. Numerous measures were carried out in close cooperation with Serbian Ministry of Trade, Tourism and Telecommunications in order to achieve this objective.

IRZ experts contributed their expertise to the preparation of a manual of procedures for online investigations. The aim of these efforts was to strengthen sustainable knowledge acquisition to investigate infringements of intellectual property rights. Also included were surveys to determine training requirements and the production of training materials to meet the current and specific needs of Serbian professionals in line with European Union best practices.

IRZ experts held specialised training courses for public prosecutors, inspectors, customs officials and police officers. The courses addressed the investigation of IPR infringements on the internet as a means of efficiently fighting the spread of product piracy in Serbia. Training courses for beginners and advanced users were also conducted on these topics in order to ensure that the best practices applied in the European become firmly enshrined in the Serbian institutions.

wurden auch Schulungen für Beginnende und Fortgeschrittene durchgeführt, um die Nachhaltigkeit dieser in der Europäischen Union bewährten Verfahren in den serbischen Institutionen zu gewährleisten.

Die Expertinnen und Experten der IRZ überarbeiteten auch die Website des Ministeriums für Handel, Tourismus und Telekommunikation im Rahmen einer verbesserten Kommunikationsstrategie.

Trotz der nicht unerheblichen Hindernisse, die die Pandemie für die Durchführung der in diesem Projekt vorgesehenen Aktivitäten mit sich brachte, waren die Ergebnisse dieser internationalen Zusammenarbeit umfangreich. Die EU-Expertinnen und -Experten und die serbischen Partner zeigten bemerkenswerte Flexibilität und Engagement, um die vorgeschlagenen Ergebnisse zu erreichen. Auf der vorgezogenen Abschlussveranstaltung im Dezember 2021 in Belgrad wurde die Twinning-Zusammenarbeit als großer Erfolg gewertet.

EU-Twinning-Projekt „Reinforcement of Consumer Protection in Serbia as a Response to the New Market Challenges“

Die IRZ führt das oben genannte Projekt unter Federführung des Wirtschaftsministeriums der Slowakischen Republik durch. Es begann im Juni 2021 und hat eine geplante Laufzeit von 24 Monaten. Die staatliche Partnerinstitution, die die Twinning-Unterstützung erhält, ist das Ministerium für Handel, Tourismus und Telekommunikation der Republik Serbien.

Ziel dieses Projekts ist es, durch administrative und institutionelle Stärkung im Bereich des Verbraucherschutzes in Serbien sowohl auf die Verpflichtungen, die sich aus der EU-Mitgliedschaft ergeben, als auch auf die Herausforderungen des modernen Marktes angemessen zu reagieren. Das Projekt zielt darauf ab, die institutionellen und administrativen Kapazitäten der relevanten serbischen Akteure im Bereich des Verbraucherschutzes für den Zugang zum Binnenmarkt zu verbessern.

Eine der wesentlichen Komponenten des Projekts befasst sich mit der Verbesserung der Bestimmungen des Verbraucherschutzgesetzes und der zugehörigen Verordnungen, um sie mit den vorgegebenen EU-Direktiven und mit der Best Practice der EU-Mitgliedstaaten in Einklang zu bringen. Die durch die IRZ mobilisierten Projektextpertinnen und Projektextperten identifizierten gesetzliche Prioritäten, führten Analysen der bestehenden Gesetzgebung durch und bereiteten Gesetz- und Verordnungsentwürfe zum Verbraucherschutz vor.

Ein weiteres Projektziel besteht darin, einen Beitrag zur wirksamen rechtlichen Durchsetzung des Verbraucherschutzes im Partnerstaat zu leisten. Dies geschieht durch eine gezielte Verstärkung des institutionellen Aufbaus in Bezug auf grenzüberschreitende Fragen und eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den relevanten Institutionen im Bereich des Verbraucherschutzes.

Zusätzlich zu der Rechtskomponente leitet die IRZ auch die Komponente zur alternativen Streitbeilegung (Alternative Dispute Resolution, ADR). Neben der Erarbeitung eines Rechtsrahmens entwickelten die deutschen Projektextpertinnen und Projektextperten Schulungen und Workshops für Mediatorinnen und Mediatoren sowie ADR-Institutionen. Zudem wurden im Laufe des Jahres Schulungen an verschiedenen Standorten in Serbien

In addition, the IRZ team of experts also redesigned the website of the Ministry of Trade, Tourism and Telecommunications as part of an improved communication strategy.

This international cooperation yielded extensive results, despite the not inconsiderable pandemic-related obstacles associated with completing the activities contained in this project. The IRZ experts and the Serbian partners displayed remarkable flexibility and commitment to achieve the proposed outcomes. The Twinning cooperation was described as a huge success at the early closing event in Belgrade in December 2021.

EU Twinning project “Reinforcement of Consumer Protection in Serbia as a Response to the New Market Challenges“

IRZ is completing the above project under the auspices of the Ministry of Economy of the Slovak Republic. It got under way in June 2021 and is scheduled to run for 24 months. The state partner institution receiving the Twinning support is the Ministry of Trade, Tourism and Telecommunications of the Republic of Serbia.

This project aims to strengthen administration and institutions in the area of Serbia’s consumer protection in order to find adequate responses to both the obligations arising from EU membership and the challenges of the modern market. It therefore seeks to improve the institutional and administrative capacities of relevant Serbian actors in the field of consumer protection in regard to access to the internal market.

One of the project’s principal components is intended to improve the provisions of the Consumer Protection Act and associated regulations in order to bring them in line with the prescribed EU directives and with best practices in the EU Member States. The project experts deployed by IRZ identified legal priorities, analysed current legislation and prepared draft laws and regulations on consumer protection.

Another project objective is to contribute to the effective legal enforcement of consumer protection in the partner state. This is to be achieved by purposefully strengthening institution building in regard to cross-border issues and by improving cooperation between the relevant institutions in the field of consumer protection.

In addition to the legal component, IRZ is also in charge of the project part involving alternative dispute resolution (ADR). Besides developing a legal framework, the German project experts prepared training courses and workshops for mediators and ADR institutions. Moreover, training courses were conducted at various locations in Serbia during the year. They were aimed at establishing a functioning ADR system for consumer protection in the Republic of Serbia.

durchgeführt, um zum Aufbau eines funktionierenden ADR-Systems für den Verbraucherschutz in der Republik Serbien beizutragen.

Schließlich befasst sich das Projekt mit neuen Marktherausforderungen – wie dem Verbraucherschutz bei Online-Transaktionen – durch den Aufbau von Kapazitäten bei den relevanten Akteuren sowie die Erstellung eines Handbuchs, um die Nachhaltigkeit der Wissensverbreitung zu gewährleisten.

EU-Twinning-Projekt „Strengthened Capacities (Human and Legal) of Criminal Police Department and Special Prosecution Office for Combating High-Tech Crime and Public Awareness“

Seit Januar 2022 beteiligt sich die IRZ als Juniorpartner gemeinsam mit dem Slowenischen Innenministerium und unter der Federführung von Österreich (Bundesministerium für Finanzen) an der Umsetzung des Projektes mit einer Laufzeit von 18 Monaten und einem Budget von 1 Mio. Euro.

Zwei thematische Schwerpunkte bilden das Grundgerüst des Projektes: zum einen der Ausbau der Leistungsfähigkeiten der Strafverfolgungsbehörden und der Sonderstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung von Cybercrime, zum anderen die Stärkung des rechtlichen und institutionellen Rahmens zur Bekämpfung der Internetkriminalität. Das Projekt zielt darauf ab, die vorhandenen Strukturen nachhaltig auszubauen und zu festigen.

Bei den ersten Einsätzen hat das IRZ-Expertenteam Bedarfserhebungen bei den zuständigen Kriminalpolizeidirektionen durchgeführt und die gegenwärtige Rechtslage analysiert. In einem nächsten Schritt werden daraus konkrete Handlungsempfehlungen abgeleitet, die im Rahmen von Trainings und Workshops vor Ort vermittelt werden.

Innerhalb der ersten Komponente richten sich diese Aktivitäten an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Polizeibehörden, um den Umgang mit Fällen von Cyberkriminalität zu verbessern. Durch eine gezielte Ausbildung von Trainerinnen und Trainern soll eine über das Projektende hinaus funktionierende Wissensvermittlung sichergestellt werden. Daneben spielt die Sensibilisierung der Öffentlichkeit eine wichtige Rolle. Dazu werden Trainings und Workshops für Kinder und Erziehungsberechtigte sowie für Lehrkräfte organisiert, die sich mit der Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet befassen. Handbücher und Werbematerialien ergänzen diese Maßnahme.

Auch für die Justizakademie wird der Lehrplan analysiert und überarbeitet, um das Thema Cyberkriminalität künftig einzubeziehen.

Im Rahmen der zweiten Komponente werden die aktuelle Gesetzgebung und der geltende Rechtsrahmen in Serbien überprüft. Auf dieser Grundlage werden Empfehlungen für Änderungen ausgearbeitet, die darauf abzielen, diese mit den EU- und internationalen Standards in Einklang zu bringen. Eine Reihe einschlägiger Verordnungen zur Bekämpfung der Cyberkriminalität und damit zusammenhängender Straftaten wird zur Änderung vorbereitet.

Finally, the project also addresses new market challenges – such as consumer protection in online transactions – by means of capacity building among relevant actors and the issue of a manual to ensure the sustainability of knowledge acquisition.

EU Twinning project “Strengthened Capacities (Human and Legal) of Criminal Police Department and Special Prosecution Office for Combating High-Tech Crime and Public Awareness“

Acting as a junior partner together with the Slovenian Ministry of the Interior and under the leadership of Austria (Federal Ministry of Finance), IRZ has been involved in the implementation of the project since January 2022. It is scheduled to run for 18 months and is endowed with a budget of €1 million.

The project builds on two thematic priorities: firstly to expand the capabilities of law enforcement agencies and the Specialised State Prosecutor’s Office to fight Cybercrime, and secondly to strengthen the legal and institutional framework to combat cybercrime. The project aims to sustainably expand and reinforce current structures.

As part of the initial deployments, the IRZ expert team performed needs assessments with the competent criminal police directorates and analysed the current legal situation. The results will be used in a first step to derive recommended courses of action that will be taught during on-site training courses and workshops.

Within the first component, these activities address the needs of staff in the police authorities and are intended to improve the handling of cybercrime. Targeted train the trainer courses will ensure that the transfer of knowledge continues beyond the end of the project. Public awareness raising is another key element of the project. This includes the organisation of training courses and workshops for children, legal guardians and teachers who are involved in the fight against child sexual abuse on the internet. Manuals and advertising materials round off this measure.

The curriculum at the Judicial Academy is also being analysed and revised to address the topic of cybercrime going forward.

The second component will review current legislation and the applicable legal framework in Serbia. Recommendations for amendments will be developed on this basis with the aim of bringing them in line with EU and international standards. A number of relevant ordinances to combat cybercrime and associated offences are being prepared for amendment.

Ausblick

Erschwert wird die Zusammenarbeit mit offiziellen Stellen in Serbien dadurch, dass das Land keinerlei Sanktionen gegen Russland verhängt hat und sich somit nicht an der gemeinsamen Reaktion der EU-Staaten auf den Angriff auf die Ukraine beteiligt. Deshalb wird sich die IRZ bei ihren Aktivitäten auf die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen sowie auf die Kapitel 23 und 24 der EU-Beitrittsverhandlungen und die Westbalkan-Strategie der Europäischen Union konzentrieren.

Außerdem soll die Zusammenarbeit mit Institutionen und einzelnen nationalen Experteninnen und Experten, die sich der kontinentaleuropäischen Rechtstradition sowie der Erforschung des deutschen Rechts und seiner Rezeption widmen, kontinuierlich gestärkt werden. Eine Schwerpunktzielgruppe stellt der juristische Nachwuchs dar.

Outlook

Cooperation with official offices in Serbia is made more complicated by the fact that the country has not imposed any sanctions against Russia and is therefore not participating in the joint response of EU states to the attack on Ukraine. IRZ will therefore focus its activities on cooperation with non-governmental organisations as well as on Chapters 23 and 24 of the EU accession negotiations and the Western Balkans Strategy of the European Union.

In addition cooperation with institutions and individual national experts committed to the continental European legal tradition and to the study of German law and its reception will also be expanded continuously. Young legal professionals represent a priority target group.

Name: Republik Türkei
Hauptstadt: Ankara
Einwohnerzahl: ca. 85 Millionen
Regierungssystem: Republik/
Präsidialsystem

Name: Republic of Turkey
Capital city: Ankara
Population: approx. 85 million
System of government:
Republic/presidential system



Türkei

Turkey

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Deutschland und die Türkei verbinden äußerst vielfältige und enge Beziehungen. Aufgrund verschiedener innenpolitischer Entwicklungen seit 2013 ist eine Zusammenarbeit mit dem Land auf dem Gebiet des Rechts jedoch nach wie vor nur eingeschränkt möglich. So wurden durch die Verfassungsänderung von 2018 die Kompetenzen des Staatspräsidenten erheblich erweitert. Der Türkei-Bericht der Europäischen Kommission für das Jahr 2021 spricht von einer Bündelung der Befugnisse aufseiten der Exekutive ohne die Gewährleistung einer wirksamen Gewaltenteilung.¹ Auch die seit 2016 beobachteten Rückschritte im türkischen Justizsystem setzen sich laut Europäischer Kommission fort. So wird von einem systembedingten Mangel an Unabhängigkeit der Justiz sowie deutlichem politischem Druck auf die Richter- und Staatsanwaltschaft gesprochen. In den letzten Jahren kam es immer wieder zu Massenentlassungen im Justizwesen durch die Regierung, was die Rechtsstaatlichkeit weiter aushöhlt und die Unparteilichkeit der Justiz in der Türkei infrage stellt.²

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Germany and Turkey are connected by extremely diverse and close relations. However, cooperation with the country in the area of law has only been possible to a limited extent since 2013 due to a variety of political developments on the domestic front. Among them is the significant expansion of powers vested in the president of the republic, which was introduced with the 2018 constitutional amendment. The European Commission's Report on Turkey for 2021 describes a concentration of powers on the part of the executive without ensuring an effective separation of powers.¹ The European Commission states furthermore that regressions in the Turkish judicial system observed since 2016 have also continued. It speaks, for instance, of systemic deficiencies in the independence of the judiciary and of considerable political pressure on the judiciary and the public prosecutor's office. Recent years have seen recurring cases of the government enforcing mass dismissals in the judicial system, which have further undermined the rule of law and raised questions as to the impartiality of the judiciary in Turkey.²

1 Europäische Kommission: Wichtigste Ergebnisse des Türkei-Berichts 2021: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/QANDA_21_5282 (Abruf: 31. Januar 2023).

2 Europäisches Parlament: Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Bericht 2021 der Kommission über die Türkei: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2022-0149_DE.html (Abruf: 31. Januar 2023).

1 European Commission: Key findings of the 2021 Report on Turkey: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/QANDA_21_5282 (retrieved on 31 January 2023).

2 European Parliament: Draft resolution by the European Parliament on the Commission's 2021 Turkey Report: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2022-0149_DE.html (retrieved on 31 January 2023).

Die Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei sind ins Stocken geraten, auch wenn vertragliche Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei bereits seit vielen Jahrzehnten bestehen.³ Nichtsdestotrotz hat die Türkei ein großes wirtschaftliches sowie politisches Gewicht und ist von zentraler Bedeutung für die Stabilität in der europäischen Nachbarschaft.

Zudem spielt das Land eine wichtige Rolle im interkulturellen Dialog zwischen Europa und den Nachbarstaaten im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika. Nicht zuletzt unterstreicht die Zusammenarbeit im Zuge des EU-Türkei-Migrationspakts, welcher wichtiger Partner die Türkei für die Europäische Union ist. Aufgrund der engen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Türkei hat Deutschland ein besonderes Interesse an einer weiteren Heranführung an die Europäische Union.⁴

Die nächsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sind für das Jahr 2023 angesetzt.

Konzeption

Zwischen 2007 und 2013 kooperierte die IRZ mit ihren türkischen Partnern in vielfältigen Maßnahmen. Die Zusammenarbeit umfasste insbesondere Twinning-Projekte und Beratungen im Zusammenhang mit der türkischen Justizreformstrategie des Jahres 2009. Aufgrund der innenpolitischen Entwicklungen in der Türkei ruhte die Zusammenarbeit, bis die IRZ die Kooperation 2019 im Rahmen eines von der Europäischen Union finanzierten Projekts mit dem türkischen Justizministerium wieder aufgenommen hat. Vor dem oben dargestellten Hintergrund konnte die Zusammenarbeit mit der Türkei im Berichtsjahr nicht fortgeführt werden.

Ausblick

Inwiefern eine Zusammenarbeit im Jahr 2023 möglich sein wird, bleibt abzuwarten.

The European Union's accession negotiations with Turkey have stalled, despite the decades of contractual relations that have existed between the European Union and Turkey.³ Nevertheless, Turkey carries significant economic and political weight and is of key importance to stability in the regions surrounding Europe.

Moreover, the country plays an important role in the intercultural dialogue between Europe and neighbouring countries in the Middle East and North Africa. Last but not least, cooperation under the EU-Turkey Pact on Migration and Asylum emphasises the importance of Turkey as a partner to the European Union. Germany has a particular interest in Turkey becoming more integrated with the European Union due to its close political, cultural and economic relations with the country.⁴

The next parliamentary and presidential elections are scheduled for 2023.

Overall Concept

IRZ engaged in many kinds of cooperation with its Turkish partners from 2007 to 2013. In particular, this included Twinning projects and advice in connection with the Turkish judicial reform strategy of 2009. This cooperation was placed on hold due to domestic political developments in Turkey until IRZ resumed cooperation in 2019 as part of a project with the Turkish Ministry of Justice which was funded by the European Union. It was not possible to continue this cooperation with Turkey in the reporting year for the reasons outlined above.

Outlook

It remains to be seen whether and to what extent cooperation will be possible in 2023.

3 Vgl. Landeszentrale für politische Bildung, Baden-Württemberg: EU-Beitritt Türkei, Entwicklung im Beitrittsprozess – aktueller Stand: <https://osteuropa.lpb-bw.de/tuerkei-eu-beitritt> (Abruf: 31. Januar 2023).

4 Deutsche Botschaft in der Türkei, EU-Erweiterung: Türkei: <https://tuerkei.diplo.de/tr-de/themen/politik/-/1670418> (Abruf: 23. Februar 2023).

3 Cf. Federal Agency for Civic Education, Baden-Württemberg: EU-Beitritt Türkei, Entwicklung im Beitrittsprozess – aktueller Stand: <https://osteuropa.lpb-bw.de/tuerkei-eu-beitritt> (retrieved on 31 January 2023).

4 Deutsche Botschaft in der Türkei, EU-Erweiterung: Türkei: <https://tuerkei.diplo.de/tr-de/themen/politik/-/1670418> (retrieved on 23 February 2023).

Name: Tunesische Republik
Hauptstadt: Tunis
Bevölkerung: ca. 11,9 Millionen
Regierungssystem: semi-präsidentielles System

Name: Republic of Tunisia
Capital city: Tunis
Population: approx. 11.9 million
System of government: Semi-presidential system



Tunesien

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Tunesien befindet sich nach wie vor in einer Phase des politischen Umbruchs. Nachdem Präsident Kais Saied im Sommer 2021 das Parlament suspendierte, stimmte die tunesische Bevölkerung am 25. Juli 2022 in einem Referendum über eine neue Verfassung ab, die mit 92 Prozent der abgegebenen Stimmen angenommen wurde. Die Wahlbeteiligung lag bei etwa 30 Prozent der Wahlberechtigten.

Am 17. Dezember 2022 war die tunesische Bevölkerung zur Wahl eines neuen Parlaments aufgerufen. Die Wahlbeteiligung ging im Vergleich zur vorherigen Wahl weiter zurück. Verschiedene Oppositionsparteien hatten zum Boykott der Wahl aufgerufen. Die Rolle der politischen Parteien im neuen Wahlsystem ist deutlich abgeschwächt worden, da das Wahlrecht stark personalisiert wurde.

Diese aktuellen – auch in 2023 bislang nicht nachlassenden – politischen Entwicklungen werden mit großer Sorge beobachtet.

Sozial und wirtschaftlich führten die COVID-19-Pandemie und der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zu einer hohen Inflationsrate von zeitweise bis zu 9 Prozent, die besonders die Lebenshaltungskosten in die Höhe trieb.

Trotz der politischen Umbrüche setzte Tunesien 2022 die Reformen im Bereich der Justiz weiter fort. Das tunesische Justizministerium entwickelte einen Aktionsplan zur Reform der Justiz 2022–2025 mit Schwerpunkten auf der Modernisierung und Digitalisierung der Justiz, der Optimierung der Verfahrensdauer, der Förderung der Unabhängigkeit der Justiz sowie der Bekämpfung und Prävention von Korruption.

Konzeption

Die Zusammenarbeit zwischen der IRZ und Tunesien basiert auf der Anfang 2017 geschlossenen und im Jahr 2022 aktualisierten gemeinsamen Absichtserklärung über die rechtliche Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium der Justiz und dem Justizministerium der Republik Tunesien. Schwerpunkte dieser Vereinbarung liegen unter anderem beim Straf- und Strafprozessrecht, Gerichts Aufbau, bei der Gerichtsorganisation, der Digitalisierung der Justiz, beim Aufbau einer Wirtschaftsgeschäftsbarkeit sowie bei der Korruptionsbekämpfung.

2022 führte die IRZ auch im Rahmen der 2021 vom Auswärtigen Amt initiierten „Ta'ziz- Partnerschaft für Demokratie“ Projekte zur Unterstützung der Reformprozesse im Bereich der Rechtsstaatlichkeit in Tunesien durch.

Neben dem tunesischen Justizministerium ist auch die Generalstaatsanwaltschaft langjähriger Projektpartner der IRZ. Je nach Themenschwerpunkt sind zudem einzelne Fachbereiche der tunesischen Gerichtsbarkeit, die Anwaltskammer, der Hochschulbereich und das im Auftrag des Justizministeriums tätige Zentrum für juristische und justizielle Studien wichtige Partner der Zusammenarbeit in Tunesien.

Tunisia

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Tunisia remains in a phase of political upheaval. After President Kais Saied suspended the parliament in the summer of 2021, the Tunisian people voted in a referendum on the 25th of July 2022 on a new constitution, which was adopted with 92 percent of the votes cast. Voter turnout was around 30 percent.

The Tunisian population was called to elect a new parliament on the 17th December 2022. The turnout continued to decline compared to the previous election. Various opposition parties had called on voters to boycott the election. Electoral law has been highly personalised, which has significantly weakened the role of political parties in the new electoral system.

These current political developments – which have persisted into 2023 – are being observed with considerable concern.

From a social and economic perspective, the COVID-19 pandemic and Russia's war of aggression on Ukraine have led to a high inflation rate of up to 9 percent at times, which led to an increase of costs of living.

Tunisia continued with its reforms in the area of the judiciary in 2022, despite the political upheaval. The Tunisian Ministry of Justice developed an action plan for the reform of the judiciary for the years of 2022–2025. It prioritizes modernising and digitising the judiciary, optimising the length of proceedings, promoting the independence of the judiciary and on combatting and preventing corruption.

Overall Concept

Cooperation between IRZ and Tunisia is based on the Memorandum of Understanding on Legal Cooperation between the Federal Ministry of Justice and the Ministry of Justice of the Republic of Tunisia that was concluded in early 2017 and updated in 2022. Among other aspects, this agreement prioritises criminal law and criminal procedure law, court organisation, digitisation of the judiciary, the establishment of commercial jurisdiction and policy to combat corruption.

In 2022, IRZ also implemented a project to support the reform process in the area of the rule of law in Tunisia as part of the "Ta'ziz- Partnership for Democracy" that was initiated by the Federal Foreign Office in 2021.

Aside from the Tunisian Ministry of Justice, the General Prosecutor's Office is among the long-standing project partners of IRZ. Other important partners for cooperation in Tunisia – depending on the thematic priorities – include individual departments of the Tunisian judiciary, the National Bar Association, the university sector and the Centre of Legal and Judicial Studies (CEJJ), which works on behalf of the Ministry of Justice.

Zusätzlich zu den seit vielen Jahren kontinuierlich behandelten Schwerpunkten, wie etwa der Förderung der Unabhängigkeit der Justiz, wurden auch in diesem Jahr Themen wie die Digitalisierung und die Modernisierung der Justiz und Justizverwaltung, wie zum Beispiel der Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs, behandelt. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Reform und die Effizienzsteigerung des tunesischen Justizsektors. Die IRZ setzte auch die Beratungen zur Strafrechtsreform fort und vertiefte die Zusammenarbeit im Bereich des Wirtschaftsrechts.

Das 2018 eingerichtete Regionalbüro in Tunis unterstützt die Umsetzung der Projektaktivitäten der IRZ sowohl in Tunesien als auch in der gesamten Region Nordafrikas.

Tätigkeitsschwerpunkte 2022

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Workshop zum Thema „Schiedsgerichtsbarkeit“ mit der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS) und dem tunesischen Justizministerium, dem Zentrum für juristische und justizielle Studien und der juristischen Fakultät in Tunis
- Online-Expertengespräche zur Modernisierung des Grundbuchsystems und des Katasterwesens

Rechtspflege

- Erfahrungsaustausch zu Konzepten und Methoden der internen und externen gerichtlichen Kommunikation, zu Geschäftsabläufen und zur Ermittlung des Personalbedarfs im Sinne einer Effizienzsteigerung der Gerichtsverwaltung mit den Verwaltungsleitungen von verschiedenen Gerichten
- Workshop zum Thema „Digitalisierung der Justiz, elektronischer Rechtsverkehr und Datenschutz“ unter Beteiligung des tunesischen Justizministeriums
- Internationale Veranstaltung zum Thema „Optimierung der Verfahrensdauer und Prozessdauer“ zur Förderung der Effizienz der Justiz mit dem tunesischen Justizministerium, dem Zentrum für juristische und justizielle Studien, dem Kassationsgerichtshof und dem Immobiliengericht

Strafrecht und Strafvollzugsrecht

- Erfahrungsaustausch mit der tunesischen Strafvollzugsbehörde zur Methodik der Erstellung individueller Vollzugspläne als Grundlage zur Vorbereitung von Inhaftierten auf ihre Entlassung und für eine erfolgreiche Wiedereingliederung nach Haftentlassung als Voraussetzungen zur Senkung der Rückfallquote

Aus- und Fortbildung

- Zwei Workshops zur Konzeption und Wiedereinführung eines Fachabschlusses „Legistik“ an den juristischen Aus- und Fortbildungseinrichtungen in Tunesien mit Dozentinnen und Dozenten der Juristischen Fakultät der Universität in Tunis
- Blog für afrikanisches und deutsches Recht „IRZ Dialogue Juridique Afro-Allemand“ mit fortlaufenden Online-Publikationen in Form von Beiträgen von Autorinnen und Autoren in deutscher, arabischer und französischer Sprache zu aktuellen rechtspolitischen Themen aus den Partnerstaaten Tunesien, Marokko, Algerien, Senegal sowie aus Deutschland

In addition to priorities that have been addressed continuously for many years such as promoting the independence of the judiciary, this year IRZ has prioritised issues such as digitisation and modernisation of the judiciary and judicial administration and the expansion of electronic legal transactions. Other priorities also included reforming and increasing the efficiency of the Tunisian judicial sector. IRZ also continued its consultations on criminal law reform and deepened the cooperation in the area of commercial law.

Established in 2018, the regional office in Tunis assists with the implementation of IRZ project activities both in Tunisia and throughout the North African region.

Focus of Activity in 2022

Civil and Commercial Law

- Workshop on “Arbitration” with the German Arbitration Institute (DIS) and the Tunisian Ministry of Justice, the Centre of Legal and Judicial Studies and the Faculty of Law in Tunis
- Online penal discussion on modernising the land register system and cadastre

Administration of Justice

- Exchange of experiences with the administrative heads of various courts on concepts and methods of internal and external judicial communication, on business processes and on the determination of personnel requirements for the purpose of improving the efficiency of the court administration
- Regional online conference on “Digitisation of the judiciary, electronic legal transactions and data protection” with participation of the Tunisian Ministry of Justice
- International event on “Optimising the length of proceedings and trials” to promote the efficiency of the judiciary with the Tunisian Ministry of Justice, the Centre of Legal and Judicial Studies, the Court of Cassation and the Property Court

Criminal and Penitentiary Law

- Exchange of experiences with the Tunisian penitentiary authority on the methodology of drafting individual penitentiary plans as a basis for preparing prisoners for release and for successful reintegration following their release from prison as precondition for reducing the recidivism rate

Basic and Further Training

- Two workshops on the conception and reintroduction of a specialist qualification in “legislative studies” at the legal education and training institutions in Tunisia with lecturers from the Faculty of Law of the University in Tunis
- Blog on African and German law “IRZ Dialogue Juridique Afro-Allemand” with continuous online publications in the form of articles by authors in German, Arabic and French on current legal policy topics from the partner states of Tunisia, Morocco, Algeria and Senegal as well as from Germany.



Seminar zum Thema Reform der Justiz und Optimierung der Prozessdauer in Tunesien.

Seminar on reforming the judiciary and optimising the length of legal proceedings in Tunisia.

Teilnehmende des Seminars zur Wiedereinführung eines Fachabschlusses der „Legistik“.

Participants at the workshops on the reintroduction of a specialist qualification in "legislative studies".



Ausblick

Ausgehend vom aktuellen Reformbedarf zielen die für 2023 vorgesehenen Aktivitäten der IRZ darauf ab, die Umsetzung der Rechts- und Justizreform in Tunesien weiterhin zu unterstützen. Wichtige Themen bleiben die Zusammenarbeit in den Bereichen des Internationalen Privatrechts, des Zivil- und Strafprozessrechts, der Korruptionsbekämpfung sowie der Unabhängigkeit der Justiz.

Parallel dazu plant die IRZ für das Jahr 2023 mehrere Veranstaltungen mit den tunesischen Partnerorganisationen im Rahmen des durch das Auswärtige Amt geförderten Projekts „Unterstützung der Modernisierung der Justiz in Tunesien im Bereich Strafrecht und Gesetzgebungstechnik“.

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen bleibt abzuwarten, in welcher Form sich die Zusammenarbeit fortsetzt. Generell soll jedoch an einer Zusammenarbeit mit dem Ziel der Förderung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung festgehalten werden.

Outlook

Based on the current reform requirements, the IRZ activities planned for 2023 are aimed at continuing to support the implementation of legal and judicial reforms in Tunisia. Cooperation in the areas of private international law, civil and criminal procedure law, policy to combat corruption and the independence of the judiciary will remain important issues.

At the same time, IRZ is planning several events with the Tunisian partner organisations in 2023. They will be a component of the project "Support for the modernisation of the judiciary in Tunisia in the area of criminal law and legislation techniques", which is funded by the Federal Foreign Office.

It remains to be determined how the cooperation can be continued considering the current political developments. Nevertheless, the aim is to maintain the cooperation, with the purpose of promoting the rule of law and democratisation.

Name: Ukraine
Hauptstadt: Kiew
Bevölkerung: ca. 42 Millionen
Regierungssystem: parlamentarisch-präsidentiales System

Name: Ukraine
Capital city: Kyiv
Population: approx. 42 million
System of government: Parliamentary-presidential system



Ukraine

Strategische Rahmenbedingungen

Das Schicksal der Ukraine hat sich seit dem 24. Februar 2022 mit dem völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg dramatisch verändert. Schon bald nach Kriegsbeginn meldeten sich die ersten ukrainischen Partnerinstitutionen bei der IRZ mit der Bitte, die bewährte Zusammenarbeit fortzuführen. So konnten auch im Berichtsjahr trotz schwieriger Rahmenbedingungen zahlreiche Beratungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Rechtspolitische Ausgangslage

Wenige Tage nach Kriegsbeginn, am 28. Februar 2022, reichte die Ukraine ihr EU-Beitrittsgesuch beim Europäischen Rat ein, der ihr am 23. Juni 2022 den EU-Beitrittskandidatenstatus verlieh. Wichtige Schritte werden im Zuge der anstehenden EU-Rechtsharmonisierung unter anderem die Reformierung des Auswahlverfahrens für Verfassungsrichterninnen und Verfassungsrichter sowie die weitere Reformierung des Höchsten Rates der Rechtsprechung und des Höchsten Richterqualifikationsausschusses sein. Letztere ist besonders dringlich, damit die Besetzung der über 2.500 vakanten Richterstellen fortgeführt werden kann.

Ein zentrales Moment der Reformen wird auch weiterhin in der Korruptionsbekämpfung liegen. Nach langer Vakanz ist die Ernennung des neuen Direktors der Antikorruptionsstaatsanwaltschaft im Berichtsjahr erfolgt, die Ernennung einer neuen Leitung des Nationalen Antikorruptionsbüros folgte im März 2023. Mitte Juni 2022 unterzeichnete der Präsident das lange erwartete Verwaltungsverfahrensgesetz der Ukraine, das am 17. Februar 2022 verabschiedet worden war und am 15. Dezember 2023 in Kraft treten wird. Die Reform des Zivilgesetzbuchs der Ukraine wurde trotz des Kriegs kontinuierlich weitergeführt.

Konzeption

Die im Berichtsjahr ausschließlich aus den Zuwendungen des Bundesministeriums der Justiz finanzierten Beratungen führte die IRZ dank erprobter virtueller Formate auch trotz des Kriegs fort. Einen Schwerpunkt bildeten dabei die Fachgespräche zur Reform des Zivilgesetzbuchs der Ukraine mit der Arbeitsgruppe des Parlaments. Nach wie vor intensiv ist der fachliche Austausch mit der Verwaltungsgerichtsbarkeit, dies nun auch im Zusammenhang mit Beratungen zur Implementierung des Verwaltungsverfahrensgesetzes, das auch für die Korruptionsbekämpfung eine wichtige Rolle spielt. Einen Tag vor Kriegsbeginn konnte die IRZ erstmals eine Fortbildungsmaßnahme für Richterinnen und Richter des Hohen Antikorruptionsgerichts durchführen.

Gegen Ende des Berichtsjahrs wurde durch Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann und den ukrainischen Minister der Justiz Denis Malyska ein aktualisiertes Arbeitsprogramm zur Gemeinsamen Erklärung des Bundesministeriums der Justiz und des Justizministeriums der Ukraine unterzeichnet, das unter anderem eine Zusammenarbeit zur EU-Rechtsharmonisierung vorsieht.

Auch die Gerichtspartnerschaften zwischen dem Berufungsgericht Kiew und dem Oberlandesgericht Oldenburg sowie zwischen dem Berufungsverwaltungsgericht Lviv und dem Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht in Lüneburg setzte die IRZ fort.

Ukraine

Strategic Framework

The fate of Ukraine has changed dramatically since Russia unleashed its war of aggression in contravention of international law on 24 February 2022. The first Ukrainian partner institutions made contact with IRZ shortly after the start of the war, requesting that the proven cooperation should continue. Numerous advisory measures have therefore been implemented in the reporting year, despite the difficult circumstances.

Legal Policy Starting Point

Ukraine submitted its EU accession application to the European Council on 28 February 2022, just a few days after the war began. The Council granted EU accession candidate status on 23 June 2022. Important steps in the course of the upcoming EU legal harmonisation process will include, among other things, reform of the selection procedure for constitutional judges as well as continued reform of the High Council of Justice and the High Qualification Commission of Judges. The latter is particularly urgent so that recruitments to the over 2,500 vacant judges' positions can continue.

Policy to combat corruption will remain a cornerstone of the reform efforts. A new director of the Anti-Corruption Prosecutor's Office was appointed in the reporting year after a prolonged period of vacancy, the appointment of a new head of the National Anti-Corruption Bureau followed in March 2023. The president signed Ukraine's long-awaited Administrative Procedure Act in mid-June 2022, which was adopted on 17 February 2022 and will enter into force on 15 December 2023. Reforms of the Ukrainian Civil Code have continued unabated, despite the war.

Overall Concept

Despite the war, IRZ drew on its experience with virtual formats to continue the consultations during the reporting year, which were financed exclusively by grants from the Federal Ministry of Justice. Expert talks with the Parliamentary Working Group on reforms of the Civil Code of Ukraine were among the priorities. The professional exchange with the administrative courts remains intensive and now includes consultations on the implementation of the Administrative Procedure Act, which is an important aspect in policy to combat corruption as well. IRZ was able to conduct the first further training event for judges of the High Anti-Corruption Court just one day before the start of the war.

An updated work programme on the Joint Declaration of the Federal Ministry of Justice and the Ministry of Justice of Ukraine was signed by Federal Minister of Justice Dr Marco Buschmann and the Ukrainian Minister of Justice Denis Malyska towards the end of the reporting year, which, among other things, provides for cooperation on EU legal harmonisation.

IRZ also continued the court partnerships between the Kyiv Court of Appeal and the Oldenburg Higher Regional Court, as well as between the Lviv Administrative Court of Appeal and the Lower Saxony Higher Administrative Court in Lüneburg.



Ukrainische Teilnehmende bei dem deutsch-ukrainischen verfassungsrechtlichen Online-Fachgespräch am 3. und 4. November 2022; Professor Serhiy Holovaty, amtierender Präsident des Verfassungsgerichts der Ukraine (4. v. links; Foto: Verfassungsgericht der Ukraine).

Ukrainian participants at the German-Ukrainian online expert talk on constitutional law on 3 and 4 November 2022; Professor Serhiy Holovaty, Acting Chief Justice of the Constitutional Court of Ukraine (4th from the left; photo: Constitutional Court of Ukraine).

Tätigkeitsschwerpunkte 2022

Verfassungsrecht/Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Mitwirkung bei der Fachkonferenz des Verfassungsgerichts der Ukraine zu dessen Rolle auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft der Ukraine
- Online-Fachgespräch mit dem Verfassungsgericht der Ukraine unter anderem zur Vollstreckung verfassungsgerichtlicher Entscheidungen und zum Auswahlverfahren von Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichtern

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Begutachtung der Konzeption der Reform des Zivilgesetzbuchs der Ukraine
- Online-Rundtischgespräch I zur Reform des Zivilgesetzbuchs der Ukraine (Gegenstände des Zivilrechts)
- Online-Rundtischgespräch II zur Reform des Zivilgesetzbuchs der Ukraine (Juristische Personen)
- Online-Rundtischgespräch III zur Reform des Zivilgesetzbuchs der Ukraine (Rechtsgeschäfte und Verträge)

Öffentliches Recht

- Mitwirkung bei den „V. Tagen der ukrainischen Verwaltungsgerichtsbarkeit“ mit dem Revisionsverwaltungsgericht des Obersten Gerichts (zu steuerrechtlichen Streitigkeiten)
- Online-Fachgespräch mit dem Revisionsverwaltungsgericht des Obersten Gerichts zum Thema „Verwaltungsgerichtsbarkeit unter besonderen Bedingungen wie Krieg oder Pandemie“
- Mitwirkung an Online-Konferenz mit dem Revisionsverwaltungsgericht des Obersten Gerichts zum Thema „Die Rolle der Verwaltungsgerichtsbarkeit beim Grundrechtsschutz unter Kriegsbedingungen“
- Mitwirkung an zwei Hybrid-Fortbildungen für ukrainische Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter zur Implementierung des Verwaltungsverfahrensgesetzes der Ukraine in Lviv und Vinnytsa
- Online-Fachgespräch des Berufungsverwaltungsgerichts Lviv mit dem Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht

Focus of Activity in 2022

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Participation in the expert conference of the Constitutional Court of Ukraine on its role on the road to Ukraine's EU membership
- Online expert talk with the Constitutional Court of Ukraine on the enforcement of constitutional court decisions and the selection procedure for constitutional judges, among other things

Civil and Commercial Law

- Review of the conception of the reform of the Civil Code of Ukraine
- Online round table discussion I on reform of the Civil Code of Ukraine (objects of civil law)
- Online round table discussion II on reform of the Civil Code of Ukraine (legal entities)
- Online round table discussion III on reform of the Civil Code of Ukraine (legal transactions and contracts)

Public Law

- Participation in the “Vth Days of Ukrainian Administrative Court Jurisdiction” with the Administrative Cassation Court within the Supreme Court (on tax disputes)
- Online expert talk with the Administrative Cassation Court within the Supreme Court on the topic of “Administrative court jurisdiction in special circumstances such as wars or pandemics”
- Participation in the online conference with the Administrative Cassation Court within the Supreme Court on “The role of administrative court jurisdiction in the protection of fundamental rights under wartime conditions”
- Participation in two hybrid further training courses in Lviv and Vinnytsa for Ukrainian administrative judges on the implementation of the Administrative Procedure Act of Ukraine
- Online expert talk between the Lviv Administrative Court of Appeal and the Lower Saxony Higher Administrative Court

Martin Steinkühler, Richter am Bundesverwaltungsgericht (links) während der Online-Richterfortbildung zur Implementierung des ukrainischen Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Berufungsverwaltungsgericht Vinnytsa.

Martin Steinkühler, Judge at the Federal Administrative Court (left), during the online training for judges of the Administrative Court of Appeal, Vinnytsa, on the implementation of the Administrative Procedure Act.



Rechtspflege

- Teilnahme des Präsidenten des Berufungsgerichts Kiew an der „VII. Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Oberlandesgerichte der Europäischen Union“ in Innsbruck
- Online-Fachgespräch des Berufungsgerichts Kiew mit dem Oberlandesgericht Oldenburg
- Mitwirkung an Online-Konferenz der Nationalen Richterschule der Ukraine zum System der Richterfortbildung

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Mitwirkung an multilateraler Richterfortbildung der Nationalen Richterschule für das Hohe Antikorruptionsgericht der Ukraine

Aus- und Fortbildung

- Forschungsaufenthalt einer Absolventin des Begleitstudiums zum deutschen Recht an der Nationalen Iwan-Franko-Universität Lwiw in München (LMU)

Ausblick

Es ist zu hoffen, dass der gegen die Ukraine geführte Krieg baldmöglichst endet. Vor dem Hintergrund des an die Ukraine verliehenen EU-Beitrittskandidatenstatus wird die EU-Rechtsharmonisierung zukünftig im Mittelpunkt der Beratungen stehen. Zudem soll die Funktion des Verfassungsgerichts als unabhängiger Hüter der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden. Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt wird die Korruptionsbekämpfung sein. Die diesbezüglich relevanten Institutionen wird die IRZ weiter unterstützen. Zudem wird die Implementierung des im Berichtsjahr verabschiedeten und Ende 2023 in Kraft tretenden Verwaltungsverfahrensgesetzes einen Schwerpunkt der Zusammenarbeit bilden. Die Beratungen zur Reform des Zivilgesetzbuchs der Ukraine führt die IRZ fort, um somit langfristig auch die Bedingungen für ein gutes Investitionsklima zu erhöhen, das für einen Wiederaufbau sehr wichtig sein wird.

Administration of Justice

- Participation by the president of the Kyiv Court of Appeal in the “VII Conference of Presidents of the Higher Regional Courts of the European Union” in Innsbruck
- Online expert talk between the Kyiv Court of Appeal and the Oldenburg Higher Regional Court
- Participation in the online conference of the National School of Judges of Ukraine concerning the further training system for judges

Criminal and Penitentiary Law

- Participation in multilateral further training of judges at the National School of Judges for the High Anti-Corruption Court of Ukraine

Basic and Further Training

- Research stay in Munich (LMU) by a graduate of supplementary studies of German law at the National Ivan Franko University of Lviv

Outlook

It can only be hoped that the war on Ukraine will end as soon as possible. In view of the EU accession candidate status granted to Ukraine, EU legal harmonisation will be the focus of consultations going forward. Furthermore, the function of the Constitutional Court as an independent guarantor of fundamental rights and the rule of law will be strengthened. Policy to combat corruption will be another important priority. IRZ will continue to support the institutions that are relevant to these efforts. Another priority in the cooperation will be implementation of the Administrative Procedure Act, which was passed during the reporting year and will enter into force at the end of 2023. IRZ will continue its consultations on reform of the Civil Code of Ukraine. This will improve the conditions for a positive investment climate in the long term, which will be a very important factor for reconstruction.

Name: Republik Usbekistan
Hauptstadt: Taschkent
Bevölkerung: ca. 34,6 Millionen
Regierungssystem: Präsidentsystem
mit Zweikammerparlament

Name: Republic of Uzbekistan
Capital city: Tashkent
Population: approx. 34.6 million
System of government: Presidential
system with bicameral parliament



Usbekistan

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Usbekistan hat 2022 aufgrund seiner geopolitischen Lage in Zentralasien anlässlich des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine an Aufmerksamkeit gewonnen. Aus europäischer Sicht sollten – angesichts der weltweiten Krisenentwicklung – die Möglichkeiten einer stärkeren Orientierung Usbekistans an westlichen Staaten zum Wohle sicherheitspolitischer Interessen in der Region ausgelotet werden.

Dabei spielt das wirtschaftliche Wachstumspotenzial in Usbekistan eine gewichtige Rolle. Seit 2020 verzeichnet das Land trotz pandemiebedingter Belastungen nennenswertes Wachstum, auch im Handelsvolumen mit Deutschland. Die so eröffneten Perspektiven ziehen den Bedarf an Entwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen nach sich.

Gleichzeitig erfordern die anhaltenden Reformen eine institutionelle Anpassung gewachsener Strukturen auf verschiedenen Ebenen – angesichts der Dynamik sind dies weiterhin große Herausforderungen. Dies gilt auch für den Rechts- und Justizbereich. So brachte die politische Führung auf breiter Basis Ansätze zur Prävention und zur Bekämpfung der Korruption auf den Weg. In der Justiz wird zugunsten von Transparenz daran gearbeitet, die Auswahl, die Qualifizierung und das Disziplinarrecht der Richterschaft zu entwickeln.

Konzeption

Die IRZ als langjähriger Partner für die rechtliche Zusammenarbeit bringt sich in unterschiedlicher Weise in den laufenden Transformationsprozess ein und zählt das Justizministerium, die Generalstaatsanwaltschaft und deren Akademie, den Höchsten Richterrat mit der Richterakademie, die Staatliche Juristische Universität und andere Institutionen zu ihren Partnern. Dabei stehen die Kooperationspartner zur Verwirklichung der Reformschritte häufig unter Druck, unter engen zeitlichen Vorgaben dauerhaft tragende Lösungen vorzulegen. Der Wille, dazu qualifizierte rechtliche Ansätze zu entwickeln, eint die IRZ in der Zusammenarbeit mit ihren Partnern.

So wurden dem Thema Korruptionsbekämpfung und -prävention 2022 zwei Maßnahmen gewidmet: im März 2022 richtete die IRZ in Taschkent eine Konferenz zu Korruptionsbekämpfung und Präventionsstrategien aus. Als Partner vor Ort fungierte die Generalstaatsanwaltschaft, die zahlreiche Mechanismen installiert, neue Instrumente eingeführt, Regelwerke angepasst und strukturelle Änderungen in der öffentlichen Verwaltung umgesetzt hat. Die Tagung war gekennzeichnet durch lebhaften fachlichen Austausch, bei dem die Teilnehmenden neben Fragen zur Ermittlung und Verfolgung von Korruptionsdelikten auch relevante Register, Umgang mit (anonymen) Hinweisgebern und Erscheinungsformen der Korruption im öffentlichen Sektor diskutierten. Vertreterinnen und Vertreter des Justizministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, der Generalstaatsanwalt Düsseldorf und der Bundesnotarkammer brachten sich dabei mit ihrer Expertise ein.

Im Juni 2022 reisten unter Leitung des stellvertretenden Generalstaatsanwalts Erkin T. Yuldashev insgesamt neun Staatsanwälte mit spezialisierten Zuständigkeiten nach Berlin. Neben dem zentralen Thema der Korruptionsbekämpfung und -prävention lag der Fokus auf den aktuellen Herausforderungen der staatsanwaltlichen Tätigkeit und der internationalen

Uzbekistan

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Following the outbreak of the Russian war of aggression on Ukraine, Uzbekistan gained attention in 2022 due to its geopolitical location in Central Asia. From a European perspective – in view of the developing global crises – the possibilities of encouraging Uzbekistan to embrace a more pro-Western orientation should be explored for the benefit of security policy interests in the region.

The potential for economic growth in Uzbekistan plays a highly significant role in this context. The country has experienced notable economic growth since 2020, also in its trade volume with Germany despite pandemic-related burdens. This creates perspectives that result in a need to develop the corresponding legal framework.

At the same time, ongoing reforms require the institutional adaptation of structures that have evolved at various levels – given the dynamics, these continue to be major challenges. This applies also to the legal and judicial fields. For instance, the political leadership initiated broad-based approaches to prevent and combat corruption. In the interests of transparency, the judiciary is working on developing the selection procedures, qualification requirements and disciplinary law that apply to judges.

Overall Concept

As a long-standing partner for legal cooperation, IRZ is involved in the ongoing transformation process in various ways, with the Ministry of Justice, the General Prosecutor's Office and its academy, the Supreme Judicial Council with the Supreme School of Judges, the State University of Law and other institutions among its partners. Cooperation partners are often under pressure to present sustainable solutions on tight schedules in order to implement the reform steps. IRZ and its cooperation partners are united in their desire to develop qualified legal approaches.

In this context, two activities focused on the topic to combat and prevent corruption: IRZ hosted a conference on strategies to combat and prevent corruption in Tashkent in March 2022. The General Prosecutor's Office acted as a local partner and has installed numerous anti-corruption mechanisms, introduced new instruments, adapted regulations and carried out structural changes within the public administration. Lively professional exchange was among the defining features of the conference, during which the participants discussed relevant registers, handling of (anonymous) whistleblowers and forms of corruption in the public sector, in addition to questions concerning the investigation and prosecution of corruption offences. Representatives of the Ministry of Justice of the State of North Rhine-Westphalia, the Düsseldorf Prosecutor General and the Federal Chamber of Notaries have also contributed with their expertise.

In total, nine public prosecutors with special portfolios travelled to Berlin for a study trip in June 2022, led by Erkin T. Yuldashev, Deputy Prosecutor General. Besides the central topic of policy to combat and prevent corruption, the focus of the trip was on current challenges in the work of public prosecutors and international mutual legal assistance in criminal matters. Expert talks at the Federal Ministry of the Interior and Community,

Teilnehmende des zweiten Online-Rundtischgesprächs zur Reformierung des Zivilgesetzbuches der Ukraine am 20. September 2022.

Participants of the second online round table on reforming the Civil Code of Ukraine on 20 September 2022.



Rechtshilfe in Strafsachen. Die Fachgespräche im Bundesministerium des Innern und für Heimat, bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, bei Transparency International, mit dem ehemaligen Leiter der Zentralstelle Korruptionsbekämpfung und Leiter der Anti-Korruptions-Arbeitsgruppe der Berliner Verwaltung, im Amtsgericht Berlin-Tiergarten und bei der Staatsanwaltschaft in Potsdam zeigten die deutschen Erfahrungen im jeweiligen Kontext und konnten vertieft behandelt werden.

at the Senate Department for Urban Development, Building and Housing, at the organization Transparency International, as well as expert talks with the former head of the Central Anti-Corruption Unit and head of the anti-corruption working group of the Berlin administration, at the Berlin-Tiergarten Local Court and at the Public Prosecutor's Office in Potsdam illustrated the German experience in the respective context and was discussed in more detail.

Tätigkeitsschwerpunkte 2022

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Workshop zur Gesetzgebungsberatung zum Unternehmensrecht in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium
- Vorlesung zur Einführung in das Wirtschafts-, Handels- und Gesellschaftsrecht mit der Staatlichen Juristischen Universität

Öffentliches Recht

- Hybrid-Workshop zu Besonderheiten der Tätigkeit der Verwaltungsgerichte – Erfahrungen in Deutschland und in Uzbekistan mit der Richterakademie beim Höchsten Richterrat

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Konferenz in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen und der Bundesnotarkammer zu Initiativen zur Korruptionsbekämpfung und Präventionsstrategie mit der Generalstaatsanwaltschaft
- Studienreise für die Generalstaatsanwaltschaft zu aktuellen Herausforderungen der staatsanwaltlichen Tätigkeit mit dem Fokus auf Korruptionsbekämpfung
- Hybrid-Workshop zu Verfolgung, Sanktionierung und Prävention von Straftaten von Jugendlichen im Zusammenhang mit Betäubungsmitteln: deutsche und usbekische Erfahrungen mit der Stadtstaatsanwaltschaft Taschkent

Focus of Activity in 2022

Civil and Commercial Law

- Workshop on legislative advice in regard to corporate law in cooperation with the Ministry of Justice
- Introductory lecture on commercial, trade and company law with the State University of Law

Public Law

- Hybrid workshop on specific features of the work of administrative courts – experiences in Germany and in Uzbekistan with the Supreme School of Judges at the Supreme Judicial Council

Criminal and Penitentiary Law

- Conference in cooperation with the Ministry of Justice of the State of North Rhine-Westphalia and the Federal Chamber of Notaries on anti-corruption initiatives and corruption prevention strategies with the General Prosecutor's Office
- Study trip for the General Prosecutor's Office on current challenges in the work of public prosecutors with a focus to combat corruption
- Hybrid workshop on the prosecution, sanctioning and prevention of criminal offences committed by juveniles in connection with narcotics: German and Uzbek experiences with the Tashkent City Public Prosecutor's Office

Vietnam

Aus- und Fortbildung

- Seminar zur Einführung in die juristische Methodik für Studierende der Staatlichen Juristischen Universität
- Online-Expertenbeitrag zum deutschen juristischen Aus- und Fortbildungssystem anlässlich der Jahreskonferenz der Akademie der Generalstaatsanwaltschaft

Ausblick

Anknüpfend an die zurückliegenden Kooperationen wird sich die IRZ Themen von aktueller Bedeutung widmen. Dazu zählen Wirtschafts-, Verwaltungs- und Straf(prozess)recht mit dem Schwerpunkt Jugendstrafrecht. Außerdem gilt der Unterstützung der justiziellen Reformprozesse sowie der juristischen Aus- und Fortbildung erhöhte Aufmerksamkeit.

Name: Sozialistische Republik Vietnam
Hauptstadt: Hanoi
Bevölkerung: ca. 98,5 Millionen
Regierungssystem: sozialistisches Einparteiensystem

Name: Socialist Republic of Vietnam
Capital city: Hanoi
Population: approx. 98.5 million
System of government: One-party socialist system

Vietnam

Basic and Further Training

- Introductory seminar to legal methodology for students at the State University of Law
- Online expert contribution on the German legal training and education system during the Annual Conference of the Academy of the General Prosecutor's Office

Outlook

IRZ will focus on current pressing issues based on the cooperation thus far. These include commercial, administrative and criminal (procedural) law with a focus on juvenile criminal law. Furthermore, IRZ will increase its support for the judicial reform processes and for legal training and education programs.



Vietnam

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Durch die im Zuge des globalen Krisenmodus neu ausgerichtete Asienpolitik der Bundesregierung und aufgrund des wirtschaftlichen Potenzials kommt Vietnam in Südostasien eine strategische Schlüsselposition zu.

Im letzten Jahr rief das Land die Strategie zum Aufbau und zur Vervollkommnung des sozialistischen Rechtsstaats bis 2030 mit Vision 2045 aus. Zu deren Umsetzung stieß die Regierung verschiedene Restrukturierungsprozesse sowie Reformen zur Rechtsordnung und in der Justiz an. Die Grenzen gibt die politische Führung vor. So bleibt die Kontrolle über die staatlichen Gewalten bei der Kommunistischen Partei Vietnams. Kritik an der staatlichen Macht wird nach wie vor hart verfolgt und die Meinungs- und Pressefreiheit ist sehr eingeschränkt.

Die wirtschaftliche Prosperität – Vietnam konnte seine Exporte steigern und wird zunehmend in Freihandelsabkommen und Lieferketten eingebunden – zieht viele Investoren an. Entsprechend hoch ist der Bedarf, ein leistungsfähiges Rechtssystem mit effizienter Justiz auszubauen.

Vietnam

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Vietnam holds a key strategic position in Southeast Asia due to the German government's realigned Asia policy in the wake of the global crisis mode and due to the country's economic potential.

Last year, the country launched its "strategy for building and perfecting the Socialist Rule of Law State of Vietnam until 2030, with a vision to 2045". In order to implement this plan, the government initiated a variety of restructuring processes, as well as reforms of the legal system and the judiciary. The limits are set by the political leadership, though. For instance, control over state authorities will remain with the Communist Party of Vietnam. Any criticism of state authority is still punished severely and freedom of expression and of the press are highly curtailed.

The country's economic prosperity – Vietnam has managed to grow exports and is increasingly involved in free trade agreements and supply chains – is attracting many investors. There is therefore a significant need to develop an effective legal system with an efficient judiciary.

Delegation des Obersten Volksgerichts Vietnams beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe mit dem Präsidenten des Obersten Volksgerichts, S.E. Nguyen Hoa Binh.

Delegation from the Supreme People's Court of Vietnam at the Federal Court of Justice in Karlsruhe with Chief Justice of the Supreme People's Court, His Excellency Nguyen Hoa Binh.



Konzeption

Die IRZ ist einer der Akteure im deutsch-vietnamesischen Rechtsstaatsdialog zwischen dem Bundesministerium der Justiz und dem vietnamesischen Ministerium der Justiz. Die Unterzeichnung des Dreijahresarbeitsprogramms 2022 bis 2025 im September 2022 steht für die Fortsetzung dieser Partnerschaft, bekräftigt durch den Besuch des vietnamesischen Justizministers Le Thanh Long im November 2022 im Bundesministerium der Justiz in Berlin.

Jährliche Arbeitsprogramme konkretisieren mit bilateral geplanten Maßnahmen die Kooperation auf den einzelnen Rechtsgebieten und zu Justizprojekten. Im Jahr 2022 realisierte die IRZ die Projekte aus dem Arbeitsplan 2021 bis 2022, im Oktober 2022 verabschiedeten die Justizministerien den Arbeitsplan bis Oktober 2023 – die Grundlage für die Aktivitäten der IRZ im Jahr 2023.

Die Justizreformen, die auf eine klarere Abgrenzung der Befugnisse der staatlichen Organe auf legislativer, exekutiver und judikativer Ebene zielen, veranlassen das Oberste Volksgericht Anfang Juli 2022 zu einem Besuch in Berlin und Karlsruhe. Eine elfköpfige Delegation unter Leitung des Präsidenten Nguyen Hoa Binh führte intensiv auf Grundlage eines vorbereiteten Fragenkatalogs Fachgespräche zu Gerichtsverwaltung und Geschäftsverteilung und zum Instanzenzug (Rechtsmittel, Nichtzulassungsbeschwerde) beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe. In Berlin suchten die vietnamesischen Besucherinnen und Besucher den Expertenaustausch zur Fach-, Laien- und Jugendgerichtsbarkeit mit dem Bundesministerium der Justiz und dem Amtsgericht Berlin-Tiergarten. Aufgrund des konkreten Bedarfs konnten wichtige strukturelle Regelungen eingehend vermittelt und anhand der gelebten Praxis dargelegt werden.

Tätigkeitsschwerpunkte 2022

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Hybrid-Workshop zur Gleichstellung der Geschlechter im Familienrecht (ehe- und familienrechtliche Stellung der Frauen) in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium

Overall Concept

IRZ is among the actors in the German-Vietnamese Rule of Law Dialogue between the Federal Ministry of Justice and the Vietnamese Ministry of Justice. A Three-Year Work Programme for 2022 to 2025 was signed in September 2022 to confirm continuation of this partnership, which was affirmed by the visit of the Vietnamese Minister of Justice Le Thanh Long to the Federal Ministry of Justice in Berlin in November 2022.

Annual work programmes, including bilateral planning of the different activities, address the specifics of cooperation in the individual legal areas and for projects within the judiciary. IRZ completed the projects from the 2021 to 2022 work plan in 2022, and in October 2022 the ministries of justice adopted the work plan until October 2023, creating a basis for IRZ's activities in 2023.

The judicial reforms, which aim to establish a clearer separation of powers held by state organs at legislative, executive and judicial levels, prompted the Supreme People's Court to visit Berlin and Karlsruhe in early July 2022. An eleven-strong delegation led by Chief Justice Nguyen Hoa Binh visited the Federal Court of Justice in Karlsruhe and held intensive expert talks on the basis of a prepared catalogue of questions on court administration, the allocation of court business and on the appeal stages (legal remedy, appeal against non-admission). During their time in Berlin, the visitors from Vietnam sought discussions with experts on specialised jurisdiction, lay and juvenile jurisdiction with the Federal Ministry of Justice and the Berlin-Tiergarten Local Court. Based on these specific needs, the discussions enabled in-depth discussions of important structural regulations, including explanations of how they are put into practice in daily work practice routines.

Focus of Activity in 2022

Civil and Commercial Law

- Hybrid workshop on gender equality in family law (women's position in marriage and family law) in cooperation with the Ministry of Justice



Hybrid-Workshop zur Gleichstellung der Geschlechter im Familienrecht mit dem vietnamesischen Justizministerium.

Hybrid workshop on Gender Equality in Family Law in cooperation with the Vietnamese Ministry of Justice.

- Hybrid-Workshop in Zusammenarbeit mit der Bundesrechtsanwaltskammer zur Stärkung der Verhandlungs- und Beratungskompetenzen beim Abschluss von
- Merger- & Acquisition-Verträgen und bei der Übertragung von Immobilien mit der Rechtsanwaltskammer Vietnams

Öffentliches Recht

- Hybrid-Workshop zum Verwaltungsrecht, zum Verwaltungsprozessrecht und zu praktischen Erfahrungen bei Verwaltungsgerichtsfällen mit dem Obersten Volksgericht

Rechtspflege

- Studienreise (in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Justiz) zu aktuellen Justizreformen: Gerichtsorganisation, Fach- und Jugendgerichtsbarkeit für das Oberste Volksgericht

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Online-Expertenbeteiligung beim Austausch zu internationalen Erfahrungen zum Gesetzentwurf zur Jugendgerichtsbarkeit mit dem Obersten Volksgericht
- Hybrid-Workshops zur Bekämpfung von Korruption und Wirtschaftskriminalität und zur Korruptionsprävention in Kooperation mit dem Ministerium für öffentliche Sicherheit

Ausblick

Mit Verabschiedung des Arbeitsprogramms 2022 bis Oktober 2023 ist der Boden für die Fortsetzung der Projekte bereitet. Die Themen umfassen menschenrechtliche Garantien in Strafverfahren, Menschenrechte und Wirtschaft, Zivilprozessrecht, Medizinrecht, Stärkung der rechtsanwaltlichen Fähigkeiten, Schulungen zur juristischen Methodik, Wirtschaftsstrafrecht, Jugendstrafrecht, Korruptionsprävention, den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR), einen Austausch über internationale Erfahrungen betreffend die Politik zur Todesstrafe sowie internationales Seerecht.

- Hybrid workshop in cooperation with the German Federal Bar and the Vietnam Bar Federation to strengthen negotiation and counselling skills in the conclusion of
- merger and acquisition contracts and in the transfer of real estate

Public Law

- Hybrid workshop with the Supreme People's Court on administrative law, administrative procedure law and practical experience in administrative court cases

Administration of Justice

- Study trip (in close cooperation with the Federal Ministry of Justice) for the Supreme People's Court on current judicial reforms: court organisation, specialised jurisdiction and juvenile jurisdiction

Criminal and Penitentiary Law

- Online expert participation in the exchange of international experiences with the Supreme People's Court on the draft law on juvenile jurisdiction
- Hybrid workshop on combating corruption and white collar crime and on corruption prevention in cooperation with the Ministry of Public Security

Outlook

A foundation has been laid to continue cooperation with the adoption of the work programme for 2022 to October 2023. Topics include human rights guarantees in criminal proceedings, human rights and business, civil procedural law, medical law, strengthening legal advocacy skills, training courses on legal methodology, white collar criminal law, juvenile criminal law, corruption prevention, the International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR), an exchange on international experience in questions relating to the death penalty and international maritime law.



Multilaterale Programme

Konzeption

Im Berichtsjahr konnte die IRZ erfreulicherweise wieder eine Reihe an multilateralen Programmen umsetzen. Diese Formate werden von dem Gedanken geleitet, dass sich Rechtsanwenderinnen und Rechtsanwender aus verschiedenen juristischen Berufsfeldern mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern auf Augenhöhe über Fach- und Reformthemen austauschen, um sowohl für sich selbst als auch für ihr heimisches Rechtssystem neue Impulse zu erhalten. Bei den Hospitationsprogrammen kommt in besonderem Maß der Einblick in die Rechts- und Justizpraxis in Deutschland hinzu. Dieser soll dazu dienen, über die theoretische Wissensvermittlung hinaus Aspekte wie die Verhandlungsführung, das Verhältnis und die Kommunikation zwischen den Prozessbeteiligten oder die Durchsetzung neuer Rechtsnormen in Deutschland erlebbar zu machen. Hinzu kommt bei allen Formaten das Ziel, langfristige länderübergreifende Netzwerke zu etablieren, sowohl innerhalb der jeweiligen Zielgruppen als auch häufig über die Berufsgruppen hinaus. Hiervon können daher auch die gastgebenden Institutionen und Kanzleien in Deutschland profitieren, die über die Hospitierenden konkrete Ansprechpersonen in zahlreichen Ländern gewinnen. Um auch Teilnehmende ohne Deutschkenntnisse zu erreichen, bietet die IRZ seit mehreren Jahren einige Programme in den Transfersprachen Englisch und Französisch an, die in den Modalitäten der Durchführung allerdings angepasst sind.

Seit 2016 führt die IRZ zudem ein besonderes Hospitationsprogramm „Naher Osten“ durch, indem die IRZ den Rechtsstaatsgedanken der in Deutschland ansässigen Juristinnen und Juristen aus der Region des Nahen Ostens und ihr Verständnis für rechtliche Zusammenhänge durch vielfältige multilaterale Ausbildungsprogramme fördert. Einige der Teilnehmenden haben ihr juristisches Studium in ihrem Heimatland bereits abgeschlossen und waren dort als Rechtsanwältin oder Rechtsanwalt tätig. Andere wiederum haben an einer deutschen Universität studiert und ein Masterstudium (LL.M.) absolviert. Ziele dieses speziellen Fortbildungsprogramms sind sowohl die Vernetzung des juristischen Nachwuchses untereinander als auch die Ermöglichung eines internen und externen Austauschs zu diversen Rechtsfragen. Darüber hinaus soll ein Beitrag zur sozialen und beruflichen Integration der Juristinnen und Juristen geleistet werden. Hierdurch sollen die (potenziellen) künftigen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger – im Falle einer Rückkehr in ihre Heimatländer – das erworbene Wissen für den Aufbau des Rechtsstaats verwenden. Das Fortbildungsprogramm besteht aus mehreren Komponenten (Schulungen in Schlüsselkompetenzen für Juristinnen und Juristen, Sprachkurse zur juristischen Fachterminologie, Online-Austausche, Praxiselemente und Hospitationen) zu juristischen Fachthemen.

Veranstaltungen 2022

Praxisorientierter Fortbildungsaufenthalt für englischsprachige Notarinnen und Notare sowie Notarassessorinnen und Notarassessoren

Gemeinsam mit der Bundesnotarkammer führt die IRZ seit 2018 – alternierend mit dem Notarhospitationsprogramm in deutscher Sprache – alle zwei Jahre eine multilaterale praxisorientierte Fortbildung in englischer Sprache für Notarinnen und Notare sowie Notarassessorinnen und

Multilateral Programmes

Overall Concept

It is pleasing to note that IRZ was again able to implement a number of multilateral programmes during the reporting year. These formats are guided by the principle that practitioners from different areas of the legal profession should, in a spirit of equality, exchange views on professional and reform topics with colleagues from other countries and in doing so acquire inspiration both for themselves and for their legal system at home. Insight into legal and judicial practice in Germany is a particularly relevant factor in the internship programmes. They are intended to move beyond a merely theoretical transfer of knowledge and enable participants to experience aspects such as the management of court proceedings, the relationship and communication between the parties involved in the process or the enforcement of new legal norms in Germany. Another objective of all formats is to establish lasting international networks, both for the individual target groups and often beyond professional boundaries themselves. The host institutions and law firms in Germany can therefore also benefit from this process, as they acquire firm contacts in numerous countries by welcoming guest practitioners. In order to reach participants without any command of the German language, IRZ has, for a number of years, offered some programmes in the transfer languages English and French, although they are adapted in terms of their organisational structure.

IRZ has also been running a special “Middle East” internship programme since 2016. This involves the organisation of various multilateral training programmes to promote the idea of the rule of law among lawyers from the Middle East region who are resident in Germany, as well as their understanding of legal contexts. Some of the participants are graduates of law in their home countries and worked there as lawyers. Others have completed a master’s (LL.M.) at a German university. The aims of this special further training programme are to build networks between young lawyers and to enable internal and external exchange on various legal issues. In addition, it is intended to contribute to integrating legal professionals in their social and vocational environments. This should enable the (potential) future decision-makers to use the knowledge they have acquired to strengthen the rule of law in the event that they return to their home countries. The further training programme consists of several components (training courses in key competences for lawyers, language courses on legal terminology, online exchanges, practical elements and internships) on specialised legal topics.

Events in 2022

Practice-oriented training for English-speaking notaries and notary candidates

Since 2018 IRZ is organising in cooperation with the Federal Chamber of Notaries a multilateral, practice-oriented training course for English-speaking notaries and notary candidates every two years, alternating with the notarial internship programme in German language. Unfortunately, the second year had to be cancelled in both 2020 and 2021 (alternative date)



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des praxisorientierten Fortbildungsaufenthalts für Notarinnen und Notare bzw. Notarassessorinnen und Notarassessoren in Königswinter mit Herrn Justizrat Richard Bock, Notar a.D. (5. v. links).

Participants in the practical further training visit for notaries and notary candidates in Königswinter with Judicial Counsel Richard Bock, retired notary (5th from the left).



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Anwalts Hospitationsprogramms beim Einführungsseminar in Königswinter.

Participants in the internship programme for lawyers programme during the introductory seminar in Königswinter.

Notarassessoren durch. Bedauerlicherweise musste der zweite Jahrgang sowohl 2020 als auch 2021 (Ausweichtermin) pandemiebedingt ausfallen. In diesem Jahr konnte die Veranstaltung in der Zeit vom 24. bis 31. Juli 2022 nunmehr wie geplant als Präsenzveranstaltung stattfinden.

Im Fokus des Programms standen die Rolle des Notariats in der vorsorgenden Rechtspflege in Deutschland, der Zugang zum Amt sowie Fragen zur berufständischen Vertretung auf nationaler und internationaler Ebene. Es wurden Themen wie Immobilienrecht, Familien- und Erbrecht sowie Gesellschaftsrecht in der notariellen Praxis erörtert und die Vorteile und Herausforderungen der Digitalisierung des Notariats intensiv diskutiert. In Ergänzung zu Vorträgen und Diskussionen hatten die Teilnehmenden an einem Nachmittag ferner Gelegenheit, Bonner Notarinnen und Notare zu besuchen und sich im Gespräch eingehend etwa zu Fragen der Büroorganisation auszutauschen.

An der Veranstaltung nahmen sieben Notarinnen und Notare sowie zwei Notarassessoren aus Georgien, Kasachstan, Montenegro, Serbien, der Türkei und Usbekistan teil. Kasachstan und Usbekistan sind dabei die jüngsten Mitglieder der Internationalen Union des Notariats – der Beitritt erfolgte erst im Jahr 2021.

Die Gäste zeigten sich sehr offen für den multilateralen Austausch mit ihren Kolleginnen und Kollegen, waren interessiert an den breit gefächerten Themenstellungen und nahmen motiviert und engagiert an den Diskussionen teil. Das Feedback war durchweg positiv, sowohl die Organisatoren als auch die Gäste werden diese Woche als in jeglicher Hinsicht sehr bereichernd in Erinnerung behalten.

Hospitationsprogramm für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte

Dieses Programm, das bereits 1993 mit damals fünf Teilnehmenden aus Bulgarien ins Leben gerufen worden war, hat mit der diesjährigen Durchführung die Marke von 500 teilnehmenden Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten aus 25 Ländern überschritten. Vom 23. August bis 29. September 2022 hielten sich neun Teilnehmende aus neun verschiedenen Ländern zunächst in Königswinter, dann in verschiedenen deutschen Städten auf und erhielten einen vertieften Einblick in die Kanzlei- und Gerichtspraxis ihrer deutschen Kolleginnen und Kollegen. Es handelt sich um ein Programm mit einer Praxisphase von über drei Wochen. Diese verhältnismäßig lange Dauer ermöglicht eine intensivere Befassung der hospitierenden Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte mit einzelnen, auch komplexen Verfahren sowie die Teilnahme an unterschiedlichen Gerichtsverhandlungen oder Mandantenterminen. Daneben gibt es den betreuenden Kanzleien die Möglichkeit, in begleitenden Gesprächen über fachliche und berufsrechtliche Fragen mit den Hospitierenden im Austausch zu stehen.

Der Praxisphase vorangestellt war eine intensive Einführungswoche, in deren Verlauf neben fünf Vertreterinnen und Vertretern der Bundesrechtsanwaltskammer und des Deutschen Anwaltvereins insgesamt acht praktizierende Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte einen Überblick über die anwaltliche Selbstverwaltung und das Berufsrecht sowie über aktuelle Entwicklungen und die anwaltliche Berufspraxis in zentralen wirtschafts- und zivilrechtlichen Rechtsgebieten gaben. Diese Kombination aus anspruchsvollen, aber praxisnah vermittelten Fachinformationen als Grundlage für die anschließende praktische Zeit in den Kanzleien nahmen auch in diesem Jahrgang die Teilnehmenden als äußerst lehrreich und effektiv wahr.

for pandemic-related reasons. This year's event was held as planned in face-to-face format from 24 to 31 July 2022.

The programme focused on the role of the notary in non-contentious administration of justice in Germany, on how candidates are appointed notaries and on questions of professional representation at national and international level. Topics like real estate law, family and inheritance law and company law in the notarial practice were discussed and the benefits and challenges of digitalising the notary's office were intensively debated. In addition to the lectures and discussions, the participants had the opportunity on one afternoon to visit a notary's office in Bonn and to exchange views on issues such as office organisation.

The event was attended by seven notaries and two notary candidates from Georgia, Kazakhstan, Montenegro, Serbia, Turkey and Uzbekistan. Kazakhstan and Uzbekistan are the most recent members of the International Union of Notaries after joining in 2021.

The guests were very open to the multilateral exchange with their colleagues, showed great interest in the wide range of topics and were motivated and committed throughout the discussions. Feedback was uniformly positive, and both the organisers and guests will look back on this week as a highly inspirational experience in every sense.

Internship programme for lawyers

This programme, which was launched in 1993 with five participants from Bulgaria at the time, has passed the mark of 500 lawyers from 25 countries when it was held this year. From 23 August to 29 September 2022, nine participants from nine different countries stayed first in Königswinter and then moved to various German cities where they gained in-depth insight into the law firm routines and court practice of their German colleagues. The programme has a practical phase lasting over three weeks. This comparatively extended period enables the intern lawyers to deal more intensively with individual and even complex proceedings as well as to attend various court hearings and meetings with clients. In addition the supervising law firms have the opportunity to discuss legal issues and matters of professional law with their interns.

Preceding the practical phase was an intensive introductory week during which, in addition to five representatives from the German Federal Bar and the German Bar Association, eight practising lawyers provided an overview of the system of self-regulation for lawyers and professional law as well as current developments and professional practice in key areas of commercial and civil law. Participants in this year's course again perceived the combination of demanding but highly practical professional information as extremely instructive and effective as a basis for the subsequent internship in the law firms.

Multilateral



Hospitationsprogramm für französischsprachige Rechtsanwenderinnen und Rechtsanwender aus dem Maghreb – Praxisphase

2019 wurde für die juristische Zielgruppe in den Staaten des Maghreb ein in zwei Phasen geplantes Pilotprojekt in französischer Sprache ins Leben gerufen.

Die erste Phase wurde im September 2019 im tunesischen Hammamet durchgeführt. Dort nahmen insgesamt 30 Verwaltungs-, Zivil- und Handelsrichterinnen und -richter, Notarinnen und Notare sowie Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte aus den Ländern Algerien, Marokko und Tunesien an einem einwöchigen Einführungsseminar teil, das Grundzüge des deutschen Rechtssystems sowie wichtige berufsspezifische Aspekte für die vier Berufsgruppen vermittelte.

Aus diesem Teilnehmerkreis wurde pro Staat und Berufsgruppe je eine Person ausgewählt, um in der zweiten Phase an einem einwöchigen Hospitationsaufenthalt in Deutschland teilzunehmen.

Nach zwei Jahren pandemiebedingter Zwangspause konnte diese Praxisphase in der Zeit vom 16. bis 25. September 2022 endlich stattfinden. Die drei Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen hospitierten am Verwaltungsgericht Berlin, die beiden Zivilrichter aus Marokko und Tunesien am Amts- und Landgericht Lübeck, die drei Notarinnen und Notare in einem Notariat in Landau in der Pfalz sowie in einem Notariat in Memmingen und die drei Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte in einer Kanzlei mit Büros unter anderem in Stuttgart (zwei Teilnehmende) und Berlin.

Multilateral

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Hospitationsprogramms für englischsprachige Zivil- und Handelsrichterinnen und Richter beim Auswertungsseminar in Bonn.

Participants in the internship programme for English-speaking civil and commercial judges during the evaluation seminar in Bonn.

Internship programme for French-speaking legal practitioners from the Maghreb – practical phase

Planned in two phases, a pilot project was launched in 2019 for the French-speaking target group of legal practitioners from the Maghreb countries.

The first phase took place in Hammamet, Tunisia, in September 2019. In total, 30 administrative, civil and commercial judges, notaries and lawyers from Algeria, Morocco and Tunisia took part in a one-week introductory seminar, which conveyed basic principles of the German legal system as well as important professional aspects for the four professional groups.

One person was selected from each country and professional group to take part in the second phase, which consisted of a one-week internship in Germany.

This practical phase was finally held from 16 to 25 September 2022, after a two-year interruption for pandemic-related reasons. The three administrative judges completed their internship at the Berlin Administrative Court, the two civil judges from Morocco and Tunisia at the Lübeck Local and Regional Court, the three notaries in a notary's office in Landau in the Palatinate region and in a notary's office in Memmingen, and the three lawyers in a law firm with offices in Stuttgart (two participants) and Berlin, among other places.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Praxisphase im Rahmen des Hospitationsprogramms für französischsprachige Rechtsanwenderinnen und Rechtsanwender aus dem Maghreb beim Auswertungsseminar in Bonn.

Participants in the practical phase of the Internship programme for French-speaking legal practitioners from the Maghreb during the evaluation seminar in Bonn.

Berufsgruppenübergreifend war das Feedback sowohl der Teilnehmenden als auch der fachlichen Betreuerinnen und Betreuer überaus positiv. Die deutschen Kolleginnen und Kollegen konzipierten mit großem Engagement ein vielfältiges Programm, das zu einem intensiven Austausch einlud und zahlreiche Möglichkeiten bot, neue berufliche Kontakte zu knüpfen. Die Teilnehmenden nahmen es dankbar und engagiert auf. Hinzu kam ein reger rechtsvergleichender Austausch unter den Teilnehmenden über die Rechtspraxis der vertretenen Ländern Nordafrikas, der bei der Auswertungsveranstaltung in Bonn sogar berufsgruppenübergreifend seine Fortsetzung fand.

Hospitationsprogramm für englischsprachige Zivil- und Handelsrichterinnen und Handelsrichter

Seit 2016 bietet die IRZ gemeinsam mit dem Deutschen Richterbund und den Landesjustizverwaltungen jährlich ein Hospitationsprogramm für englischsprachige Zivil- und Handelsrichterinnen und -richter an.

Pandemiebedingt konnte der 5. Jahrgang erst im Berichtsjahr, in der Zeit vom 8. bis 22. November 2022, durchgeführt werden. Es nahmen insgesamt acht Richterinnen und Richter aus Albanien, Armenien, Georgien, Jordanien, Kasachstan und Kirgisistan teil.

Nach einem dreitägigen Einführungsseminar zum deutschen Zivilrecht, Zivilprozessrecht sowie Richterrecht in Königswinter reisten die Gäste in die jeweiligen Hospitationsorte, wo sie in Kleingruppen (jeweils zwei bis drei Personen) die einwöchige Praxisphase absolvierten.

Feedback from the participants in all professional groups, as well as from their supervisors, was extremely positive. With great commitment the German colleagues organised a varied programme that invited participants to an intensive exchange and that offered numerous opportunities to make new professional contacts. The participants welcomed these opportunities gratefully and enthusiastically. Furthermore, the participants engaged in lively discussions on similarities and differences in legal practice in their North African countries, which even continued across professional groups at the evaluation event in Bonn.

Internship programme for English-speaking civil and commercial judges

IRZ has cooperated with the German Association of Judges and the state judicial administrations to organise an annual internship programme for English-speaking civil and commercial judges since 2016.

For pandemic-related reasons the 5th year could take place in the reporting year from 8 to 22 November 2022. Eight judges from Albania, Armenia, Georgia, Jordan, Kazakhstan and Kyrgyzstan attended the programme in total.

Following a three-day introductory seminar on German civil law, civil procedural law and law of judges in Königswinter, the guests travelled to their respective internship locations, where they completed the one-week practical phase in small groups (two to three persons each).

Multilateral

Sie hatten Gelegenheit, sich mit den Aufgaben und Zuständigkeiten des jeweiligen Gerichts vertraut zu machen, an zahlreichen Verhandlungen teilzunehmen (inkl. Vor- und Nachbesprechung), mit den deutschen Kolleginnen und Kollegen Fachgespräche zu spezifischen Fragestellungen zu führen und ebenso den informellen Austausch mit ihnen zu pflegen. Ein attraktives Kulturprogramm rundete die Woche ab. Im Rahmen des abschließenden Auswertungsseminars in Bonn äußerten sich die Richterinnen und Richter begeistert über die Möglichkeit eines so intensiven fachlichen Austauschs mit ihren deutschen Kolleginnen und Kollegen – sowohl während des Einführungsseminars als auch der Hospitationsphase, dadurch wurde ihnen ein tiefer Einblick in die deutsche Justiz gewährt. Unisono waren sie der Meinung, dass ihre Erwartungen an das Programm mehr als erfüllt worden seien.

Hospitationsprogramm für deutschsprachige Strafrichterinnen und Strafrichter, Zivil- und Handelsrichterinnen sowie Zivil- und Handelsrichter und für die deutschsprachige Staatsanwaltschaft

1995 wurde das Hospitationsprogramm für Richterinnen und Richter mit guten Deutschkenntnissen in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Richterbund und den Landesjustizverwaltungen aus der Taufe gehoben, es wird seit 2016 als gemeinsames Programm für deutschsprachige Strafrichterinnen und Strafrichter, Zivil- und Handelsrichterinnen und Zivil- und Handelsrichter und für deutschsprachige Staatsanwältinnen und Staatsanwälte durchgeführt.

Auch hier gab es eine pandemiebedingte Zwangspause, sodass die Durchführung des in der Zeit vom 15. November bis 2. Dezember 2022 durchgeführten Programms seit Langem erhofft worden war. Bei den insgesamt zwölf Teilnehmenden handelte es sich um vier Strafrichterinnen und Strafrichter, drei Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie fünf Zivilrichterinnen und Zivilrichter. Sie kamen aus Bosnien und Herzegowina, Estland, Georgien, Lettland, Moldau, Rumänien und der Tschechischen Republik.

In dem dreitägigen Einführungsteil erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Überblick über die Stellung der Richter- und Staatsanwaltschaft in Deutschland, über den Gang des Straf- und Zivilverfahrens (auch unter dem Gesichtspunkt der europäischen Zusammenarbeit) sowie über den Einfluss der höchstrichterlichen Rechtsprechung und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs auf die Entscheidungen der Gerichte. Während der achttägigen Praxisphase an den Hospitationsorten hatten sie Gelegenheit, ihrem fachlichen Schwerpunkt entsprechend, die Aufgaben und Arbeitsweisen der Gerichte und Staatsanwaltschaften kennenzulernen, an Verhandlungen und Sitzungen teilzunehmen und Fachgespräche mit deutschen Kolleginnen und Kollegen zu führen.

In der gemeinsamen Auswertung brachten die Hospitierenden ihre große Zufriedenheit über den Einblick in die deutsche Justiz zum Ausdruck. Der fachliche Austausch mit den deutschen Kolleginnen und Kollegen, allen voran mit den fachlichen Betreuerinnen und Betreuern, die vielfach zugleich Gastgeberinnen und Gastgeber in den Hospitationsorten waren, wurde als äußerst gewinnbringend betrachtet, sodass die Teilnehmenden vielfache Anregungen für ihre eigene Arbeit mit in ihr Heimatland nehmen konnten.

Multilateral

This gave the opportunity to become familiar with the tasks and responsibilities of the respective court, to participate in numerous hearings (incl. pre- and post-trial discussions), to hold technical discussions with their German colleagues on specific issues and also to socialise with them. An attractive cultural programme added the finishing touches to the week. The judges used the final evaluation seminar in Bonn to express how inspired they had been by this opportunity to engage in such intense professional discussions with their German colleagues – both during the introductory seminar and the internship phase – which gave them a more profound understanding of the German judiciary. They all expressed the opinion that the programme had exceeded their expectations.

Internship programme for German-speaking criminal law judges, civil and commercial judges and for German-speaking public prosecutors

The internship programme for judges with a good knowledge of German was launched in 1995 in cooperation with the German Association of Judges and the state judicial administrations; it has been run as a joint programme for German-speaking criminal law judges, civil and commercial judges and German-speaking public prosecutors since 2016.

This programme was also affected by a pandemic-related interruption, so that it had been hoped for a long time, that the programme would be carried out between 15 November and 2 December 2022. The group of twelve participants consisted of four criminal law judges, three public prosecutors and five civil judges. They came from Bosnia and Herzegovina, Estonia, Georgia, Latvia, Moldova, Romania and the Czech Republic.

During the three-day introductory part, the participants were given an overview of the position of judges and public prosecutors in Germany, the course of criminal and civil proceedings (also from the perspective of European cooperation) and on how case-law from the Supreme Court and the European Court of Justice influences decisions by the courts. The eight-day internship phase gave them the opportunity, depending on their professional field, to get to know the tasks and working methods of the courts and public prosecutor's offices, to take part in hearings and sessions and to discuss legal issues with their German colleagues.

The interns used the joint evaluation to express their great satisfaction with the insight they received into the German judiciary. Professional exchange with the German colleagues, above all with the supervisors who often doubled as hosts at the internship locations, was viewed as extremely enriching. Participants were therefore able to return to their home countries with a lot of stimulating ideas for their own work.

Schwerpunkt „Fortbildungsprogramm Naher Osten“

7. Fortbildung für Juristinnen und Juristen aus der Region des Nahen Ostens

Vom 4. bis 8. Juli 2022 veranstaltete die IRZ die 7. Fortbildung für 16 Juristinnen und Juristen aus dem Nahen Osten in Berlin. Die Veranstaltung vermittelte den Teilnehmenden neue Kenntnisse über die Grundprinzipien eines funktionierenden Rechtsstaats, die Genfer Flüchtlingskonvention, das Gesetzgebungsverfahren, die Grundlagen des Asyl- und des Individualarbeitsrechts. Zudem bot sie den Teilnehmenden zugleich die Gelegenheit, ihre Kenntnisse zu unterschiedlichen Rechtsgebieten und -verfahren in Deutschland – auch anhand von praxisrelevanten Fallbeispielen etwa zu Fragen zur Aufenthaltserlaubnis, zur Befristung, Duldung, Familienzusammenführung und zum Zugang zum Arbeitsmarkt – zu vertiefen.

Die Vermittlung von Soft Skills und Schlüsselqualifikationen, die für Juristinnen und Juristen unentbehrlich sind, war den Referierenden ein ebenso wichtiges Anliegen. Sie unterstrichen in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit der sozialen Kompetenzen, einer überzeugenden Argumentation und der Körpersprache in der juristischen Arbeit. Die Vermittlung von Kenntnissen rund um die Themen „effektives Arbeiten“ sowie „Zeit- und Selbstmanagement“ rundete das Programm der Veranstaltung ab. Hierbei wurden praktische Situationen, mit denen Juristinnen und Juristen tagtäglich konfrontiert sind, präsentiert. Neben den Fachvorträgen konnten die Teilnehmenden ein Fachgespräch im Bundesministerium der Justiz zum Thema Gesetzgebungsverfahren in Deutschland führen.

Hospitation für Juristinnen und Juristen aus der Region des Nahen Ostens

Einen weiteren wichtigen Teil dieses Fortbildungskonzepts bildet die Hospitationsmöglichkeit für die Teilnehmenden. Im Jahr 2022 konnten acht ausgewählte Juristinnen und Juristen aus der Region des Nahen Ostens in Anwaltskanzleien hospitieren und dadurch Einblicke in die praktische Arbeit einer Kanzlei erhalten und ihr Netzwerk erweitern. Die zweiwöchigen Hospitationen wurden im Zeitraum August bis Oktober 2022 in Anwaltskanzleien, die in den Fachbereichen Asyl-, Arbeits- und Handelsrecht tätig sind, durchgeführt. In Abstimmung mit den Teilnehmenden wurden diese Themen ausgewählt, da sie für deren berufliche Orientierung von großer Relevanz sind.

Gruppensprachkurs zu juristischer Fachsprache für Juristinnen und Juristen aus der Region des Nahen Ostens

Vom 10. bis 14. Oktober 2022 nahmen elf Juristinnen und Juristen an einem Sprachkurs zu juristischer Fachterminologie in Bonn teil. Ziel war es, die sprachliche juristische Kompetenz der Teilnehmenden zu stärken. Der Sprachkurs verschaffte den Teilnehmenden einen Überblick über das deutsche Zivil- und Strafrecht sowie das öffentliche Recht. Dabei setzten sich die Teilnehmenden vor allem mit den Grundbegriffen und Grundlagen dieser Rechtsgebiete auseinander und räumten Missverständnisse bei Fachbegriffen anhand von Praxisbeispielen in einer regen Diskussion aus. Neben der Erweiterung ihres Wortschatzes und ihrer Kenntnisse wurde die Gruppe für die verschiedenen juristischen Ausdrucksstile und deren Anwendung in die Praxis sensibilisiert. Darüber hinaus wurden Exemplare

Priority “Middle East further training programme”

7th training programme for lawyers from the Middle East region

IRZ held the 7th training programme for 16 lawyers from the Middle East from 4 to 8 July 2022 in Berlin. The event provided participants with new insights into the basic principles of a functioning constitutional state, the Geneva Convention on Refugees, the legislative process, the basics of asylum and individual labour law. Moreover, the participants had the opportunity to deepen their knowledge of various areas of law and procedures in Germany – also in the form of highly practical case studies on issues such as residence permits, time limits, toleration, family reunification and admission to the job market.

Another important concern was to teach the soft skills and key qualifications that are indispensable for those working in the legal profession. This aspect was used to convey the importance of social skills, persuasive lines of argument and body language when working in the area of law. Teaching on subjects such as “efficient work” and “time and self-management” rounded off the programme for this event. Practical situations faced by lawyers in their daily work were also taken into account. In addition to the technical lectures, the participants were also able to conduct an expert talk on the legislative procedure at the Federal Ministry of Justice.

Internship for lawyers from the Middle East region

The opportunity for participants to complete an internship is another important part of this training programme. In 2022, eight selected jurists from the Middle East were able to intern in law firms. This gave them the opportunity to gain insight into the practical work of a law firm and to widen their networks. The two-week internships took place between August and October 2022 in law firms specialising in asylum, labour and commercial law. These topics have been chosen in consultation with the participants, as they are relevant to their professional fields.

Group language course on legal terminology for jurists from the Middle East region

Eleven legal professionals took part in a language course on legal terminology in Bonn from 10 to 14 October 2022. The aim was to improve the participants’ language skills in the area of law. The language course provided participants with some insight into German civil, criminal and public law. During the course, the participants mainly dealt with the basic terminology and principles in these legal areas and engaged in lively discussions with practical examples to clarify misunderstandings of technical terms. Alongside increasing their vocabularies and knowledge, group participants also acquired a greater awareness for legal wordings and how they are used in practice. In addition, the participants prepared examples of various legal documents (e.g. indictment, complaint, defence,



Teilnehmende des Gruppensprachkurses zu juristischer Fachterminologie für Juristinnen und Juristen aus dem Nahen Osten, Oktober 2022 in Bonn.

Participants at the group language course on legal terminology for lawyers from the Middle East region, October 2022 in Bonn.



Besuch des deutschen Bundestags im Rahmen einer Lehrveranstaltung für Juristinnen und Juristen aus dem Nahen Osten zu juristischen Fachthemen, Juli 2022 in Berlin.

Visit to the German Bundestag during a seminar for lawyers from the Middle East region on technical legal issues, July 2022 in Bonn.



Lehrveranstaltung für Juristinnen und Juristen aus dem Nahen Osten zu juristischen Fachthemen, Juli 2022 in Berlin.

Seminar for lawyers from the Middle East region on technical legal issues, July 2022 in Bonn.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Hospitationsprogramms für deutschsprachige Zivil-, Handels- und Strafrichterinnen und -richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte mit den Teilnahmezertifikaten.

Participants in the internship programme for German-speaking criminal law judges, civil and commercial judges and public prosecutors with their participation certificates.

verschiedener Schriftstücke im Rechtsverkehr (beispielsweise Anklageschrift, Klage, Klageerwiderung, Plädoyer, Beschluss und Urteil) hinsichtlich ihrer Bezeichnung, Form und Struktur erarbeitet und verinnerlicht. Die erworbenen Kenntnisse wurden von den Teilnehmenden durchweg als sehr hilfreich für ihre berufliche Weiterbildung erachtet.

Online-Veranstaltung zum Individualarbeitsrecht für Juristinnen und Juristen aus der Region des Nahen Ostens

Neben den Präsenzprogrammen organisierte die IRZ zudem eine Online-Veranstaltung zum Individualarbeitsrecht für Juristinnen und Juristen aus dem Nahen Osten. Den Teilnehmenden wurden relevante Kenntnisse rund um das Individualarbeitsrecht vermittelt. Die Fragen wurden dabei praxisnah an Fallbeispielen erörtert. Der Wissenstransfer zu diesen Themen ist für die Zielgruppe von großer Relevanz für ihre tägliche Arbeit und ihr soziales Leben. So können sie die erlernten Kompetenzen im privaten und beruflichen Kontext nachhaltig anwenden. Zudem sollen die Teilnehmenden als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ihr erworbenes Wissen an andere Schlüsselakteurinnen und Schlüsselakteure weitergeben.

Finanziert wurden alle Veranstaltungen aus Mitteln des Bundesministeriums der Justiz.

plea, order and judgement) and memorised their designations, forms and structures. All of the participants rated the knowledge they acquired as extremely helpful for their professional development.

Online event on individual labour law for lawyers from the Middle East region

In addition to the face-to-face event, IRZ also organised an online format on individual labour law for jurists from the Middle East region. Participants were taught relevant knowledge relating to individual labour law. Questions were discussed using practical case studies. The transfer of knowledge on these topics is highly relevant to their professional work and their social lives. The skills they learned will be of long-term benefit in a personal and professional context. Moreover, the participants act as multipliers and pass on the knowledge they acquired to other key actors.

All events were financed with funds from the Federal Ministry of Justice.

Kuratorium und Mitgliederversammlung

Sitzungen des Kuratoriums und der Mitgliederversammlung

64. Kuratoriumssitzung am 20. Juni 2022 in Berlin (im Hybrid-Format)
- Der Präsident drückt seine Betroffenheit über die einseitige militärische Aggression russischer Streitkräfte in der Ukraine aus und verurteilt diesen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg.
 - Bericht des Präsidenten, unter anderem über die Suspendierung der Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation
 - Beschluss der aktualisierten Richtlinien für die Tätigkeit der IRZ
 - Bericht über Stärkung des Hauptstadtbüros der IRZ; Beschluss der aktualisierten Geschäftsordnung des Vereinsvorstands
 - Bericht über die erste Sitzung des Beirats „Recht und wirtschaftliche Transformation“ am 1. Juni 2022; Beschluss der aktualisierten Geschäftsordnung des Beirats
 - Beschluss einer Empfehlung an die Mitgliederversammlung, durch Satzungsänderung die Möglichkeit von virtuellen oder hybriden Gremiensitzungen einzuführen; Auftrag an den Vorstand zur Durchführung der Abstimmung im Umlaufverfahren
 - Billigung des Entwurfs des Jahresberichts 2021
 - Bericht über Tätigkeitsschwerpunkte der IRZ im laufenden Geschäftsjahr

65. Kuratoriumssitzung und 31. Mitgliederversammlung am 21. November 2022 als Präsenzveranstaltung in Berlin
- Bericht des Präsidenten
 - Verabschiedung der ausgeschiedenen Kuratoriums- und Vereinsmitglieder
 - Bekanntgabe der Ergebnisse der Briefwahl des Präsidenten sowie der Vizepräsidentin und des Vizepräsidenten des Kuratoriums
 - Bericht des Beirats „Recht und wirtschaftliche Transformation“; Berufung von zwei weiteren Mitgliedern
 - Bericht über die Änderung der Satzung, der Richtlinien für die Tätigkeit der IRZ sowie der Geschäftsordnung des Vereinsvorstands
 - Feststellung des Jahresabschlusses 2021 und Billigung des Geschäftsberichts 2021 des Vereinsvorstands
 - Beschlussfassung über die Entlastung des Vereinsvorstands für das Geschäftsjahr 2021
 - Bericht über den aktuellen Stand des Wirtschaftsplans 2023 und Beschlussfassung über den Entwurf des Wirtschaftsplans 2024
 - Bericht über die Tätigkeitsschwerpunkte der IRZ im laufenden Geschäftsjahr 2022

Veränderungen im Bestand der Vereinsmitglieder

Ausgeschieden ist:

- Benedikt Welfens, Oberstaatsanwalt

Neue Mitglieder nach § 8 Nr. 2 der Satzung:

- Clara Bünger, MdB, Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
- Dr. Günter Krings, MdB, Fraktion CDU/CSU im Deutschen Bundestag
- Helge Limburg, MdB, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag
- Marianne Schieder, MdB, Fraktion SPD im Deutschen Bundestag
- Stephan Thomae, MdB, Fraktion FDP im Deutschen Bundestag

Board of Trustees and General Meeting

Meetings of the Board of Trustees and General Meetings

- 64th Meeting of the Board of Trustees, 20 June 2022, Berlin (hybrid)
- The President expressed his dismay at the unilateral military aggression of Russian armed forces in Ukraine and condemned the war in contravention of international law
 - Report of the President on, among other things, the suspension of cooperation with the Russian Federation
 - Approval of the updated guidelines for the work of the Association
 - Report on the strengthening of IRZ's Berlin office; approval of the updated Rules of Procedure of the Board of the Association
 - Report on the first meeting of the Advisory Board "The law and economic transformation" on 1 June 2022; approval of the updated Rules of Procedure of the Advisory Board
 - Approval of a recommendation to the General Meeting to amend the Articles of Association so as to introduce the possibility of virtual or hybrid meetings of the association's governing bodies; order to the Board to carry out the voting by written circular
 - Approval of the draft annual report for 2021
 - Report on focuses of IRZ's activity in the current financial year

65th Meeting of the Board of Trustees and 31st General Meeting on 21 November 2022 as a physical presence event in Berlin

- President's report
- Farewell to departing members of the Board of Trustees and Association members
- Announcement of the results of the postal election of the President and Vice Presidents of the Board of Trustees
- Report of the Advisory Board "The law and economic transformation"; appointment of two further members
- Report on the amendment to the Statutes, the guidelines for the work of the Association and the Rules of Procedure for the Board of the Association
- Approval of the annual financial statements for 2021 and the business report for 2021 of the Board of the Association
- Adoption of a resolution acknowledging the performance of duties by the Board of the Association for the financial year 2021
- Report on the current status of the economic plan for 2023 and adoption of a resolution on the draft economic plan for 2024
- Report on the focuses of IRZ's activity in the current financial year

Changes to current membership

Departing member:

- Benedikt Welfens, Senior Public Prosecutor

New members under § 8 No. 2 of the Statutes:

- Clara Bünger, Member of the German Bundestag, DIE LINKE. parliamentary group
- Dr. Günter Krings, Member of the German Bundestag, CDU/CSU parliamentary group
- Helge Limburg, Member of the German Bundestag, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN parliamentary group
- Marianne Schieder, Member of the German Bundestag, SPD parliamentary group

Veränderungen im Bestand der Kuratoriumsmitglieder

Ausgeschieden sind:

- Frau Gabriele Cirener, Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof
- Herr Dr. Christophe Eick, Ministerialdirektor
- Herr Thomas Fischer, Leiter der Abteilung Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes
- Herr Christian Lange, Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
- Frau Eva Schmierer, Ministerialdirektorin

Neue oder erneut benannte Mitglieder

nach § 27 Absatz 1 Nr. 1 der Satzung:

- Herr Benjamin Strasser, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz

nach § 27 Absatz 1 Nr. 5 der Satzung:

- Herrn Professor Dr. Frank Arloth, Ministerialdirektor und Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz
- Frau Dr. Daniela Brückner, Staatssekretärin des Ministeriums der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen
- Frau Dr. Christiane Leiwesemeyer, Staatssekretärin des Ministeriums der Justiz des Landes Brandenburg

nach § 27 Absatz 1 Nr. 7 der Satzung:

- Frau Professor Dr. Katharina Lugani, Inhaberin des Lehrstuhls für deutsches, europäisches und internationales Privat- und Verfahrensrecht, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
- Herr Professor Dr. Ralf Poscher, Direktor Abteilung Öffentliches Recht, Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht in Freiburg
- Frau Dr. Angela Reitmaier, Expertin Internationale Antikorruptionsabkommen, Transparency International Deutschland e.V.
- Herr Oliver J. Süme, Rechtsanwalt, Vorstandsvorsitzender, Vorstand Politik, Recht und Regulierung, eco, Verband der Internetwirtschaft e.V.
- Herr Professor Dr. Stephan Wernicke, Chefjustitiar und Leiter Bereich Recht, Deutsche Industrie- und Handelskammer

nach § 27 Absatz 1 Nr. 8 der Satzung:

- Frau Dr. Franziska Brantner, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
- Frau Tania von Uslar-Gleichen, Ministerialdirektorin, Völkerrechtsberaterin der Bundesregierung und Leiterin der Rechtsabteilung, Auswärtiges Amt

Drittmittel und Spenden

Die IRZ führte auch Projekte im Wesentlichen aus Projektmitteln der Europäischen Kommission durch und erhielt zweckgebundene Spenden von folgenden Institutionen:

Bundesnotarkammer, Bundesrechtsanwaltskammer, Deutscher Anwaltverein, Deutsche Industrie- und Handelskammer, Landesjustizverwaltungen, Verband deutscher Pfandbriefbanken.

- Stephan Thomae, Member of the German Bundestag, FDP parliamentary group

Changes of current membership of the Board of Trustees

Departing members:

- Ms Gabriele Cirener, Presiding Judge at the Federal Supreme Court
- Dr Christophe Eick, Head of Department
- Mr Thomas Fischer, Head of the Department of Basic Issues and Social Policy on the Federal Board of the German Trade Union Confederation
- Mr Christian Lange, Parliamentary Undersecretary (retired)
- Ms Eva Schmierer, Head of Department

New or reappointed members

pursuant to Section 27 para. 1 sentence 1 no. 1 of the Statutes:

- Mr Benjamin Strasser, Member of the German Bundestag, Parliamentary Undersecretary for the Federal Minister for Justice

pursuant to Section 27 para. 1 sentence 1 no. 5 of the Statutes:

- Professor Dr Frank Arloth, Head of Department and Office Head of the Bavarian State Ministry of Justice
- Dr Daniela Brückner, Secretary of State of the Ministry of Justice of the State of North Rhine-Westphalia
- Dr Christiane Leiwesemeyer, Secretary of State of the Ministry of Justice of the State of Brandenburg

pursuant to Section 27 para. 1 sentence 1 no. 7 of the Statutes:

- Professor Dr Katharina Lugani, holder of the chair for German, European and Int. Private and Procedural Law, Heinrich Heine University Düsseldorf
- Professor Dr Ralf Poscher, Director of the Department of Public Law, Max Planck Institute for the Study of Crime, Security and Law in Freiburg
- Dr Angela Reitmaier, Expert on International Anti-Corruption Treaties, Transparency International Deutschland e.V.
- Mr Oliver J. Süme, attorney-at-law, Chair of the Executive Board, Board member for politics, law and regulation, eco – Association of the Internet Industry e.V.
- Professor Dr Stephan Wernicke, Chief Legal Counsel and Head of the Department of Law, German Chamber of Commerce and Industry

pursuant to Section 27 para. 1 sentence 1 no. 8 of the Statutes:

- Dr Franziska Brantner, MdB, Parliamentary State Secretary at the Federal Ministry for Economic Affairs and Climate Action
- Ms Tania von Uslar-Gleichen, Head of Department, International Law Advisor for the Federal Government and Head of the Legal Department, Foreign Office

Third-party funds and donations

IRZ conducted further projects drawing on third-party funds, mainly project funds from the European Commission.

IRZ also received earmarked donations from the following institutions: The Federal Chamber of Notaries, The German Federal Bar, The German Bar Association, German Chamber of Commerce and Industry, State Administrations of Justice, The Association of German Pfandbrief Bank



Präsident

Benjamin Strasser

MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz



Vizepräsidentin und Vizepräsident

Ramona Pisal

Präsidentin des Landgerichts Potsdam, Deutscher Juristinnenbund e.V.



Professor Dr. Stephan Wernicke

Chefjustitiar und Leiter Bereich Recht, Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V., Berlin

Weitere Mitglieder des Kuratoriums / Other Members of the Board of Trustees



Professor Dr. Frank Arloth

Ministerialdirektor, Amtschef Bayerisches Staatsministerium der Justiz



Christiane Knoop

Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht Berlin, Bund Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen



Dr. Angela Reitmaier

Expertin Internationale Antikorruptionsabkommen, Transparency International Deutschland e.V.



Richard Bock

Justizrat, Notar a.D., Generalbevollmächtigter der Bundesnotarkammer für internationale Angelegenheiten



Dr. Christiane Leiwesmeyer

Staatssekretärin, Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg



Dr. Christian Rupp

Notar, Präsident des Deutschen Notarvereins e.V.



Dr. Franziska Brantner

MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz



Joachim Lübblinghoff

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Hamm, Co-Vorsitzender des Deutschen Richterbunds e.V.



Oliver J. Süme

Rechtsanwalt, Vorstandsvorsitzender, eco – Verband der Internetwirtschaft e.V.



Professor Dr. Helge Braun

MdB, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages



Professor Dr. Katharina Lugani

Lehrstuhl für deutsches, europäisches und internationales Privat- und Verfahrensrecht, Juristische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf



Dr. Rudolf Teuwsen

Ministerialrat, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Dr. Daniela Brückner

Staatssekretärin des Ministeriums der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen



Eva Maria Meyer

Ministerialdirigentin, Bundesministerium der Finanzen



Tania von Uslar-Gleichen

Ministerialdirektorin, Auswärtiges Amt



Dr. Birgit Grundmann

Rechtsanwältin, Staatssekretärin a. D.



Dr. Heike Neuhaus

Ministerialdirektorin, Bundesministerium der Justiz



Dr. Ulrich Wessels

Rechtsanwalt und Notar, Präsident der Bundesrechtsanwaltskammer



Edith Kindermann

Rechtsanwältin und Notarin, Präsidentin des Deutschen Anwaltvereins e.V.



Professor Dr. Ralf Poscher

Direktor Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht, Abteilung Öffentliches Recht



Elisabeth Winkelmeier-Becker

MdB, Vorsitzende des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

Beirat „Recht und wirtschaftliche Transformation“

In seiner Sitzung am 16. November 2020 hat das Kuratorium der IRZ gemäß § 32 Satz 1 der Satzung die Berufung eines Beirats „Recht und wirtschaftliche Transformation“ beschlossen. Ziel des Beirats ist es, die Rolle der IRZ in den aktuellen Transformationsprozessen zur sozialen Marktwirtschaft langfristig zu stärken und neue Mitglieder aus Verbänden und Wirtschaft für die IRZ zu gewinnen.

Der Beirat berät unter Einbeziehung auch externen Sachverständs die IRZ zu ihrer Rolle in aktuellen Transformationsprozessen in ausländischen Staaten mit dem Fokus auf die Unterstützung von Reformvorhaben zur sozialen Marktwirtschaft und alle wirtschaftlichen Aspekte der Stärkung der Rechtsstandorte, insbesondere auch im Hinblick auf Projektauswahl und -gestaltung. Er unterbreitet Vorschläge zur Verwirklichung und Umsetzung des Ziels der Förderung der sozialen Marktwirtschaft.

Advisory Council for “Law and Economic Transformation”

At its meeting on 16 November 2020, the IRZ Board of Trustees resolved to appoint an Advisory Council for “Law and Economic Transformation” in accordance with § 32 sentence 1 of the Statutes. The aim of the Advisory Council will be to strengthen the role of IRZ in the long term to a social market economy in the current transformation processes, and to attract new members from associations and business to IRZ.

The Advisory Council, which also includes external expertise, will advise IRZ on its role in current transformation processes in foreign countries, and focus on supporting reform projects for a social market economy and all the economic aspects relating to a strengthening of legal centres, in particular with respect to project selection and design. It will submit proposals to realise and implement the promotion of the social market economy.

Beiratsmitglieder / Members of the Advisory Council



Justizrat Richard Bock
Justizrat, Notar a.D., Generalbevollmächtigter der Bundesnotarkammer für internationale Angelegenheiten, Berlin



Stefan Hienzsch
Syndikusrechtsanwalt, Leiter Hauptabteilung Recht Konzernfinanzierung, Finanzdienstleistungen und M&A, BMW Group, München



Dr. Jenny Dvorak
Legal Services – Division Drive and Control Technology, Bosch Rexroth AG, Stuttgart



Götz Kaßmann
General Counsel, Leiter Recht, Compliance und Datenschutz, Schüco International KG, Bielefeld



Thomas Fischer
Abteilungsleiter Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik, Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin



Niels Lau
Abteilungsleiter Recht, Wettbewerb und Verbraucherpolitik, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Berlin



Yildiz Götze
Abteilungsleiterin Förderprogramme Internationalisierung, GERMANY TRADE & INVEST, Berlin



Dr. Oliver Vossius
Notar, Notariat Vossius & Engel, München



Dr. Birgit Grundmann
(Sprecherin des Beirats)
Staatssekretärin a.D., Rechtsanwältin, BERBURG Steinmeyer Kamps Willing & Partner Rechtsanwälte mbB, Berlin



Professor Dr. Stephan Wernicke
Chefjustitiar und Leiter Bereich Recht, Deutsche Industrie- und Handelskammer, Berlin

Vorstand / Board

Dr. Frauke Bachler
Hauptgeschäftsführerin der IRZ

Dr. Stefan Hülshörster
Geschäftsführer der IRZ

Mitglieder der IRZ / Members of IRZ

Bayer AG

Professor Dr. Wilfried Bernhardt, Staatssekretär a.D.

Annette Böringer, Bundesanwältin beim Bundesgerichtshof

Professor Dr. Michael Bohlander, Durham Law School, United Kingdom

Clara Bünger, MdB, Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Bund Deutscher Rechtspfleger e.V.

Bund Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen

Bundesnotarkammer

Bundesrechtsanwaltskammer

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Bundesverband deutscher Banken e.V.

Deutscher Anwaltverein e.V.

Deutsche Industrie- und Handelskammer

Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V.

Deutscher Juristinnenbund e.V.

Deutscher Notarverein e.V.

Deutscher Richterbund e.V.

Lujo Fadé, Ministerialdirigent a.D.

Rainer Funke, Rechtsanwalt, Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.

Dr. Birgit Grundmann, Rechtsanwältin, Staatssekretärin a.D.

Dr. Christian Johnson, Abteilungsleiter, Bundesamt für Justiz

Veronika Keller-Engels, Präsidentin des Bundesamts für Justiz

Dr. Christoph Konrad, Vorstandsmitglied, Verein zur Förderung der Wettbewerbswirtschaft e.V.

Dr. Günter Krings, MdB, Fraktion CDU/CSU im Deutschen Bundestag

Helge Limburg, MdB, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag

Markenverband e.V.

Dirk Mirow, Ministerialdirigent, Bundesministerium der Justiz

Dr. Anke Morsch, Präsidentin des Finanzgerichts des Saarlandes

Notarkammer Koblenz

Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft e.V.

Dr. Irene Pakuscher, Ministerialdirigent, Bundesministerium der Justiz

Patentanwaltskammer München

Marianne Schieder, MdB, SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Dr. Wolfgang Schmitt-Wellbrock, Ministerialdirektor a.D.

Professor Dr. Dr. h.c. Friedrich-Christian Schroeder, Universität Regensburg

Alexander Straßmeir, Präsident des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten Berlin

Stephan Thomae, MdB, Fraktion FDP im Deutschen Bundestag

Professor Dr. Stefan Zimmermann, Notar a.D., Ehrenpräsident des Deutschen Notarvereins e.V.

Brigitte Zypries, Bundesministerin für Wirtschaft und Energie a.D.

Geschäftsführung

* Büro Berlin



Dr. Frauke Bachler
Hauptgeschäftsführerin
Vorstand

-66*



Dr. Stefan Hülhörster
Geschäftsführer
Vorstand

- 111

Referentinnen der Geschäftsführung



Maike Ruhlig - 139
Cecilia Szabó - 159

Vorzimmer



Ute Spies - 101

Controlling



Sabine Farber
Ewelina Zglinska

- 166
- 175

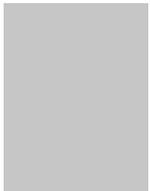
Externer Datenschutzbeauftragter

b-pi sec GmbH
Geschäftsführer: Björn Bausch
65552 Limburg
E-Mail: dsb@b-pisec.com

Ansprechperson für Korruptionsprävention

N.N.

Zentrale Dienste Leitung



N.N.

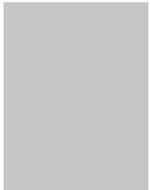
Stellvertretende Leitung



N.N.

Team Finanzen/Buchhaltung

N.N. (Leitung)



Plamena Dimitrova (IZ) - 158
Sabine Farber (PF) - 166
Gertrude Hüllen - 110
Elisabeth Read - 167
Anita Stärk - 121
Ewelina Zglinska - 175

Team Vertrags- und Vergaberecht

Anna Schlange-Schöningen (Leitung) - 153
Beatrix Tatay (Leitung) - 134



Birgit Lellmann - 164
Katharina Werner - 162

Team Personal

N.N. (Leitung)



Birgit Schmitz - 165
Olivia Stif - 144

Reisestelle

Nicole Gnida - 122

Registatur

Judith Jakobs - 135

Team Organisation/IT

Patricia Weykopf (Leitung) - 117



Arkadiusz Loboda - 131
Thorsten Holler - 143
Daniel Roth - 113



Koordination

* Büro Berlin



Institutionelle Zuwendung und Projektförderung
Dr. Stefan Hülshörster - 111



EU-Twinning und EU-Action-Grants
Katharina Tegeder - 138



EU-Technical-Assistance und EU-Grants
Teresa Thalhammer - 114

Regionale Entwicklung/Strategie/Akquise neuer Länder/Evaluation



Leitung des Projektbereichs
Dr. Stefan Hülshörster - 111

Senior-Projektmanagement (Evaluation)
Victoria Börner - 85*



Projektmanagement
David Neumann - 72*

EU-Twinning und EU-Action-Grants



Leitung des Projektbereichs
Katharina Tegeder - 138
Dr. Anja Schoeller-Schletter - 70*
(Frankophones Afrika)

Projektmanagement
Lea Plum - 171
Andrea Pop - 168

EU-Grants, EU-Technical Assistance, Hospitationsprogramme



Leitung des Projektbereichs
Teresa Thalhammer - 114



Hospitationsprogramme
Brigitte Liebermann - 119
Rita Tenhaft - 108

Projektmanagement



Trime Ahmeti - 148
Katinka Buhk - 157
Annette Conrad - 126
Dana Trajčev-Božić - 154

EU-Grants, EU-Technical Assistance



Leitung des Projektbereichs
Nathalie Herbeck - 86*



Projektmanagement
Anastasia Schmieder - 83*

Osteuropa

Ukraine, Moldau



Leitung des Projektbereichs
Dr. Stefan Hülshörster - 111



Stellvertretende Leitung, Senior-Projektmanagement
Wolfram Hertig - 142



Projektmanagement
Leonie Baumann - 118
Ruslana Rosa - 109

Südosteuropa I

Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien, Montenegro, Serbien



Leitung des Projektbereichs
Dr. Stefan Pürner - 103



Stellvertretende Leitung, Senior-Projektmanagement
Dr. Arnd Wöhler - 124

Projektmanagement
Yvonne Quantius - 149

Südosteuropa II, Südkaukasus

Albanien, Armenien, Georgien, Kosovo

Multilaterale Konferenzen



Leitung des Projektbereichs
Frank Hupfeld - 137



Stellvertretende Leitung, Senior-Projektmanagement
Anja Finke - 146



Projektmanagement
Leonie Baumann - 118
Khatuna Diasamidze - 172
Jan Schmieder - 105
Amalia Wuckert - 107

Russische Föderation*, Kasachstan



Leitung des Projektbereichs
Tatiana Bovkun - 112

Stellvertretende Leitung, Senior-Projektmanagement
N.N.

Projektmanagement
Larisa Viklenko - 123

* In Abstimmung mit dem Zuwendungsgeber ist die Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation bis auf Weiteres ausgesetzt.

* In consultation with the funding authority the cooperation with the Russian Federation is suspended until further notice.

Naher Osten

* Büro Berlin

Ägypten, Jordanien, Türkei

Multilaterale Konferenzen



Leitung des Projektbereichs
Sidi Mohamed Ould Khairy - 67*



Stellvertretende Leitung, Senior-Projektmanagement
Ilva Ifland - 68*



Projektmanagement
Sabrina Ahmed - 65*
Isabel Henzler Carrascal - 62*

Projektassistentz
Rozan Asraf - 73*

Afrika

Algerien, Mauretanien, Marokko, Sambia, Senegal, Tunesien



Leitung des Projektbereichs
Mohamed Montasser Abidi - 64*



Stellvertretende Leitung, Senior-Projektmanagement
Sonya Ouertani - 61*



Projektmanagement
Lore Binder - 69*
Mieke Hein - 63*
Vivien Wilkens-Mallach - 84*

Projektassistentz
Rozan Asraf - 73*

Asien

Kirgisistan, Usbekistan, Vietnam



Leitung des Projektbereichs, Stellvertretende Leitung
Berliner Büro
Angela Schmeink - 82*

Stellvertretende Leitung, Senior-Projektmanagement
Victoria Börner - 85*

Senior-Projektmanagement
Helene Philippsen - 116



Projektmanagement
Angela Lummel - 81*

Satzung des eingetragenen Vereins Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit

(beschlossen in Bonn am 11. Mai 1992 von der Gründerversammlung;

geändert am 20. Oktober 1994
von der 2. ordentlichen Mitgliederversammlung;

geändert am 13. November 1996
von der 4. ordentlichen Mitgliederversammlung;

geändert am 9. November 2015 von der
23. ordentlichen Mitgliederversammlung;

geändert am 7. Dezember 2016 von der
24. ordentlichen Mitgliederversammlung;

geändert am 26. November 2018 von der
26. ordentlichen Mitgliederversammlung)

geändert am 5. August 2022 durch Beschluss
gemäß § 5 Absatz 3 GesRuaCOVBekG*)

I. Grundlegende Bestimmungen

§ 1 Name, Eintragung

- (1) Der Name des Vereins ist „Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e.V.“. Der Verein führt die Kurzbezeichnung „IRZ e.V.“.
- (2) Der Verein ist im Vereinsregister des Amtsgerichts Bonn eingetragen.

§ 2 Sitz, Geschäftsjahr

- (1) Sitz des Vereins ist Bonn.
- (2) Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

§ 3 Zweck des Vereins

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinn des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck des Vereins sind die Förderung und die Pflege der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rechts im Sinn der Völkerverständigung, insbesondere die Unterstützung ausländischer Staaten beim Übergang in die soziale Marktwirtschaft im Bereich der Gesetzgebung und des Aufbaus der Rechtspflege sowie die Förderung von Wissenschaft und Forschung auf diesem Gebiet.

* Gesetz über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 569, 570), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist.

Statutes of the registered Association German Foundation for International Legal Cooperation

(Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit)

(adopted in Bonn on 11 May 1992 by the Assembly of Founding Members;

amended on 20 October 1994
by the Second Ordinary General Meeting;

amended on 13 November 1996
by the Fourth Ordinary General Meeting;

amended on 9 November 2015
by the Twenty-Third Ordinary General Meeting

amended on 7 December 2016
by the Twenty-Fourth Ordinary General Meeting

amended on 26 November 2018
by the Twenty-Sixth Ordinary General Meeting)

amended on 5 August 2022 by resolution
in accordance with § 5 para 3 GesRuaCOVBekG* 1

I. Basic provisions

Section 1 Name, entry

- (1) The Name of the Association shall be “German Foundation for International Legal Cooperation” (Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e.V.). The Association shall be referred to by the abbreviation “IRZ e.V.”.
- (2) The Association is entered in the Register of Associations of Bonn Local Court.

Section 2 Seat, business year

- (1) The seat of the Association shall be Bonn.
- (2) The business year shall correspond to the calendar year.

Section 3 Objective of the Association

- (1) The Association shall exclusively and directly pursue non-profit-making objectives within the meaning of the Part of the Tax Code (Abgabenordnung) which relates to “Objectives enjoying favourable fiscal treatment”. The objective of the Association shall be to promote and maintain international cooperation in the legal field in the context of understanding between peoples, in particular to support foreign states in transition to a social market economy in the legislative field, and in creating a system of the administration of justice, as well as to promote studies and research in this field.

* Act Concerning Measures Under the Law of Companies, Cooperative Societies, Associations, Foundations and Commonhold Property to Combat the Effects of the COVID-19 Pandemic of 27 March 2020 (Federal Law Gazette I p. 569, 570), as most recently amended by Article 15 of the law of 10 September 2021 (Federal Law Gazette I p. 4147).

- (2) Der Vereinszweck wird insbesondere durch Aufnahme und Entsendung von Sachverständigen, Beratung und Fortbildung von Fachleuten, Vermittlung und Vergabe von Stipendien und Praktikantenstellen, Erarbeitung von Gutachten, Austausch von Informationsmaterial und Übersendung von Gesetzestexten im In- und Ausland verwirklicht

§ 4 Finanzierung

- (1) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (2) Der Verein finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuwendungen der öffentlichen Hand.
- (3) Zur Förderung der Vereinszwecke darf der Verein Vermögen erwerben.

§ 5 Verwendung der Mittel

- (1) Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
- (2) Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 6 Vermögensbindung

- (1) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke ist das Vermögen auf die Bundesrepublik Deutschland zu übertragen, die es ausschließlich und unmittelbar für steuerbegünstigte Zwecke zu verwenden hat.
- (2) Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamts ausgeführt werden.

§ 7 Organe des Vereins

- Organe des Vereins sind
1. die Mitgliederversammlung,
 2. das Kuratorium und
 3. der Vorstand.

II. Mitgliedschaft

§ 8 Ordentliche Mitglieder

- Ordentliche Mitglieder sind
1. natürliche und juristische Personen sowie andere rechtsfähige Personenvereinigungen aus verschiedenen Zweigen des Rechtswissenschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens der Bundesrepublik Deutschland, die die Aufnahme beantragt haben und vom Kuratorium gewählt wurden,
 2. je ein/e Abgeordnete/r der Fraktionen des Deutschen Bundestages, den/die jede Fraktion für die Dauer einer Legislaturperiode benennen kann, und

- (2) The objective of the Association shall be implemented at home and abroad, in particular by appointing and seconding experts, by providing consultation and further training to experts, by mediating in the award of and by awarding grants and trainee positions, by drafting reports, by exchanging documentation and by forwarding texts of statutes.

Section 4 Finance

- (1) The Association shall act altruistically; it shall not primarily pursue its own economic goals.
- (2) The Association shall be financed from Members' subscriptions, donations and public subsidies.
- (3) The Association may acquire assets in order to promote the objectives of the Association.

Section 5 Use of funds

- (1) The funds of the Association may be used only in pursuance of the objectives set out by the Statutes. The Members shall not receive any benefits from Association funds.
- (2) No person may be placed at an advantage by virtue of expenditure alien to the objective of the Association, or by disproportionately high payments.

Section 6 Binding of assets

- (1) On dissolution of the Association, or in the event of objectives enjoying favourable fiscal treatment ceasing to apply, the assets shall be assigned to the Federal Republic of Germany, which shall use them exclusively and directly for objectives enjoying favourable fiscal treatment.
- (2) Resolutions relating to the future use of the assets may not be implemented until the approval of the fiscal authorities has been obtained.

Section 7 Bodies of the Association

The bodies of the Association shall be

1. the General Meeting,
2. the Board of Trustees, and
3. the Board.

II. Membership

Section 8 Ordinary Members

Ordinary Members shall be

1. natural and legal persons as well as other associations of individuals with legal capacity from various sectors of the legal and economic life of the Federal Republic of Germany, who shall have applied for admission and be elected by the Board of Trustees,
2. one Member each of the parliamentary coalitions of the German Federal Parliament (Deutscher Bundestag), whom each parliamentary coalition may nominate for the duration of one legislative period, and

3. ein/e Abgeordnete/r des Europäischen Parlaments, den dieses für die Dauer seiner Legislaturperiode benennen kann.

§ 9 Fördernde Mitglieder

Fördernde Mitglieder ohne Stimmrecht sind die vom Kuratorium gewählten natürlichen und juristischen Personen sowie rechtsfähigen Personenvereinigungen, die über besondere Erfahrungen auf den Gebieten der Rechtswissenschaft, der Gesetzgebung, der Wirtschaft oder der Rechtspraxis verfügen oder wegen ihrer Persönlichkeit besonders geeignet sind, den Vereinszweck zu fördern.

§ 10 Beginn und Ende der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft wird auf Antrag des/der Betroffenen durch Beschluss des Kuratoriums begründet.
- (2) Die Mitgliedschaft erlischt
 1. durch schriftlich erklärten Austritt,
 2. durch Ausschluss oder
 3. durch Tod, bei juristischen Personen durch Auflösung.

§ 11 Ausschluss eines Mitglieds

- (1) Ein Mitglied kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung wegen Schädigung des Ansehens oder der Interessen des Vereins oder aus einem anderen wichtigen Grund ausgeschlossen werden.
- (2) Vor der Beschlussfassung ist das Mitglied zu hören.
- (3) Der Beschluss über den Ausschluss ist dem Mitglied schriftlich mitzuteilen.
- (4) Gegen den Beschluss ist binnen einer Frist von einem Monat die Berufung an die Mitgliederversammlung zulässig.
- (5) Mit der Mitteilung des Ausschlusses erlöschen alle Ämter, die das Mitglied im Verein innehat.

III. Mitgliederversammlung

§ 12 Aufgaben

Die Mitgliederversammlung hat folgende Aufgaben:

1. Beratung und Empfehlungen zu Grundsätzen der Arbeit des Vereins,
2. Beschlussfassung über Satzungsänderungen,
3. Entgegennahme des Jahresabschlusses und des Jahresberichts des Vorstands,
4. Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstands,
5. Ausschluss von Mitgliedern,
6. Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums,
7. Regelung der Mitgliedsbeiträge und
8. Wahl des/der Wirtschaftsprüfers/in.

3. one Member of the European Parliament, whom the latter may nominate for the duration of its legislative period.

Section 9 Ancillary Members

Ancillary Members with no voting rights shall be the natural and legal persons as well as associations of individuals with legal capacity elected by the Board of Trustees who may possess special experience in the fields of law, legislation, economics or legal practice, or who may be particularly well suited by virtue of their personality to promote the objective of the Association.

Section 10 Commencement and termination of membership

- (1) Membership shall be established at the request of the concerned party by resolution of the Board of Trustees.
- (2) Membership shall lapse
 1. by virtue of retirement declared in writing,
 2. by virtue of exclusion, or
 3. by virtue of death, or in the case of legal persons by virtue of dissolution.

Section 11 Exclusion of a Member

- (1) A Member may be excluded by a resolution of the General Meeting as a result of detriment to the reputation or the interests of the Association, or for another important reason.
- (2) The Member shall be heard prior to the resolution being adopted.
- (3) The resolution relating to exclusion shall be communicated to the Member in writing.
- (4) An appeal to the General Meeting shall be admissible within the period of one month.
- (5) All offices held by the Member in the Association shall lapse on communication of exclusion.

III. General Meeting

Section 12 Tasks

The General Meeting shall have the following tasks:

1. to advise and to give recommendations regarding the principles of the work of the Association,
2. to adopt resolutions relating to amendments to the Statutes,
3. to take receipt of the Annual Financial Statements and of the Annual Report of the Board,
4. to adopt resolutions relating to the formal approval of the actions of the Board,
5. to exclude Members,
6. to elect members of the Board of Trustees,
7. to set Members' subscriptions, and
8. to elect the auditor.

§ 13 Ordentliche Mitgliederversammlung

- (1) Der/Die Präsident/in beruft in jedem Jahr eine ordentliche Mitgliederversammlung in Anwesenheit ein. Die Mitgliederversammlung kann bei begründetem Bedarf ohne oder in teilweiser Anwesenheit am Versammlungsort stattfinden und Mitgliederrechte können im Wege der elektronischen Kommunikation ausgeübt werden.
- (2) Die Mitglieder sind unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung mindestens sechs Wochen vor dem Tag der Versammlung schriftlich oder in Textform gemäß § 126b BGB einzuladen.

§ 14 Anträge

- (1) Anträge zur ordentlichen Mitgliederversammlung sind spätestens drei Wochen vor der Versammlung mit Begründung schriftlich oder in Textform gemäß § 126b BGB einzureichen. Dies gilt nicht für Änderungsanträge zu vorliegenden Anträgen.
- (2) Der/Die Präsident/in versendet die endgültige Tagesordnung spätestens zwei Wochen vor der ordentlichen Mitgliederversammlung an die Mitglieder.

§ 15 Außerordentliche Mitgliederversammlung

- (1) Der/Die Präsident/in kann eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen.
- (2) Der/Die Präsident/in ist zur Einberufung verpflichtet, wenn mindestens ein Viertel aller oder der stimmberechtigten Mitglieder eine außerordentliche Mitgliederversammlung unter Angabe des Zwecks und der Gründe schriftlich oder in Textform gemäß § 126b BGB beantragt. In diesem Fall sind die Mitglieder unter Bekanntgabe der Tagesordnung mindestens vier Wochen vor dem Tag der Versammlung schriftlich oder in Textform gemäß § 126b BGB einzuladen.
- (3) § 14 gilt entsprechend.

§ 16 Teilnahme des Kuratoriums

Zu den Mitgliederversammlungen sind die Mitglieder des Kuratoriums und des Vorstands einzuladen. Sie sollen teilnehmen und haben beratende Stimme.

§ 17 Vorsitz

Der/Die Präsident/in leitet die Mitgliederversammlung.

§ 18 Stimmrecht

Jedes anwesende ordentliche Mitglied hat in der Versammlung eine Stimme. Eine juristische Person oder eine andere rechtsfähige Personenvereinigung kann sich durch eine/n schriftlich Bevollmächtigte/n vertreten lassen.

§ 19 Beschlussfähigkeit

- (1) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Viertel der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.

Section 13 Ordinary General Meeting

- (1) The President convenes an in-person Ordinary General Meeting every year. The General Meeting may be held without or in partial attendance at the place of the meeting on justifiable grounds, and members' rights may be exercised via electronic communication.
- (2) Members will be invited in writing or in text form in accordance with § 126b BGB (German Civil Code) and stating the provisional agenda at least six weeks prior to the date of the meeting.

Section 14 Motions

- (1) Motions for the Ordinary General Meeting must be submitted in writing or in text form in accordance with § 126b BGB no later than three weeks before the meeting, and with a written statement detailing the reasons for the motion. This shall not apply in respect of motions for amendments relating to existing motions.
- (2) The President shall forward the final agenda to the Members at the latest two weeks prior to the Ordinary General Meeting.

Section 15 Extraordinary General Meeting

- (1) The President may call an Extraordinary General Meeting.
- (2) The President must convene an Extraordinary General Meeting if at least one quarter of all or the voting members request a meeting in writing or in text form in accordance with § 126b BGB, stating the purpose and reasons for such request. In this case, the members must be invited in writing or in text form in accordance with § 126b BGB at least four weeks before the date of the meeting, stating the agenda.
- (3) Section 14 shall apply mutatis mutandis.

Section 16 Participation of the Board of Trustees

The members of the Board of Trustees and of the Board shall be invited to the General Meetings. They are to attend and shall have advisory capacity.

Section 17 Chair

The President shall take the Chair at the General Meeting.

Section 18 Voting rights

Each Ordinary Member present shall have one vote in the Meeting. A legal person or another association of individuals with legal capacity may be represented by a proxy appointed in writing.

Section 19 Quorum

- (1) The General Meeting shall be quorate if at least one-quarter of the Voting Members is present.

Satzung

- (2) Bei Beschlussunfähigkeit muss der/die Präsident/in eine Stunde später eine neue Mitgliederversammlung nach § 15 einberufen. Diese Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig. Die §§ 20 und 25 bleiben unberührt.

§ 20 Stimmenmehrheit und Beschlussfassung

- (1) Alle Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt, mit einfacher Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder gefasst.
- (2) Ein Beschluss ist mit oder ohne Versammlung der Mitglieder gültig, wenn alle Mitglieder beteiligt wurden, bis zu dem vom Verein gesetzten Termin mindestens die Hälfte der Mitglieder ihre Stimmen schriftlich oder in Textform gemäß § 126b BGB abgegeben haben und der Beschluss mit der erforderlichen Mehrheit gefasst wurde.

§ 21 Satzungsänderungen

- (1) Satzungsänderungen bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden stimmberechtigten und der Hälfte aller stimmberechtigten Mitglieder.
- (2) Änderungen des Vereinszwecks bedürfen einer Mehrheit von vier Fünfteln aller stimmberechtigten Mitglieder.
- (3) Änderungen nach den Absätzen 1 und 2 werden erst mit Zustimmung des/der für Justiz zuständigen Bundesministers/in wirksam.

§ 22 Ergänzung der Tagesordnung

Die Tagesordnung kann während der Mitgliederversammlung durch Dringlichkeitsanträge ergänzt werden; dies gilt nicht für Anträge auf Änderung der Satzung oder Auflösung des Vereins. Eine Ergänzung setzt voraus, dass zwei Drittel der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder sich dafür aussprechen. Für Änderungsanträge zu vorliegenden Anträgen bedarf es keiner Ergänzung.

§ 23 Niederschrift

Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die der/die Präsident/in und der/die Protokollführer/in unterzeichnen. Abweichende Meinungen sind auf Antrag zu Protokoll zu nehmen.

§ 24 Ausschluss von der Teilnahme

Ein Mitglied kann an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen, wenn es sich um seine persönlichen Angelegenheiten handelt.

§ 25 Auflösung des Vereins

- (1) Der Verein wird durch Beschluss der Mitgliederversammlung mit Dreiviertelmehrheit der anwesenden stimmberechtigten und der Hälfte aller stimmberechtigten Mitglieder aufgelöst.
- (2) Zu einer Mitgliederversammlung, die über die Auflösung beschließen soll, muss das Kuratorium abweichend von § 13 Abs. 2 zwei Monate vor der Sitzung schriftlich einladen.
- (3) Zum Nachweis der Einladung kann der Vorstand in der Mitgliederversammlung versichern, dass er auf Veranlassung des Präsidenten/der Präsidentin den Mitgliedern eine Einladung unter Bekanntgabe der Tagesordnung durch eingeschriebenen Brief zugesandt hat.

Statutes

- (2) If there is no quorum, the President must call a new General Meeting one hour later in accordance with Section 15. This General Meeting shall be quorate irrespective of the number of Members present. Sections 20 and 25 shall remain unaffected thereby.

Section 20 Majority vote and resolutions

- (1) Unless otherwise set out by the Statutes, all resolutions of the General Meeting shall be passed by a simple majority of Voting Members present.
- (2) A resolution shall be valid with or without a meeting of the members if all members have been involved, at least half of the members have cast their votes in writing or in text form in accordance with § 126b BGB by the deadline set by the Association and the resolution has been passed with the required majority.

Section 21 Amendments to the Statutes

- 1) Amendments to the Statutes shall require a majority of three-quarters of the Voting Members present and half of all Voting Members.
- (2) Amendments to the objective of the Association shall require a majority of four-fifths of all Voting Members.
- (3) Amendments in accordance with paragraphs 1 and 2 shall not become effective until approved by the Federal Minister responsible for Justice.

Section 22 Addition to the agenda

The agenda may be added to during the General Meeting by virtue of privileged motions; this shall not apply to motions for amendments to the Statutes, nor to the dissolution of the Association. A supplement shall be conditional on the approval of two-thirds of the Voting Members present. No addition shall be required for motions to amend the existing motions.

Section 23 Minutes

Minutes shall be produced of the resolutions of the General Meeting, to be signed by the President and the Secretary. Derogating opinions shall be included in the minutes on request.

Section 24 Exclusion from participation

A Member may not participate in the deliberations or in voting if his/her personal affairs are concerned thereby.

Section 25 Dissolution of the Association

- (1) The Association shall be dissolved by a resolution of the General Meeting, passed with a three-quarters majority of the Voting Members present and half of all Voting Members.
- (2) In derogation from Section 13 paragraph 2, the Board of Trustees must issue written invitations to a General Meeting that is to decide on dissolution two months prior to the meeting.
- (3) In order to prove the invitation, the Board may confirm in the General Meeting that it sent by registered mail an invitation to the Members, stating the agenda, at the request of the President.

IV. Kuratorium

§ 26 Aufgaben

- (1) Das Kuratorium hat folgende Aufgaben:
 1. Wahl der ordentlichen Mitglieder nach § 8 Nr. 1 und der fördernden Mitglieder des Vereins,
 2. Bestellung und Abberufung des Vorstands, die der Zustimmung des/der für Justiz zuständigen Bundesminister/in bedürfen, und Überwachung der Tätigkeit des Vorstands,
 3. gerichtliche und außergerichtliche Vertretung des Vereins gegenüber dem Vorstand,
 4. Beschlussfassung über die Richtlinien für die Arbeit des Vereins,
 5. Beschlussfassung über die vom Vorstand vorbereiteten mittel- und langfristigen Planungen,
 6. Beschlussfassung über die vom Vorstand aufgestellten Entwürfe der Wirtschafts-, Finanz-, Stellen- und Investitionspläne,
 7. Feststellung des Jahresabschlusses und Billigung des Jahresberichts des Vorstands sowie Empfehlung hinsichtlich der Entlastung des Vorstands an die Mitgliederversammlung,
 8. Erlass der Geschäftsordnung des Vorstands.
- (2) Der Vorstand hat auf Verlangen des Präsidenten/der Präsidentin oder des Kuratoriums diesem/r Auskünfte über alle Angelegenheiten zu geben, welche die Geschäftsführung des Vereins betreffen.

§ 27 Mitglieder des Kuratoriums

- (1) Das Kuratorium besteht aus:
 1. dem Präsidenten/der Präsidentin,
 2. acht Mitgliedern, welche die Mitgliederversammlung aus dem Kreis der Vereinsmitglieder nach § 8 Nr. 1 auf die Dauer von zwei Jahren wählt, wobei anstelle eines Vereinsmitglieds, das eine juristische Person oder eine andere rechtsfähige Personenvereinigung ist, eines ihrer satzungsgemäß vertretungsberechtigten Organmitglieder oder eine auf die Dauer der Wahlperiode dazu bevollmächtigte Person wählbar ist; geheime Wahl findet statt, sofern ein Vereinsmitglied dies beantragt,
 3. dem/der Vorsitzenden des für Rechtsfragen zuständigen Ausschusses des Deutschen Bundestages oder einem/r von ihm/ihr benannten ständigen Vertreter/in,
 4. dem/der Vorsitzenden des für Haushaltsfragen zuständigen Ausschusses des Deutschen Bundestages oder einem/r von ihm/ihr benannten ständigen Vertreter/in,
 5. drei Mitgliedern, welche die Konferenz der Justizministerinnen und -minister der Länder der Bundesrepublik Deutschland für jeweils zwei Jahre benennt,
 6. zwei Mitgliedern, die der/die für Justiz zuständige Bundesminister/in benennt,
 7. bis zu fünf Mitgliedern, die der/die für Justiz zuständige Bundesminister/in im Einvernehmen mit dem Präsidenten/der Präsidentin und den Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen jeweils für zwei Jahre benennen kann, und die aufgrund ihrer Persönlichkeit, ihres Tätigkeitsfeldes oder ihrer beruflichen Erfahrung, insbesondere auf den Gebieten der Rechtswissenschaft oder der Wirtschaft, besonders geeignet erscheinen, den Vereinszweck zu unterstützen und

IV. Board of Trustees

Section 26 Tasks

- (1) The Board of Trustees shall have the following tasks:
 1. to elect the Ordinary Members in accordance with Section 8 paragraph 1 No. 1 and the Ancillary Members of the Association,
 2. to appoint and dismiss the Board, which shall require the approval of the Federal Minister responsible for Justice, and to supervise the activities of the Board,
 3. to represent the Association in and out of court in respect of the Board,
 4. to adopt resolutions regarding the guidelines for the work of the Association,
 5. to adopt resolutions regarding medium- and long-term planning prepared by the Board,
 6. to adopt resolutions regarding the draft economic, financial, staff and investment plans formulated by the Board,
 7. to establish the Annual Financial Statements and approve the Annual Report of the Board, as well as to make recommendations to the General Meeting as to approval of the actions of the Board,
 8. to issue Rules of Procedure of the Board.
- (2) At the request of the President or of the Board of Trustees, the Board shall provide the former with information regarding all matters concerning the management of the Association.

Section 27 Members of the Board of Trustees

- (1) The Board of Trustees shall consist of:
 1. the President,
 2. eight Members to be elected by the General Meeting from among the Members of the Association pursuant to Section 8 No. 1 for the period of two years; instead of a Member of the Association who is a legal person or another association of individuals with legal capacity, it is possible to elect one of the members of their executive board, who is authorized to act as a representative pursuant to the Statutes, or a person who is authorised to represent such legal person or association for the election period; the election shall be held by secret ballot if a Member of the Association so requests,
 3. the Chairperson of the Committee in charge of Legal Issues of the German Federal Parliament or a permanent representative nominated by the latter,
 4. the Chairperson of the Committee in charge of Budgetary Issues of the German Federal Parliament or a permanent representative nominated by the latter,
 5. three Members nominated by the Conference of Ministers of Justice of the Länder of the Federal Republic of Germany for two years each,
 6. two Members nominated by the Federal Minister responsible for Justice,
 7. up to five Members who may be nominated by the Federal Minister of Justice, in agreement with the President and the Vice-Presidents, for two years each, and who by virtue of their personality, field of activity or professional experience, in particular in the areas of law or of the economy, appear especially well suited to support the objective of the Association, and

8. vier Mitgliedern, die das Auswärtige Amt, der/die für die Finanzen zuständige Bundesminister/in, der/die für Wirtschaft zuständige Bundesminister/in und der/die für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zuständige Bundesminister/in jeweils für zwei Jahre benennen.

Ein Mitglied kann sich nur durch ein anderes Mitglied vertreten lassen.

- (2) Sind Mitglieder nach Absatz 1 Nr. 5 nicht benannt, so werden ihre Aufgaben einstweilen von dem/der Vorsitzenden der Konferenz der Justizministerinnen und -minister der Länder der Bundesrepublik Deutschland für die Zeit bis zu einer solchen Benennung wahrgenommen.
- (3) Alle erforderlich werdenden Nachwahlen oder Nachbenennungen erfolgen für die verbleibende Dauer der jeweiligen Wahlperiode.
- (4) Die Mitglieder des Kuratoriums sind ehrenamtlich tätig. Entstehende Aufwendungen werden nach Maßgabe der Vorschriften des Bundesreisekostengesetzes ersetzt.

§ 28 Wahl des Präsidenten/der Präsidentin

- (1) Das Kuratorium wählt für die Dauer von zwei Jahren einen Präsidenten/eine Präsidentin, der/die nicht dem Verein anzugehören braucht und zwei Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen.
- (2) Die Wahl des Präsidenten/der Präsidentin und der Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen bedarf der Zustimmung der/des für Justiz zuständigen Bundesministers/in.
- (3) Im Falle einer Neuwahl bleiben der bisherige Präsident/die bisherige Präsidentin bzw. die Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen bis zur Bestätigung der Amtsnachfolge durch den/die für Justiz zuständigen Bundesminister/in im Amt.

§ 29 Aufgaben des Präsidenten/der Präsidentin

Der Präsident/Die Präsidentin hat – außer den sonstigen in der Satzung genannten – folgende Aufgaben:

1. Er/Sie repräsentiert den Verein unbeschadet der gesetzlichen Vertretungsmacht des Vorstands.
2. Er/Sie beruft die Sitzungen des Kuratoriums ein und leitet sie.
3. Er/Sie vertritt das Kuratorium zwischen den Sitzungen.
4. Bei unaufschiebbaren Entscheidungen des Vorstands, die der Zustimmung des Kuratoriums bedürfen, kann er/sie die Zustimmung anstelle des Kuratoriums erteilen. In diesem Fall hat er/sie dem Kuratorium unverzüglich zu berichten.
5. In besonderen Eilfällen kann er/sie Entscheidungen des Kuratoriums im Umlaufverfahren herbeiführen. Er/Sie stellt fest, dass ein Beschluss des Kuratoriums zustande gekommen ist, wenn die Mehrheit der Mitglieder des Kuratoriums schriftlich zugestimmt hat.
6. Er/Sie kann an Sitzungen der Ausschüsse und Beiräte teilnehmen.

§ 30 Sitzungen

- (1) Die Sitzungen des Kuratoriums sollen zweimal jährlich in Anwesenheit stattfinden. Sie können bei begründetem Bedarf ausnahmsweise oder in teilweiser Anwesenheit am Versammlungsort stattfinden und Mitgliederrechte können im Wege der elektronischen Kommunikation ausgeübt werden.

8. four Members nominated by the Federal Foreign Office, the Federal Minister responsible for Finance, the Federal Minister responsible for Economics and the Federal Minister responsible for Economic Cooperation, for two years each.

A Member may only be represented by another Member.

- (2) If no Members have been nominated in accordance with paragraph 1 No. 5, their tasks shall be carried out in the intervening period by the Chairperson of the Conference of Ministers of Justice of the Länder of the Federal Republic of Germany for the period until such nomination.
- (3) All necessary subsequent elections or nominations shall be effected for the remaining duration of the respective term of office.
- (4) The Members of the Board of Trustees shall act on an honorary basis. All and any expenses incurred shall be reimbursed in accordance with the provisions of the Federal Travel Expenses Act (Bundesreisekostengesetz).

Section 28 Election of the President

- (1) The Board of Trustees shall elect its President, who need not belong to the Association, and two Vice-Presidents, for a period of two years.
- (2) The election of the President and the Vice-Presidents shall require the approval of the Federal Minister responsible for Justice.
- (3) In the event of a re-election, the previous President and the Vice-Presidents shall remain in office until confirmation of the successors by the Federal Minister responsible for Justice.

Section 29 Tasks of the President

The President shall have the following tasks in addition to the other tasks named in the Statutes:

1. He/she shall represent the Association, irrespective of the statutory power of the Board to represent it.
2. He/she shall call and chair meetings of the Board of Trustees.
3. He/she shall represent the Board of Trustees between the meetings.
4. In the event of decisions of the Board that cannot be postponed requiring the approval of the Board of Trustees, he/she may give approval in place of the Board of Trustees. In such cases he/she shall inform the Board of Trustees without delay.
5. In particularly urgent cases, he/she may effect decisions of the Board of Trustees by circulating the agenda amongst the members of the Board. He/she shall decide that a resolution of the Board of Trustees has come into being if the majority of the Members of the Board of Trustees has approved in writing.
6. He/she may attend meetings of the committees and advisory councils.

Section 30 Meetings

- (1) The meetings of the Board of Trustees shall be held in-person twice a year. They may be held exceptionally or in partial attendance at the place of the meeting on justifiable grounds, and members' rights may be exercised via electronic communication.

- (2) Das Kuratorium fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des/der Präsident/in. Das Kuratorium ist beschlussfähig, wenn mindestens vier Mitglieder anwesend sind. Ein Beschluss ist mit oder ohne Versammlung der Mitglieder gültig, wenn alle Mitglieder beteiligt wurden, bis zu dem vom Verein gesetzten Termin mindestens die Hälfte der Mitglieder ihre Stimmen schriftlich oder in Textform gemäß § 126b BGB abgegeben haben und der Beschluss mit der erforderlichen Mehrheit gefasst wurde.
- (3) Ein Mitglied des Kuratoriums nimmt an den Beratungen und Abstimmungen nicht teil, wenn es sich um seine/ihre persönliche Angelegenheit handelt.
- (4) Die Mitglieder des Vorstands nehmen an den Sitzungen des Kuratoriums mit beratender Stimme teil. Der/Die Präsident/in kann auch andere Personen zu den Sitzungen des Kuratoriums einladen.

§ 31 Ausschüsse

- (1) Zur Vorbereitung seiner Sitzungen kann das Kuratorium aus seiner Mitte Ausschüsse bilden.
- (2) Das Kuratorium kann ferner aus seiner Mitte einen besonderen Ausschuss bilden, dem der Präsident/die Präsidentin, die Vizepräsidenten/die Vizepräsidentinnen, je ein von dem/der für Justiz zuständigen Bundesminister/in und von dem/der für Finanzen zuständigen Bundesminister/in benanntes Mitglied angehören, und diesen Ausschuss von Fall zu Fall ermächtigen, anstelle des Kuratoriums Entscheidungen zu treffen, soweit dies zwischen den Sitzungen des Kuratoriums erforderlich ist.

§ 32 Beiräte

Das Kuratorium kann zu seiner Beratung und derjenigen des Vorstands Beiräte berufen, deren Zusammensetzung, Aufgaben und Arbeitsweise es in einer Geschäftsordnung niederlegt. An den Sitzungen der Beiräte können Vertreter/innen des/der für Justiz zuständigen Bundesministers/in teilnehmen.

§ 33 Prüfung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss ist unter Einbeziehung der Buchführung und des Geschäftsberichts, soweit er die Buchführung erläutert, durch eine/n Wirtschaftsprüfer/in zu prüfen, bevor er dem Kuratorium vorgelegt wird.

V. Vorstand

§ 34 Aufgaben

Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins. Aufgaben und Befugnisse der Mitglieder des Vorstands regelt die Geschäftsordnung des Vorstands. Er ist für alle Rechtsgeschäfte zuständig, die nicht gemäß § 26 dem Kuratorium vorbehalten sind.

- (2) The Board of Trustees shall effect its resolutions with the majority of votes of the Members present. In the event of a draw, the President shall have the casting vote. The Board of Trustees shall be quorate if at least four Members are present. A resolution is valid with or without a meeting of the members if all the members have been involved, at least half of the members have cast their votes in writing or in text form in accordance with § 126b BGB by the deadline set by the Association, and the resolution has been passed with the required majority.
- (3) A Member of the Board of Trustees shall not attend the deliberations or the voting if his/her personal affairs are concerned.
- (4) The Members of the Board shall attend the meetings of the Board of Trustees in an advisory capacity. The President may also invite other persons to attend the meetings of the Board of Trustees.

Section 31 Committees

- (1) The Board of Trustees may form committees from its members for the preparation of its meetings.
- (2) The Board of Trustees may, furthermore, form a special committee from its members, consisting of the President, the Vice-Presidents, and a further two Members, one each nominated by the Federal Minister responsible for Justice and by the Federal Minister responsible for Finance, and may empower such committee to take decisions in place of the Board of Trustees on a case-by-case basis, where such decisions are required between the meetings of the Board of Trustees.

Section 32 Advisory councils

The Board of Trustees may appoint advisory councils to advise it and the Board, the composition, tasks and functioning of which it shall set out in rules of procedure. Representatives of the Federal Minister responsible for Justice may attend the meetings of the advisory councils.

Section 33 Audit of the Annual Financial Statements

The Annual Financial Statements shall be audited by an auditor, including the accounting and the business report, where the latter refers to accounting, prior to submission to the Board of Trustees.

V. Board

Section 34 Tasks

The Board shall manage the business of the Association. The tasks and powers of the members of the Board shall be governed by the Rules of Procedure of the Board. It shall be competent in respect of all and any legal transactions not reserved to the Board of Trustees in accordance with Section 26.

§ 35 Zusammensetzung

- (1) Der Vorstand im Sinne des § 26 BGB besteht aus dem/der Hauptgeschäftsführer/in und dem/der Geschäftsführer/in. Bei Meinungsverschiedenheiten gibt die Stimme des Hauptgeschäftsführers / der Hauptgeschäftsführerin den Ausschlag. Die Mitglieder des Vorstands vertreten den Verein je einzeln gerichtlich und außergerichtlich.
- (2) Scheidet ein Vorstandsmitglied vorzeitig aus dem Amt aus, so kann der/die Präsident/in jeweils bis zur Bestellung eines/einer Nachfolgers/ Nachfolgerin eine/n kommissarische/n Vertreter/in berufen. Die Berufung bedarf der Zustimmung des/der für Justiz zuständigen Bundesministers/Bundesministerin.
- (3) Soweit ein Vorstandsmitglied hauptberuflich tätig ist, erhält es eine angemessene Vergütung. Die Einzelheiten des Anstellungsverhältnisses werden von dem Präsidenten / der Präsidentin im Einvernehmen mit dem/der für Justiz zuständigen Bundesminister/in im Rahmen des Zuwendungs- und Tarifrechts festgelegt.

§ 36 Haftung

Die Mitglieder des Vorstands haften dem Verein für einen bei der Wahrnehmung ihrer Pflichten verursachten Schaden nur bei Vorliegen von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

Section 35 Composition

- (1) The Board within the meaning of Section 26 of the Civil Code (BGB) shall consist of the General Director and the Director. In the event of differences of opinion, the General Director shall have the casting vote. The members of the Board shall represent the Association individually, both in and out of court.
- (2) In the event of a member of the Board leaving office early, the President may appoint a temporary deputy until such time as a successor is appointed. The appointment shall require the approval of the Federal Minister responsible for Justice.
- (3) Where a member of the Board acts full-time, he/she shall receive adequate payments. The details of the employment shall be defined by the President in agreement with the Federal Minister responsible for Justice pursuant to the benefits and collective bargaining law (Zuwendungs- und Tarifrecht).

Section 36 Liability

The members of the Board are only liable toward the Association for damages caused in the discharge of their duties in cases of wilful intent or gross negligence.



IRZ Berlin
Kronenstraße 1
D-10117 Berlin

Telefon: +49 (0)30 2000 900-80
Telefax: +49 (0)30 2000 900-88
Internet: www.irz.de
E-Mail: info@irz.de

IRZ Bonn
Ubierstraße 92
D-53173 Bonn
Telefon: +49 (0) 228 95 55-0
Telefax: +49 (0) 228 95 55-100

**Konzeption,
Gestaltung und Redaktion**
Atelier Hauer+Dörfler GmbH
Charlottenstraße 17
10117 Berlin
Deutschland
www.hauer-doerfler.de

**Informationen zu den
Partnerstaaten der IRZ**
Auswärtiges Amt
der Bundesrepublik Deutschland

Fotos
Eröffnung des Berliner Büros sowie
Organigramm:
Peter-Paul Weiler
www.berlin-event-foto.de
Festakt:
photothek.net
Foto PSt Benjamin Strasser
(Kuratorium): BPA-Foto, Fotograf
Steffen Kugler

Übersetzung
Toptranslation GmbH
Ferdinandstraße 29–33
20095 Hamburg
Deutschland

Druck
Kern GmbH
In der Kolling 120
66450 Bexbach
Deutschland

IRZ Berlin
Kronenstraße 1
D-10117 Berlin

Telefon: +49 (0)30 2000 900-80
Telefax: +49 (0)30 2000 900-88
Internet: www.irz.de
E-Mail: info@irz.de

IRZ Bonn
Ubierstraße 92
D-53173 Bonn
Telefon: +49 (0) 228 95 55-0
Telefax: +49 (0) 228 95 55-100

**Concept, design and
editing**
Atelier Hauer+Dörfler GmbH
Charlottenstraße 17
10117 Berlin
Deutschland
www.hauer-doerfler.de

**Informations on the partner
states of IRZ**
Federal Foreign Office of the Federal
Republic of Germany

Photos
Official opening of the IRZ Berlin
office and Organigramme:
Peter-Paul Weiler
www.berlin-event-foto.de
Anniversary celebration:
photothek.net
Photo PSt Benjamin Strasser
(Board of Trustees): BPA-Foto,
photographer Steffen Kugler

Translated by
Toptranslation GmbH
Ferdinandstraße 29–33
20095 Hamburg
Germany

Printed by
Kern GmbH
In der Kolling 120
66450 Bexbach
Deutschland

